

---

# Measuring Political Violence

---



**POLITICAL CAPITAL**  
POLICY RESEARCH & CONSULTING INSTITUTE



Deutsch



Co-funded by the Prevention of and Fight against Crime Programme of the European Union.

This project has been funded with support from the European Commission. This publication reflects the views only of the author, and the European Commission cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.

---



This project has been supported by the Foundation Open Society Institute.

---

# MEASURING POLITICAL VIOLENCE

---

Deutsch

*October, 2015*



**POLITICAL CAPITAL**  
POLICY RESEARCH & CONSULTING INSTITUTE

## INHALT

<b>Gliederung, Projektzusammenfassung</b>	<b>4</b>
Hasskriminalität – Statistik und Rechtslage	4
Vorhandene Datensätze zum Thema Hasskriminalität	4
Meinungen zu politisch motivierter Gewalt – CAPI- und CAWI-Erhebungen	5
Social Media Mapping – Recherchen mittels Facebook und Twitter	5
<b>Zusammenfassung</b>	<b>7</b>
Hasskriminalität – Statistik und Rechtslage	7
Vorhandene Datensätze zu politisch motivierter Gewalt	7
Meinungen zu politisch motivierter Gewalt – unsere eigenen CAPI- und CAWI-Recherchen	9
Social Media Mapping – Recherchen mittels Facebook und Twitter	11
<b>Empfehlungen</b>	<b>13</b>
More politics, less policy	13
Kontinuierliche Bedrohungsbeobachtung	13
<b>Hasskriminalität – Statistik und Rechtslage</b>	<b>15</b>
Einleitung	15
Definitionen – Europäische Hasskriminalitätsmodelle	16
Ergebnisse und Empfehlungen	34
<b>Vorhandene Datensätze zu politisch motivierter Gewalt</b>	<b>37</b>
Die Messung politisch motivierter Gewalt	43
Schlussfolgerungen	48
<b>Meinungen zu politisch motivierter Gewalt – CAPI- und CAWI-Erhebungen</b>	<b>50</b>
Erhebungen mittels persönlicher Interviews	50
Erhebung Mittels Online-Befragung	94
<b>Mapping von Sozialen Medien</b>	<b>118</b>
Warum spielen soziale Medien eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von extremistischen Ideologien?	118
Methodik	118
Ergebnisse aus dem Vereinigten Königreich	120
Ergebnisse aus Ungarn	128
Die Stärken und Schwächen der Methoden	135
Blick in die Zukunft	137
<b>Referenzen</b>	<b>140</b>

## GLIEDERUNG, PROJEKTZUSAMMENFASSUNG

In der Studie werden die Ergebnisse eines zweijährigen Forschungsprojektes, in dessen Mittelpunkt Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt standen, zusammengefasst. Durchgeführt wurde das Projekt mit dem Titel „Entwicklung innovativer Methoden für die vergleichende Forschung zum Thema Gewaltradikalisierung unter Jugendlichen zur Präventionsunterstützung“ durch Political Capital. Einzelne Aspekte des Forschungsthemas untersuchte unser Partner bei diesem Projekt, DEMOS UK. Unterstützung erfuhr das Projekt durch das Programm „Prävention und Bekämpfung von Kriminalität“ (ISEC) der Europäischen Kommission und durch die Open Society Foundations.

Bei Initiierung des Projektes stützten wir uns auf die Erfahrung, dass, während gute Vergleichsdaten eine notwendige (aber nicht ausreichende) Voraussetzung für gute Politikstrategien und Entscheidungen zur Vorbeugung politisch motivierter Gewalt sind, häufig exakte Datensätze für einen Vergleich des Gewalteinwirkungspotenzials in verschiedenen Ländern und Gemeinschaften fehlen. Ziel unseres Pilotprojektes war es, gute traditionelle und neue vergleichende Forschungsmethoden zu entwickeln und zu testen, um eine Bewertung der Gefahr einer Gewaltradikalisierung durch Ermittlung gefährdeter Gruppen in den EU-Mitgliedsstaaten, in denen die Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt eine Gefahr darstellt, vornehmen zu können. Wir hoffen, dass uns dieses Projekt dabei hilft, zu einem klaren Bild des Gewaltextremismus und dessen sozialen Ursachen zu gelangen und dadurch die Wirksamkeit des Präventionsprogramms in Zukunft zu erhöhen.

Die Untersuchung umfasste verschiedene Aktivitäten, die nachstehend zusammengefasst werden:

### Hasskriminalität – Statistik und Rechtslage

Zunächst wurden anhand internationaler Berichte zur Hasskriminalität einschlägige statistische Angaben gesammelt und Hasskriminalitätsmodelle sowie Informationen zur Rechtslage zusammengetragen. In diesem Teil der Untersuchung werden die Hauptdefinitionen von Hasskriminalität, international statistische Daten zu diesem Phänomen und Möglichkeiten für deren Nutzung in Forschung und Politik mit einem Ausblick auf theoretische Erläuterungen aufgeführt. Darüber hinaus werden die Schwachstellen solcher Datensätze erörtert.

### Vorhandene Datensätze zum Thema Hasskriminalität

Zweitens wurde die einschlägige Literatur über Hasskriminalität, Gewaltextremismus, Gewaltbereitschaft und verschiedene Ansätze zu deren Messung gesichtet. Dieser Teil der Studie beinhaltet einen Überblick über die einschlägige Bibliografie aus verschiedenen Bereichen der Sozialwissenschaften, die sich mit politisch motivierter Gewalt, Hasskriminalität und Hassreden befassen.

Der theoretischen Zusammenfassung folgen empirische Analysen zweier unterschiedlicher Datenbanken mit Angaben zu gewalttätigen Verhaltensweisen mit dem Ziel, die Bestimmungsfaktoren für politisch motivierte Gewalt zu ermitteln. Obwohl die empirischen Ergebnisse mit gewissen Erkenntnissen der theoretischen Modelle übereinstimmen, wird in diesem Abschnitt der Studie auch auf die Grenzen empirischer Untersuchungen hingewiesen.

## Meinungen zu politisch motivierter Gewalt – CAPI- und CAWI-Erhebungen

Auf der Grundlage vorhandener Daten und Literatur zur Hasskriminalität führten wir unsere eigene empirische Untersuchung durch, um einen neuen Ansatz für die Messung von Rechtfertigung und Verherrlichung politisch motivierter Gewalt zu entwickeln. Mit Hilfe von zwei verschiedenen Formen der Befragung untersuchten wir die Einstellungen zu Gewalt im Allgemeinen und gewalttätigen Handlungen im Besonderen, ferner deren Akzeptanz und, wiederum allgemein, Meinungen über Gewalt und Einstellungen zu ihr in Ungarn und im Vereinigten Königreich im Jahr 2014. Eine der angewendeten Methoden war eine persönliche Befragung (im Weiteren: CAPI), die Ipsos in Ungarn und Ipsos Mori im Vereinigten Königreich im Rahmen ihrer regelmäßigen Omnibusumfragen (Mehrthemenumfragen) durchführten, während es sich bei der anderen Methode um eine Online-Erhebung (im Weiteren: CAWI), die Demos UK vornahm, handelte. Die Befragten waren Personen, die über Werbeeinblendungen auf Facebook gebeten wurden, einen Fragebogen auszufüllen, wobei die Werbeanzeigen auf den Facebook-Seiten der Benutzer, die zu den während der Vorbereitungsphase festgelegten Zielgruppen gehören, eingeblendet wurden.

Mit der Untersuchung wurden zwei Ziele verfolgt. Einerseits wollten wir unter Anwendung sowohl herkömmlicher als auch innovativer Forschungsmethoden folgende Fragen beantworten: 1) Welche sozialen Gruppen akzeptieren und rechtfertigen Gewalt (hauptsächlich durch politische Überzeugungen und Ideologie motiviert) am meisten? 2) Welche demographischen und sozialen Merkmale und Haltungen verbergen sich hinter der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt? Wir scheuten keine Mühe, die Umfragen in Ungarn und dem Vereinigten Königreich methodisch so ähnlich wie möglich zwecks vergleichbarer Ergebnisse durchzuführen. Nachstehend werden die genauen Ergebnisse der Untersuchung ebenso wie die Schlussfolgerungen aus einer multivariablen Statistikanalyse der ungarischen CAPI-Repräsentativerhebung präsentiert.

## Social Media Mapping – Recherchen mittels Facebook und Twitter

Im Rahmen der Studie wurde auch eine Analyse einiger populistischer und rechtsextremer Facebook-Seiten und Twitter Accounts in Ungarn und dem Vereinigten Königreich vorgenommen. Unser Ziel bestand darin, die praktische Vorgehensweise dieser Gruppen bei der Nutzung sozialer Medien genauer zu beleuchten.

Obwohl zunehmend anerkannt wird, dass diese Gruppen soziale Medien aktiv nutzen, mangelt es an Recherchen dazu, wie genau sie dies tun. Unsere Untersuchung trug Pilotcharakter, da noch keine fest etablierten „Best-Practice“-Methoden zur Erfassung und Auswertung diesbezüglicher Daten existieren.

Die Verfasser der vorliegenden Untersuchung möchten den Kollegen der Europäischen Kommission (GD Inneres) und der Open Society Foundations für ihre Unterstützung und aufschlussreichen Bemerkungen danken.

Sämtliche Fehler und Auslassungen sind unsere eigenen.

*Csaba Molnár*

*Ildikó Barna*

*Jamie Bartlett*

*Lóránt Győri*

*Attila Juhász*

*Péter Krekó*



## ZUSAMMENFASSUNG

### Hasskriminalität –Statistik und Rechtslage

- Obwohl die Definition und Messung verschiedener Diskriminierungsindikatoren für sowohl die EU als auch die UNO Priorität besitzen, haben Behörden bisher noch keine Standarddefinition für Hasskriminalität auf nationaler und internationaler Ebene in einer Zeit, in der im Zuge der Wirtschaftskrise zahlreiche soziale Gruppen in Europa zu Opfern werden, getroffen. Darüber hinaus zeigt sich in den diversen EU-Rechtsverordnungen und –praktiken eine Art „Opferhierarchie“, bei der einige Gruppen außerordentlichen Schutz und Anerkennung erfahren, andere dagegen schutzlos sich selbst überlassen werden.
- Zugänglichkeit, Nutzung und internationaler Vergleich von verfügbaren Daten zur Hasskriminalität werden durch ein großes Maß an Latenz (unzureichende Meldung und Erfassung) sowohl seitens der Opfer als auch der Behörden erschwert. Eine erfolgreiche Datensammlung hängt stark davon ab, ob der Staat Daten zu nationalen/ethnischen Minderheiten erfasst, ob rassenmotivierte Vergehen strafrechtlich verfolgt werden und Mitgliedsstaaten rassistische Gewalt als soziales Problem anerkennen. Ein weiteres Erschwernis liegt in den unterschiedlichen Methoden, mit denen internationale Organisationen Daten erfassen und kategorisieren, weshalb keine umfänglichen Datensätze für länderübergreifende Untersuchungen und Vergleiche angelegt werden können.
- Die Verteilung von offiziellen und NGO-Daten zur Hasskriminalität ist in der Europäischen Union äußerst ungleich. Während in Ost-Südosteuropa kaum Informationen vorhanden sind, gibt es in Nord- und Westeuropa, so zum Beispiel in Frankreich oder Deutschland, eine Fülle von Informationen über Hasskriminalität.
- In einem Bericht zu diesem Thema (dem RAXEN-Bericht) und den meisten nachfolgenden Berichten wird die grundsätzliche Schlussfolgerung gezogen, dass Hassverbrechen typischerweise von jungen Männern, Mitgliedern extremistischer politischer Organisationen und Personen, die keiner solchen Organisation angehören, begangen werden.
- Wichtige theoretische Erklärungen für rassistische Gewalt sind folgende: (1) Konkurrenzkampf um begrenzte Ressourcen, (2) wachsende Anzahl von Minderheiten, (3) Existenz rechtsextremer Parteien und ihr Einfluss auf junge Menschen und schließlich (4) länderspezifische, rassistische Subkulturen. Erklärungen auf Mikroebene beziehen sich auf Persönlichkeitsmerkmale der Straftäter, eignen sich jedoch häufig nur schwerlich zur Ergreifung des Phänomens.

### Vorhandene Datensätze zu politisch motivierter Gewalt

Untersuchungen mittels einschlägiger statistischer Methoden decken sich mit theoretischen Erkenntnissen, denen zufolge „gefährdete Gruppen“, die zu Gewalt neigen, aus sozial oder wirtschaftlich benachteiligten, jungen Männern bestehen.



Diese Erkenntnisse lassen sich jedoch mangels Daten auf mittlerer oder Makroebene nur sehr eingeschränkt nutzen, um die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten gewalttätigen Verhaltens tatsächlich vorhersagen zu können.

- Theoretisch gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten zur Bestimmung einer gefährdeten Gruppe: den individuell-psychologischen und sozial/gesellschaftlichen Ansatz. Bei individuell-psychologischen Modellen wird der Versuch unternommen, die psychologischen Gründe für das Begehen einer Straftat zu ermitteln. Im Falle des psychologischen Modells werden diese Handlungen mit extremer Befangenheit erklärt und auf affektive Störungen zurückgeführt. Soziopsychologische Erklärungen stützen sich auf die Kleingruppendynamik, während bei soziologischen Ansätzen die Modernisierungstheorie angewendet wird, die die Aggressivität junger Bevölkerungsschichten mit ungünstigen sozialen Veränderungen verbindet.
- Anhand der European Values Study (EVS) 2008 kann eine Gruppe, die zur Terrorismusakzeptanz stärker bereit ist, umrissen werden. Diese Gruppe ist weniger gegen einen starken Führer, die Herrschaft einer technokratischen Regierung oder die Armee und hat bedeutend weniger Vertrauen in demokratische Institutionen. Die EVS-Datenbank beweist, dass zwischen einzelnen Ländern enorme Unterschiede bestehen.
- Empirische Erkenntnisse haben eigene Grenzen, da eine Klassifizierung anhand von Antworten auf ein einzelnes Thema erfolgt und dies nicht automatisch die Bewertung der Befragten als Personen, die zur Gewaltakzeptanz neigen, rechtfertigt.
- Daten empirischer Analysen scheinen frühere Erklärungsmodelle und Untersuchungsergebnisse in Bezug auf Personen, die Hassstraftaten begehen, zu bekräftigen. Psychologischen, soziologischen und wirtschaftlichen Modellen zufolge bestehen Gruppen, die stärker zu Gewalt neigen, hauptsächlich aus jungen Menschen, wirtschaftlich und sozial benachteiligten Personen und Männern. Auch autoritäre Haltungen spielen eine wichtige Rolle.
- Die wichtigste Schlussfolgerung aus der empirischen Analyse besagt, dass die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt, die Ermittlung diesbezüglicher Haltungen und eine auf diese Ergebnisse gestützte Identifizierung nicht bedeuten, dass jemand solche Handlungen auch tatsächlich begeht. Daher sind eine Definition gefährdeter Gruppen und die Sondierung prädiktiver Faktoren nur bei gleichzeitiger Berücksichtigung zusätzlicher sozialer Kontexte möglich.

# Meinungen zu politisch motivierter Gewalt – unsere eigenen CAPI- und CAWI-Recherchen

## *Herkömmliche Umfrageergebnisse (CAPI) in Ungarn*

- Ein Viertel der Befragten in Ungarn glauben, dass Demokratie und politische motivierte Gewalt miteinander vereinbar sind. Ein Fünftel meint, dass in einigen Fällen „der Zweck die Mittel heiligt“, und 12 Prozent sind der Auffassung, dass Terrorismus unter bestimmten Umständen akzeptabel sei. Wähler der rechtsextremen Partei Jobbik waren zu Gewalt positiver eingestellt.
- Wir versuchten herauszufinden, welches einerseits die ideologischen Ziele<sup>1</sup>, mit denen sich Gewalt rechtfertigen lässt, und andererseits die sozialen Gruppen<sup>2</sup>, gegen die die Befragten Gewalt für akzeptabel halten, sind. Ein Drittel der Befragten glaubt, das sich Gewalt mit keinem der genannten Ziele rechtfertigen lässt, und weitere 12 Prozent verraten die Meinung, sie sei nur in einem Fall vertretbar. Im Allgemeinen jedoch erhielten wir überraschend hohe Zahlen für die Rechtfertigung von Gewalt aus ideologischen Gründen und gegen einige Gruppen.
- Die Mehrheit betrachtet den Schutz der eigenen Familie als ausreichenden Grund für Gewalt. Abstraktere Ziele, wie der Schutz der ungarischen Nation und persönlicher Freiheiten, werden relativ stark befürwortet (39 bzw. 35 Prozent). Der Anteil der Befürworter für selbst die am wenigsten bejahten Fälle (soziale Ungleichheit wird unerträglich; Naturressourcen und Aussichten für künftige Generationen werden bedroht) betrug 29 Prozent, obwohl bei diesen Szenarien 35-36 Prozent der befragten Personen die Anwendung von Gewalt ablehnen, was über dem Anteil der Befürworter liegt.
- Terroristen und Kriminelle sind ganz deutlich diejenigen, gegen die nach Meinung eines beträchtlichen Teils der ungarischen Befragten Gewalt gerechtfertigt werden kann (63 bzw. 47 Prozent). Das ist allerdings nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass es sich hier um die Gruppen handelt, gegen die der Staat für gewöhnlich legitime Mittel der Gewalt im Rahmen der Strafverfolgung anwendet.
- 40 Prozent der Befragten glauben, dass Gewalt gegen Verräter und Feinde der Nation vertretbar ist. In dieser Hinsicht gibt es keine Meinungsunterschiede zwischen Rechts- und Linksradikalen. Eine noch schockierendere Zahl ist, dass fast ein Drittel (29 Prozent) der Befragten Gewalt gegen Roma und 35 Prozent Gewalt gegen Drogensüchtige für vertretbar halten.

---

1 Wenn die Familie der befragten Person in Gefahr ist; wenn die ungarische Nation in Gefahr ist, wenn versucht wird, die persönliche Freiheit der befragten Person einzuschränken; wenn der Staat seine Bürger unterdrückt; wenn die Existenzgrundlage der befragten Person bedroht ist; wenn soziale Ungleichheit unerträglich wird; wenn Umweltressourcen oder die Zukunft künftiger Generationen bedroht sind.

2 Terroristen; Kriminelle; Verräter und Feinde der Nation; Drogensüchtige; Personen, die die Natur zerstören; linksradikale Gruppen; rechtsradikale Gruppen, Zigeuner; autoritär eingestellte Personen, die die Demokratie untergraben; Banken; Politiker; multinationale Unternehmen; Juden; Homosexuelle.

- Im Falle autoritärer Personen, die die Demokratie bedrohen, (26 Prozent), der Banken (25 Prozent) und Politiker (23 Prozent) ist ein Drittel der Befragten der Meinung, Gewalt könne gerechtfertigt werden. Dieser Wert beträgt 18 Prozent bei multinationalen Unternehmen.
- Laut 16 Prozent der Befragten kann Gewalt gegen Juden und laut 14 Prozent Gewalt gegen Homosexuelle gerechtfertigt werden. Dies sind erheblich höhere Prozentsätze als in Großbritannien, doch relativ geringe in der Gruppe der Subjekte in Ungarn. Darüber hinaus sind, wie wir aus vorhandenen Untersuchungen wissen, Homosexuelle und Juden, die oft als mächtige Feinde mit starker Lobby gelten, häufig Ziele verbaler Aggression sind. Sie scheinen als gut identifizierbare Angehörige bestimmter Minderheitengruppen nicht wichtig zu sein und spielen stattdessen eine mehr symbolische Rolle im öffentlichen Diskurs. Oft werden sie als einflussreiche Personen mit besonderen Eigenschaften gesehen, die sich gegen Menschen verschwören, und gleichzeitig zu hassen und zu fürchten sind.
- Im ungarischen Sample wurden von uns auch einige spezifische Situationen untersucht. 13 Prozent der ungarischen Befragten sagten zum Beispiel, dass es unter bestimmten Umständen vertretbar sei, einen unmoralischen Politiker zu schlagen oder zu bewerfen, während 79 Prozent dies strikt ablehnen.
- Einflüsse demographischer Variablen hinter den Einstellungen zu Gewalt waren allgemein sehr schwach oder nicht vorhanden. Parteipräferenzen (besonders für die Partei Jobbik) wurden als wichtiger, bestimmender Faktor hinter der Rechtfertigung von Gewalt ermittelt. Personen mit mehr Aktivismus und Interesse an Politik sowie stärkeren antisemitischen und Anti-Roma-Einstellungen sowie diejenigen mit einer stark autoritären Haltung (Orientierung an rechtem Autoritarismus und sozialer Dominanz) standen einer Rechtfertigung verschiedener Formen der politischen Gewalt offener gegenüber. Für wahre Entdeckungen sorgte eine Untersuchung der kombinierten Wirkung von Variablen. Wir haben festgestellt, dass Haltungen die wahren Ursachen sind, die die Wirkungen aller Variablen übertragen. Anti-Roma-Haltungen, Antisemitismus und insbesondere rechter Autoritarismus sowie Orientierung an sozialer Dominanz. Es scheint als wäre Parteipräferenz mehr ein „Symptom“. Tatsächlich aber ist die Akzeptanz von Gewalt eine Funktion extremistischer, autoritärer und von Vorteilen geprägter Haltungen.

### *Herkömmliche Umfrageergebnisse (CAPI) im Vereinigten Königreich*

- Ähnlich wie die ungarischen Ergebnisse haben auch Erhebungen im Vereinigten Königreich gezeigt, dass Gewalt dann am akzeptabelsten ist, wenn „der Familie Gefahren drohen“. 63 Prozent der Briten meinten, dass Gewalt in diesem Fall bis zu einem gewissen Grad vertretbar ist. Zustimmung fand Gewalt auch im Fall „Der britischen Nation droht Gefahr“, obwohl nicht ganz so stark, als in der vorherigen Situation. Fast die Hälfte aller Befragten ist der Meinung, dass Gewalt in diesem Fall vertretbar ist. Das am geringsten befürwortete Szenarium war die Anwendung von Gewalt „wenn soziale Ungleichheit unerträglich wird“. 23 Prozent der Briten denken, dass Gewalt in diesem Fall akzeptabel ist, dagegen glauben 39 Prozent, sie ist es nicht.

- Vergleicht man die Daten aus Ungarn und dem Vereinigten Königreich zeigt sich, dass Gewalt bei den Briten in den Fällen „der Familie droht Gefahr“ oder „der britischen Nation droht Gefahr“ auf größere Akzeptanz trifft, diese in anderer Fällen aber bedeutend geringer ist.
- Im Vereinigten Königreich ist die Mehrheit der Auffassung, dass Gewaltanwendung gegen Terroristen und „Verräter und Feinde der Nation“ gerechtfertigt werden kann. Besonders stark wird Gewaltanwendung gegen die erstere Gruppe unterstützt (58 Prozent). In Bezug auf verschiedene ethnischen Minderheiten oder religiöse Gruppen: Gewalt gegen Juden, Zigeuner, Muslime und Zuwanderer wird kaum befürwortet – nur 3-6 Prozent der Befragten sind dafür. Obwohl Gewaltanwendung zum Erreichen bestimmter Ziele auch im Vereinigten Königreich weithin akzeptiert wird, stellten wir im ungarischen Sample eine viel breitere Akzeptanz der Gewaltanwendung gegen bestimmte Gruppen, besonders Minderheitengruppen wie Drogensüchtige, Zigeuner und Juden, fest.

### *Online-Umfrageergebnisse (CAWI)*

- Die Online-Umfrage, für die die Teilnehmer über Facebook geworben wurden, zeigte, dass jüngere Menschen im Sample Terrorismus proportional stärker akzeptieren. Interessanterweise war die Ablehnung der Zuwanderung nicht mit der Befürwortung von Gewalt verbunden, wobei mangelndes Vertrauen in die Polizei dennoch ein wichtiger Faktor zu sein scheint. Ein recht enger Zusammenhang besteht zwischen den verschiedenen Formen von politischem Aktivismus und der Befürwortung von Gewalttaten.
- Im Rahmen der Online-Erhebung in Ungarn stieß Gewalt bei jüngeren Personen, Männern und Einwohnern von mittelgroßen bis kleinen Städten eher auf Befürwortung. In Bezug auf Parteipräferenzen war ein Großteil derjenigen, die Gewalt akzeptieren, Sympathisanten der Partei Jobbik, wobei wir allgemein hohe Befürwortungsraten in politisch „hyperaktiven“ Gruppen feststellen konnten.

### **Social Media Mapping – Recherchen mittels Facebook und Twitter**

Soziale Medien haben die Veröffentlichung und Verbreitung extremer oder offensiver Ansichten leichter gemacht. Rechtsradikale Parteien und Bewegungen sind gut organisiert und nutzen soziale Medien früh und aktiv, sowohl als Mittel zur schnellen Verbreitung billiger Propaganda und Schaffung einer kohärenten Gruppenidentität als auch zur Organisation von Veranstaltungen und Aktivitäten. Bei dieser Recherche wurde Folgendes festgestellt:

- Soziale Medien sind zu einem wichtigen und aktiven Schauplatz für eine breite Vielfalt an populistischen, rechtsgerichteten Aktivitäten geworden.
- Obwohl das Netzwerk groß zu sein scheint, wird es von einer relativ kleinen Zahl engagierter und aktiver Benutzer geleitet.
- Dennoch können diese Inhalte ein verhältnismäßig großes Publikum außerhalb ihrer eigenen Netzwerkbenutzer erreichen.

- Sie nutzen sowohl Facebook als auch Twitter auf extensive Weise, um Informationen über gängige und auch politische Randthemen zu diskutieren und weiterzugeben. Üblicherweise teilen diese Gruppen „Mainstream“-Informationen, um ein breiteres Publikum zu erreichen.
- Obwohl wir zögern, anhand dieser Datensätze allgemeine Schlussfolgerungen bezüglich der Offline-Zusammensetzung dieser Gruppen zu ziehen, scheint Social Media Mapping das perfekte Instrument zu sein, um das Gewaltpotenzial und dessen Entwicklung im Laufe der Zeit in den sozialen Mediennetzwerken radikaler und extremistischer Gruppen zu verfolgen.

### More politics, less policy

- Die Ergebnisse in Ungarn und dem Vereinigten Königreich lassen darauf schließen, dass größeres politisches Interesse und Engagement die Akzeptanz von Gewalt erhöhen kann. Der Grund dafür könnte darin liegen, dass der politische Diskurs bei gewissen Themen die öffentliche Meinung eher radikalisiert als beruhigt und in Richtung einer Rechtfertigung „harscher Maßnahmen“, einschließlich der Anwendung von Gewalt, lenkt. Daher könnte das Gewaltisiko durch eine Entpolitisierung bestimmter sensibler Fragen (z. B. Zuwanderung und Flüchtlingsfrage, Minderheiten, Terrorismus) verringert werden. Zu dieser Entpolitisierung könnte beitragen, wenn diese Fragen nicht Gegenstand von Parteipolitik wären und gleichzeitig Politikdebatten, bei denen Experten- und NGO-Diskussionen mehr Raum einnehmen, verstärkt werden würden.

### Kontinuierliche Bedrohungsbeobachtung

- Da bestimmte Fragen in der Erhebung ein nützliches Instrument zur Quantifizierung des Gewaltpotenzials in einigen Mitgliedsstaaten zu sein scheinen, möchten wir Meinungsforschern empfehlen, regelmäßig internationale Umfragen zur Akzeptanz, Rechtfertigung und Verherrlichung bestimmter Formen der Gewalt, einschließlich des Terrorismus, durchzuführen. Die beste Vorgehensweise zur Erstellung einer Karte „Potenzial für Gewalt“ in Europa wäre es, einer Eurobarometer-Umfrage einen Fragenblock hinzuzufügen und die Messungen regelmäßig zu wiederholen. Mit ihrer Hilfe würde man nicht nur einen genauen Überblick über die Dynamik gewalttätiger Einstellungen erhalten, sondern auch ermitteln können, wo sich in der EU die problematischsten Regionen befinden, wodurch wiederum eine gute Entscheidungsfindung bei der Vergabe von Fördermitteln für Präventions- und Entradikalisierungsprogramme unterstützt wird.
- Ähnlich würden regelmäßige Umfragen zur Gewaltakzeptanz in den Mitgliedsstaaten dabei helfen, die sozialen Gruppen, die größte Aufmerksamkeit verlangen, zu ermitteln und, möglicherweise, ein gezieltes Eingreifen zu bestimmen. Unsere Untersuchungen in Ungarn und dem Vereinigten Königreich deuten darauf hin, dass junge Männer, die in Städten wohnen, autoritäre und von Vorurteilen geprägte Ansichten vertreten sowie eine negative Einstellung zur Polizei haben, die problematischste Gruppe zu sein scheinen.
- Neben regelmäßigen Erhebungen zu gewalttätigen Haltungen in den Mitgliedsstaaten, scheint es unerlässlich zu sein, die wichtigsten radikalen und extremistischen sozialen Medienkanäle zu beobachten und zu kartographieren. Neue Methoden können dabei helfen, die Auswirkungen einzelner Ereignisse in den sozialen Medien praktisch in Echtzeit zu einzuschätzen, was in großem Maße nicht nur der Rückverfolgung, sondern auch einer weitsichtigen Vorhersage von gewalttätigen Bedrohungen dienlich wäre.

## Gemeinschaftsprogramme und Prävention

- Gezielte Bildung und Gemeinschaftsprogramme sind in den Gruppen, die politisch motivierte Gewalt am stärksten unterstützen, erforderlich, um die Bedrohung durch Gewalt zu vermindern.
- Ideologie scheint ein mächtiges Instrument zur Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt zu sein. Indem Perspektiven verändert und historische Beispiele dafür angeführt werden, dass selbst Gewalt gegen Eigengruppen oft ideologisch gerechtfertigt und verherrlicht wird, könnten bestimmte Kreise wechselseitiger Radikalisierung durchbrochen werden.
- Als wirkungsvolles Instrument zur Radikalisierungsprävention kann sich erweisen, wenn glaubhafte Stimmen der Opfer von Hassstraftaten, Terrorismus und auch ehemaligen Extremisten in Bildungsprogramme eingebunden werden. Die Arbeitsgruppe PREVENT des Radicalisation Awareness Network sagt dazu in ihrem Bildungsmanifest<sup>3</sup>: *„Terrorismusopfer und –überlebende können ebenso wie ehemalige Extremisten von großem Wert sein, wenn sie sich in den Unterricht einbringen (...). Ihre Aussagen können auf die Studenten große Wirkung haben und zugleich eine gute Möglichkeit zum Anstoßen eines Dialogs sein“.*

---

<sup>3</sup> Manifesto for Education – Empowering Educators and Schools [http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation\\_awareness\\_network/docs/manifesto-for-education-empowering-educators-and-schools\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/docs/manifesto-for-education-empowering-educators-and-schools_en.pdf) Die meisten Arbeitsgruppen im Radicalisation Awareness Network betonen, wie wichtig derartige Instrumente sind. Mehr unter: [http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation\\_awareness\\_network/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/index_en.htm)



### Einleitung

Die Untersuchung von Hassstraftaten und politisch extremistischem Verhalten ist ein recht komplexes Unterfangen, denn es handelt sich hierbei um ein Problem, das durch aktuellpolitische Entwicklungen, eine Flut politischer Regelungen, Kriminalitätsforschung, Gesetzesvollzug und Rechtsfragen beeinflusst wird. Politische und rechtliche Bedeutung erlangte das Phänomen in engem Zusammenhang mit den Bürger- und Minderheitsrechtsbewegungen in den Vereinigten Staaten der 1960er Jahre, und später in Europa aus dem Bedürfnis heraus, extremistische politische Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg zu verstehen und zu überwachen. Obwohl Hasskriminalität in rechtlicher und gesetzgeberischer Hinsicht zuerst im staatlichen, Bundes- und selbst globalen Kontext in den USA definiert wurde, betrachtet das amerikanische Rechtssystem, in dem großer Wert auf die Presse- und Meinungsfreiheit gelegt wird, Hassrede nicht als ein Thema, das besondere Regelungen erfordert.

Im Gegensatz dazu wurden der Hassrede in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg mittels gesetzlicher Vorschriften, die spezielle Symbole und Äußerungen regeln und verbieten, Grenzen gesetzt. Allgemeine Regelungen für Hassstraftaten wurden erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts nach dem amerikanischen Modell getroffen. Diese Bestimmungen entwickelten sich daraufhin ab der 2000er Jahre zu Ecksteinen eines internationalen Systems, das von Europa und der Europäischen Union vorangetrieben wird.

Während in den Vereinigten Staaten politischer Extremismus, der die Gesellschaft und politische Stabilität gefährdet, mit dem Begehen spezieller (politischer) Handlungen beginnt, birgt in Europa die öffentliche Äußerung einer politischen Meinung bereits ein Risiko für die Gesellschaft. Diese Tatsache verdient besondere Aufmerksamkeit, da Hasskriminalität und Hassrede aus Sicht ihrer Definition und der praktischen Strafverfolgung im Wesentlichen die zwei Seiten der gleichen Medaille sind, und das mit weitreichenden Folgen im sich schnell verändernden Info-Kommunikationsumfeld der heutigen Zeit. Die rechtliche Definition von Hasskriminalität ergibt sich aus der Bekundung der diesbezüglichen Motivation für gewöhnliche Straftaten und die Verletzung der Menschenrechte von Einzelpersonen oder Gruppen, einer Motivation, die in den meisten Fällen<sup>4</sup> die Benutzung einer von Vorurteilen geprägten Sprache bedeutet. Mit anderen Worten scheinen in sprachlicher Form ausgedrückte Vorteile und deren potenzielle Motivationskraft, die zum Begehen einer Handlung führen, in den zwei zuvor genannten Rechtssystemen in einem unterschiedlichen Zusammenhang zu stehen.

Im amerikanischen System basiert die Sanktionierung von Hassrede auf der Vermutung, dass sie auf eine bereits begangene Handlung folgt und durch diese motiviert ist, während Hassrede in Europa als Ausdruck einer Absicht interpretiert wird, die zu einer Handlung in der Zukunft führt, was eine Gefahr darstellt.

---

<sup>4</sup> Stillschweigendes Verhalten kann auch als Beweis dienen, obwohl selbst dies in den meisten Fällen der sprachlichen Herkunft nach eine logische Folge ist.

Auch in der Rechtsdefinition wird sie als Anstiftung zu Hass bezeichnet. Europäische Hassrede-Bestimmungen dienen nicht nur dem Schutz der Minderheitsrechte, sondern auch, ähnlich der englischen und amerikanischen politischen Tradition, der politischen Stabilität der demokratischen Ordnung, was die verbleibenden Unterschiede zwischen dem angelsächsischen und dem kontinentaleuropäischen Rechtssystem, abgesehen von deren unterschiedlichen historischen Wurzeln, erklärt. Kein Unterschied zwischen den beiden Philosophien besteht dagegen im Hinblick auf die Interpretation von Gefahr, wie sie von extremen Gruppen für die Verfassungsordnung und die Erfordernis, sie zu regulieren, ausgeht. Überall werden extremistische Ansichten und Handlungen nach der Rechtsauffassung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus, soweit zutreffend, streng überwacht und strafrechtlich verfolgt. Zusammengeführt werden beide Philosophien durch die Transparenz des Internets und die Nutzung der Informations-Kommunikationsinfrastruktur, die sich auf immer mehr Bereich des Lebens erstreckt. Was die Definition anbelangt, wird es immer schwieriger werden, Hassrede und -kriminalität voneinander abzugrenzen, und, praktisch gesehen, wird die weitverbreitete Dokumentation rassistischer Meinungen zu einer Situation führen, in der die Äußerung einer „unschuldigen“ Meinung sowohl auf individueller als auch Gruppenebene die Grundlage für die rechtliche Klassifizierung eines Ereignisses bilden kann, das, in Zeit und Raum von der ursprünglichen Erklärung getrennt, stattfindet. Aus dem Blickwinkel der Sozialforschung betrachtet, wird all dies die Untersuchung von Ereignissen, die in Hassstraftaten enden, und die Rekonstruktion ihrer sozialpsychologischen und sozialen „Risikofaktoren“, die die Herausbildung von Vorurteilen verursachen oder erleichtern, Motivationskraft entwickeln und zur Koordinierung von Aktionen, die möglicherweise physische Gewalt zur Folge haben, komplizierter machen.

Themen der vorliegenden Untersuchung sind (1) internationale Politik- und wissenschaftliche Definitionen für Hasskriminalität und extremistische Gewalt, (2) Praxis und Schwierigkeiten internationaler Organisationen in Bezug auf die Erfassung und Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit der Untersuchung von Hasskriminalität, (3) potenzielle kausale Erklärungsmodelle für Hasskriminalität und schließlich (4) die Notwendigkeit der Trennung von Politik und Problemen, die sich der Sozialwissenschaftsforschung stellen, um die Operationalisierung „gefährdeter Gruppen“ zu erleichtern.

## Definitionen – Europäische Hasskriminalitätsmodelle

Die Definierung von Hassstraftaten und extremistischer Gewalt erfolgt in einem sich ständig verändernden Regelungsumfeld, was internationale Politikinstitutionen und die Sozialforschung vor immer neue Herausforderungen bei dem Versuch stellt, sich einen genauen Überblick über ihr Thema zu verschaffen.

Bei unserer Analyse der einzelnen Definitionen stützen wir uns auf den Bericht der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) 2012<sup>5</sup>, den RAXEN-Bericht<sup>6</sup> (RAXEN Jahresbericht, 2005) und den OSZE-Bericht<sup>7</sup> (OSZE Jahresbericht, 2011) sowie, in Ergänzung dazu, den ebenfalls mit Unterstützung durch die FRAU erstellten Hasskriminalitätsbericht<sup>8</sup> (Making hate crime visible, 2012). Darüber hinaus spielen der Rat der Europäischen Union und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine zentrale Rolle für die strafrechtliche Verfolgung, Definition, Registrierung und Präsentation von Hassstraftaten. In den frühen 2000er Jahren war der Begriff „Hasskriminalität“ eines von zahlreichen Instrumenten für die begriffliche Erfassung rassistischen und diskriminierender Handlungen. Seit 2012 ist er der zentrale Begriff für die strafrechtliche Verfolgung von Rassismus.

Noch 2005 wurde im Raxen-Bericht befürwortet, „rassistische Gewalt“ und, spezifischer, „Hassstraftaten“ zu trennen. Als Argument diente, dass „Hass“ die ungleichen Erfahrungen von Opfergruppen homogenisiere und von tagtäglicher rassistisch motivierter Kriminalität ablenke, die als „Hass“ nicht angemessen beschrieben werden könne. In dem Bericht wird Hasskriminalität in erster Linie auf rechtsextreme Gruppen, und nicht auf „gewöhnliche“ junge, rassistische Straftäter, bei denen Hass eine weniger signifikante Motivation beim Begehen gewalttätiger Handlungen zu sein scheint, bezogen. In dem Bericht wird die Verwendung von „Hasskriminalität“ als ein mächtiger und allgemeiner Begriff in der Rechtsprechung europäischer Staaten zur strafrechtlichen Verfolgung zahlreicher, rassistisch motivierter Straftaten und Gewaltakte anerkannt. Neben der Überwachung und Regulierung rechtsextremer Bewegungen in engerem Sinne und der Gesetzgebung bezüglich zivil- und strafrechtlicher Antidiskriminierungsvorschriften zum Schutz von Minderheiten führte der Bericht gleichzeitig den Begriff als dritten antirassistischen Pfeiler im europäischen Rechtsarsenal zur rechtlichen Sanktionierung von rassistisch motivierter Gewalt und Kriminalität aufgrund der Rasse, ethnischen Zugehörigkeit, religiösen Überzeugung, des Geschlechts, körperlicher und geistiger Behinderung oder sexueller Orientierung ein (RAXEN-Jahresbericht, 2005:45).

Den Begriff „Hasskriminalität“ verwendete die OSZE 2003 zum ersten Mal auf einem Ministertreffen in Maastricht. Heute spielen Fragen der Terminologie im OSZE-Bericht, der sich auf zahlreiche Länder erstreckt, keine Rolle mehr. Dennoch definiert der Bericht Hasskriminalität aus Sicht des amerikanisch-angelsächsischen Modells als höchste und einzige Kategorie, die aus zwei Bestandteilen besteht: der gewöhnlichen Straftat und der absichtlichen, auf Vorurteilen beruhenden Motivation des Täters (OSZE-Jahresbericht, 2011:13). In diesem Bericht wird zwischen „hassmotivierter Straftat“ und „hassmotiviertem Vorfall“ unterschieden, wobei, ungeachtet der Motivation, Letzterer entweder die Toleranzschwelle des Strafrechts nicht erreicht oder gegebenenfalls die Handlung nicht unter das Strafrecht fällt (OSZE-Jahresbericht, 2011:14).

---

5 Annual Report 2012, Fundamental rights: challenges and achievements in 2012

6 Racist Violence 15 EU Member States, 'A Comparative Overview of Findings' from the RAXEN National Focal Points Reports 2001-2004, April 2005

7 Hate Crimes in the OSCE Region: Incidents and Responses, Annual Report for 2011

8 Making hate crime visible in the European Union: acknowledging victims' rights, 2012

In Bezug auf Motivation und gestützt auf die Berichte der Mitgliedsstaaten wird im OSZE-Bericht zwischen Vorurteilen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit/Herkunft/Minderheit, des religiösen Glaubens, der Rasse/Hautfarbe, sexuellen Orientierung, Staatsangehörigkeit, des Geschlechts, der Sprache, körperlicher und geistiger Behinderung, der Transsexualität und anderer Vorurteilkategorien unterscheiden (OSZE-Bericht, 2011:17). Im FRA-Bericht zur Hasskriminalität wird diese klar als Schlüsselkategorie definiert, zugleich direkt in das europäische Hasskriminalitätsmodell eingefügt und vom angelsächsischen Modell abgegrenzt.

Im Wesentlichen ist „Hasskriminalität“ der FRA-Definition zufolge ein Teil des Menschenrechtskonzepts, einerseits gestützt auf die Rechtsauslegung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und andererseits auf den Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates der Europäischen Union zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die EGMR-Fallstudie beruft sich auf Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, in dem es heißt: Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten. Darüber hinaus betrachtet der Gerichtshof die Bestimmungen in Artikel 14.36 als eine Garantie für den Schutz der sexuellen Orientierung (Making hate crime visible, 2012:16,18). Ausgehend von den Entscheidungen des Gerichtshofes wird im Bericht die Hassstraftat rechtlich als eine durch Vorteile motivierte Handlung definiert, wo der Begriff „Hass“ sowohl für Diskriminierung als auch Demütigung steht, und, bedingt durch die besondere, vorurteilsbehaftete Motivation, unterscheidet sich „Diskriminierung“ von dem einfachen und oft gerechtfertigten Vorgang der „Differenzierung“ (Making hate crime visible, 2012:9). Hinzu kommt, dass Hasskriminalität als Erscheinung über ein einzelnes Täter-Opfer-Verhältnis oder extremistische und marginalisierte soziale Gruppen hinausgeht und auf die Rechte spezieller Personen auf drei Ebenen einwirkt: auf individueller, auf Gruppen- und auf globaler sozialer Ebene. Erstens verletzen diese Handlungen die menschliche Würde des Einzelnen, zweitens definieren sie Täter- oder Opferkategorien und drittens verletzen sie, als strukturelle Beziehungen, Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und die Fundamente einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaftsordnung Making hate crime visible, 2012:19, 24). Die Präzedenzentscheidungen des Gerichtshofes besagen, dass staatliche Behörden im Falle von Gewaltakten die Pflicht haben, rassistische Motive aufzudecken und der Staatsanwaltschaft die Beweislast aufzuerlegen (Making hate crime visible, 2012:17).

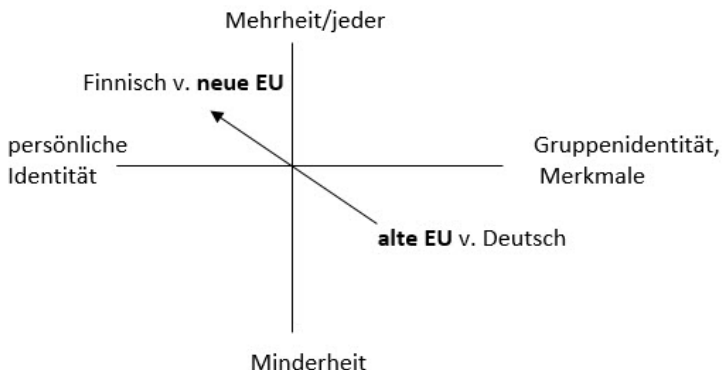
Ausgehend vom diesbezüglichen Beschluss des Rates sind zwei Kategorien von Tätern zu unterscheiden. Laut Artikel 1(a) und 1(b) des Beschlusses ist die öffentliche Aufstachelung zu Gewalt oder Hass gegen eine Gruppe von Personen oder ein Mitglied einer solchen Gruppe unter Strafe zu stellen. Diese Definition setzt Vorsätzlichkeit seitens des Täters voraus.

In Bezug auf andere, durch Vorurteile oder Hass motivierte Handlungen werden den Mitgliedsstaaten im Rahmenbeschluss zwei Möglichkeiten angeboten: rassistische Motivation kann als erschwerender Umstand gewertet werden und ein härteres Urteil zur Folge haben (Making hate crime visible, 2012:25). Obwohl bei diesen Formen krimineller Handlungen Vorsätzlichkeit nicht immer nachgewiesen werden kann, müssen sie als Grenzfälle gesehen werden. Während im Beschluss nur die Diskriminierung aufgrund der Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung und nationaler oder ethnischer Herkunft genannt ist, haben zahlreiche Mitgliedsstaaten weitere rassistische Motive, wie Antisemitismus und Benachteiligung wegen körperlicher oder geistiger Behinderung, usw., unter Strafe gestellt. Gleichzeitig heißt es im Bericht, dass es nicht unbedingt von Nutzen ist, das weite Feld an Diskriminierungsformen in eine umfassende und abstrakte Kategorie einzuordnen, da die Zielgruppen unterschiedliche Anforderungen an ihren Schutz stellen. Der Bericht bezeichnet die Anstiftung zu Hass als „Kern“ aller Hassverbrechen (Making hate crime visible, 2012:26) und verleiht dadurch dem europäischen Regulierungsmodell Gestalt. Kurz gefasst unterscheidet sich das europäische vom amerikanischen Modell durch einen einzigen Hassrede-Schlüsselfall, und von daher stellt es ein breites Spektrum an physischen und nichtphysischen Handlungen unter Strafe. Beim amerikanischen Modell werden zahlreiche gewöhnliche Strafdelikte als standardmäßige Hassverbrechenskategorien behandelt, und dann, in Anerkennung einer auf Sprache basierende Motivation, wird ein breites Spektrum an Hassredeformen als Teil zuvor ermittelter Hassverbrechen unter Strafe gestellt. Ein Unterscheidungsmerkmal im europäischen Modell ist die begrenzte „Sichtbarkeit“ eines Hassverbrechens in den Augen der Öffentlichkeit oder des Justizsystems. Dem Bericht zufolge ordnen die meisten europäischen Länder bei der Unterstrafestellung grundlegender Verbrechen rassistische Motive den jeweiligen Fällen als erschwerenden Umstand zu, anstatt die in Statistiken klar ausgewiesenen Strafmaße zu ändern. Offizielle Kriminalstatistiken enthalten in erster Linie die führenden Straftatenkategorien und Urteile und nicht erschwerende Umstände, ganz abgesehen davon, dass Polizeiberichte und Gerichtsverfahren dazu neigen Rassismus weniger Aufmerksamkeit zu schenken und ihn auf einen simplen „Umstand“ zu reduzieren (Making hate crime visible, 2012:27).

In ihrer Studie aus dem Jahre 2012 mit dem Titel *„Divided by a common concept? Assessing the implications of different conceptualizations of hate crime in the European Union“* weisen Jon Garland und Neil Chakraborti darauf hin, dass die Behörden dabei gescheitert sind, eine Standarddefinition für Hasskriminalität auf nationaler und internationaler Ebene vorzunehmen, und das in einer Zeit, in der in Europa zahllose soziale Gruppen infolge der Wirtschaftskrise zu Opfern werden. Dies führen die Autoren teilweise (trotz der Bemühungen und Definitionen internationaler Organisationen) auf das Fehlen einer universellen Definition für Hasskriminalität und teilweise auf die Begriffsbestimmung für Hassverbrechen durch eine Politik spezifischer/ausgewählter Gruppenidentitäten zurück. Die verschiedenen Rechtsvorschriften und –praktiken der Union widerspiegeln eine gewisse Art von „Opferhierarchie“, bei der einige Gruppen außerordentlichen Schutz und Anerkennung genießen, andere dagegen mit weniger sozialem Kapital keinen Schutz erhalten.

Auch die Kriminalforschung hat aktiv zur Beibehaltung dieser spaltenden und hierarchischen Definition beigetragen, indem Hassverbrechen mit spezifischen Opfergruppen und Motivationsarten durch den Konstrukt von genau umrissenen Identitäten verbunden werden (Garland-Chakraborti, 2012:38). Eine „gezielte Viktimisierung“ erlaubt den Schutz der Identität jedes Einzelnen, wobei die Debatte über Hasskriminalität von Gruppenidentitäten zum individuellen Opfer hin verschoben wird. Obwohl der „Unterschied“ einer Person nicht automatisch zur Folge hat, dass sie zum Opfer von Belästigung oder Missbrauch wird, verweist er doch auf einen „gefährdeten Umstand“ hin, der mit dem erhöhten Risiko, zu einem Opfer zu werden, einhergeht. Den Autoren zufolge würde eine Rekonzeptionalisierung der Hasskriminalität den Schutz von Einzelpersonen und Gruppen, z. B. Alkoholikern und Menschen mit mentalen Krankheiten, usw., ermöglichen, die typischerweise nicht als potenzielle Opfer von Hassverbrechen betrachtet werden oder in ihren mehreren Identitäten gleichzeitig betroffene Opfer sind. Mit Hilfe des Konzepts einer „gezielten Viktimisierung“ werden wir, was vielleicht noch wichtiger ist, in der Lage sein, den allgemeinen Einfluss und die Dynamik transnationaler Regelungen auf die Rechtsprechung in den Mitgliedsstaaten in ein Konzept zu fassen. Das wachsende Spektrum an Hassverbrechen birgt eine Verschiebung von typisch extremistischen Gruppen und traditionellen Opfergruppen hin zu isolierten Vorfällen und Opfern. Auch durch die Aufnahme einer größeren Spannbreite an Motiven, wie Einstellungen, die sich zur Diskriminierung eignen, in die Definition eröffnen sich Wege für den Schutz der „Mehrheitsgesellschaft“.

Die Definitionsverschiebung kann entlang der geschützten Merkmal/Identität – Gruppe-Zugehörigkeit – Koordinate illustriert werden:



Für die Hasskriminalitätsforschung sind Definitionen ein wichtiger Ausgangspunkt, da die verschiedenen Daten, die in jedem Land mit wechselnden Definitionen verbunden sind, Erklärungen unterschiedlicher Komplexität bedürfen.

So erfordert die Erklärung einer Aggression gegen jedwedes Mitglied der Gesellschaft, einschließlich älterer Menschen, behinderter Personen und Muslime, andere konzeptionelle und empirische Instrumente, als die, mit denen das Verhalten von rechtsextremen Gruppen, die traditionelle Minderheiten bedrohen, beschreiben. Evident ist ebenfalls, dass internationale Tendenzen in der Politik ein zunehmend komplexes Verständnis der Gesellschaft erfordern und auch die Frage aufwerfen, ob dies die Verantwortung der Politiker oder, in dieser Form, die der Sozialwissenschaft ist.

### *Probleme bezüglich der Datenerfassung und Messungen durch internationale Organisationen*

Im Folgenden möchten wir die Hauptergebnisse des Raxen-Berichts 2005, des OSZE-Berichts 2011 und des TE-SAT-Berichts 2012 (EU Terrorism Situation, 2012) zusammenfassen.

Während sich der Raxen-Bericht noch auf rassistische Gewalt konzentrierte, wurden im OSZE-Bericht bereits offizielle, halboffizielle und NGO-Daten zur Hasskriminalität aus zahlreichen europäischen Ländern<sup>9</sup> (15 und 26) zusammengestellt, einzelstaatliche Regelungen und Datenerfassungsmethoden beschrieben sowie Vorschläge für künftige Politikänderungen bezüglich der obigen Bereiche und zugeschnitten auf Nationalstaaten unterbreitet. Die Themenspezifikation der einzelnen Berichte verweist auch auf die zentrale Rolle, die dem Ausdruck und der Definition für „Hasskriminalität“ im Kontext der antirassistischen Politik in Europa zugemessen wird. Im Raxen-Bericht wird versucht, den breitestmöglichen Referenzrahmen für das Konzept rassistischer Gewalt zusammen mit einschlägigen Daten für den Zeitraum von 2001 bis 2004 und dessen Regulierungsumfeld anzubieten. Der Bericht setzt drei Prioritäten: Daten und Regulierungshintergrund je Land, eine Art länderspezifische und globale Interpretation von Daten sowie Empfehlungen für wirksame Antworten von Staaten und NGO (einschließlich Datenerfassung) auf rassistische Vorfälle. Daten aus 15 Ländern wurden durch das RAcism and XEnophobia Network, später in Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (engl. Abk. FRA) umbenannt, und die so genannten Nationalen Kontaktstellen sowie spezialisierte, zumeist NGO und nationale Organisationen zusammengetragen. Ausmaß und Natur rassistischer Gewalt werden anhand offizieller und halboffizieller Zahlen, gegliedert nach Jahren und der diesbezüglichen Straftatenklassifizierung im jeweiligen Staat, dargestellt. Darüber hinaus beinhaltet der Bericht Informationen zu Opfern und Tätern, sofern solche Daten vorhanden sind). Abgeschlossen werden die einzelnen Länderkapitel mit kontextualisierten Informationen zu relevanten politischen, rechtlichen und Politikveränderungen.

Im Raxen-Bericht sind auch zahlreiche Graphiken mit europaweiten Indikatoren zu sowie vergleichende Tabellen mit offiziellen Angaben, gegliedert nach den wichtigsten Straftatenkategorien entsprechend der einzelnen Länder (z. B. Deutschland – extremistische/extremistisch gewalttätige, Fremdenhass-/Fremdenhassgewalt- und antisemitische/antisemitische Gewaltvorfälle) zu finden. In einer Graphik ist der jährliche Trendwechsel bei rassistischer Gewalt je Land dargestellt.

---

<sup>9</sup> Mitglieder sind keine europäischen Länder.



Das Verhältnis von rassistischer Gewalt zur ausländischen Bevölkerungsgruppe (oder Minderheit) in einem Land wird als wichtiges Ergebnis präsentiert, wobei die niedrige Verhältniszahl in diesem Index als Effizienzangel der verwendeten Datenerfassungsmechanismen angesehen wird (Raxen-Jahresbericht, 2005:159). Damit sind wir bei den Schwierigkeiten angelangt, die mit der Interpretation von Hasskriminalitätsindikatoren und vorhandenen Daten verbunden sind. Ein besonderes Problem ergibt sich aus der Vielfalt der bei einzelstaatlichen Erhebungen verwendeten Methoden und aus den unterschiedlichen Zeitrahmen (Raxen-Jahresbericht, 2005:64). Ein Längsschnittvergleich der offiziellen Daten innerhalb eines Landes und zwischen den Ländern wird durch die vielen Rechtsdefinitionen, Veränderungen im Laufe der Zeit und Wechsel in der Methodik erschwert (Raxen-Jahresbericht, 2005:58). Daher kommt der Bericht im Hinblick auf die präsentierten Angaben zu der Hauptschlussfolgerung, dass amtliche, von den einzelnen Ländern veröffentlichte Datensätze nicht verglichen werden können, und es wird festgestellt, dass sich als Ausgleich dafür die Verwendung von Angaben aus Opferbefragungen, sozialwissenschaftlichen Erhebungen und NGO-Berichten eignen kann (Raxen-Jahresbericht, 2005:59). (Angesichts der oben beschriebenen Probleme mag diese Empfehlung von fragwürdigem Wert sein.)

Der wichtigste Vergleichsdatensatz im OSZE-Bericht enthält Datentypen (Definition) zu hassmotivierten Verbrechen je Land sowie die Anzahl von bei der Polizei angezeigten Fällen, in denen Anklage erhoben wurde oder Gerichtsurteile in der Zeit von 2009 bis 2011 ergangen sind (OSZE-Jahresbericht, 2011:23). Die OSZE nimmt auch Bezug auf die Einschränkung, dass Hassverbrechen aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen und strafrechtlichen Definitionen in den Ländern, die Daten bereitstellen, nicht angemessen von anderen Formen der Intoleranz abgegrenzt werden können, wodurch kein Raum für eine vergleichende Studie mit vorhandenen Daten bleibt (OSZE-Jahresbericht, 2011:21). Abweichend vom RAXEN-Bericht und ohne Bezugnahme auf das gleiche Problem befasst sich der OSZE-Bericht nicht mehr eingehend mit der Frage der Unvergleichbarkeit. Im FRAU-Bericht 2012 wird auch auf die Unvergleichbarkeit von länderspezifischen Daten verwiesen, und gleichzeitig festgestellt, dass man mit der Rückverfolgung der Datenvarianz zu den Unterschieden zwischen den einzelstaatlichen Datenerfassungsmethoden zufrieden sei. Im Weiteren werden im Bericht die offiziellen Berichte der Mitgliedsstaaten über Vorfälle, motiviert durch Rassismus/Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und extremistische Straftaten, zusammengefasst (Making hate crime visible, 2012:181). Der FRA-Bericht enthält vier größere Datensätze bezüglich der untersuchten Länder zu (1) rassistisch motivierten Straftaten, (2), antisemitischen Straftaten, (3) antimoslemischen Straftaten und (4) rechtsextremen Verbrechenstendenzen zahlenmäßig und innerhalb der Länder im Zeitraum von 2006 bis 2011 (Making hate crime visible, 2012:183, 186, 187). Ergänzt werden diese Daten im Bericht durch die eigene Darstellung von rechtlichen Regulierungsfragen in Verbindung mit nationalen und internationalen Organisationen (EU, EGMR, UNO) und Institutionen sowie von eigenen Datenerfassungsmethoden (OSZE-Jahresbericht 2011:9-38).

Laut des „2012 EU Terrorism Situation and Trend Report“ hat rechtsextreme Gewalt in Europa nach einem deutlichen Rückgang von terroristischen Vorfällen und Verhaftungszahlen von 2009 bis 2011 in den EU-Mitgliedsstaaten nunmehr ein neues Niveau erreicht<sup>10</sup>. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unter rechtsgerichteten Gruppen, oft einschließlich gewalttätiger Handlungen, nimmt ständig zu, was von einer wachsenden virtuellen Präsenz terroristischer und extremistischer Gruppen im Internet begleitet wird (TE-SAT, 2012:6). Was die Täterschaft von Hassverbrechen anbelangt, wird sowohl im Raxen-Bericht 2005 als auch im FRAU-Bericht 2012 hervorgehoben, dass die Mehrheit rassistisch motivierter Straftaten und Gewaltakte nicht mit extremistischen Gruppen in Verbindung gebracht werden kann (Raxen-Jahresbericht, 2005:xii, FRA-Jahresbericht, 2012:189). Ausgehend vom ebenfalls 2012 veröffentlichten Bericht *Minderheiten als Opfer von Straftaten und von der Umfrage der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung*<sup>11</sup> aus dem Jahre 2008 kommt die FRA zu dem Schluss, dass nur 1-13 % derjenigen, die rassistische Anschläge verüben oder von denen Gefahr ausgeht, mit rechtsextremen/rassistischen Gruppen in Verbindung gebracht werden können, wobei die höchsten Zahlen bei türkischen und Roma-Opfern zu verzeichnen sind (13 bzw. 12%) (Minorities as Victims, 2012:13). In kurzen Worten: Trotz der Verbreitung extremistischer (rechtsgerichteter) Ideologien, des Zugangs zum Internet und zu Gruppenorganisationen gehören, gestützt auf vorhandene (augenscheinlich verlässliche) Daten, die meisten Täter, die rassistisch motivierte Straftaten begehen, keiner extremistischen Gruppe an. Sie sind auch nicht Anhänger etablierter Ideologien. Stattdessen nährt sich ihre Motivation typischerweise aus der Ad-hoc-Verbreitung feindseliger und rassistischer Komponenten (FRA-Jahresbericht, 2012:189). Gleichzeitig darf der Reiz extremistischen Gedankenguts, das über das Internet verbreitet wird, nicht unterschätzt werden, ist doch das weltweite Netz, zum Hauptkommunikationsmittel von extremistischen und Terrorgruppen geworden, und darüber hinaus eignet es sich auch zur Radikalisierung und Anwerbung von Einzelpersonen (TE-SAT, 2012:6). Die Grenzlinien zwischen terroristischen, extremistischen und organisierten kriminellen Netzwerken verschwimmen immer mehr, wodurch die Erklärung dieser Phänomene in wachsendem Maße erschwert wird. Laut dem EU Terrorism Situation and Trend Report gibt es keinen einzigen Faktor, der als Erklärung für die Radikalisierung dienen könnte, und abgesehen davon besteht auch kein Konsens darüber, wie sich Gewalt von radikalisierten Personen vorhersagen ließe (TE-SAT, 2012:32).

In ihren Hauptschlussfolgerungen stimmen der RAXEN-Bericht, der OSZE-Bericht, der FRA-Bericht 2012 und der Hasskriminalitätsbericht darin überein, dass der Mangel an Daten nicht bedeutet, dass derartige Straftaten in einem gegebenen Staat nicht begangen werden, oder dass ein Übermaß an Daten von einer breiter gefassten Definition einer speziellen Regelung, einer wirksameren Erfassung, Registrierung oder Meldung von Hassverbrechen herrührt und nicht das Ergebnis höherer Verbrechensraten ist.

---

10 Der Bericht enthält nur für Terrorhandlungen Indikatoren, und auf extremistische Gruppen wird nur in Fallbeschreibungen Bezug genommen.

11 Im Rahmen von persönlichen Fragebogen-Interviews in allen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) im Jahre 2008 befragte EU-MIDIS 23.500 Zuwanderer und Personen mit ethnischem Minderheitenhintergrund.

Einhellig wird in den Berichten ferner festgestellt, dass rassistisch motivierte Gewalt nicht von den allgemeinen rassistischen und diskriminierenden Praktiken einer Gesellschaft in allen Lebensbereichen getrennt werden kann. Mit anderen Worten lassen sich rassistisch motivierte Gewalt/Viktimisierung/Diskriminierung in jedem Bereich des Lebens nur als Teile eines rassistischen „Kontinuums“ beschreiben und interpretieren (RAXEN-Jahresbericht, 2005:62). In Ergänzung dazu heißt es im OSZE-Bericht, dass rassistische Vorfälle, die öffentliche Aufmerksamkeit erregen, negative und positive Einflüsse auf die öffentliche Wahrnehmung haben können. Alle Länder in der OSZE-Region haben zahlreiche schockierende Verbrechen erlebt, die politische Entscheidungen nach sich gezogen haben (OSZE-Jahresbericht, 2011:38). Hassstraftaten, die von Mitgliedern der Mehrheitsgemeinschaft als „Reaktion“ auf Verbrechen von Minderheitengruppen begangen werden, können leicht zu einer breiteren Eskalation rassistisch motivierter Gewalt gegen Minderheiten führen (OSZE-Jahresbericht, 2011:39). Rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Ideologien und Propagandamaterialien tragen deutlich zur Verbreitung von Hassstraftaten in der Gesellschaft bei (OSZE-Jahresbericht, 2011:40). In steigendem Maße werden bestimmte Komponenten extremistischer Ideologien zu wesentlichen Bestandteilen des intoleranten und des gesamten Mainstream-Diskurses in ganz Europa. Gleichzeitig stützen sich rassistische und fremdenfeindliche Haltungen immer weniger auf Gedanken eines biologischen oder „traditionellen“ Supremats. An ihre Stelle treten die Ablehnung von Minderheitenkulturen und die Betonung der Unfähigkeit von Roma und Muslimen, sich in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, oder der Bedrohung, die von ihnen ausgeht (FRA-Jahresbericht, 2012:189).

### *Messprobleme im Zusammenhang mit internationalen Erhebungen*

Definition und Messung verschiedener Diskriminierungsindikatoren sind Prioritäten sowohl für die EU als auch die UNO, wobei diese bisher nur in einigen Schlüsselbereichen (z. B. Geschlechterungleichheit) oder in Bezug auf Minderheiten (z. B. Sinti und Roma) umgesetzt worden sind. Hinsichtlich der ethnischen Diskriminierung, die Anlass zu großer Besorgnis ist, behindern historische Verfassungsbestimmungen eine effiziente Datenerfassung, obwohl die Union indirekte und anonyme Datenerfassungsverfahren gestattet (RAXEN-Jahresbericht, 2005:53). Erschwert werden Zugänglichkeit, Verwendung und internationale Vergleiche von vorhandenen Daten zu Hassstraftaten durch eine Reihe von Faktoren. Im Wesentlichen ist für diese Daten ein großes Maß an Latenz kennzeichnend (unzureichende Meldung und Registrierung), seitens sowohl der Opfer als auch der Behörden. Eine erfolgreiche Datenerfassung hängt in hohem Grade davon ab, ob der Staat Daten zu nationalen/ethnischen Minderheiten erfasst, das Strafrecht rassistisch motivierte Übergriffe sanktioniert und die Mitgliedsstaaten rassistisch motivierte Gewalt als soziales Problem anerkennen (RAXEN-Jahresbericht, 2005:vii). Weitere Hindernisse für die Datensammlung bestehen in der Qualität strafrechtlicher und anderer Überwachungsinstrumente von offiziellen und nichtoffiziellen Organisationen. Obwohl spezifische Berichte große Datenmengen neben der Anzahl gemeldeter Fälle oder den Systemen eines Landes zur Datenerfassung, -aufarbeitung und -klassifizierung enthalten, ist offensichtlich, dass die Registrierung rassistischer Hassstraftaten auf internationaler Ebene in eine Sackgasse geraten ist. Das Datensystem ist komplex und existiert auf nationaler und internationaler Ebene.

In internationaler Hinsicht ist eine höchst umfängliche und intensive Politikverbesserung in Zeit und Raum deutlich zu erkennen, auch bezüglich sowohl der allgemeinen Sensibilität für Diskriminierung als auch für Bürgerrechte und das Strafrecht, parallel zu einer Reform von nationalen und internationalen Rechtsbestimmungen, Institutionen und (Rechts-)Praktiken. Dennoch können unter Verwendung der vorhandenen Daten weder die Wirksamkeit politischer Maßnahmen noch Verbreitungsgrad/Ausmaß der gemessenen Phänomene in Europa geschätzt werden, da man sich in Berichten der Regel nach auf vergleichende Tabellen, die auf unvergleichbaren Daten basieren, verlässt, und so der Eindruck einer „Datenflut“ entsteht. So informativ die Berichte auch sein mögen, ist das Thema paradoxerweise aus dem Blickwinkel der Politikbeschreibung der Länder „untererforscht“. In der Union ist die Verteilung von offiziellen und NGO-Daten zur Hasskriminalität außerordentlich ungleich. Während es in Ost-Südosteuropa an Informationen mangelt, findet man in einigen nord- und westeuropäischen Staaten, zum Beispiel in Frankreich und Deutschland, Tausende Seiten von Analysen zum Thema Vorurteile, Fremdenhass und rassistische Gewalt. In diesen Fällen wird in internationalen Berichten auf Datenkompression zurückgegriffen. So wurde zum Beispiel der 400 Seiten lange Bericht des französischen Ministère De L'Intérieur aus dem Jahre 2012 zum Thema Fremdenfeindlichkeit, Antirassismus und Antisemitismus, in dem verschiedene Aspekte von Hassstraftaten untersucht wurden, auf, mit etwas Übertreibung, einzelne „Fallzahlen“ gestutzt und verdichtet. In Wirklichkeit wurde in den oben angeführten Berichten das Phänomen in bestimmten europäischen Regionen nicht ausreichend untersucht und keine Auswertung der großen Menge an Längsschnittdaten<sup>12</sup> und Analysen im entsprechenden Kontext vorgenommen. Aus dieser Sicht besteht das Problem nicht in der Unvergleichbarkeit, sondern in der Tatsache, dass niemand das Potenzial in der existierenden Forschung auf europäischer Ebene<sup>13</sup> erkennt und daher alles andere als behauptet werden kann, dass angemessene und verlässliche Daten zur Hasskriminalität fehlen. Das Problem der Datenreduzierung wirft auch Licht auf die praktische Seite der Unvergleichbarkeit. Die jahrzehntelangen Beschwerden, es gäbe keine gemeinsame Basis, sind an sich keine theoretische Schwierigkeit. Vielmehr sind sie ein Hinweis darauf, dass funktionale Vergleiche de facto fehlen. Bei Berücksichtigung all dessen steckt die Datenbank zur Hasskriminalität auf europäischer Ebene derzeit in einer Sackgasse: (1) Die Daten sind ungültig, aggregierte Daten je Land homogenisieren Fälle und Verhalten, und wir haben keine Vorstellung vom eigentlichen Wert bestimmter Datensätze. (2) Die Daten können von Land zu Land nicht verglichen werden. (3) Als Folge all dessen kann keine Kausalitätsanalyse im internationalen Maßstab vorgenommen werden. Im Hinblick auf Kausalitätserklärungen ist die grundsätzliche Unverlässlichkeit von Daten mindestens so problematisch wie mangelnde Vergleichbarkeit.

---

12 Obwohl in einigen Ländern die Latenz hoch und die Anzahl der Fälle relativ gering sein mögen, können Fallbeschreibungen äußerst detailliert ausfallen und zahlreiche Variablen berücksichtigen.

13 Es fehlt ganz einfach an systemischem und umfangreichem Wissen bezüglich der Datenbestände von Schlüsseländern – nichts müsste konsolidiert werden, und tatsächlich wären Unterschiede und Ähnlichkeiten informativ, obwohl diese Bemühungen an den eigenen homogenisierenden und reduktivistischen Kategoriesystemen internationaler Organisationen scheitern.

Zum Beispiel hilft es uns nicht, wenn wir wissen, dass in Österreich die Zahl von Hassstrafaten 2011 zurückging (OSZE-Jahresbericht, 2011:183) und sich dann aufgrund einer Fall-für-Fall-Analyse herausstellt, dass die Häufigkeit von Hassrede oder die Zahl von Übergriffen gegen Migranten eigentlich zunimmt. Um die Ursachen dafür ermitteln zu können, müssten an erster Stelle eine Medienuntersuchung und an zweiter Stelle eine vertiefte Untersuchung mit Schwerpunkt auf dem Wohlfahrtsystem durchgeführt werden. Auf der Basis nutzloser, empirischer Daten in den obigen Berichten ist es schwierig zu sagen, welche neuen Daten benötigt werden, da wir noch nicht einmal genau wissen, welche Datenbestände existieren, welche Punkte verglichen werden können, worin sie sich unterscheiden und, darauf gestützt, welche neuen Daten benötigt werden, um die zu ergänzen und zu korrigieren, die wir bereits haben. Nachstehend folgt ein Überblick über verschiedene Versuche zur Erklärung von Hassstrafaten.

### *Erklärungsmodelle für Hassstrafaten*

Der RAXEN-Bericht ist der einzige, der zu einer umfänglichen Behandlung von Hassstrafaten geeignet ist. In ihm wird eine Unterscheidung zwischen Erklärungen auf Mikro-, Mezzo- und Makroebene getroffen. Während in den anderen genannten Dokumenten solche Vorfälle in ihrem internationalen, nationalen politischen und sozialen Kontext vertieft behandelt werden, unternehmen sie jedoch keinen Versuch umfassende Erklärungen zu entwickeln, was teilweise vielleicht auf die Unangemessenheit von Daten zu Zwecken internationaler Vergleiche und statistischer Analysen zurückzuführen ist. Bevor auf die Schlussfolgerungen des Berichtes von 2005 eingegangen wird, mag es lohnenswert sein, die verschiedenen Formen theoretischer Erklärungen in diesem Themenbereich mittels einer Untersuchung von Green et al. *Hate Crime: An Emergent Research Agenda* (Green-McFalls-Smith, 2001) zusammenzufassen, die später auch zur Interpretierung der Ergebnisse ergänzender empirischer Untersuchungen, die nachfolgend behandelt werden, hinzugezogen werden kann. Green unterscheidet zwischen zwei grundsätzlichen Formen der Kausalitätsanalyse, dem individuell-psychologischen und dem sozialen Ansatz, wobei er betont, dass die diversen Definitionen für Hasskriminalität die Grundlage für unterschiedliche Erklärungstypen bilden. Individuelle Erklärungen konzentrieren sich im Wesentlichen auf die psychologischen Motivationen hinter einer Handlung, die sich als eine explizite psychologische Orientierung oder Überzeugung, aktiviert durch spezifische Situationen im Hintergrund beschreiben lassen (Green-McFalls-Smith, 2011:484). Im Gegensatz dazu verfolgen makrosoziologische Erklärungen das Ziel, einen breiteren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext, der zu einzelnen Handlungen führt, zu bestimmen. Da die psychologische Längsschnittbeobachtung spezifischer Individuen – und wie sich später zeigt, die Feststellung von Kausalität anhand von Attitudes-Studien – mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, wird bei den meisten theoretischen Erklärungen versucht, die Ursachen für Hassstrafaten auf der Community-Ebene zu erfassen. Die Autoren unterscheiden sechs allgemeine Kategorien, die zur Erklärung solcher Handlungen verwendet werden (Green-McFalls-Smith, 2001:485).

Ansätze auf Basis psychologischer Merkmale richten sich darauf, die psychologischen Ursachen für Straftaten zu ermitteln, da die vorherrschenden Definitionen für Hasskriminalität die Feindseligkeit des Straftäters gegenüber dem Opfer als von vornherein feststehend betrachten. Diese Schule verbindet und erklärt diese Handlungen gleichzeitig mit extremen Formen von Straftaten im Einklang mit Allports Schlussfolgerungen, der ein breites Spektrum an diskriminativen Verhaltensweisen auf stereotypbedingte, affektive Störungen (Frustration, Projektion, Paranoia, usw.) zurückführt. Verschiedene Theorien zur autoritären Persönlichkeit versuchen ein Standardpersönlichkeitsprofil des Straftäters anzulegen, obwohl Attitudes-Untersuchungen zufolge individuelle Merkmale zu einer Erklärung nicht ausreichen, da nur ein kleiner Prozentsatz autoritärer Personen dies Art von Straftaten begehen (Green-McFalls-Smith, 2011:485). Neben den Ursachen für individuelle Vorurteile versuchen „sozialpsychologische Erklärungen“ auch, die zugrundeliegenden Bedingungen für diese Gewalttaten zu ergründen. Bei einigen Modellen werden individuelle Handlungen an die Dynamik von kleinen Gruppen geknüpft, wo sich aggressive Haltungen unter dem Druck der Gruppe oder als Reaktion auf Gruppennormen verbreiten, Handlungen extrem oder konformistisch werden – empirische Untersuchungen haben die Rolle dieser Dynamik besonders in Verbindung mit weißen rassistischen Gruppen nachgewiesen. Im Falle anderer Ansätze, hauptsächlich europäischer Untersuchungen, steht die Wechselbeziehung zwischen psychologischer Orientierung und breiteren sozialen Faktoren, genauer den kausalen Wirkungen elektronischer und Printmedien im Mittelpunkt. Dementsprechend kann die Mediendarstellung von Hassstraftaten nicht nur eine Verbreitung von kriminellen Handlungen (offensichtlich durch Beispiele) zur Folge haben, sondern durch die Darstellung, Verbreitung und Legitimierung von Stereotypen unter Einbeziehung von Zielgruppen solche Handlungen auch direkt auslösen. Der sekundäre Effekt der Medien wird in der Verbreitung und Bekräftigung von Äußerungen mit populären Stereotypen seitens politischer Kräfte und Politiker gesehen (Green-McFalls-Smith, 2001:486). Die „historisch-kulturelle“ Schule untersucht die Auswirkungen des politischen Diskurses im Auftrag, obwohl in diesem Fall die vorsätzliche, kurzfristige Manipulation des Diskurses aufgrund der historischen Perspektive eigentlich nicht erörtert werden kann. Erklärungen auf der Grundlage des politischen Diskurses und der Kultur postulieren Hasskriminalität im Lichte langzeitiger (*longue durée*), fast „unveränderbarer“ Kulturtraditionen und Verhaltensmuster. Obwohl die Autoren glauben, dass der kulturalistische Ansatz noch überzeugende Kausalverbindungen anbieten kann, hat er sich bei der Ermittlung radikal und konsequent unterschiedlicher Kriminalitätsraten in Gesellschaften mit ähnlicher Sozialstruktur (z. B. bei einem Vergleich der Hasskriminalitätstendenzen in den USA und Kanada) als nützlich erwiesen (Green-McFalls-Smith, 2001:486). Der soziologische Ansatz hat seinen Ursprung in Durkheims Modernisierungstheorie und verbindet Kriminalität mit strafbaren Handlungen und Aggression junger Bevölkerungsschichten, die schnellen sozialen Veränderungen ausgesetzt sind. Eine Version der soziologischen Theorie wurde besonders in postkommunistischen Ländern getestet, in denen die soziale Organisation radikale Veränderungen erfährt.

Sie besagt, dass Straftäter zumeist kollektive oder einzelne Verlierer der Modernisierung sind, so sozial nicht integrierte Personen und Mitglieder von verschworenen Gemeinschaften, die in ihrer Existenz „bedroht“ sind.<sup>14</sup> Eine breitere Erklärung bietet das „Globalisierungsmodell“, in dessen Mittelpunkt marginalisierte, bildungsschwache und leicht zu identifizierende Migranten in verschiedenen, hauptsächlich entwickelten Ländern stehen (Green-McFalls-Smith 2001:487). „Ökonomische Theorien“ erklären diese soziale Anomie nicht mit dem Auseinanderbrechen sozialer Beziehungen, sondern mit Frustrationsübertragung und Gruppenkonkurrenz um Ressourcen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Nach der so genannten „Theorie des realistischen Gruppenkonflikts“ kann feindseliges Verhalten auf eine Kluft in der wirtschaftlichen Kraft verschiedener Gruppen zurückgeführt werden. Die Autoren weisen darauf hin, dass die Theorie einer empirischen Feinabstimmung in Bezug auf Konkurrenzbereiche (Arbeitsstellen, Wohnraum, Bildung, usw.) und auf den Status bedarf, der diese Gruppen potenziell zu Straftaten motivieren kann. Die Frage ist, ob eine Gruppe auf einer höheren Stufe in der sozialen Hierarchie stärker zu einem Präventivschlag (zur Verteidigung ihres Territoriums) gegen eine schwächere Gruppe mit niedrigerem Status neigt, oder ob es Schritte seitens einer herrschenden Elite erfordert, wenn sie am Rande des Verlustes ihrer dominanten Position steht. In diesem Prozess muss man bereits auf die Rolle politischer Eliten achten und Interessengruppen bei der Konzentrierung und Mobilisierung strukturell inhärenter Frustrationen artikulieren<sup>15</sup> (Green-Mc-Falls-Smith, 2001:488).

Eine etwas breitere Ausführung der Konkurrenzgruppentheorie findet man im Modell „dominante Strukturen“. In der modernen Gesellschaft fügen sich Aspekte der Arbeit, Macht, Sexualität und Kultur zu einer gewaltigen Struktur zusammen, die dem Einzelnen automatisch seinen Platz in der Gesellschaft zuweist, und Hasskriminalität dient zugleich der auf Normen ruhenden Identität des Straftäters und der Abweichung des Opfers von der Norm (Roxel, 2011:202). Obwohl diese Formel besser in den ständig breiteren Rahmen von Definitionen der Kriminaltypologie passt, bietet die zentrale Rolle, die der Identität zugemessen wird, an sich nicht viel Neues.

Die „politischen Theorien“ zur Hasskriminalität untersuchen die Mobilisierung von Groll unabhängig von dessen Ursprung (Green-McFalls-Smith, 2001:488). Nach der politischen Erklärung, die sich auf die Theorie von sozialen Bewegungen stützt, ist nicht der tatsächliche oder angenommene Groll des Täters gegenüber dem Opfer, sondern die „politische Gelegenheitsstruktur“, die die Straftat vielleicht rechtfertigt, der bestimmende Faktor. Dies impliziert die Existenz von Foren und Mitteln, die für den Ausdruck persönlichen Grolls (offensichtlich auch durch Gesellschaft und Gruppen strukturiert) geeignet sind, wodurch die Äußerung von Vorurteilen in der Öffentlichkeit und im politischen Diskurs legitimiert wird, sowie die (geringe oder hohe) Wahrscheinlichkeit für die Prävention und Unterstrafestellung von Hasskriminalität.

---

14 Die Welle fremdenfeindlicher Anschläge auf Ausländer, die über das ehemalige Ostdeutschland in der Zeit nach 1991 hinweg zog, ist ein wiederkehrender Bezugspunkt.

15 So können zum Beispiel extremistische politische Bewegungen, anstatt zu direkter Gewalt anzustiften, eine wichtigere Rolle bei der Verbreitung extremistischer Ansichten in der Öffentlichkeit und beim Aufbau von Frustration als eine legitime öffentliche Angelegenheit spielen, wie wir es bei der Roma-Kommunikation der Jobbik-Partei gesehen haben.



Die „Gelegenheitsstruktur“ kann zu einer Reihe von einander widersprechenden und empirisch untersuchten Schlussfolgerungen führen. Im Hinblick auf politische Organisationen kann einerseits die Tatsache, dass keine Organisationen, die extremistische Ansichten in den gängigen politischen Diskurs einbringen, existieren, eine Eskalation der Gewalt auslösen, und andererseits die Existenz extremistischer Politiker und Organisationen Leidenschaften fokussieren und Gewalt entfachen<sup>16</sup>.

In Verbindung mit der Gelegenheitsstruktur dürfen die Schlappeheit des institutionellen Umfelds (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, usw.), sowie dessen entfernte, gleichgültige und potenziell duldende, rassistische Rolle, einschließlich des Verhaltens der politischen Elite, nicht vergessen werden. Gleichzeitig betonen die Autoren, dass Unterstützung seitens der politischen Eliten trotz der Tatsache, dass die Gelegenheitsstruktur grundsätzlich eine „befreiende“ Wirkung hat, maßgebend für die Erstarkung des Phänomens ist<sup>17</sup> (Green-McFalls-Smith, 2001:489).

Die Hauptschlussfolgerung des RAXEN-Berichts und insgesamt aller nachfolgenden Berichte besteht darin, dass die Täter typischerweise junge Männer, Mitglieder extremistischer politischer Organisationen und auch Einzelpersonen, die keiner solchen Organisation angehören, sind. Einerseits ist diese Aussage so allgemein, dass sie irrelevant wird<sup>18</sup>, und andererseits stellt sich hierbei die Frage, in welchen Erklärungskontext sie Bedeutung erlangen würde. Die Rolle extremistischer Gruppen bei der Begehung von Hassstraftaten kann auf Basis fast jeden Erklärungsmodells, das Gruppenstrukturen behandelt, analysiert werden. Und „einsame Täter“ lassen sich in modernen Gesellschaften mit individueller oder gemeinschaftlicher Anomie, die durch die Globalisierung oder wirtschaftliche Not verursacht wird, sowie dem Scheitern der traditionellen sozialen Integrations- und Sozialisierungsmechanismen in Verbindung bringen. Gleichzeitig wirkt bei dem Versuch die Situation zu verstehen, die Tatsache entmutigend, dass der für das Verstehen von Prozessen auf Gruppenebene nötige politische Ansatz der adäquaten Identität nur schwer mit einem anderen Aspekt moderner sozialer „Anomie“ vereinbar ist: mit großen handlungskoordinierten Systemen, vermittelt durch unpersönliche Medien, die mit Hilfe ihrer politischen und wirtschaftlichen Regime in der Lage sind, die soziale Ordnung im Wesentlichen ohne Anwendung von Gewalt aufrechtzuerhalten<sup>19</sup>.

---

16 In Verbindung mit den Roma-Mördern in Ungarn darf man den Diskurs der Jobbik und die Wirkung extremistischer Organisationen vom Typ der Ungarischen Garde, die das öffentliche Leben radikalisierten, nicht ignorieren.

17 Die Beziehungen zwischen der politischen Gelegenheitsstruktur und den Eliten ist komplex, da Letztere zugleich Teil und Unterstützer der Struktur sind, manchmal auch rassistische Vorfälle, in denen sich die Auswirkungen der Struktur materialisieren, verhindern.

18 Junge Männer sind in einer Gesellschaft für viele Vorfälle verantwortlich, und die Ermittlung von Tätern, die keinen extremistischen Gruppen angehören, erstreckt sich auf die gesamte Gemeinschaft.

19 In modernen Massengesellschaften wird die Ordnung durch im Vergleich zur Bevölkerungsgröße verhältnismäßig wenige Exekutivorgane aufrechterhalten, d. h. an sich kann Ordnung nicht durch das Monopol der Staatsmacht erklärt werden, und trotz der Individuenatomisierung funktioniert das System störungsfrei (was bedeutet, dass sich Aggression auch nicht eindeutig auf allgemeine Anomie reduzieren lässt).

Anhand dieser Ausführungen lassen sich die Erklärungen im RAXEN-Bericht in die eine oder andere oben genannte Ansatzkategorie einfügen. Dem Bericht zufolge können gewisse ethnische Konfrontationen mit so genannten globalen Konflikten verbunden werden, wenn ein ethnischer Konflikt in einem Land in den gleichen Gemeinschaften anderer Länder wieder auftaucht, wie wir es im Zusammenhang mit dem Anschlag vom 11. September oder dem israelisch-palästinensischen Konflikt erlebt haben, als muslimische und jüdische Gemeinschaften in einer Reihe von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union angegriffen wurden (RAXEN-Jahresbericht, 2005:180). Die erklärende Logik eines globalen Konflikts setzt ein ähnliches Verhältnis der Opfergruppe im betreffenden Land zur Mehrheitsgemeinschaft und eine Identitätsabgrenzung voraus, d. h. eine gewisse Form struktureller Äquivalenz zwischen Ländern, wo durch den globalen Informationsfluss ein kausales Verhältnis zwischen Strukturen entsteht. Das andere Phänomen, mit dem sich der Bericht auseinandersetzt, hat – gestützt auf im Bericht zitierte Eurobarometer- und ESS-Umfragen – mit der allgemeinen Angst von „Außenstehenden“ ebenso zu tun, wie mit dem wahrgenommenen Grad der Kriminalität in Verbindung mit Minderheiten und der allgemeinen Sicherheitsverschlechterung, wie sie von den Angehörigen der Mehrheitsgemeinschaft empfunden wird. Bei der Erklärung „Kriminalitätswahrnehmung“ wird Feindseligkeit gegenüber Minderheiten teilweise den von den Medien vermittelten Bildern und teilweise dem fehlenden Kontakt zwischen Minderheits- und Mehrheitsgruppen zugeschrieben (RAXEN-Jahresbericht, 2005:181). Mit anderen Worten erklärt die Logik der Wahrnehmungstheorie „Feindseligkeit“ gegenüber Opfern mittels des psychologischen Zustandes der potenziellen Täter (Unsicherheit, Neigung zu Projektion), der Abbildung von Minderheiten in den Medien (und der persönlichen Interpretation) sowie des Charakters der Wechselbeziehung mit Minderheiten. Zusätzlich zur Erklärung der zuvor genannten, spezifischen Phänomene (die zwei globale Konflikte und die Erkenntnisse der Attitudes-Umfragen) trifft der Bericht eine Unterscheidung zwischen theoretisch-erklärenden Modellen auf drei Ebenen.

Wichtige theoretische Erklärungen behandeln Meta-, d. h. rassistische Gewalt im Kontext (1) des Wettbewerbs um begrenzte Ressourcen, (2) der wachsenden Zahl an Minderheiten (hauptsächlich Migranten)<sup>20</sup>, (3) der Existenz rechtsextremer Gruppen und deren Gesamteinfluss auf junge Menschen sowie (4) der länderspezifischen rassistischen Subkulturen (RAXEN-Jahresbericht, 2005:183-185). Erklärungen auf Basis der nationalen oder Mezzoebene untersuchen örtlich (1) den spezifischen kulturellen Kontext (Befürwortung/Ablehnung von Aggression in der Gemeinschaft oder die Relevanz des genauen Zeitpunkts und Ortes der Gewalt) oder (2) den kriminologischen Kontext (Gelegenheiten für das Begehen von Straftaten, Kriminalisierung, Verletzlichkeit von Opfern) (RAXEN-Jahresbericht, 2005:186-187). Erklärungstypen auf Metaebene sind bereits erwähnt worden, und die Mezzoebene kann in etwa Greens Klassifizierung „politische Gelegenheitsstruktur“ gleichgestellt werden. Für die Mikro-Erklärung bilden die persönlichen Merkmale des Täters die Grundlage, genauer formuliert: die Mehrheit junger Täter war typischerweise arbeitslos oder hatte schlecht bezahlte, nur geringe Qualifikation erfordernde Arbeit, geringe Fähigkeiten und war vorbestraft (RAXEN-Jahresbericht, 2005:189).

---

20 Der Bericht stellt die allgemeine Gültigkeit der Erklärung in Verbindung mit Straftaten gegen kleine Minderheiten in Frage.

Bei der Analyse einzelner Täterprofile stellt der fehlende Kontext auch weiterhin ein Problem dar. An sich können sie zur Erklärung weniger oder zu vieler Phänomene verwendet werden, wobei sie ihre kausale und prädiktive Funktion erst im kausalen Mechanismus stärker detaillierter Modelle erlangen.

In Ergänzung zu den Berichtserkenntnissen möchten wir auf zwei und dann vier erwähnenswerte Untersuchungen eingehen. Erstere beinhalten zusätzliche Informationen zu Erklärungsmodellen und Letztere zu Risikogruppen unter Aufzeigung der zur Kriminalitätsanalyse herangezogenen Daten, ihrer Effektivität und Einschränkungen.

Lyons` Studie aus dem Jahre 2007 mit dem Titel *Community (Dis)Organization and Racially Motivated Crime* untersuchte im Wesentlichen die in der Zusammenfassung von Green et al. beschriebenen Erklärungsmodelle im Kontext einer Wohngemeinschaft in Chicago, und zwar die soziale Desorganisation oder Anomie, das wirtschaftliche Wettbewerbsmodell und das Konzept der geschützten Gemeinschaft<sup>21</sup>. Die Studie enthält eine Analyse des Einflusses von Organisationsbedingungen in diesen geographisch isolierten Gemeinschaften auf Hassstraftaten gegen Weiße und Afroamerikaner. Mit anderen Worten: Bezüglich der obigen Models berücksichtigte die Studie die Gruppenorganisation auf Makroebene sowohl der Opfer als auch der Täter. Im Zuge der Operationalisierung der sozialen Anomie widmete die Studie Wohnvierteln mit wenig sozialem und wirtschaftlichem Kapital die gleiche Aufmerksamkeit wie wohlhabenden Gegenden mit mehr Ressourcen für die Fernhaltung von Außenseitern (Lyons, 2007:816). Die Bedeutung von Letzterem liegt darin, dass kriminologische und soziologische Erklärungen bezeichnenderweise den Schwerpunkt ausschließlich auf benachteiligte Gemeinschaften legen und von der Annahme ausgehen, dass diese Gemeinschaften aufgrund wirtschaftlicher Not, ethnischer Vielfalt und einer hohen Einwohnerfluktuationsrate immer weniger in der Lage sind ihre Mitglieder zu kontrollieren, wodurch impulsiven und voreingenommenen Verhaltensmustern der Weg bereitet wird. (Lyons, 2007:819). Lyons operationalisierte das auf der Gemeinschaft basierende und von Sampsons et. al eingeführte soziale Kapital unter Verwendung der „kollektiven Effektivität“ bei der Vermittlung zwischen wirtschaftlichen Bedingungen und Kriminalität. Zwei Komponenten der „kollektiven Effektivität“ sind (1) sozialer Zusammenhalt und Vertrauen und (2) informelle Gemeinschaftskontrollnormen, die an das Sicherheitsgefühl der Gemeinschaft und die allgemeine Kriminalitätsprävention gebunden sind. Dementsprechend sind effektive Gemeinschaften (besonders von Jugendlichen) durch ein hohes Maß an formaler Aufsicht/Disziplin und, bezüglich Problemen, die auf potenzielle kriminelle Aktivitäten hinweisen, durch die Fähigkeit effektiven Eingreifens gekennzeichnet (Lyons, 2007:820). In der Studie wird die Vermutung geäußert, dass ethnisch begründeter, wirtschaftlicher Wettbewerb um knappe Ressourcen ein Ergebnis der ethnisch segmentierten Markt- und Wirtschaftsstruktur moderner Gesellschaften ist. Dennoch entstehen spezifische Probleme, wenn das etablierte wirtschaftliche Gleichgewicht gestört und Mitglieder von ansonsten relativ isolierten ökonomischen Segmenten gezwungen werden, sich auf einen persönlichen Statuswettbewerb einzulassen (ökonomisch-ethnische Nischen geraten in direkten Kontakt miteinander).

---

21 An früherer Stelle bin ich nicht auf das Modell „Geschützte Gemeinschaften“, das von Green als eine potenzielle Synthese für von ihm aufgelistete Erklärungen entwickelt wurde, eingegangen.

Daher reicht es nicht aus, den durchschnittlichen (ethnisch/rassisch neutralen) ökonomischen Status von Marktakteuren zu messen. Nur ein gruppenspezifischer ökonomischer Status ist geeignet, die auf ethnische Gruppen einwirkenden ökonomischen Spannungen vollständig zu erfassen. Ähnlich wie das Anomie-Modell postuliert auch das Ökonomisch-Ethnische-Modell einen negativen Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Status einer ethnischen Gruppe und Hasskriminalität (Lyons, 2007:822). Beim „Geschützte-Gemeinschaft“-Modell wird weniger Betonung auf wirtschaftliche Güter und mehr auf den Schutz der Identität und Lebensweise einer spezifischen Gemeinschaft vor gefährlichen „Außenseitern“ in Verbindung mit Wohnmobilität gelegt (Lyons, 2007:822-823). Lyons verwendete die Anzahl der Hassstraftaten gegen Weiße und Afroamerikaner in Chicago von 1997 bis 2002 und die durchschnittliche Kriminalitätsrate als abhängige Variable, die Einwohnerzahlen von 1990 bis 2000 (Einwohnerzahl, ethnische Zusammensetzung, ethnischer wirtschaftlicher Status, wirtschaftliche Ungleichheit, Migrationsmobilität) als unabhängige Variable sowie Zahlen zum sozialen Zusammenhang und informellen sozialen Kontrollumfang, die einer speziellen Umfrage in einer Wohnviertelgemeinschaft entstammen (Lyons, 2007:831). In der Analyse sind Polizeibezirke die kleinste geographische Einheit. Ausgehend von den neuen Erkenntnissen in der Untersuchung unterscheiden sich Straftaten gegen Afroamerikaner nach einer Reihe wichtiger Aspekte. Typischerweise werden sie von Gemeinschaften mit einem relativ hohen Organisationsgrad, größerem Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und stärkerer informeller Kontrolle verübt, in erster Linie von Wohnviertelgemeinschaften, für die die afroamerikanische Mobilität eine Bedrohung darstellt (Lyons, 2007:847). Darüber hinaus ist es diesen Gemeinschaften dank ihres Organisationsgrades gelungen, die Kriminalitätsrate unter Kontrolle zu halten, d. h. Hasskriminalitätsraten lassen deutlich von denen der allgemeinen Kriminalität unterscheiden. All dies wirft die Frage einer „Spezialisierung“ auf Straftaten gegen Afroamerikaner auf: Straftäter unterscheiden sich durch rassistische Motive und nicht die allgemeine Bereitschaft zu gewöhnlichen Straftaten von der Mehrheit (Lyons, 2007:848). Im Gegensatz dazu werden Hassstraftaten gegen Weiße in armen Gemeinschaften verübt, für die eine erhebliche Einwohnerinstabilität und Kriminalitätsmuster, die mehr den herkömmlichen Formen von Kriminalität in der betreffenden Gegend entsprechen, charakteristisch sind. Infolge dessen können gegen Weiße verübte Hassstraftaten aus kriminologischer Sicht auf komplexere Ursachen und Motive zurückgeführt werden, wo z. B. die einfache Suche nach finanziellem Gewinn hervorsticht. Noch komplexer wird das Bild, wenn man berücksichtigt, dass Angriffe auf Weiße in vielen Fällen als Reaktion auf Straftaten gegen Afroamerikaner erfolgen (Lyons, 2007:848). In kurzen Worten kann festgestellt werden, dass sich Anomie und Desorganisation, ausgehend von der (Social)-Community-Untersuchung, zur Erklärung von Übergriffen auf Weiße eignen, während Straftaten gegen Afroamerikaner charakteristisch für von Kriminalität weniger betroffene Gemeinschaften sind. Eine wichtige direkte Lehre aus der Untersuchung ist die Aufgliederung von Kriminalitätszahlen, die statistisch für gewöhnlich aggregiert werden, nach Opfergruppen und der Nachweis dafür, dass opfergruppenspezifische Erklärungen entwickelt werden müssen (Lyons, 2007:848).

In Bezug auf Europa geben die Position von Migranten, die versuchen sich in entwickelte Wohlfahrtssysteme und einheimische Gemeinschaften mit Zugang zu Ressourcen über das niedrigste und marginalisierte, soziale Segment des Arbeitskräftemarktes zu assimilieren, und der Platz, den einheimische Minderheiten in der Statushierarchie und Gebietsunterteilung der Mehrheitsgesellschaft einnehmen, sehr zu denken. Die Untersuchung hat den problematische Charakter von „kontextfreien“, allgemeine Demographieindikatoren aufgezeigt, weil das Modell „Geschützte Gemeinschaft“ im Grunde genommen erklärt, warum wohlhabende „einsame“ Angehörige der Mittelklasse, die nicht vorbestraft sind keine Verbindung zu extremistischen Gruppen haben und in verschworenen Gemeinschaften leben, gelegentlich straffällig werden.

In diesem Fall sind auch Risikofaktoren präsent, doch nicht als individuelle Merkmale, sonder auf Gemeinschaftsebene, wodurch die Kausalität noch komplexer und schiefer gerät.

Aus dem Jahre 2010 stammt Allison Harells Analyse *Political Tolerance, Racist Speech, and the Influence of Social Networks* (dt. Politische Toleranz, Rassistische Rede und der Einfluss Sozialer Netze), in der Hasskriminalität zwar nicht behandelt wird, aber dennoch wichtige Bemerkungen zum Verhältnis zwischen den sozialen Kontakten junger Menschen und der Akzeptanz politisch abgelehnter Gruppen zu finden sind. Die Autorin stützte sich auf die Arbeit von Harell Mutz, der darlegte, dass Personen, die ethnischen oder von der Rasse her heterogenen Netzwerken/politischer Vielfalt ausgesetzt sind, für den Umgang mit Heterogenität erforderliche Fähigkeiten entwickelten, die wiederum durch ihren Einfluss auf die Person, die Anerkennung politischer Rechte bezüglich zuvor abgelehnter politischer Gruppen erhöhte (Harell, 2010:728). Die Studie untersuchte unter kanadischen Gymnasiasten die Akzeptanz der Redefreiheit abgelehnter sozialer Gruppen im Kontext der Netzwerkheterogenität. Ausgehend von einer, in früheren Laborversuchen entwickelten Erklärungslogik können Netzwerke bei Teilnehmern mit dem gleichen sozialen Status positiven Einfluss auf die Einstellungen zwischen Gruppen über kooperative Kontakte haben. Zugleich wird in der Analyse auch auf das Problem der Kausalität zwischen Netzwerken und Einstellungen verwiesen: Die Komplexität des Netzwerks eines Individuums ist gleichermaßen das Ergebnis seiner Einstellung und die Ursache für Letztere (Lyons, 2007:729). Anders ausgedrückt: Die Einstellung hat eine kausale Wirkung auf die Entwicklung der Beziehungen einer Person, während der Charakter dieser Beziehungen als Umfeld Auswirkungen auf die Einstellung selbst hat. Die erste kausale Entwicklung lässt sich mehr oder weniger als Teil einer bewussten Entscheidung erklären, und die zweite entsteht mehr auf funktionaler Basis, während der zirkuläre kausale Mechanismus als Ganzes die Toleranz (oder Feindseligkeit) gegenüber abgelehnten Gruppen bestimmt. Bei der Untersuchung wurden Daten der Kanadischen Jugendstudie 2005-2006 aufgearbeitet. Als abhängige Variable diente die Ablehnung/Akzeptanz der Meinungsfreiheit von fünf abgelehnten Gruppen, und als unabhängige Variable die starke oder schwache Affinität der Befragten zu ethnischen oder Rassenheterogenität (Lyons 2007:731). Die Ergebnisse offenbarten, dass junge Weiße mit heterogenen Netzwerken mit größerer Wahrscheinlichkeit friedliche Demonstrationen abgelehnter Gruppen oder die Äusserung ihrer Ansichten im Fernsehen unterstützen.

Im Gegensatz dazu nahm die Toleranz rassistischer Gruppen gegenüber der Meinungsfreiheit mit der Heterogenität ihres Netzwerks ab (Lyons, 2007:736). Die Untersuchung zeigt die Testeinschränkungen ähnlicher Studien: Mit Umfragen zur Koexistenz von sozialen Gruppen mittels statischer Indikatoren (z. B. anhand des geographischen Ortes) können die wahren Wechselwirkungen zwischen Gruppen nicht direkt gemessen, sondern nur ihre Existenz nur vermutet werden<sup>22</sup>.

## Ergebnisse und Empfehlungen

Im Hinblick auf vorhandene Daten zur Hasskriminalität kann allgemein festgestellt werden, dass sie höchst ungleich über den Kontinent verteilt sind, wobei Kernländer erheblich mehr Daten beibringen als Länder an der Peripherie. Daneben stellt auch der Mangel an öffentlich zugänglichen Datenbanken in den meisten entwickelten Ländern ein Problem dar, weil das narrative Format ihrer veröffentlichten Berichte, die oftmals mehrere Tausend Seiten umfassen, allein keinen Überblick über vorhandene Daten und deren Analyse bieten. Der horizontale und hierarchische Informationsfluss zwischen nationalen und internationalen Organisationen, die Daten erfassen, bearbeiten, veröffentlichen und analysieren, ist europaweit ein Problem.

Obwohl die oben im Einzelnen vorgestellten internationalen Berichte mit ihren oft bis auf die Minute aktuellen Informationen große Mengen an Daten beinhalten, ist es internationalen Organisationen nicht gelungen, Strategien für eine standardmäßige Datenerfassung und -verarbeitung zu entwickeln.

Die OSZE ist vielleicht die einzige mit einem transparenten System: Sie holt nationale Daten von Datenstellen mittels eigener Fragebögen ein und verwendet diese, um Informationen anhand eigener Analysen zu organisieren und zu präsentieren. Zu allen praktischen Zwecken verschicken nationale Kontaktorganisationen mit soliden Kenntnissen von örtlichen Datenquellen und Datentypen nur Berichte, die für internationale Organisationen benötigt werden, was bedeutet, dass sie keine Kriminaldaten veröffentlichen. Sie verarbeiten und registrieren Daten und liefern keine Informationen über einheimische Datenquellen. Wenn keine einzige offizielle oder zivile Organisation freiwillig all diese Quellen und Daten koordiniert, wird in vielen Ländern eine Reihe von Institutionen Daten zur Hasskriminalität vergebens erfassen.

In der internationalen Arena veröffentlichen die FRAU und andere internationale Organisationen seit etwa zehn Jahren Berichte, die die gesamte Union abdecken, obwohl sie laufend Probleme bei der Datenerfassung haben und von fehlenden Daten in den Ländern berichten, die seit Jahren Längsschnittdaten zur Hasskriminalität sammeln. Internationale Organisationen sind noch weniger mit örtlichen Daten, die von Zivilorganisationen verwaltet werden, oder deren Nützlichkeit für die Aufspürung von Extremismus in ganz Europa vertraut.

---

22 Untersuchungen auf Internetbasis können dies ändern, sofern sich die wahre Identität der Personen feststellen lässt.

Auf einzelstaatlicher Ebene ist der Informationsaustausch zwischen Regierung und Zivilorganisationen ein weiteres Problem: Im Allgemeinen verlassen sich Zivilorganisationen auf amtliche Statistiken, wohingegen amtliche Stellen Ressourcen, die der Zivilbereich anbietet, selten in Anspruch nehmen. Im Ergebnis dessen sind auf einzelstaatlicher Ebene staatliche Stellen, in deren Händen primär die Erfassung von Daten zur Hasskriminalität liegt, die Hauptquelle für Daten, die an internationale Organisationen gemeldet werden. In Bezug auf „Ost-West-Gefälle“ kann letztere Aussage durch den Hinweis darauf abgeschwächt werden, dass in weiter westlich gelegenen Ländern die Datenerfassung durch amtliche Einrichtungen stärker dominiert, und in Randländern Überwachungsaktivitäten örtlicher Zivilorganisationen bei der Ergänzung amtlicher Angaben eine wichtigere Rolle spielen. Interessanterweise trifft dieser „Schiefe-Effekt“ auf große internationale Menschenrechtsorganisationen, wie ENAR<sup>23</sup> oder Staywatch<sup>24</sup>, nicht zu. Selbst in westlichen Industrieländern funktionieren die zivile Kontrolle anspruchsvoller amtlicher Daten und deren Korrektur effizient. Die allgemeinen Erfahrungen zeigen, dass sich die offizielle Datenerfassung auf Straftaten im engeren Sinne konzentriert, und der Hintergrund, sprich breitere Kontext dieser Vorfälle von Zivilorganisationen ergründet wird. Der hierarchische Ansatz, der im Kapitel Theorie beschrieben wurde und stärkere Betonung auf die Untersuchung ausgewählter Gruppen legt, wird insbesondere bei der Datenerfassung in europäischen Ländern verwendet. Neben der Analyse einzelner Opfergruppen wird in offiziellen Berichten, die sich mit dem breiteren Kontext von Hassstraftaten befassen, in erster Linie die Aufdeckung der rechtsextremen, linksextremen und terroristischen Szene in den Mittelpunkt gestellt, d. h., größtenteils beschreiben sie die Bedingungen für Gewalt mit einem Organisations- und Gruppenhintergrund. Sowohl philosophisch als auch empirisch behindert der hierarchische Ansatz das Verstehen gewöhnlicher rassistisch motivierter Gewalt, wenn keine extremistische Ideologie vertreten wird und keine Gruppenmitgliedschaft besteht. Trotz der zuvor aufgezählten Probleme hat die europäische Politik in Bezug auf Hassstraftaten ähnliche analytische und statistische Metakategorien in vielen Ländern entstehen lassen. Länderspezifische Daten unterscheiden sich primär nach konkreten Situationen für Hasskriminalität, obwohl die Beimessung vorurteilbehafteter Motive zu traditionellen Strafhandlungen als ein erschwerender Umstand überall die gleiche Bedeutung hat. Die Kategorien zur Abbildung der Daten sind in allen Ländern ähnlich: Die Anzahl der Fälle wird nach tatsächlichen Umständen und Motiven gegliedert, und grundlegende Informationen werden im Kontext durch Daten am Tatort – Zeit, Ziel und Gruppenorganisationsaspekte – ergänzt. Für gewöhnlich ermöglicht es die Überwachung von Gruppen, deren Anzahl, Mitgliedschaft, organisierte Veranstaltungen und Ideologie zu ermitteln. Offensichtlich können jedoch trotz Übereinstimmungen zwischen den Metakategorien Kriminaldaten aus verschiedenen europäischen Ländern nicht ohne eine Klärung der unterschiedlichen Falldefinitionen, die diesen Kategorien zugrunde liegen, verglichen werden.

Anhand der obigen Ausführungen kann geschlussfolgert werden, dass es in Europa an angemessenen, vergleichbaren und empirischen Daten entweder für Hassdelikte oder zur Bestimmung von Demarkationskriterien für „gefährdete“ Gruppen mangelt.

---

23 <http://www.enar-eu.org/>

24 <http://www.staywatch.org/>

Für diese „gefährdeten Gruppen“ sollten, anstatt empirischer Daten, neue Indikatoren auf Basis einzelstaatlich vorhandener Datenkategorien festgelegt werden. Teilweise kann dieses Problem an der Tatsache festgemacht werden, dass sich das institutionelle und rechtliche Umfeld in Europa mit einer Flut an Daten, die sich Jahr für Jahr wesentlich ändern, in einem dynamischen Umbruch befindet. Auf der anderen Seite ordnet der Macht-und-Politik-Ansatz die verschiedenen sozialen und psychologischen Phänomene in wenige Rechtsbestimmungen und ein einziges generisches Konzept ein (aus verständlichem Grund aus Sicht der Macht und Gesetzgebung), obwohl das von einer solchen Politik begriffene Problem nicht unbedingt mit dem Phänomen übereinstimmt, das sich zur wissenschaftlicher Erforschung eignet. Fraglich ist auch, ob ein einzelnes, wichtiges Phänomen das Postulat sein kann, das zur Erstellung einer einzigen, umfänglichen Erklärung führt.

Effektive Recherchen erfordern eine Trennung der Interpretationsebenen Hasskriminalitätspolitik und Politikwissenschaft, da die Kriminalisierung verschiedener Handlungen, Verhaltensmuster und Gruppen auf globaler Ebene in ihrer Klassifizierung als eine abstrakte Kategorie zum Ergebnis hat. Vorstellbar sind drei Lösungsmöglichkeiten für die Datenverwaltung und Recherchen. Die erste wäre die Schätzung der Latenz und eine Verbesserung bereits vorhandener Kriminaldaten sowie deren bessere Vergleichbarkeit. Die zweite wäre die Ergänzung vorhandener Kriminaldaten mit ökonomisch-demographischen Angaben aus anderen Datenbanken, obwohl dies theoretisch weniger fokussierte Analysen mit einer grundlegend demographischen Logik und einem wechselnden Zentrum zum Ergebnis hätte. Die dritte bestünde darin, dass wir auch neue Forschungsprojekte in die Wege leiten, mit denen sich spezifischere Indices erarbeiten lassen, die zur Erklärung des Phänomens unter Verwendung bestehender Datensätze, wenn nötig, genutzt werden können. Abgesehen davon wäre es von Nutzen, wenn Angaben zur Hasskriminalität mit vorhandenen Informationen zur Diskriminierung allgemein und deren praktischen Aspekten, von denen es sehr viele gibt, verbunden werden könnten. Straftaten können auch als Teil gewöhnlicher Diskriminierung interpretiert werden. Alle Untersuchungsstrategien könnten aus einem komparativen Vorab-Screening einzelstaatlicher Daten Nutzen ziehen, um, teilweise oder vollständig, Zugang zu international oder zumindest regional brauchbaren Daten zu erlangen.



## VORHANDENE DATENSÄTZE ZU POLITISCH MOTIVIERTER GEWALT

Der RAXEN-Bericht ist der einzige, der zu einer umfänglichen Behandlung von Hassstrafaten geeignet ist. In ihm wird eine Unterscheidung zwischen Erklärungen auf Mikro-, Mezzo- und Makroebene getroffen. Während in den anderen genannten Dokumenten solche Vorfälle in ihrem internationalen, nationalen politischen und sozialen Kontext vertieft behandelt werden, unternehmen sie jedoch keinen Versuch umfassende Erklärungen zu entwickeln, was teilweise vielleicht auf die Unangemessenheit von Daten zu Zwecken internationaler Vergleiche und statistischer Analysen zurückzuführen ist. Daher mag es lohnenswert sein, die verschiedenen Formen theoretischer Erklärungen in diesem Themenbereich mittels einer Untersuchung von Green et al. *Hate Crime: An Emergent Research Agenda* (Green-McFalls-Smith, 2001) zusammenzufassen, die später auch zur Interpretierung der Ergebnisse ergänzender empirischer Untersuchungen, die nachfolgend behandelt werden, hinzugezogen werden kann. Green unterscheidet zwischen zwei grundsätzlichen Formen der Kausalitätsanalyse, dem individuell-psychologischen und dem sozialen Ansatz (Green-McFalls-Smith, 2001). Individuelle Erklärungen konzentrieren sich im Wesentlichen auf die psychologischen Motivationen hinter einer Handlung, die sich als eine explizite psychologische Orientierung oder Überzeugung, aktiviert durch spezifische Situationen im Hintergrund beschreiben lassen (Green-McFalls-Smith, 2011:484). Im Gegensatz dazu verfolgen makrosoziologische Erklärungen das Ziel, einen breiteren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext, der zu einzelnen Handlungen führt, zu bestimmen. Die Autoren unterscheiden sechs allgemeine Kategorien, die zur Erklärung solcher Handlungen verwendet werden (Green-McFalls-Smith, 2001:485).

Neben den Ursachen für individuelle Vorurteile versuchen sozialpsychologische Erklärungen auch, die zu diesen Gewalttaten führenden Umstände zu ergründen. Bei einigen Modellen werden individuelle Handlungen an die Dynamik von kleinen Gruppen geknüpft, wo sich aggressive Haltungen unter dem Druck der Gruppenmitglieder oder Gruppenwerte verbreiten, wodurch Mitglieder zu Extremisten oder empfänglich für solche Verhaltensmuster werden. Empirische Untersuchungen haben die Relevanz dieser Faktoren in weißen rassistischen Gruppen nachgewiesen. Im Falle anderer Ansätze, hauptsächlich europäischer Untersuchungen, steht die Wechselbeziehung zwischen psychologischer Orientierung und breiteren sozialen Faktoren, genauer den kausalen Wirkungen elektronischer und Printmedien im Mittelpunkt. Dementsprechend kann die Mediendarstellung verschiedener Hassstrafaten nicht nur eine Verbreitung von solchen Handlungen (offensichtlich indem Beispiele gezeigt werden) zur Folge haben, sondern durch die Darstellung, Verbreitung und Legitimierung von Stereotypen in Verbindung mit potenziellen Opfergruppen auch direkt als motivierende Kraft wirken. Die sekundäre Kausalrolle der Medien wird darin gesehen, wenn sie Äußerungen politischer Kräfte und Politiker verbreiten und bekräftigen, die auf bestehenden Stereotypen aufbauen (Green-McFalls-Smith, 2001:486).

Der soziologische Ansatz hat seinen Ursprung in Durkheims Modernisierungstheorie und verbindet Kriminalität mit strafbaren Handlungen und Aggression junger Bevölkerungsschichten, die schnellen sozialen Veränderungen ausgesetzt sind.

Eine Version der soziologischen Theorie wurde besonders in postkommunistischen Ländern getestet, in denen die soziale Organisation radikale Veränderungen erfährt. Sie besagt, dass Straftäter zumeist kollektive oder einzelne Opfer der Modernisierung sind, so sozial nicht integrierte Personen und Mitglieder von verschworenen Gemeinschaften, die in ihrer Existenz „bedroht“ sind<sup>25</sup>.

Eine breitere Erklärung bietet das Globalisierungsmodell, in dessen Mittelpunkt marginalisierte, bildungsschwache und leicht zu identifizierende Migranten in verschiedenen, hauptsächlich entwickelten Ländern stehen (Green-McFalls-Smith 2001:487). „Ökonomische Theorien“ erklären diese soziale Anomie nicht mit dem Auseinanderbrechen sozialer Beziehungen, sondern mit Frustrationsübertragung und Gruppenkonkurrenz<sup>26</sup> um Ressourcen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Nach der so genannten „Theorie des realistischen Gruppenkonflikts“ kann feindseliges Verhalten auf eine Kluft in der wirtschaftlichen Kraft verschiedener Gruppen zurückgeführt werden. Die Autoren weisen darauf hin, dass die Theorie einer empirischen Feinabstimmung in Bezug auf Konkurrenzbereiche (Arbeitsstellen, Wohnraum, Bildung, usw.) und auf den Status bedarf, der diese Gruppen potenziell zu Straftaten motivieren kann. Die Frage ist, ob eine Gruppe auf einer höheren Stufe in der sozialen Hierarchie stärker zu einem Präventivschlag (zur Verteidigung ihres Territoriums) gegen eine schwächere Gruppe mit niedrigerem Status neigt, oder ob es Schritte seitens einer herrschenden Elite erfordert, wenn sie am Rande des Verlustes ihrer dominanten Position steht. In diesem Prozess muss man bereits auf die Rolle politischer Eliten achten und Interessengruppen bei der Konzentrierung und Mobilisierung strukturell inhärenter Frustrationen artikulieren<sup>27</sup> (Green-Mc-Falls-Smith, 2001:488). Die historisch-kulturelle Schule untersucht die Auswirkungen des politischen Diskurses auf die Verübung von Straftaten, obwohl hier langfristig gesehen. Erklärungen auf der Grundlage des politischen Diskurses und der Kultur postulieren Hasskriminalität im Lichte langzeitiger (*longue durée*), fast „unveränderbarer“ Kulturtraditionen und Verhaltensmuster. Obwohl die Autoren glauben, dass der kulturalistische Ansatz an dieser Stelle noch überzeugende Kausalverbindungen anbieten kann, hat er sich bei der Ermittlung radikal und konsequent unterschiedlicher Kriminalitätsraten in Gesellschaften mit ähnlicher Sozialstruktur (z. B. bei einem Vergleich der Hasskriminalitätstendenzen in den USA und Kanada) als nützlich erwiesen (Green-McFalls-Smith, 2001:486).

---

25 Im Text wird wiederholt Bezug auf die Welle fremdenfeindlicher Anschläge nach der Vereinigung mit Ostdeutschland 1991 genommen.

26 So können zum Beispiel extremistische politische Bewegungen, anstatt zu direkter Gewalt zu sozialisieren, eine wichtigere Rolle bei der Verbreitung extremistischer Ansichten in der Öffentlichkeit und beim Aufbau von Frustration als eine legitime öffentliche Angelegenheit spielen, wie wir es bei der Roma-Kommunikation der Jobbik-Partei gesehen haben.

27 So können zum Beispiel extremistische politische Bewegungen, anstatt zu direkter Gewalt anzustiften, eine wichtigere Rolle bei der Verbreitung extremistischer Ansichten in der Öffentlichkeit und beim Aufbau von Frustration als eine legitime öffentliche Angelegenheit spielen, wie wir es bei der Roma-Kommunikation der Jobbik-Partei gesehen haben.

Die politischen Theorien zur Hasskriminalität untersuchen die Mobilisierung von Groll unabhängig von dessen Ursprung (Green-McFalls-Smith, 2001:488). Nach der politischen Erklärung, die sich auf die Theorie von sozialen Bewegungen stützt, ist nicht der tatsächliche oder angenommene Groll des Täters gegenüber dem Opfer, sondern die „politische Gelegenheitsstruktur“, die die Straftat vielleicht rechtfertigt, der bestimmende Faktor. Dies impliziert die Existenz von Foren und Mitteln, die für den Ausdruck persönlichen Grolls (offensichtlich auch durch Gesellschaft und Gruppen strukturiert) geeignet sind, wodurch die Äußerung von Vorurteilen in der Öffentlichkeit und im politischen Diskurs legitimiert wird, sowie die geringe Wahrscheinlichkeit für die Prävention und Unterstrafestellung von Hasskriminalität. Die „Gelegenheitsstruktur“ kann zu einer Reihe von einander widersprechenden und empirisch untersuchten Schlussfolgerungen führen. Im Hinblick auf politische Organisationen kann einerseits die Tatsache, dass keine Organisationen, die extremistische Ansichten in den gängigen politischen Diskurs einbringen, existieren, eine Eskalation der Gewalt<sup>28</sup> auslösen, und andererseits die Existenz extremistischer Politiker und Organisationen Leidenschaften fokussieren und Gewalt entfachen<sup>29</sup>.

In Verbindung mit der Gelegenheitsstruktur dürfen die Schlappeheit des institutionellen Umfelds (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, usw.), sowie dessen entfernte, gleichgültige und potenziell duldende, rassistische Rolle, einschließlich des Verhaltens der politischen Elite, nicht vergessen werden. Gleichzeitig betonen die Autoren, dass Unterstützung seitens der politischen Eliten trotz der Tatsache, dass die Gelegenheitsstruktur grundsätzlich eine „befreiende“ Wirkung hat, maßgebend für die Erstarkung des Phänomens ist<sup>30</sup> (Green-McFalls-Smith, 2001:489).

Lena Roxell behandelte in ihrer Studie (Roxell, 2011) besonders registrierte Mittäter von Hassstraftaten und die Spezialisierung auf selbige. Die Studie verweist auf Probleme bei der offiziellen Registrierung von Straftaten und den daraus resultierenden Einschränkungen für die Forschung (z. B. zeigen Opfer eher schwerere als leichtere Straftaten und solche, die von Ausländern<sup>31</sup> begangen werden, an (Roxell, 2011:206). All das weist darauf hin, dass wichtige Formen der Hasskriminalität in den offiziellen Angaben fehlen und nur mit anderen Mitteln untersucht werden können, d. h. Untersuchungen mit den Opfern.

---

28 Das war eine mögliche Erklärung für die Gewaltwelle gegen Ausländer im wiedervereinten Deutschland der 90er Jahre.

29 In Verbindung mit den Roma-Mördern in Ungarn darf man den Diskurs der Jobbik und die Wirkung extremistischer Organisationen vom Typ der Ungarischen Garde, die das öffentliche Leben radikalisierten, nicht ignorieren.

30 Die Beziehungen zwischen der politischen Gelegenheitsstruktur und den Eliten sind komplex, da Letztere zugleich Teil und Unterstützer der Struktur sind oder vielleicht rassistische, durch die Struktur verursachte Vorfälle verhindern.

31 Obwohl laut der meisten Kriminaldaten und Untersuchungen die Täter für gewöhnlich „Fremde“ sind, stellt die Autorin fest, dass dies in großem Maße von der Definition für „Fremdheit“ abhängt. So ist es möglich, dass, obwohl es keine persönliche Bekanntschaft zwischen Opfer und Täter gibt, einige, in der Studie behandelte Täter im gleichen Viertel wie das Opfer wohnen, in die gleiche Schule gingen oder am gleichen Ort gearbeitet haben (Roxell, 2001:201).

Ausgehend von internationalen Studien kann auch die Verlässlichkeit der Definition für kriminelle Motivation in Frage gestellt werden. Nach der Untersuchung von 2976 Hassstrafaten, die von 1997 bis 1999 in den USA registriert wurden, stellten Levin und McDevitt fest, dass die verübten Straftaten zu 66% durch „Sensationsgier“, 25% durch Notwehr, 8% durch Rache und nur zu 1% dadurch, dass die Täter „die Welt vor unerwünschten Gruppen retten wollten“, motiviert waren (Roxell, 2011:203). Im Fall junger Straftäter fanden Wissenschaftler zumeist Vorurteile gegenüber einer Reihe von Minderheiten. Bei ihnen war hochgradige Intoleranz mit einem niedrigen Bildungsgrad und Sozialstatus der Eltern, mit zerrütteten Familien und, auf die persönliche Ebene bezogen, mit Rastlosigkeit und fehlender Empathie sowie schwachen schulischen Leistungen verbunden (Roxell, 2011:202). Diese Umstände werden auch als Verletzlichkeitsfaktoren bei kriminellem Verhalten herangezogen. Im Mittelpunkt der Roxell-Studie standen fremdenfeindliche, antiislamische und homophobe Angreifer, die die schwedische Polizei 2006 registrierte und die der Körperverletzung, Bedrohung und Belästigung angeklagt waren, mit besonderem Augenmerk auf Mittätern und der Spezialisierung auf Hassstrafaten (Roxell, 2011:198, 205). Die verfügbaren Angaben zu den Straftätern bezogen sich auf Alter, Geschlecht, Vorbestrafungen und Beteiligung als Mittäter (Roxell, 2011:199). Aus den Untersuchungsergebnissen geht hervor, dass die überwiegende Mehrheit der Straftäter ihren Opfern bekannte Männer waren.<sup>32</sup> Obwohl die meisten der 2006 verübten Straftaten fremdenfeindlicher Natur waren, das Durchschnittsalter bei Personen, die Straftaten gegen Homosexuelle begingen, am niedrigsten lag, und es sich in 55% der Fälle um Wiederholungstäter handelte, gibt es keine signifikanten Unterschiede nach Alter, Geschlecht oder Vorstrafen zwischen den Personen, die eine Vielfalt an kriminellen Handlungen begehen. Die verübten Straftaten sind fast ausschließlich mit „einsamen Tätern“ ohne Anzeichen einer Spezialisierung auf Hasskriminalität verbunden (Roxell 2011:212).

Marshall H. Medoff verwendet die rationale Entscheidungstheorie zur Analyse ökonomisch/demographischer Faktoren als Motive für Hasskriminalität (Medoff, 1999). Medoff beginnt mit der Annahme, dass die Hasskriminalitätsrate mit dem Anstieg (1) des Markteinkommens, (2) der Bedeutung von Zeit, (3) des Alters und (4) des Kampfes gegen Kriminalität abnimmt (Medoff, 1999:959).<sup>33</sup> Größtenteils haben die Ergebnisse die zugrundeliegenden Hypothesen unterstützt. Hassstrafaten stehen in einem negativen Zusammenhang mit der Arbeitslosenrate, dem Anteil der 15-29-jährigen an der Gesamtbevölkerung, den liberalen Einstellungen des jeweiligen Landes und dem Bildungsgrad. Ein negativer Zusammenhang wurde auch hinsichtlich des Markteinkommens festgestellt. Gleichzeitig hatte die Intensität der Strafverfolgung und religiöser Überzeugungen keinen signifikanten Einfluss auf Hasskriminalität. Auch Urbanisierung, niedriger Beschäftigungsstand und soziale Mobilität mit sinkender Tendenz, alles Faktoren, die als typische Ursachen für Hasskriminalität gelten, wurden nicht als maßgebliche Faktoren betrachtet (Medoff, 1999:970).

---

32 Allerdings konnten die Straftäter nur in 30% der Fälle ermittelt werden.

33 Die sozialökonomischen Daten stammen vom Statistical Abstract of the United States 1996 und U.S. Bureau of the Census, State Reports 1996, und die Zahlen zur Hasskriminalität aus der FBI Uniform Crime Reports Database (Medoff, 1999:871).

Unter allen Ergebnissen erfordert der Zusammenhang zwischen liberaler Ideologie und hohem Bildungsgrad sowie der Anzahl an kriminellen Vorfällen weitere Erläuterung. Der ökonomischen Theorie zufolge sind die Kosten für die Herstellung einer Einheit Hasskriminalität in Staaten mit den tolerantesten Einstellungen die niedrigsten, da in diesen Staaten die Ermittlung potenzieller Opfer leichter und die Marginalkosten für Straftäter am geringsten sind. Auf ähnliche Weise trägt ein höherer Bildungsgrad zur Ermittlung von kriminellen Handlungen bei: Personen mit mehr Bildung (Staaten mit solcher Bevölkerung) vertreten für gewöhnlich tolerantere und liberale politische Ansichten (Medoff, 1999:967).

Matt E. Ryan und Peter T. Leeson untersuchten den empirischen Zusammenhang zwischen der Existenz extremistischer Gruppen und Hasskriminalität in den Vereinigten Staaten (Ryan-Leeson, 2011). In ihrer Studie verglichen sie die Anzahl von hassmotivierten Gruppen (z. B. KKK und Neonazis), wie vom Southern Poverty Law Center ermittelt, mit den staatenweisen Indikatoren der FBI-Hasskriminalitätsstatistik für die Zeit von 2002 bis 2008. In der Untersuchung<sup>34</sup> wurden zahlreiche demographische und ökonomische Variablen verwendet – teilweise als Kontroll- und teilweise als unabhängige Variablen (Ryan-Leeson, 2011:257). Geprüft wurde bei der Untersuchung die „Frustration-Aggregation“-These, die besagt, dass Personen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Frustration an schutzlosen sozialen Gruppen auslassen (Ryan-Leeson, 2011:257). Die Auswahl der demographischen Indikatoren richtete sich nach Beobachtungen in der Vergangenheit, denen zufolge die Urbanisierung der Kriminalität zuträglich ist, das Auftreten von Hasskriminalität direkt mit der Größe von Minderheitsgruppen in der Bevölkerung zusammenhängt und Personen, die im Kindesalter missbraucht wurden, eher straffällig werden (Ryan-Leeson, 2001:257). Die Ergebnisse lieferten keinen Beweis für die konklusive Rolle von entweder extremistischen Gruppen oder ökonomisch/demographischen Faktoren beim Begehen von Hassstraftaten. Kein oder nur ein geringfügiger Zusammenhang wurde zwischen der Anzahl extremistischer Gruppen und der Hasskriminalitätsrate aufgezeigt. Als prädiktive Indikatoren wiesen ökonomische Faktoren nur auf einen schwachen Zusammenhang hin, während demographische Indikatoren zu diesem Zweck überhaupt nicht verwendet werden konnten (Ryan-Leeson, 2011:262). Im Lichte der oben erwähnten Medoff-Untersuchung ist der schwache prädiktive Effekt allgemeiner ökonomischer und demographischer Variablen auf die Kriminalität interessant. Wie dem auch sei: Klar ist, dass die Untersuchungen von beiden, sowohl Ryan als auch Medoff, Effekte gewisser ökonomischer Indikatoren aufzeigen, obwohl Urbanisierung, prozentualer Minderheitenanteil, Sozialstatus und soziale Mobilität, die typischerweise als Hauptursachen für rassistisch motivierte Straftaten gelten, sich nicht als signifikant erweisen. Darüber hinaus lässt sich selbst die Bedeutung spezifischer Faktoren (z. B. Religion, Bildung und politische Einstellung) nur auf Organisationsebene oder in einem breiteren Kontext interpretieren.

---

34 Ökonomische Variablen sind Arbeitslosenrate, Anzahl der Personen, die unter der offiziellen Armutsgrenze leben und das Bruttostaatsprodukt pro Kopf (engl. GSP). Demographische Variablen: prozentualer Anteil von Stadtbewohnern, prozentualer Anteil afroamerikanischer und jüdischer Minderheiten, prozentualer Anteil missbrauchter Personen unter 18. Offizielle Demographieangaben für den Untersuchungszeitraum stammen aus der Datenbank Statistical Abstract of the United States.

Auch Untersuchungen zu den zugrundeliegenden Ursachen für Gewalt in Westeuropa und für politische motivierte Gewalt ziehen die rationale Entscheidungstheorie zur Aufdeckung ökonomischer Faktoren heran. In einer Analyse verglichen Raul Caruso und Friedrich Schneider Daten<sup>35</sup> aus 12 Ländern für den Zeitraum 1997 bis 2007 (Caruso-Schneider, 2011). Parallel versuchten die Autoren, „Faktoren, die dem Terrorismus langfristig Gelegenheiten schaffen“ und die Brutalität solcher Handlungen aufzudecken (Caruso-Schneider, 2011:37). Ihre ökonomische Erklärung, in deren Mittelpunkt das Konzept der Gelegenheitskosten<sup>36</sup> gestellt wird, beginnt mit der Annahme, dass die Anzahl und Brutalität von Terrorakten (nach der Zahl der dabei Getöteten oder Verletzten) durch einen negativen Ausblick und die Verschlechterung von derzeitigen oder künftigen Aussichten auf wirtschaftlichen Erfolg bestimmt werden. Damit nehmen die „Gelegenheitskosten für die Beteiligung an einem Terrorakt in dem Maße ab wie sich die Profitkluft zwischen unproduktivem Terrorismus und produktiver Aktivität verengt (Caruso-Schneider, 2011:48). Entsprechend dem ökonomischen „Deprivationsmodell“ für Terrorismus lassen Armut und Einkommensunterschiede die Frustration unter benachteiligten Menschen wachsen, wodurch die Beteiligung an Terrorakten in ihren Augen „lohnenswert“ wird. Nach der Theorie der „Verelendungsmodernisierung“ benachteiligt die Wirtschaftsentwicklung einzelne soziale Gruppen, d. h. für sie sinken die „Gelegenheitskosten“ des Terrorismus (Caruso-Schneider, 2011:38). Die Autoren berücksichtigten gegenwärtige Variablen (Arbeitslosigkeit, Inflation, Produktivität und die Offenheit der Wirtschaft) und zukünftige Variablen (Investitionsrate und Jugendarbeitslosigkeitsrate) mit Einfluss auf wirtschaftliche Möglichkeiten sowie politische Variablen in Verbindung mit Terrorismus auf Basis der einschlägigen Fachliteratur (Mandatsfragmentierung, Dauer und Folgerichtigkeit der Politik und Wählerpartizipation)<sup>37</sup>. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse bekräftigte die Untersuchung der Faktoren mit Einfluss auf den Terrorismus sowohl die Deprivations- als auch die Modernisierungsthese. Im Falle der Deprivationsthese wurde ein stark negativer Zusammenhang zwischen den Wirtschaftsbedingungen und dem Ausmaß des Terrorismus festgestellt. So verringerte zum Beispiel ein 1%iger Anstieg des BIP Terrorakte um 1,64%, und ein gleicher Anstieg der Produktivität senkte den Terrorismus um fast 5%. Auf die negativen Auswirkungen der Modernisierung verweist der positive Zusammenhang zwischen Terrorismus und Investitionen (als für die Zukunft erwartetes Wirtschaftswachstumspotenzial) sowie Jugendarbeitslosigkeit (als Frustration mit Blick auf die Zukunft). Bei einem auf das BIP bezogenen Investitionszuwachs um 1% wird mit einem Anstieg terroristischer Handlungen um 3% und eine Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit um 1% mit 0,5% mehr Terrorakten verbunden.

---

35 Frankreich, Vereinigtes Königreich (einschl. Nordirland), Spanien, Deutschland, Italien, Niederlande, Österreich, Belgien, Irland, Schweiz und Schweden

36 Gelegenheitskosten sind spezielle Kosten, die entstehen, wenn mit der Wahl einer Geschäftslinie auf andere, gleichermaßen gewinnbringende Möglichkeiten verzichtet wird.

37 Die Daten stammen aus der Global Terrorism Database, Penn world tables, Kex Indicators of the Labour Market (ILO-KILM) sowie den Datenbanken Polity IV und Comparative Date Set III. Aufgrund des ähnlichen Bildungsniveaus in den Ländern, wurden bei der Untersuchung keine Bildungs- oder Bildungsabschlussindikatoren, die auch mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden können, verwendet.

Interessanterweise verbindet sich auch die Fragmentierung der Parlamentssitze unter den Parteien, d. h. die Fragmentierung des politischen Systems, positiv mit der Zahl terroristischer Handlungen (Caruso-Schneider, 2011:44). Auch für das Wirtschaftswachstum verantwortliche Faktoren bieten eine Erklärung für die Brutalität von Terrorismus: Den Autoren zufolge wollen Terroristen in Ländern mit einer hohen Einkommensrate auch effektiver und produktiver sein. Ebenso zeigt das Stehvermögen von Regierungen einen positiven Zusammenhang mit der Brutalität von Terrorakten. Die Autoren sind der Meinung, dass die Brutalität von Terroristen im Falle von langlebigen und stabilen Regierungen auch zunehmen kann, um dadurch in der Bevölkerung mehr Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und größere Unterstützung zu erhalten (Caruso-Schneider, 2011:48). In kurzen Worten gaben die ökonomischen Thesen der Studie Aufschluss über die Auswirkungen ökonomischer Ungleichheit auf politische Instabilität und politisch motivierte Gewalt.

## Die Messung politisch motivierter Gewalt

Obwohl die Messung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt sowohl für die angewandte als auch Grundlagenforschung eine Frage von primärer Bedeutung, gibt es hierzu nur relativ wenige relevante Informationen. Die Frage ist entscheidend, wenn man bedenkt, dass mit dem Messen der Neigung eine Reihe von methodischen Herausforderungen einhergeht. Interessanterweise sei angemerkt, dass es trotz der schwierigen Ermittlung von Gruppen, die bereit sind Gewalt zu akzeptieren (z. B. empfänglich für die Anwerbung durch extremistische Organisationen sind) allgemeine Tendenzen gibt, die ungeachtet der angewendeten Methoden anerkannt werden können. Nachstehend werden die einschlägigen Erkenntnisse aus einer Studie auf Basis einer repräsentativen Stichprobe in Ungarn (Konfliktusmonitor) und die der 2008 European Values Survey vorgestellt.

### *Konfliktusmonitor-Datenbank*

Auf Basis einer Stichprobe von 1011 Antworten auf die Aussage "Gewalt kann akzeptiert werden, wenn sie einem noblen Ziel dient" bildeten wir zwei Gruppen. 178 stimmten der Aussage zu (17,6%) und 589 lehnten sie ab (58,29%). In den Vergleich wurden diejenigen, die sich selbst in der Mitte der Skala von 1-5 einordneten oder keine Antwort gaben, nicht einbezogen. Zur Gruppe derjenigen, die der Aussage zustimmten, gehörten mehr Männer und Personen mit geringerer Bildung, als zur Gruppe mit den Personen, die sie ablehnten. Bezüglich des Alters gab es keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden. Die Verteilung der Antworten zeigte die stärkste Beziehung zu folgender Aussage: „Ich wäre lieber prominent als glücklich.“ Untersucht wurde von uns ferner das Verhältnis zwischen Gewaltakzeptanz und sozialer Dominanzorientierung (SDO). Anhand der Ergebnisse erreichte die Gruppe, die Gewalt akzeptiert, eine höhere Punktezahl auf der Unterskala „soziale Dominanz“ der SDO-Skala, obwohl die Differenz nach der Gleichheitspräferenz nicht signifikant ist. Geringere offenbare Differenzen bestehen im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Leben und die Bewertung des familiären Hintergrundes. Obwohl die Gruppe, die Gewalt akzeptiert, als zufriedener mit dem Leben bezeichnet werden kann, sieht sie die Familie als rigider, mehr zurückweisend und bestrafend.

Einer der interessantesten Zusammenhänge besteht in Verbindung mit der Skala zur Messung des Nationalgefühls. Auf einer Einzelskala von 20 Aussagen stellten wir fest, dass die Gruppe, die Gewalt akzeptiert, eine etwas höhere Punktezahl beim Nationalgefühl erreichte. Zwecks einer tiefgreifenden Untersuchung dieses Zusammenhangs machten wir diese Aussagen zum Gegenstand einer Faktoranalyse unter unterteilten sie in zwei Gruppen: Trennung der positiven Antworten der eigenen Gruppe von negativen Aussagen bezüglich der Outgroup. Während bei positiven Gefühlen bezüglich der eigenen Gruppe kein Unterschied zwischen denjenigen, die Gewalt akzeptieren, und denjenigen, die sie ablehnen, besteht, ist die negative Wahrnehmung der Outgroup charakteristischer für diejenigen, die Gewalt akzeptieren. Die Gruppe der Letzteren unterscheidet sich auch von anderen Befragten in der Untersuchung bei solch komplexen Haltungen wie der Bewertung historischer Ereignisse. Ein klassisches und aufschlussreiches Beispiel ist die Einstellung der Gruppe zur Pfeilkreuzler-Partei.

Bei Betrachtung der soziodemographischen und Einstellungscharakteristika der Gruppe besagt die wichtigste Schlussfolgerung, dass sich bei der Verwendung einer einzelnen, nicht sonderlich scharf formulierten Aussage Unterproben mit leicht anderen Meinungen erfolgreich feststellen kann. In Anbetracht der Tatsache, dass für Gruppe, die Gewalt akzeptiert, eine stärkere soziale Dominanzorientierung, eine mehr negative Beurteilung der Outgroup, ein stärkeres Sendungsbewusstsein, ein weniger verständnisvoller familiärer Hintergrund und, im Vergleich zur Gesamtprobe, ein einzigartiges Geschichtsverständnis charakteristisch sind, lässt sich feststellen, dass diese Verbindungen, die zumeist aus der qualitativen Forschung bekannt sind, und statistisch nachgewiesen werden können. Daneben ist es auch ein interessantes Zwischenergebnis, dass die Lebenszufriedenheit in der oben angeführten Unterprobe größer ist, was sich im Lichte größerer sozialer Dominanz und der Verunglimpfung der Outgroup auf das Maß der Systemrechtfertigung beziehen kann. Dennoch behindern die Interpretation der genannten Ergebnisse zwei wichtige Faktoren: Das erste, deutlich erkennbare Problem wird durch leichte Diskrepanzen in den deskriptiven Statistiken verursacht. Dennoch wird die Publizierung durch die Tatsache gerechtfertigt, dass diese Beziehungen ein logisch und substanziell konsistentes Muster aufweisen. Das andere spezifische Merkmal besteht darin, dass die Interpretation der Ergebnisse in großem Maße erleichtert werden würde, wenn die Parteipräferenzen und politische Orientierung der Befragten bekannt wären. Solche Daten stehen jedoch nicht zur Verfügung.

### *European Values Study*

Nachstehende Analyse stützte sich auf die folgende Aussage in der 2008 European Values Study (EVS): „Terrorismus kann unter bestimmten Umständen gerechtfertigt/muss immer verteilt werden/keines von beiden“. Wir verglichen Gruppen, die sich für die erste oder die zweite Antwortmöglichkeit entschieden, zuerst in der gesamten Probe und dann, um potenzielle Differenzen zwischen einzelnen Ländern herauszufinden, auch in einigen Unterproben. Unter Berücksichtigung der soziodemographischen Hintergründe und auf Basis der aggregierten Daten aus den Ländern, die an der Umfrage teilnahmen, gibt es mehr Männer und junge Leute unter denjenigen, die Gewalt unter gewissen Umständen akzeptieren, als unter denjenigen, die sie ablehnen.



Die Gruppe, die Gewalt akzeptiert, betrachtet Arbeit, Familie und Religion als weniger relevant, Freizeit und Politik dagegen als wichtiger. Demzufolge zeigt sie größeres Interesse an Politik und wird wohl eher politische Themen diskutieren. Was das Maß politischer Aktivität betrifft, zeigen Mitglieder der Gruppe großes Interesse an allen Formen politischer Tätigkeit (an den aufgeführten politischen Aktivitäten haben sie bereits teilgenommen oder würden gern teilnehmen). Die am stärksten ausgeprägten Unterschiede zeigen sich darin, dass sie sich wahrscheinlich weniger wilden Streiks oder der Besetzung von Häusern/Fabriken als der Rest der Probe widersetzen. Die Unterproben zeigen auch Unterschiede in Bezug auf verschiedene politische Systeme. Denjenigen, die Terrorismus eher akzeptieren, widerstreben ein starker Führer, die Herrschaft einer technokratischen Regierung oder die Armee weniger.<sup>38</sup> Angesichts der obigen Ausführungen überrascht es kaum, dass sie auch geringeres Vertrauen in demokratische Institutionen haben. Verglichen haben wir ferner die Antworten auf Terrorismus mit den Meinungen zu Immigranten (insgesamt 5 Aussagen), zur Ehe, Religion, sexuellen Orientierung und zur Schwangerschaftsunterbrechung (insgesamt 20 Aussagen). Die Daten zeigen, dass die Gruppe, die Gewalt unter bestimmten Umständen eher akzeptiert, Immigranten als weniger bedrohlich einordnet, ihnen gegenüber toleranter ist und, auf Basis der anderen Fragegruppe, eine allgemein verständnisvollere Einstellung besitzt. Dieses Zwischenergebnis rechtfertigte einen Vergleich der beiden Gruppen anhand der anderen berücksichtigten Variablen zur Reflektierung traditioneller, sozialer Werte (z. B. Lebensgemeinschaften, Einstellung zur Elternschaft, Adoptionsrecht homosexueller Paare). Zusatzstudien haben ferner nachgewiesen, dass die Gruppe, die Gewalt akzeptiert, verständnisvoller und weniger traditionsgebunden ist.

Ähnlich den Beobachtungen in der Konfliktusmonitor-Datenbank ist auch hier evident, dass die Untersuchung anhand einer Aussage bereits ausreicht, um eine gewisse Basisanalyse durchzuführen, obwohl die ermittelten Diskrepanzen in der deskriptiven Statistik auch nicht spektakulär sind. Das Profil derjenigen, die Terrorismus mehr akzeptieren, zeigt die Umriss einer Gruppe, die gegenüber politischen Themen und selbst spezifischen Aktionen offener, gegenüber der derzeitigen demokratischen Ordnung jedoch kritischer eingestellt ist.

Die Verlässlichkeit dieser Ergebnisse kann in mehrfacher Hinsicht in Frage gestellt werden, besonders aufgrund der Tatsache, dass die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen nicht als signifikant bezeichnet werden können. Denkbar ist, dass die ermittelten Unterschiede daraus resultieren, dass sich diejenigen, die Gewalt mehr akzeptieren, auch mit geringerer Wahrscheinlichkeit an soziale Normen halten, d. h. soziale Erfordernisse für sie weniger zählen.

Im Folgenden gehen wir auf die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern anhand der zuvor beschriebenen Variablen ein. Im Rahmen der Analyse konzentrierten wir uns darauf, ob Differenzen zwischen einzelnen Ländern mittels der Faktoren für die Gewaltakzeptanz ermittelt werden können. Wenn das Ziel in der Entwicklung eines international anwendbaren Messinstruments besteht, ist dies eine äußerst wichtige Frage.

---

38 Die größte Diskrepanz wurde in Bezug auf die Armee festgestellt. „Demokratie“ war die vierte Alternative im Fragebogen.

Der höchste Anteil der Befragten, die meinten, Terrorismus sei unter gewissen Umständen akzeptabel, wurde in Finnland, Griechenland und Rumänien festgestellt. Betrachtet man die Einstellung zu Immigranten, das Vertrauen in Institutionen, die „Vertretbarkeit“ von Scheidungen, Homosexualität und Schwangerschaftsunterbrechung, erhält man folgende Ergebnisse. In Finnland zeigten sich keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf Immigranten. Beim Vertrauen in Institutionen und der „Vertretbarkeit“ der zuvor aufgeführten Fakten jedoch gab es Differenzen. Darüber hinaus kann auch ein höheres Niveau des politischen Diskurses nachgewiesen werden. In Griechenland unterscheiden sich die beiden Gruppen mit denjenigen, die Gewalt akzeptieren bzw. ablehnen, im Hinblick auf Immigranten, Vertrauen in Institutionen und Vertretbarkeit. Rumänien bildet eine markante Ausnahme: Dort besteht kein Unterschied zwischen den beiden Gruppen hinsichtlich der Wahrnehmung von Immigranten, des Maßes an Vertrauen in Institutionen oder des politischen Diskurses, und unter den drei Ländern ist Rumänien das einzige, in dem die Macht der Armee von wesentlich weniger Personen, die ansonsten Gewalt akzeptieren, als in den anderen Unterproben abgelehnt wird.

Aufgrund der politischen Natur der untersuchten Phänomene bieten sich diese Gruppen zu einem Vergleich ihrer politischen Orientierung und Parteipräferenz an. Zu dieser Frage sind in der EVS-Datenbank folgende Variablen zu finden: politische Orientierung (Links-Rechts-Selbsteinschätzung auf einer Skala bis 10), Parteipräferenz und auf die Skala für die Links-Rechts-Selbsteinschätzung bezogene Parteipräferenz. Bezüglich des ideologischen Zuschnitts lassen sich zwei Fragen betrachten: seine Richtung (Links oder Rechts) und seine Intensität. Wenn wir annehmen, dass die Unterstützung sowohl für links- als auch rechtsgerichteten Extremismus Hand in Hand mit der Akzeptanz von Gewalt geht, ist die Verwendung einer so genannten Intensitätsskala sinnvoll. Praktisch gesehen bedeutet dies, die ursprüngliche Selbsteinschätzung der Befragten aufzunehmen, wo radikale und moderate Positionen an gleicher Stelle stehen, ungeachtet ihrer linken oder rechten Orientierung. Nachstehend werden die Unterschiede, die mit Hilfe der Links-Rechts-Skala, der Parteipräferenz sowie der zuvor genannten Intensitätsskala ermittelt wurden, vorgestellt.

In allen vier Ländern gibt es eine Drift nach Links in der Gruppe, die Gewalt akzeptiert, und nur ein Unterschied besteht im Umfang dieser Drift verglichen mit der Gesamtprobe. Ein interessanter Aspekt ist hierbei, dass sich die Personen in der Unterprobe typischerweise Positionen mit einem stärkeren ideologischen Engagement zuordnen (weiter von der Mitte entfernt), obwohl nicht unbedingt extremistischen Positionen. In Verbindung mit den aufgeführten Ergebnissen besagt eine der interessantesten Beobachtungen, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern berücksichtigt werden müssen, will man die Gründe für die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt klar erkennen. Mit anderen Worten dürfen politische Aktivität im betreffenden Land und deren Verhältnis zur Demokratie bei der Analyse und Interpretation der Ergebnisse nicht außer Acht gelassen werden. Mit Vorsicht sind die Ergebnisse zum politischen Radikalismus zu behandeln, da für die Unterprobe, die Gewalt eher akzeptiert, im Allgemeinen, wie frühere Analysen gezeigt haben, tolerantere Haltungen (vermutlich nicht unabhängig von der Orientierung) charakteristisch sind.

## Messprobleme

Die aufgeführten Daten und Ergebnisse haben ernsthafte Unzulänglichkeiten bei der zielgerichteten Ermittlung von Personen, die potenziell politisch motivierte Gewalt unterstützen/anwenden, sowie bei der Messung von Gewaltakzeptanz an den Tag gelegt. Im Lichte der obigen Ausführungen können im Zusammenhang mit den angewandten Methoden dennoch einige wichtige Bemerkungen gemacht werden.

Die erste Frage ist, ob es sinnvoll ist, das Objekt der Messung bei seinem richtigen Namen zu nennen. Vielleicht wäre es ratsam, nach den Vor- und Nachteilen einer direkten Wortwahl zu fragen. In der EVS-Datenbank wird in der betreffenden Aussage nach einer recht extremen Unterform politisch motivierter Gewalt gefragt. Aufgrund des vermuteten Verzerrungseffekts der Einhaltung sozialer Normen, kann dies zu einer Situation beitragen, in der weniger Befragte eine bejahende Antwort geben.<sup>39</sup> Es wäre nützlich, diejenigen, die angesichts einer solchen Wortwahl „nicht erstarren“, in die gleiche Gruppe einzuordnen, da wir auf diese Weise vermutlich eine Unterprobe mit mehr Charakter erhalten. Künftige Analysen werden damit auch erheblich leichter. Die Verwendung einer weithin offenen Frage führt eine Situation herbei, bei der in einigen Fällen so wenige Personen in eine Unterprobe gelangen, durch die sich aus ihr keine Schlussfolgerungen mehr ziehen lassen, die von einem angemessenen Test unterstützt werden. In der Datenbank einer früheren World Values Study (WVS) findet sich eine allgemeinere Aussage: „Die Anwendung von Gewalt für politische Ziele kann nie gerechtfertigt werden“. Unter der Voraussetzung, dass wir dem Vergleich der beiden, zu unterschiedlichen Zeiten entstandenen Datenbanken zustimmen, ist es evident, dass diese Wortwahl geringeren Widerstand seitens der Teilnehmer auslöst, da hierbei mehr Personen ihre Akzeptanz von Gewalt bekundeten (in diesem Fall mit der Antwort: „ich stimme zu/ich stimme nicht zu“).

Im Konfliktusmonitor-Fragebogen enthält auch eine andere Sprache. So heißt es in der Frage nicht „politische Ziele“, sondern „nobles Ziel“. Ferner gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen den Antwortmöglichkeiten für die Befragten. Im Falle der EVS können die Teilnehmer unter beantworteten Fragen auswählen, wobei hier das Problem entsteht, dass deren Formulierung die Befragten dazu verleitet, Antworten im Einklang mit akzeptierten Standards zu geben. Die WVS- und Konfliktusmonitor-Datenbanken operierten bereits mit unterschiedlichen Ebenen der Zustimmung zur Aussage, obwohl es auch hier einen wichtigen Unterschied gibt: Bei Ersterer ist die Formulierung umgekehrt, und es gibt keinen Medianwert (4- und 5-Punkte-Skala). Bei der Bestimmung gefährdeter Gruppen darf unter keinen Umständen die Bedeutung von Faktoren, die auf einen Zusammenhang hinweisen, außer Acht gelassen werden. Diese erlauben eine verfeinerte Vorhersage der Bereitschaft einer Person zur Gewaltakzeptanz. Um mit dem einfachsten zu beginnen: Soziodemographische Variablen spielen in diesem Kontext eine wichtige Rolle, wobei die Bedeutung verschiedener Einstellungen auch nicht ignoriert werden kann (z. B. politisches Interesse und politische Orientierung).

---

39 Bei einer Untersuchung, die sich spezifisch mit Gewaltakzeptanz befasst, kann es notwendig werden, die soziale Erwünschtheit in irgendeiner Form zu prüfen. In der Fachliteratur wird eine Reihe von Instrumenten für diese Aufgabe angeboten, so die Lügen-Skala (Kruglanski: Need for Closure scale, 1993), die Personen danach filtert, wie sie versuchen Normen im Extremen einzuhalten.

Darüber hinaus ist es ebenfalls äußerst wichtig, auf die ethischen Aspekte bei der Messung zu verweisen. Während der Ergebnisbewertung muss man sich stets vor Augen halten, dass die Klassifizierung auf Antworten zu einer Aussage allein beruht, was nicht automatisch die Einstufung von Befragten als Personen, „die zur Akzeptanz von Gewalt neigen“, rechtfertigt. Eine Erhebung dieser Art birgt große Stigmatisierungsrisiken.

Insgesamt ist festzustellen, dass in einer qualitativen Studie untersuchten Persönlichkeitsmerkmalen in den oben genannten Datenbanken nur eine geringe Bedeutung beigemessen wird. Daher ist es schwierig zu schlussfolgern, ob diese tatsächlich mit der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt verbunden sind oder nicht. Eine verlässliche Interpretation der Ergebnisse erfordert eine Bewertung der Einstellung zu „allgemeiner“ Gewalt, die wiederum als eine Art „Benchmark“ bei der Untersuchung politisch motivierter Gewalt dienen könnte. Es kann ohne weiteres eingeräumt werden, dass Personen mit höherer Aggressivität eher eine bejahende Antwort auf eine Aussage geben, die an politisch motivierte Gewalt gebunden ist. Neben der Tatsache, dass relativ wenige Personen in der Gruppe mit größerer Bereitschaft zur Gewaltakzeptanz sind, sollte nicht vergessen werden, dass auch diese Gruppe nicht homogen ist. Der Hauptunterschied ist der soziale Kontext selbst: Wie schon bei der Vorstellung der Ergebnisse deutlich geworden ist, haben die Erscheinungen in jedem Land einen anderen Einstellungshintergrund. Nationale oder regionale Besonderheiten, wie der Umfang politischer Aktivität oder kulturelle Unterschiede bei allgemein geltenden Standards, stehen definitiv für eine Unterscheidung.

## Schlussfolgerungen

Daten empirischer Analysen scheinen frühere Erklärungsmodelle und Untersuchungsergebnisse zur Hasskriminalität zu bestätigen. Im Einklang mit psychologischen, soziologischen und ökonomischen Modellen fallen hauptsächlich junge Menschen, Personen mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten und zu meist Männer in die Gruppe derjenigen, die eher zu Gewalt neigen. Faktoren, die zur Herausbildung autoritärer Persönlichkeiten führen, kommen ebenfalls sowohl auf individueller als auch Gruppenebene ins Spiel (z. B. strenge familiäre Verhältnisse, soziale Dominanz und Feindseligkeit gegenüber Outgruppen. Befürwortung starker Führer und der Armee, mangelndes Vertrauen in demokratische Institutionen, Betonung des Nationalbewusstseins und ein höheres Maß an politischer Aktivität – all das sind Bestandteile der politischen Rationale und Mobilisierung. Eine alternative Interpretierung historischer Ereignisse kann als Komponente einer „historisch-kulturellen“ Grundhaltung gewertet werden. Zugleich lassen sich einzelne Aussagen logisch nicht mit einer größeren Akzeptanz von Gewalt in einzelnen Gruppen verbinden. Beispiele dafür sind die Bewertung von Arbeit, Familie oder Freizeit und eine tolerantere Haltung gegenüber Immigranten, was zu Ergebnissen führt, die die Erwartungen nicht erfüllen.

Damit sind wir bei einer der zentralen Schlussfolgerungen empirischer Analysen angekommen: Die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt, die Messung diesbezüglicher Einstellungen und die Identifizierung auf Basis dieser Ergebnisse bedeuten nicht, dass jemand solche Handlungen auch begehen würde. Daher können nur unter Berücksichtigung zusätzlicher sozialer Kontexte gefährdete Gruppen bestimmt und prä-diktive Faktoren aufgespürt werden.

Bei Messungen auf Gruppenebene wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass individuelle Eigenschaften, Bedingungen und Haltungen bei Familien auf Mikro- oder Mezzoebene sowie bei verschiedenen Gruppen und Institutionen eine Rolle spielen, wobei, wie auf der Makroebene, das hierarchische oder vielleicht gleiche Verhältnis der jeweiligen Gruppe zu anderen Gruppen sowie deren Platz in der sozialen Struktur und auf dem Markt, usw. bestimmenden bleiben. Gruppen und Institutionen bieten dem Einzelnen ein unmittelbares Umfeld, das aufgrund toleranter oder rassistischer Normen und Verhaltensmuster den Ausdruck persönlicher Einstellungen, deren Umsetzung in Handlungen oder das Fehlen von Bezugsgruppen grundsätzlich bestimmen kann, d. h. Integration kann zur Herausbildung devianten Verhaltens beitragen. Analysen spezifischer Facebook-Seiten ermöglichen eine zielgerichtete Ermittlung von schwer zu messenden, marginalisierten Gruppen und Einzelpersonen sowie die Suche nach politisch motivierten Personen, die für Hasskriminalität besonders empfänglich sind. Umgekehrt gestattet das Wissen um die Natur dieser Gruppen, wenn man den sozialen Kontext besser versteht, eine tiefer greifende Analyse der Ergebnisse.

Mit einer Integration der Gruppe entfernt man sich von herkömmlichen, auf Kriminaldaten beruhenden Erklärungen für unorganisierte soziale Schichten auf einer niedrigeren Ebene der Sozialisierung. Emotional motivierte Personen in einem Zustand der Deprivation und außerhalb sozialer Kontrolle (ob allein oder als Mitglieder einer Gruppe) sind zur Verübung von Hassstraftaten prädisponiert. Als Teil der Ergebnisse können Untersuchungen, die sich die Gemeinschafts- und institutionellen Kontexte zu Nutze machen, sogar zu Schlussfolgerungen gelangen, die den Erwartungen entgegenstehen (z. B. Interpretierung staatlicher Statistiken auf hohem Bildungsniveau), und aus kriminologischer Sicht anti-spezifische Faktoren (hoher Status, hohes Einkommen und keine Vorstrafen) mit kriminellen Handlungen verbinden, die Prognosefähigkeit nur mittels kollektiver Mediation besitzen.

### Erhebungen mittels persönlicher Interviews

#### *Ungarn*

##### **Zur Umfrage in Ungarn**

Die Untersuchung wurde im Juni 2014 durch Ipsos Zrt. durchgeführt. Interviewer führten die persönlichen Interviews bei den Befragten zuhause durch. Die Probe umfasste 1000 Personen und repräsentiert die erwachsene Bevölkerung Ungarns über 18 Jahre unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Wohnsitztyp. Der statistische Fehler der Studie beträgt 3,1 Prozent. Allerdings liegt die Fehlergrenze bei Fragen, die nur an eine spezifische Gruppe von Befragten, und nicht an die gesamte Probe, gerichtet wurden, höher.

Bei der ungarischen CAPI-Erhebung wurde ein breiterer Fragenkatalog verwendet, der eine tiefere Analyse der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt ermöglichte. Nachstehend werden zunächst das Toleranzniveau im Allgemeinen und dann im Besonderen betrachtet, um zu ermitteln, in welchen Situationen, in welchem Maße und gegen welche sozialen Gruppen man glaubt, die Anwendung von Gewalt rechtfertigen zu können. Im Anschluss daran werden Faktoren vorgestellt, die die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt erklären. Es wird ein Überblick über verschiedene soziodemographische Variablen, politische Interessen und Aktivitäten sowie allgemeine Ansichten zur Demokratie und über Parteipräferenzen gegeben. Darauf folgt eine Betrachtung verschiedener Persönlichkeitsmerkmale. Dann werden die Auswirkungen verschiedener Typen von Vorurteilen, wie gegen Roma gerichtete Stimmungen, Antisemitismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit, einer Analyse unterzogen. Darüber hinaus erfolgt eine nähere Prüfung des Zusammenhangs zwischen rechtsgerichtetem Autoritarismus, sozialer Dominanzorientierung und der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt – Kategorien, die in der Fachliteratur weit verbreitet sind.

#### **Politisch motivierte Gewalt – allgemeine Sichtweisen**

Gemessen wurden allgemeine Sichtweisen zu politisch motivierter Gewalt mittels dreier Fragen. In allen Fällen wurden zwei Vorschläge aufgeführt und die Befragten gebeten anzugeben, welcher der beiden ihrer Meinung näher steht.<sup>40</sup>

- Demokratie und politisch motivierte Gewalt.  
Vorschlag Nr. 1: „In einer Demokratie ist die Anwendung von Gewalt unangeachtet des Ziels inakzeptabel.“

---

<sup>40</sup> Im Fragebogen waren die Fragen nicht in der gleichen Reihenfolge aufgeführt, um automatische Antworten zu vermeiden.

Vorschlag Nr. 2: „Wenn zum Erreichen wichtiger Ziele nötig, ist selbst die Anwendung von Gewalt akzeptabel.“

- Der Zweck heiligt die Mittel.

Vorschlag Nr. 1: „Anwendung von Gewalt wird durch kein Ziel gerechtfertigt.“

Vorschlag Nr. 2: „Wenn es um Ziele geht, die Sie für wichtig halten, kann sogar Gewalt angewendet werden.“

- Befürwortung des Terrorismus als einer extremen Form politisch motivierter Gewalt.

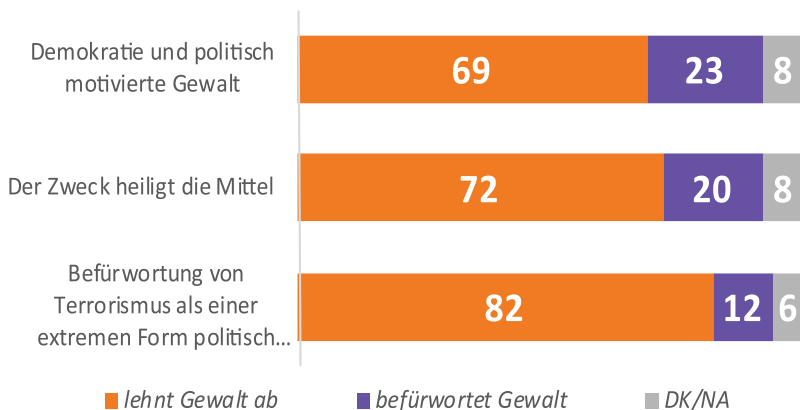
Vorschlag Nr. 1: „Terrorismus muss unter allen Umständen verurteilt werden, ungeachtet seiner Rechtfertigung.“

Vorschlag Nr. 2: „Unter bestimmten Bedingungen ist Terrorismus das einzige Mittel zur Bekundung einer politischen Meinung.“

23 Prozent der Befragten glauben, dass die Anwendung von Gewalt zum Erreichen wichtiger Ziele selbst in einer Demokratie akzeptabel ist. 20 Prozent sagen, dass Gewalt für Ziele, die sie für wichtig halten, angewendet werden kann. Ansichten zum Terrorismus sind weniger tolerant: 12 Prozent der Befragten glauben, dass Terrorismus unter bestimmten Umständen akzeptabel ist.

### Toleranz gegenüber politisch motivierter Gewalt

(%, n = 1000)



Hinsichtlich aller drei Fragen wurde festgestellt, dass Männer Gewalt eher befürworten. Dem Alter nach gibt es einen Unterschied nur in den Einstellungen zum Terrorismus: Junge Leute, die vielleicht mehr zum Radikalismus neigen, betrachten ihn als etwas akzeptabler. Der Bildungsgrad ist nur wichtig, wenn es um Ansichten zum Verhältnis zwischen Demokratie und politisch motivierter Gewalt geht: Personen mit geringerer Bildung neigen viel eher zu der Meinung, beide seien miteinander vereinbar.

Das Gleiche kann von Stadtbewohnern gesagt werden, die ebenfalls eine positivere Meinung zum Terrorismus haben. Regionale Unterschiede zeigten ebenfalls interessante Ergebnisse: Im Vergleich zur Gesamtprobe glauben mehr Bewohner in der Nördlichen Tiefebene, dass in einer Demokratie sogar Gewalt eingesetzt werden kann, um ein wichtiges Ziel zu erreichen. Dagegen vertreten Personen, die in Mittelungarn leben, tolerantere Ansichten, wenn es um Terrorismus geht. Während 30 Prozent der Probe in dieser Region Ungarns leben, haben sie an der Gruppe, die Terrorismus befürwortet, einen Anteil von 46 Prozent. Wichtig ist anzumerken, dass dies nicht aufgrund der Bewohner so ist, die die Mehrheit derjenigen bilden, die in der Region leben, da sie weniger dazu neigen Terrorismus zu akzeptieren. Betrachtet man alle drei Variablen, so befürworten deutlich Jobbik-Sympathisanten am ehesten Gewalt. Während 18 Prozent der Personen mit einer Parteipräferenz Jobbik-Wähler sind, beträgt innerhalb der Probe der Anteil dieser Wähler, die sagen, Gewalt sei mit Demokratie vereinbar, 28 Prozent. 25 Prozent sind damit einverstanden, dass Gewalt für bestimmte Ziele gerechtfertigt werden kann, und 30 Prozent akzeptieren Terrorismus. Mit Ausnahme des Terrorismus, dessen Einschätzung in ihren Reihen durchschnittlich ausfällt, sind Fidesz-Wähler ausgesprochen gegen Gewaltanwendung in den beiden anderen Fällen. Wähler mit anderen Parteipräferenzen denken, dass Terrorismus unter keinen Umständen akzeptabel ist.

### **Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach Parteipräferenz** (in Prozent)

	Fidesz-Sympathisanten (n = 362)	Jobbik-Sympathisanten (n = 123)	Sympathisanten anderer Parteien (n = 202)	Gesamtprobe (n = 1000)
Ungeachtet des Ziels ist in einer Demokratie die Anwendung von Gewalt inakzeptabel.	73	50	68	69
Wenn zum Erreichen wichtiger Ziele nötig, ist sogar die Anwendung von Gewalt akzeptabel	22	39	23	23
Keine Daten (weiß nicht, nicht geantwortet)	5	11	9	8
Die Anwendung von Gewalt ist durch kein Ziel gerechtfertigt.	77	57	67	72
Wenn es um für Sie wichtige Ziele geht, kann sogar Gewalt angewendet werden.	19	32	24	20
Keine Angaben (weiß nicht, nicht geantwortet)	4	11	9	8



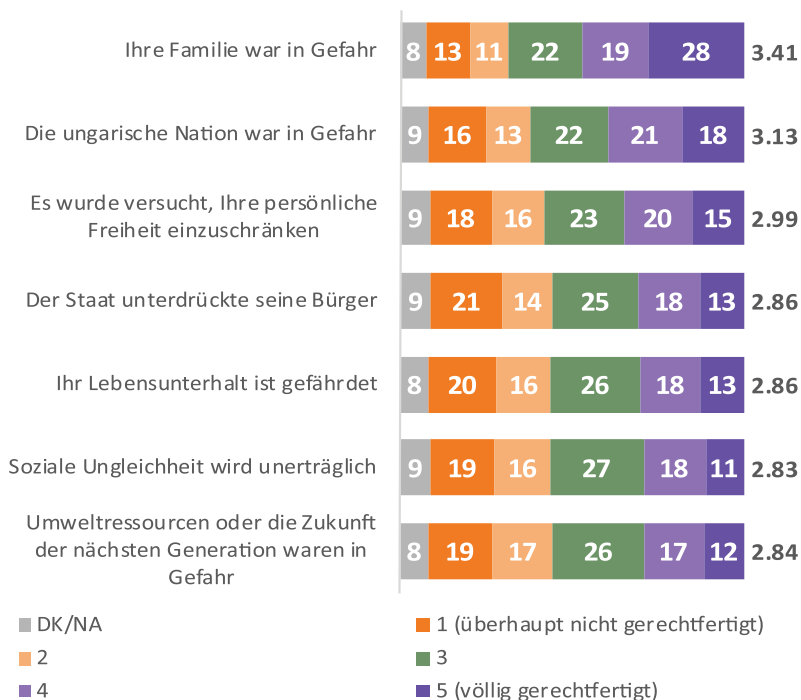
	Fidesz-Sympathisanten (n = 362)	Jobbik Sympathisanten (n = 123)	Sympathisanten anderer Parteien (n = 202)	Gesamtprobe (n = 1000)
Terrorismus ist unter allen Bedingungen zu verurteilen, ungeachtet seiner Rechtfertigung.	84	72	87	82
Unter bestimmten Bedingungen ist Terrorismus das einzige Mittel, um eine politische Meinung zu bekunden.	13	22	8	12
Keine Daten (weiß nicht, nicht geantwortet)	3	6	5	6

### ‘Gerechtfertigte’ Ziele

Hier wurden die Teilnehmer gefragt, wie sehr sie glauben, dass Gewalt zum Erreichen spezieller Ziele akzeptabel ist. Auf der Liste potenzieller Situationen ragt „Die Familie wird bedroht“ hervor: In diesem Fall sagt fast die Hälfte der Befragten (47 Prozent), das Gewalt gerechtfertigt ist, und nur 24 Prozent lehnen diese Möglichkeit unmissverständlich ab. Wenn es um andere Ziele in Verbindung mit dem persönlichen Leben geht, so wenn der Lebensunterhalt gefährdet ist, beträgt der Anteil der Personen, die für bzw. gegen Gewalt sind, 31 bzw. 36 Prozent. Im Falle von mehr abstrakten politischen Zielen ist die Befürwortung von Gewalt zur Landesverteidigung und zum Schutz der persönlichen Freiheit außerordentlich hoch. Im ersten Fall befürworten Gewalt 39 Prozent, und 29 Prozent lehnen sie ab, während im letzteren Fall diese Anteile bei 35 bzw. 34 Prozent liegen. Am geringsten wird Gewalt befürwortet, wenn es um die Ungleichheit beim Erreichen inakzeptabler Ebenen in der Gesellschaft und die Bedrohung von Naturressourcen geht, obwohl anzumerken ist, dass selbst hier der Anteil der Befürworter 29 Prozent beträgt.

## Rechtfertigung von Gewalt in verschiedenen Situationen

(% und Durchschnitt auf einer Skala von 1–5, n = 1 000)



Kurz gesagt gibt es viele, die glauben, dass es Situationen gibt, in denen Gewalt gerechtfertigt ist. Ein Drittel in der Probe (32 Prozent) meint, dass Gewalt in allen obigen Situationen inakzeptabel ist, und weitere 12 Prozent würden Gewalt nur in einem Fall befürworten. Natürlich ist Akzeptanz nicht gleich Handeln, und so kann angenommen werden, dass die Befürworter von Gewalt in gewissen Situationen mehr zur Gewaltanwendung neigen oder, im Falle von Gewalt, eher moralische Ausreden für sich selbst und andere vorbringen.

Die zu obigen Situationen bezogene Position hängt weniger vom soziodemographischen Hintergrund des Befragten ab.<sup>41</sup> In allen Fällen besteht die Schlussfolgerung darin, dass Männer Gewalt eher rechtfertigen als Frauen. Mit Ausnahme der ungarischen Nation und der Umwelt, trifft dies auch auf junge Leute zu.

<sup>41</sup> Wir untersuchten Zusammenhänge mittels der linearen Regression unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Bildung, finanzieller Situation und Wohnort des Befragten. Obwohl die Modelle in allen Fällen relevant sind, erreicht das Perzentil, erklärt durch unabhängige Variablen, nirgends 5%.

Die Einwohner größerer Gemeinden haben ähnliche Ansichten, es sei denn der Lebensunterhalt ist gefährdet und Bürger werden unterdrückt.<sup>42</sup> Insgesamt<sup>43</sup> glauben Männer, junge Leute, Personen mit geringeren Finanzmitteln<sup>44</sup> und Bewohner von Gebieten mit größerer Einwohnerzahl eher, dass Gewalt gerechtfertigt werden kann, um bestimmte Ziele zu erreichen.

## Feindselige Gruppen

Untersucht wurde ferner, gegen welche sozialen Gruppen den Befragten zufolge die Anwendung von Gewalt akzeptabel ist. Die Meinungen dazu sind signifikant vielfältiger als die Reaktionen in anderen Fällen. Ein außerordentlich großer Prozentsatz der Befragten glaubt, dass Gewaltanwendung gerechtfertigt ist, wenn es um Terroristen (63 Prozent) und Kriminelle (47 Prozent) geht. Daneben haben wir festgestellt, dass die Befürwortung von Gewalt dann außergewöhnlich hoch ausfiel, als es um die Bedrohung der ungarischen Nation ging. Das widerspiegelt die Tatsache, dass 40 Prozent der Befragten Gewalt gegen Verräter und Feinde der Nation unterstützen würden. Die gleiche Anzahl an Befragten war der Ansicht, dass Gewalt gegen links- und rechtsradikale Gruppen gerechtfertigt ist (28 Prozent).

---

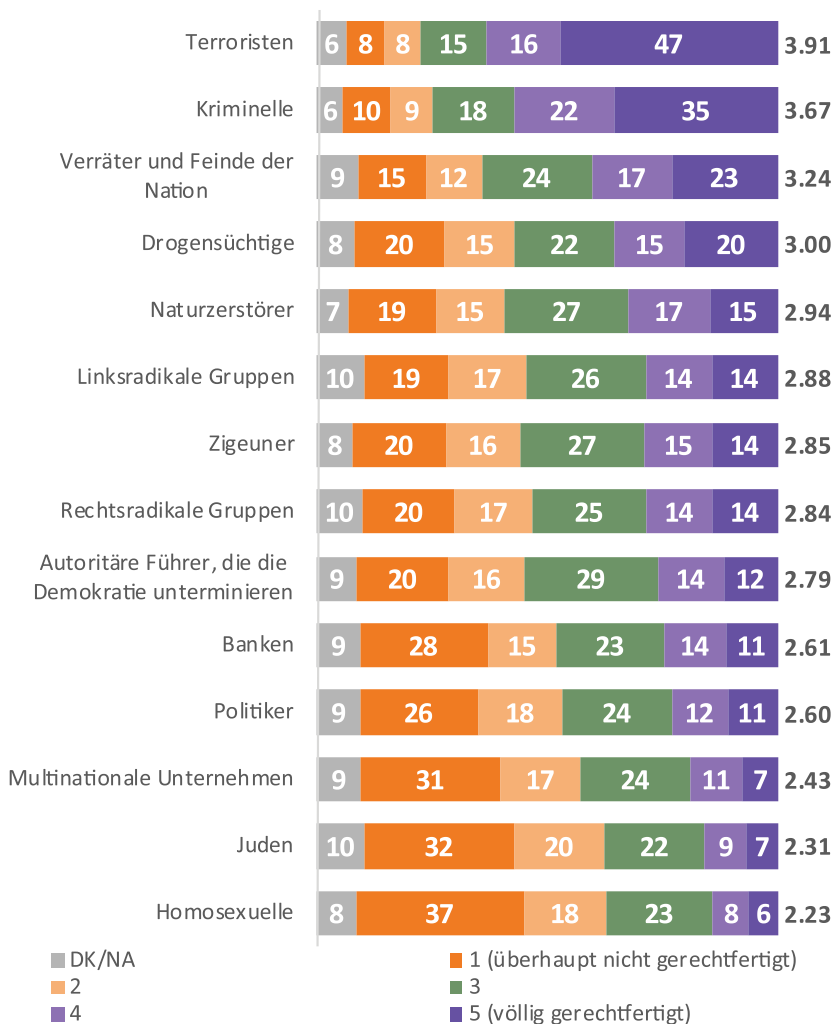
42 In den gelisteten Fällen haben Alter und Typ des Wohnorts keinen signifikanten Effekt.

43 Der auf diesen Variablen beruhende Sammelindex wurde primär mittels der Hauptkomponentenanalyse erstellt. Der Index, der im Ergebnis der aus den Variablen bei der Hauptkomponentenanalyse abgeleiteten, gewichteten Gesamtsummen entsteht, beinhaltet die größtmögliche Menge an Informationsinhalten, wobei der Informationsverlust quantifiziert werden kann. Ein weiterer Vorteil der Methode besteht darin, dass mit Hilfe der den Variablen beigefügten Gemeinschaftlichkeit untersucht werden kann, wie hoch der prozentuale Anteil der variablen Spreizung ist, die die Hauptkomponente beibehält, d. h. ob die spezifische Variable zu gemessenen Dimension gehört. Wir haben uns an die weithin anerkannte Daumenregel gehalten. Gemeinschaftlichkeiten müssen ein Minimum von 0,25 und der beibehaltene Informationsinhalt mindestens 33% erreichen. In unserem Fall betrug die Mindestgemeinschaftlichkeit 0,618 und der beibehaltene Informationsinhalt 72,9%. Danach erstellten wir mit Hilfe von Gewichten, die mit Hauptkomponenten ermittelt wurden, einen Index, dessen Größe dem der Variablen gleicht, die auf der ursprünglichen Skala, der fünfstufigen Likert-Skala, gemessen worden waren.

44 Die finanzielle Situation der Befragten wurde mit Hilfe eines Indexes auf Basis langlebiger Gebrauchsgüter in einem Haushalt (z. B. PC/Laptop, PKW und Digitalkamera) gemessen. Notwendig wurde dies aufgrund des hohen Vorkommens von verweigerten Antworten bezüglich der Variablen für die Einkommensmessung und von Problemen hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Gültigkeit dieser Variablen. Wir erstellten den Index mittels des so genannten Z-Punkte-Modells, anstatt einfach die Zahl langlebiger Gebrauchsgüter im Besitz eines Befragten zu addieren, auch gewichtet mit der Anzahl der zur Verfügung stehenden, langlebigen Gebrauchsgüter. Im Ergebnis haben Konsumgüter ein geringeres Gewicht und kleinere sowie seltenere ein höheres Gewicht im Finanzindex.

## Rechtfertigung von Gewalt gegen bestimmte Gruppen

(% und Durchschnitt auf einer Skala von 1–5, n = 1000)



Die stark ausgeprägte Einstellung der ungarischen Gesellschaft gegen Roma zeigt sich in den 29 Prozent Gewaltakzeptanz gegen diese Gruppe. Die Befragten rechtfertigten eher Gewalt gegen Drogensüchtige als gegen Homosexuelle (35 bzw. 14 Prozent).

Im Lichte anderer Untersuchungen, die auf ein hohes Maß an Homophobie in Ungarn verweisen, ist letztere Zahl interessant, und sie könnte darauf hindeuten, dass die Befragten in diesem Fall, obwohl sie Homosexualität verurteilen, Gewaltanwendung für nicht gerechtfertigt halten. Ähnliche Haltungen stellten wir zu autoritären Führern, die die Demokratie bedrohen (26 Prozent), zu den Banken (25 Prozent) und Politikern (23 Prozent) sowie zu multinationalen Unternehmen (18 Prozent) und Juden (16 Prozent) fest.<sup>45</sup>

Wesentlich ist, dass die Befürwortung potenzieller Gewalt gegen verschiedene Gruppen nicht von den soziodemographischen Merkmalen des Befragten abhängt. In den meisten Fällen erklärt keine der angewendeten Variablen Haltungen der Befragten.<sup>4647</sup>

## **Gewalthandlungen**

Im Abschnitt des Fragebogens zu politischer Aktivität, der nachstehend ausführlicher erörtert wird, bezogen sich einige unserer Fragen besonders auf Gewalthandlungen, weshalb wir sie hier aufgenommen haben. Auf sie alle trifft zu, dass nur eine verschwindend geringe Anzahl von Befragten (1 Prozent) solche Handlungen begangen hat, und die große Mehrheit, vier Fünftel in allen Fällen, niemals in Betracht ziehen würde, derartige Handlungen zu begehen. Es kann festgestellt werden, dass insgesamt<sup>48</sup> Männer Gewalthandlungen mit größerer Wahrscheinlichkeit akzeptieren.

---

45 Später, bei einer Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Variablen, stellten wir fest, dass dies kein Zufall ist.

46 Die Einstellung zu Homosexuellen hänge am stärksten vom soziodemographischen Hintergrund des Befragten ab. Doch selbst hier erreichte die vom Modell erklärte Rate nur 4%. Akzeptiert wurden solche Haltungen eher von Männern, Personen in finanziellen Notlagen und Einwohnern in kleinen Gemeinden.

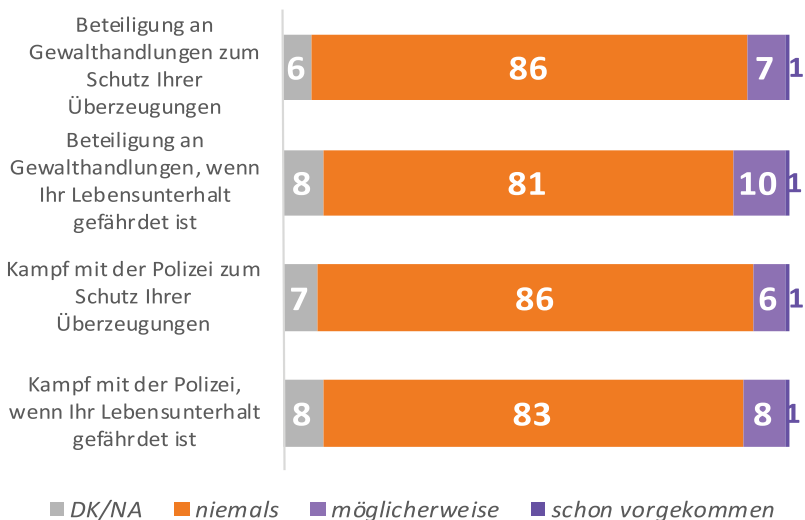
47 Zur Unterstützung späterer Analysen haben wir einen Sammelindex erstellt. Mit ihm soll gemessen werden, in welchem Maße der Befragte die Anwendung von Gewalt gegen bestimmte Gruppen für akzeptabel hält. Auch hier haben wir primär die Hauptkomponentenanalyse angewendet. Ausgelassen wurden Fragen zu Kriminellen, Terroristen und Homosexuellen, weil, trotz ihrer Gemeinschaftlichkeit von über 0,25, die Tatsache, dass sie gleichbleibend unter den anderen Variablen blieb (0,461, 0,344 bzw. 0,44), deutlich darauf verwies, dass sie kein Bestandteil der jeweiligen Dimension war. Im Falle der mit den verbleibenden Variablen gebildeten Hauptkomponente betrugen die kleinste Gemeinschaftlichkeit 0,513 und die beibehaltene Informationsmenge 64%. Danach erstellten wir mit Hilfe der durch Hauptkomponenten gebildeten Gewichte einen Index, dessen Größe dem der Variablen gleichkam, die für die ursprüngliche, fünfstufige Likert-Skala gemessen worden waren.

48 Zur Messung politischer ziviler Gewalthandlungen erstellten wir einen Sammelindex. Cronbachs Alpha betrug 0,878. Bei der Festlegung des Maßes gewichteten wir die Antwort des Befragten auf die Frage „Können Sie sich vorstellen, an einer Gewalthandlung teilzunehmen, oder haben Sie schon an einer solchen teilgenommen?“ unterschiedlich. Aktivitäten, die weniger Befragte befürworteten, wurde mehr Gewichtung gegeben. Aufgrund der großen Häufigkeit war dies hier von geringer Relevanz, obwohl wir später die gleiche Methode anwandten, als wir nach allgemeiner politischer Aktivität fragten.

Wir untersuchten auch die Haltungen derjenigen, die die Anwendung von Gewalt gegen bestimmte Ziele oder Gruppen rechtfertigen. Obwohl jede Variable für sich allein eine Wirkung auf die untersuchte Haltung hat, besitzt die erste Variable die die Erklärungsfähigkeit der zweiten Variablen.<sup>49</sup>

### Politische, zivile Gewalthandlungen seitens der Befragten

(in Prozent, n = 1000)



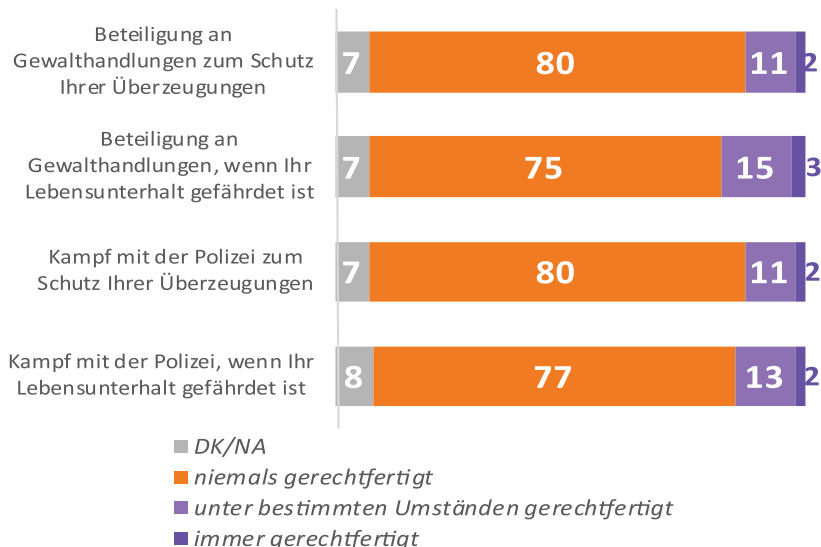
Wir fragten ferner, in welchem Maße der Befragte diese Haltungen bei Anderen akzeptiert. Diese Akzeptanz lag bei den Befragten höher, wenn die Mehrheit einbezogen war. Das trifft besonders zu, wenn jemand gewalttätig wird, weil der Lebensunterhalt auf dem Spiel steht: 3 Prozent der Befragten halten das in allen Fällen für akzeptabel und weitere 15 Prozent unter gewissen Umständen.

<sup>49</sup> Wir untersuchten den Zusammenhang zwischen Variablen mittels einer linearen Regressionsanalyse. Die folgenden Variablen wurden in das Modell aufgenommen: Geschlecht, Alter, finanzielle Lage und Wohnsitztyp, Akzeptanz von Gewaltanwendung unter bestimmten Bedingungen und gegen spezifische Gruppen. Das Perzentil anhand des Modells beträgt 6,9%.

Insgesamt<sup>50</sup> ist die Akzeptanz von Gewalthandlungen mehr unter denjenigen verbreitet, die glauben, dass Gewalthandlungen für bestimmte Ziele und gegen gewisse Gruppen gerechtfertigt werden können, und beide Variablen haben ihre spezifischen Effekte.<sup>51</sup>

### Toleranz gegenüber zivilen, politischen Gewalthandlungen

(in Prozent, n = 1000)



An dieser Stelle unserer Studie gingen wir zur Analyse von Hintergrundvariablen über, die unserer Vermutung nach Einfluss auf die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt haben und uns somit bei der Erstellung der Profile von Personen, die zur Unterstützung von Gewalt neigen, helfen können.

50 Zur Messung politischer, ziviler Gewalthandlungen erstellten wir einen Sammelindex. Cronbachs Alpha betrug 0,921. Bei der Festlegung des Maßes gewichteten wir die Antwort des Befragten auf die Frage „Können Sie sich vorstellen, an einer Gewalthandlung teilzunehmen, oder haben Sie schon an einer solchen teilgenommen?“ unterschiedlich. Aktivitäten, die weniger Befragte befürworteten, wurde mehr Gewichtung gegeben. Aufgrund der großen Häufigkeit war dies hier von geringer Relevanz, obwohl wir später die gleiche Methode anwandten, als wir nach allgemeiner politischer Aktivität fragten.

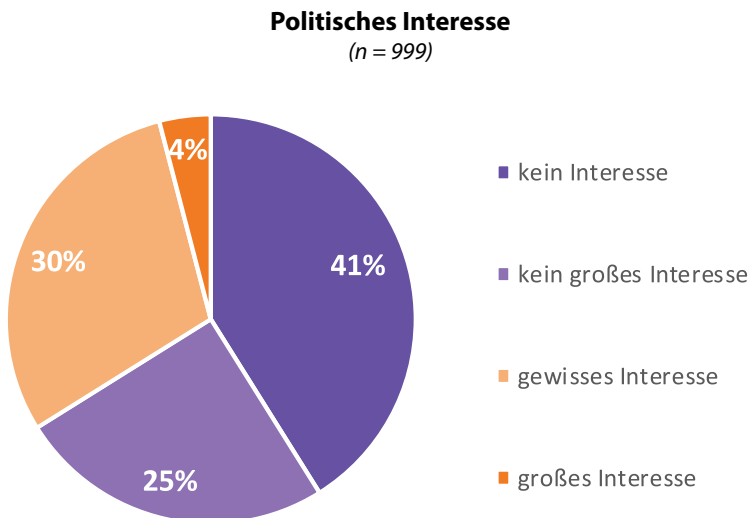
51 Wir untersuchten den Zusammenhang zwischen Variablen mittels einer linearen Regressionsanalyse. Die folgenden Variablen wurden in das Modell aufgenommen: Geschlecht, Alter, finanzielle Lage und Wohnsitztyp, Akzeptanz von Gewaltanwendung unter bestimmten Bedingungen und gegen spezifische Gruppen. Das Perzentil anhand des Modells beträgt 7,7%.

## Politische Haltungen

### *Politische Interessen und zivile politische Aktivitäten*

Etwas weniger als ein Drittel der Befragten interessierte sich für Politik: 27 Prozent zeigten gewisses und 4 Prozent großes Interesse an Politik.

Demographische Merkmale der Befragten haben nur geringen Einfluss auf politisches Interesse. Allgemein gefasst zeigen Männer, ältere Menschen, Einwohner größerer Gemeinden, Personen mit höherem Bildungsniveau und finanziell Bessergestellte mehr Interesse an Politik.<sup>52</sup> Personen, die toleranter gegenüber Gewalt in bestimmten Situationen oder gegen bestimmte Gruppen sind, werden durch stärkere politische Interessen charakterisiert.<sup>53</sup>



Der Fragebogen enthielt eine Reihe von Fragen zur Haltung der Befragten gegenüber verschiedenen Formen ziviler politischer Aktivitäten.

52 Wir untersuchten den Zusammenhang zwischen demographischen Variablen mittels einer linearen Regressionsanalyse. Die berücksichtigten Variablen machten 9% der Heterogenität bei der Variablen Politisches Interesse aus.

53 Im Hinblick auf Gewaltakzeptanz in bestimmten Situationen beträgt der Wert des Pearson-Korrelationskoeffizienten 0,125 und bezüglich der der Gewaltakzeptanz gegen bestimmte Gruppen 0,104.



Klar ist, dass ein kleiner Prozentsatz der Befragten schon an einer der aufgelisteten Aktivitäten teilgenommen hat. Die größte Zahl (8 Prozent) machen diejenigen aus, die schon einmal Unterschriften für Petitionen gesammelt oder solche unterschrieben haben, während in Bezug auf andere Aktivitäten die tatsächliche Beteiligung zwischen 1 und 3 Prozent schwankt. Die Anzahl der Personen, die zwar in der Vergangenheit noch nicht an solchen Aktivitäten teilgenommen haben, jedoch die Möglichkeit dafür in der Zukunft nicht ausschließen, zeigt signifikante Variationen. Wichtig ist anzumerken, dass Teilnehmer glauben, es sei wichtig, ob ein Streik oder eine Demonstration ungesetzlich ist. Im letzteren Fall sank der prozentuale Anteil derjenigen, die tatsächlich schon einmal an solchen Ereignissen teilgenommen haben, um die Hälfte oder ein Drittel, während sich der Anteil derjenigen, die solche Aktionen in Erwägung ziehen, halbierte. In dieser Gruppe von Fragen gibt es zwei Aussagen, die der Definition von politisch motivierter Gewalt nahe kommen: Erstens die Verunglimpfung korrupter Politiker, sogar in deren Anwesenheit, und zweitens, noch direkter, das Verprügeln oder Schlagen korrupter Politiker. Die Toleranz für diese Handlungen ist ebenfalls außerordentlich niedrig.

Insgesamt kann festgehalten werden<sup>54</sup>, dass die Frage des persönlichen politischen Aktivismus grundsätzlich durch das persönliche Interesse an Politik bestimmt wird: Personen mit größerem Interesse an Politik sind signifikanterweise aktiver. Darüber hinaus haben wir auch festgestellt, dass Männer, junge Menschen, Einwohner größerer Gemeinden, Personen mit mehr Bildung und solche in einer besseren finanziellen Lage mit größerer Wahrscheinlichkeit an solchen Aktivitäten schon teilgenommen haben oder dies zu tun gedenken. Was Geschlecht, Wohnort und Schulabschluss anbelangt, wird dieses Ergebnis direkter durch die finanzielle Lage und das politische Interesse vermittelt, d. h. Männer, Einwohner größerer Gemeinden und Personen mit mehr Bildung sind typischerweise besser gestellt und zeigen größeres Interesse an Politik, was sie praktisch aktiver werden lässt.<sup>55</sup> Personen, die Gewalt in bestimmten Situationen und gegen bestimmte Gruppen mehr akzeptieren, sind politisch aktiver.<sup>56</sup>

---

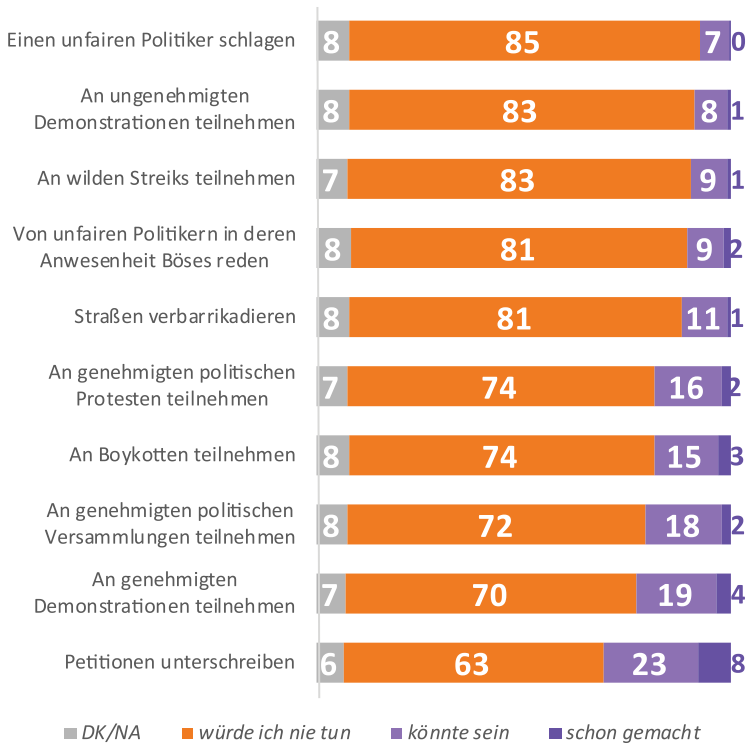
54 Zur Messung gewalttätiger ziviler politischer Aktivität erstellten wir einen Sammelindex. Cronbachs Alpha betrug 0,922. Beim Ermitteln des Maßes gaben wir den Antworten der Befragten auf die Frage „Können Sie sich vorstellen, an einer Gewalthandlung teilzunehmen oder haben Sie schon an einer solchen teilgenommen?“ eine unterschiedliche Gewichtung. Von weniger Befragten befürwortete Aktivitäten erhielten größeres Gewicht. Die Variablenverteilung zeigt starke Akkumulierungszentren. Das wichtigste ist hierbei, dass 54% der Probe an solchen Aktivitäten noch nie teilgenommen haben und dies auch nicht vorhaben.

55 Gemessen wurden die Einflüsse der berücksichtigten Variablen mittels Korrelation, Teilkorrelation und linearer Regression. Im Regressionsmodell berücksichtigte Variablen machten 14% der Heterogenität der Variable Zivile, Politische Aktivität aus.

56 Im Hinblick auf Gewaltakzeptanz in bestimmten Situationen beträgt der Wert des Pearson-Korrelationskoeffizienten 0,233 und bezüglich der der Gewaltakzeptanz gegen bestimmte Gruppen 0,159.

## Zivile politische Aktivitäten der Befragten

(in Prozent, n = 1000)

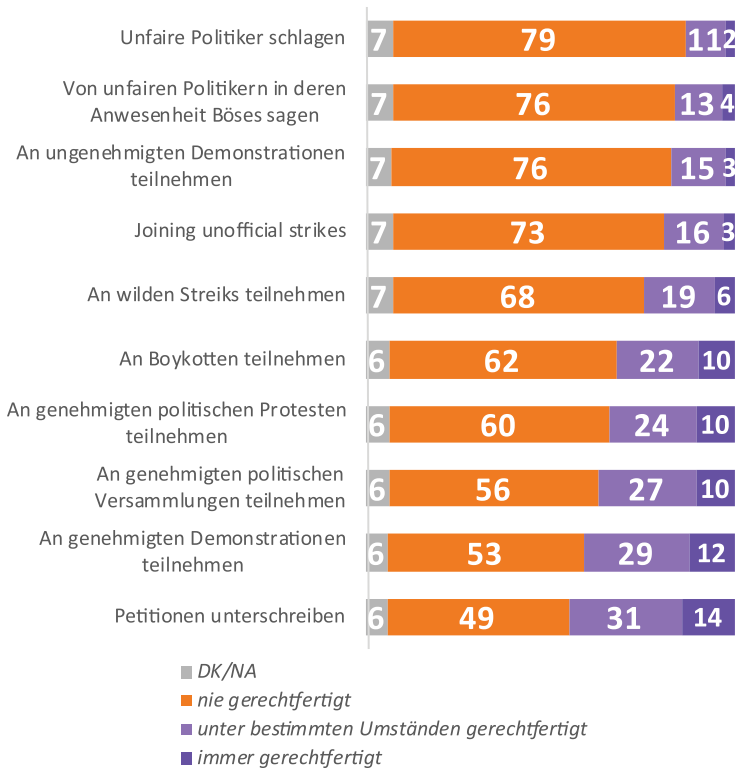


Im Rahmen des obigen Fragenblocks stellten wir den Befragten auch die Frage, in welchem Maße sie die Haltungen Anderer akzeptieren.

Bezüglich des auf individueller Ebene gemessenen Aktivismus ist evident, dass die Reihenfolge des Maßes für Akzeptanz und politische Aktivität sehr ähnlich ausfällt. Hinsichtlich der Aussagen, die die Befragten für sozial akzeptabler halten, haben sie höchstwahrscheinlich schon an solchen Aktivitäten teilgenommen und würden dies für die Zukunft nicht ausschließen. Gleichzeitig unterscheiden sich das Maß der Akzeptanz und das der Aktivität signifikant voneinander. Im Wesentlichen kann geschlussfolgert werden, dass die Diskrepanz am häufigsten auf der individuellen Ebene mit einer Schwankung von 14-17 Prozent auftritt. Im Fall des weniger häufigen Auftretens liegt die Differenz bei 5-7 Prozent (wilde Streiks und Straßenblockaden sind Ausnahmen, da hier die Diskrepanz etwas größer ist).

## Akzeptanz ziviler politischer Aktivitäten

(in Prozent, n = 1000)



Bei einer Betrachtung der sozialen Akzeptanz in ihrer Gesamtheit<sup>57</sup> haben wir festgestellt, dass politisches Interesse der am stärksten relevante Faktor ist: Politisch aktivere Personen halten auch verschiedene politische Aktivitäten für vertretbarer. Die anderen Variablen beeinflussen Einstellungen zu zivilen Aktivitäten recht ähnlich wie die obigen, allerdings mit zwei Unterschieden: Erstens gibt es keine Unterscheidung zwischen Männern und Frauen in dieser Hinsicht. Zweitens ist in diesem Fall der Einfluss des Wohnortes auf die Einstellungen gegenüber politischer Aktivität signifikant.

<sup>57</sup> Zur Messung gewaltsamer ziviler politischer Aktivität erstellten wir einen Sammelindex, bei dem die Antworten der Befragten auf die Frage „In welchem Maße befürworten sie die jeweilige Aktivität?“ unterschiedlich gewichtet wurden. Aktivitäten, die weniger Befragte befürworteten, erhielten eine größere Gewichtung. Die Variablenverteilung weist auch hier Akkumulationszentren auf, 43% der Probe würde keine dieser Aktivitäten akzeptieren. In diesem Fall betrug Cronbachs Alpha 0,947.

Verständlich ist auch, dass Personen, die in größeren Gemeinden wohnen, eher denken – und das ungeachtet all ihrer sonstigen demographischen Merkmale –, dass Andere diese Formen von Aktivitäten für akzeptabler halten. Auch hier widerspiegelt sich der Einfluss der Schulbildung in der finanziellen Lage, d. h. Personen mit mehr Bildung halten diese Aktivitäten für akzeptabler, weil sie sich in einer besseren finanziellen Lage befinden.<sup>58</sup> Diejenigen, die toleranter gegenüber der Gewalt in bestimmten Situationen oder gegen bestimmte Gruppen sind, denken eher, dass Andere politisch aktiver sind.<sup>59</sup> Diese Variable korreliert etwas besser, als die, die die eigene politische Aktivität misst.

### **Auffassungen zur Demokratie**

Insgesamt halten es die Befragten für wichtig, in einem demokratischen Land zu leben (Durchschnitt 7,75 auf einer Skala von 1-10). Gleichzeitig tendiert die Mehrheit dazu, den derzeitigen Zustand des Landes in negativem Licht zu sehen, und viele denken, dass sich die derzeitige Regierung nicht als völlig demokratisch bezeichnen lässt (6.15.) und die Menschenrechte nicht angemessen geachtet werden (6.03). Im Wesentlichen wird die allgemeine Meinung zum Zustand der Demokratie in Ungarn kaum durch die demographischen Merkmale der Befragten beeinflusst. Die einzige erwähnenswerte Ausnahme besteht darin, dass die Einwohner größerer Städte oder Gemeinden stärker davon überzeugt sind, dass es wichtig ist in einer Demokratie zu leben.<sup>60</sup> Zwischen der Akzeptanz von Gewaltanwendung und der Meinung zum derzeitigen Zustand der Demokratie in Ungarn besteht ein Zusammenhang. Diejenigen, die glauben, Ungarn ist weniger demokratisch und meinen, die Menschenrechte werden beschnitten, finden Gewalt akzeptabler.<sup>61</sup>

### **Wahlen und Parteipräferenzen**

Zwei Drittel der Befragten glauben, dass die Stimmenabgabe bei Wahlen ein Grunderfordernis in allen Fällen ist. Dieser Anteil liegt etwas höher als die 62 Prozent, die 2014 bei den Parlamentswahlen zur Wahlurne gegangen sind. Die Wahrnehmung der Bedeutung der Stimmenabgabe bei Wahlen hängt grundsätzlich von der Bildung ab: Die mit einem höheren Bildungsabschluss sagen eher, dass von diesem Recht Gebrauch gemacht werden muss, während dem 62 Prozent derjenigen mit dem niedrigsten Bildungsgrad zustimmen. Im Falle von Personen mit Hochschuldiplom oder –abschluss steigt dieser Anteil auf 76 bzw. 91 Prozent.

---

58 Gemessen wurden die Einflüsse der berücksichtigten Variablen mittels Korrelation, Teilkorrelation und linearer Regression. Im Regressionsmodell berücksichtigte Variablen machten 14% der Heterogenität der Variable Zivile, Politische Aktivität aus.

59 Im Hinblick auf Gewaltakzeptanz in bestimmten Situationen beträgt der Wert des Pearson-Korrelationskoeffizienten 0,264 und bezüglich der der Gewaltakzeptanz gegen bestimmte Gruppen 0,186.

60 Die Korrelation ist relativ stark, der Wert des standardisierten Regressionskoeffizienten (Beta) beträgt 0,19 und seine Signifikanz ist 0,000.

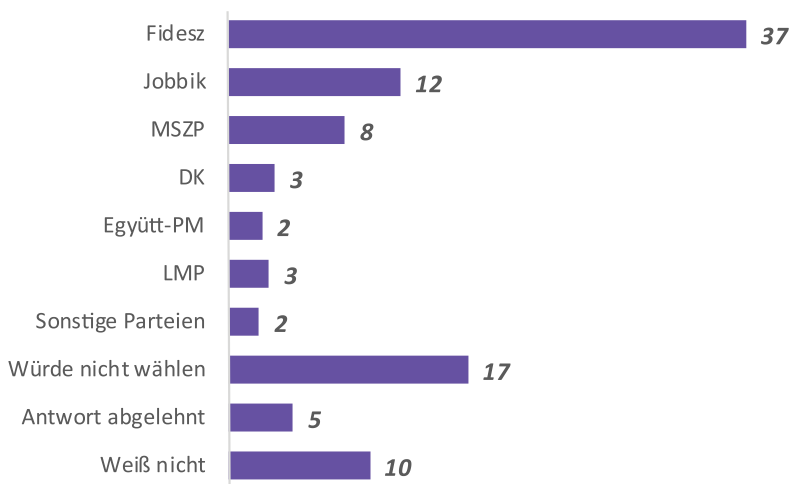
61 Der Wert des Pearson-Korrelationskoeffizienten ist -0,169 bei Meinungen zum Zustand der Demokratie bezüglich der Akzeptanz von Gewalt in bestimmten Situationen und -0,099 bezüglich der Akzeptanz von Gewalt gegen bestimmte Gruppe. Hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte beträgt er -0,143 bzw. -0,133.

68 Prozent der Befragten nannten eine Partei, die sie wählen würden, wären am nächsten Sonntag Wahlen. Weitere 5 Prozent wussten nicht, für welche Partei sie stimmen würden, obwohl sie zur Wahl zu gehen beabsichtigen. 17 Prozent würden nicht zur Wahl gehen, und einer von zehn Befragten lehnte eine Antwort auf diese Frage ab.

37 Prozent der Befragten würde für den Fidesz (54 Prozent derjenigen mit deutlicher Parteipräferenz) stimmen, 12 Prozent für Jobbik (18 Prozent), 8 Prozent für die MSZP (Ungarische Sozialistische Partei, 12 Prozent), 3 Prozent für die DK (Demokratische Koalition, 5 Prozent), 3 Prozent für LMP (Politik Kann Anders Sein, 4 Prozent) und 2 Prozent für Együtt-PM (Gemeinsam-Dialog für Ungarn, 4 Prozent).

### Parteipräferenzen

(in Prozent, n = 1000)



Verglichen mit dem Durchschnitt befinden sich unter den Fidesz-Wählern mehr Frauen, Personen mit geringerer Bildung, finanziell schlechter Gestellte und Bewohner kleiner Dörfer. Unter den Jobbik-Wählern sind Männer, junge Leute und Personen mit einer Berufsausbildung überrepräsentiert. Interessanterweise kann nicht der Schluss gezogen werden, dass sie sich in einer schlechten finanziellen Lage befinden, was zu der Feststellung führt, dass die Partei viele Wähler mit Berufsausbildung überzeugen kann, besonders diejenigen, die innerhalb dieser Schicht besser gestellt sind.

Unsere Daten widerspiegeln auch die Tendenzen bei den Wahlen, nämlich dass Jobbik nicht mehr nur in den strukturschwächsten Regionen des Landes mit großen Roma-Bevölkerungsanteilen populär ist. Im Wesentlichen wird das Feature der anderen Parteien<sup>62</sup> durch die Features der MSZP-Wähler, die die größte Gruppe in dieser Kategorie bilden, geprägt. Diese Wähler sind zumeist ältere Menschen in Budapest und Personen mit Hochschuldiplom.

Eine Untersuchung des Einstellungshintergrundes zeigt, dass der tatsächliche Unterschied zwischen den Wählern der Jobbik und denen der anderen Parteien besteht. Die Ausnahme zeigt sich in der Wahrnehmung des Demokratiezustandes im Land und der Achtung der Menschenrechte, wobei die Grenzlinie genau zwischen den Pro-Regierungs- und den Oppositionswählern verläuft. Auf der anderen Seite zeigen Jobbik-Wähler größeres Interesse an der Politik, sie sind im politischen Leben signifikant aktiver und toleranter gegenüber politisch motivierter Gewalt.<sup>63</sup>

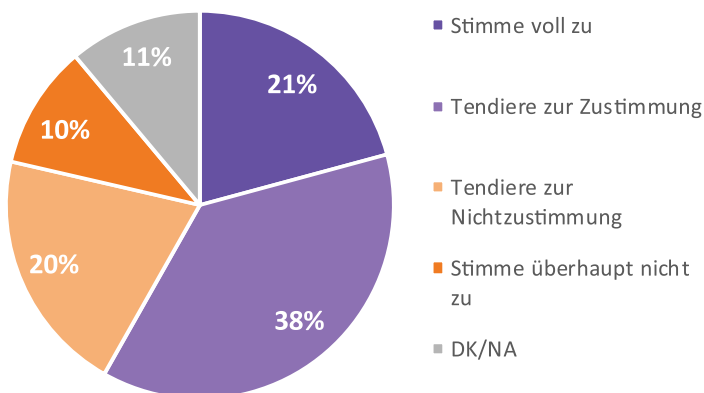
## Vorurteile

### Anti-Roma-Einstellungen

In unserer Untersuchung haben wir Anti-Roma-Einstellungen mit Hilfe scharf formulierter Aussagen gemessen. So stellten wir die Frage, inwieweit die Befragten der Aussage zustimmen, Zigeuner sind geborene Kriminelle. Über die Hälfte der Befragten (58 Prozent) stimmten dieser Aussage in gewissem Maße zu. 11 Prozent gaben keine Antwort.

#### Kriminalität liegt den Zigeunern im Blut

(in Prozent, n = 1000)



62 Bei der Korrelationsanalyse waren wir gezwungen, aufgrund der geringen Zahl an Aussagen neben den Fidesz- und Jobbik-Wählern die Befürworter anderer Parteien zu aggregieren.

63 Sie akzeptieren zivile politische Aktivitäten Anderer eher, doch nur, weil auch sie selbst stärker an solchen Aktivitäten beteiligt sind.

Auf unserer vierstufigen Skala liegt der Durchschnittsindex für Anti-Roma-Haltungen bei 2,77. Insgesamt neigen Männer und Personen mit Berufsausbildung mehr zu einer Anti-Roma-Haltung. Was die gebietsmäßige Verteilung anbelangt, stellten wir fest, dass Anti-Roma-Haltungen mehr unter Bewohnern mittelgroßer Städte sowie der nördlichen Tiefebene und der Regionen im Westen und Mittelwesten Ungarns verbreitet sind. Dies – ein relativ neues Phänomen – zeigte sich bei den Parlamentswahlen 2014 deutlich am Abschnitten der Jobbik – der Partei, deren Sympathisanten signifikant stärker roma-feindlich als die Durchschnittsbevölkerung sind.

### **Antisemitismus**

Der Grad des Antisemitismus wurde von uns mit Hilfe von sieben Aussagen gemessen.<sup>64</sup> Von diesen bezogen sich sechs darauf, inwieweit die Befragten an eine weltweite Verschwörung glauben.<sup>65</sup> Die Aussagen waren folgende:

- Juden wollen ihren Einfluss auf die Weltwirtschaft ausdehnen.
- Oft operieren Juden im Geheimen, hinter den Kulissen.
- Juden treffen sich oft geheim, um für sie wichtige Dinge zu besprechen.
- Juden wollen die Weltherrschaft.
- Juden wollen die Führungsrolle in internationalen Finanzinstitutionen übernehmen.
- Juden wollen ihre Ziele durch Geheimabkommen erreichen.

Rechtfertigen lässt sich die Verwendung dieser Aussagen zur Messung politisch motivierter Gewalt, wenn man bedenkt, dass der Glaube an diese Aussagen unmittelbar Feinde erzeugt, die, wie der Befragte glauben mag, mit Gewalt bekämpft werden müssen, und anhand einer solchen Haltung lassen sich auch andere persönliche Merkmale gut vorher-sagen (Bilewicz et al. 2013).

Mit der siebenten Aussage wird die jüdische Isolierung gemessen, indem die Befragten sich dazu äußern sollen, inwieweit sie dem Satz „Juden bleiben Fremde in der ungarischen Gesellschaft, sie bewahren ihre alten kulturellen Werte und Normen und passen sich ungarischen Gewohnheiten nicht an“ zustimmen.

Der Durchschnitt des Antisemitismus-Sammelindexes für die Gesamtprobe ist 2,89.<sup>66</sup> In diesem Kontext sind Unterschiede zwischen Befragten mit verschiedenen demographischen Hintergründen signifikant geringer als bei den Anti-Roma-Einstellungen.

---

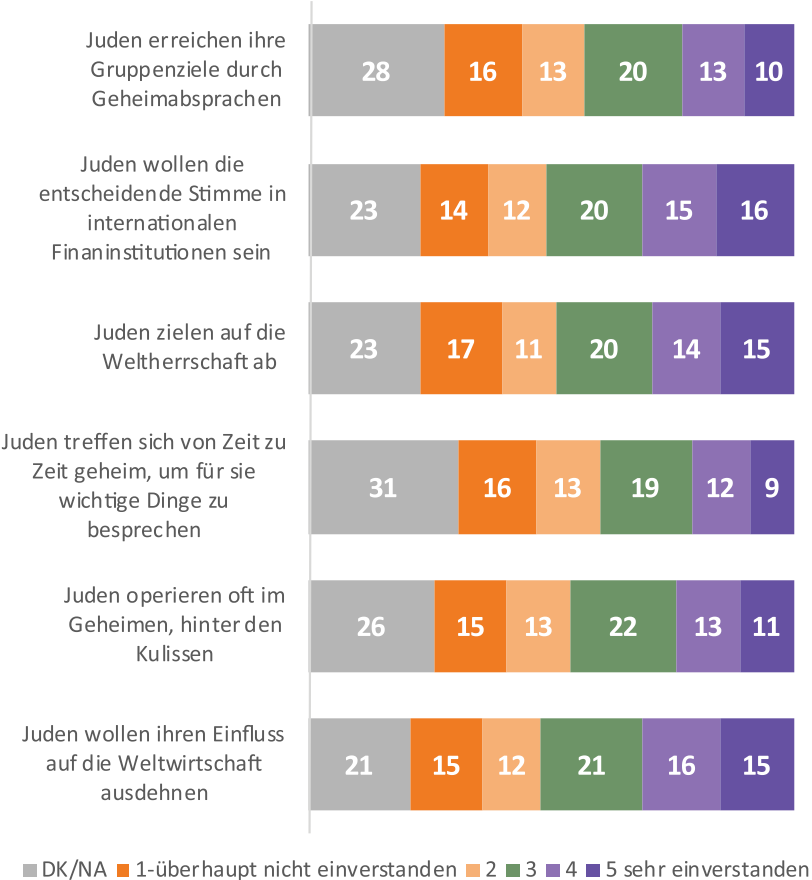
64 Der aus sieben Komponenten bestehende Antisemitismus-Index wurde primär mittels der Hauptkomponentenanalyse erstellt. Die geringste Gemeinschaftlichkeit war 0,607, und die beibehaltene Informationsmenge betrug 78,6%. Danach erstellten wir mit Hilfe der durch Hauptkomponenten gebildeten Gewichte einen Index, dessen Größe dem der Variablen gleichkam, die für die ursprüngliche, fünfstufige Likert-Skala gemessen worden waren.

65 Die Aussage wurde auch bei Untersuchung zum Antisemitismus in Polen verwendet (Bilewicz et al. 2013).

66 Es sei darauf hingewiesen, dass bei diesen Fragen die Ablehnungsrate von 19-30% außergewöhnlich hoch war. Teilweise lässt sich dies durch die relativ hohe Latenz bei antijüdischen Gefühlen erklären.

Jobbik-Sympathisanten sind deutlich intoleranter (3.34). Geographisch und territorial gesehen wurden weitere Unterschiede festgestellt: Einwohner Budapests und mittelgroßer Städte sind stärker antisemitisch, und Gleiches trifft auf diejenigen zu, die in Mittelungarn (besonders Budapest), Nordungarn und der nördlichen Tiefebene wohnen.<sup>67</sup>

**Antisemitische Stereotypen**  
(Zustimmung/Nichtzustimmung zu den Aussagen, in %)



67 Männer sind eher antisemitisch eingestellt, und, obwohl die Korrelation signifikant ist, kann die Differenz zwischen beiden Geschlechtern vernachlässigt werden.

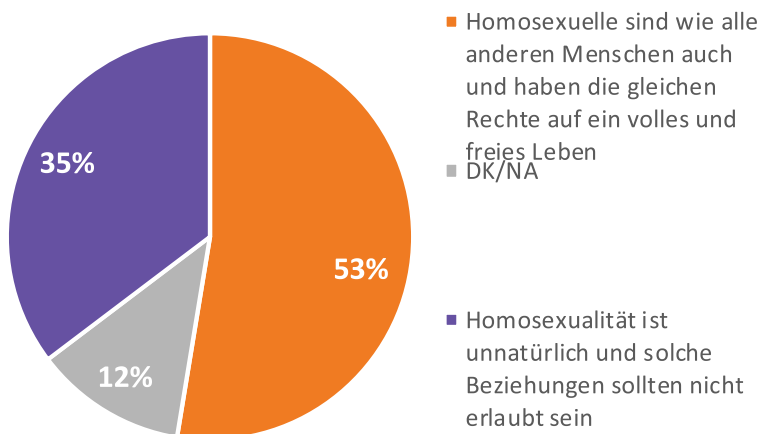


## Homophobie

Den Befragten wurden zwei Aussagen mit der Bitte vorgelegt, sich die auszuschuchen, der sie eher zustimmen. Die erste Aussage lautete: „Homosexuelle sind wie alle anderen Menschen auch und haben die gleichen Rechte auf ein volles und freies Leben.“ Die zweite Aussage war: „Homosexualität ist unnatürlich und solche Beziehungen sollten nicht erlaubt sein.“ 53 Prozent der Befragten wählten die erste und 35 Prozent die zweite Aussage, 12 Prozent lehnten eine Antwort auf die Frage ab. Männer, Personen mit geringer Bildung und daher finanziell schlechter gestellt, sowie Einwohner ländlicher Städte neigen eher zur Verurteilung von Homosexualität. Regional gesehen gehören Bewohner in der nördlichen Tiefebene zu dieser Kategorie. Interessanterweise sei angemerkt, dass Jobbik-Wähler nicht homophober sind als der Durchschnitt, während Homophobie in signifikantem Maße charakteristischer für Fidesz-Wähler ist.

### Meinungen zu Homosexuellen

(in Prozent, n = 1000)

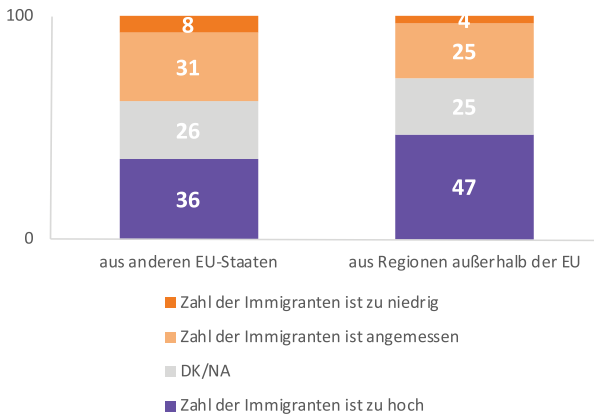


## Fremdenfeindlichkeit

Die Haltungen zu Migranten, die aus der Europäischen Union kommen, sind etwas positiver als die zu denjenigen, die aus Ländern außerhalb der EU kommen. Bezüglich der ersten Gruppe glauben 31 Prozent, dass die Zahl der Zuwanderer akzeptabel, und 36%, dass sie zu hoch ist. Was letztere Gruppe anbelangt, belaufen sich diese Angaben auf 25 bzw. 47 Prozent. Gleichzeitig hat ein Viertel der Befragten keine Meinung zur Immigrantenzahl.

## Meinungen zur Immigration

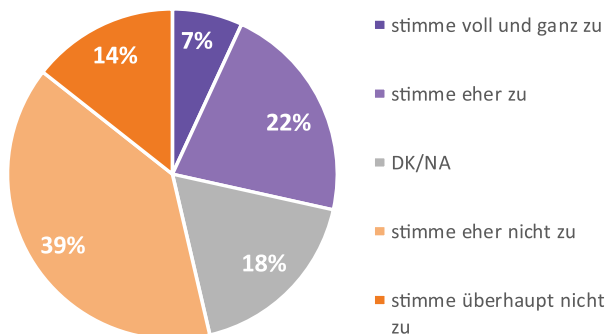
(in Prozent, n = 1000)



Zum Thema Fremdenfeindlichkeit haben wir annähernd die gleichen Indikatoren gemessen wie im Falle der Anti-Roma-Haltungen. Die Teilnehmer wurden gefragt, inwieweit sie der Aussage zustimmen, dass die Mehrheit der Zuwanderer Kriminelle sind. Fast ein Fünftel der Befragten (18 Prozent) lehnten eine Antwort auf die Frage ab, wobei wir in diesem Fall vermuteten, dass die Mehrheit der Befragten ihre Meinung nicht verhehlen wollte, sondern einfach keine persönlichen Erfahrungen mit Migranten hat. Die meisten Befragten (54 Prozent) stimmen der Aussage nicht zu und ein Fünftel (21 Prozent) teilt diese Meinung in gewissem Maße.

## Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu, dass die Mehrheit der Immigranten Kriminelle sind?

(in Prozent, n = 1000)



Für die Gesamtprobe beträgt der Durchschnittsindex für Fremdenfeindlichkeit auf einer vierstufigen Skala 2,25. Diese Rate hängt weniger vom soziodemographischen Hintergrund der Befragten ab, obwohl die Haltung stärker als im Durchschnitt unter Personen mit geringerer Bildung und Einwohnern von Bezirkshauptstädten verbreitet ist. Kein Unterschied besteht zwischen Personen mit verschiedenen Parteipräferenzen.

## **Vorurteile und politisch motivierte Gewalt**

Zwischen Vorurteilen gegenüber verschiedenen Gruppen besteht ein Zusammenhang, obwohl die Stärke der Korrelation zeigt, dass wir es hier mit unterschiedlichen, klar unterscheidbaren Gefühlen zu tun haben. Einstellungen zu Roma und Migranten hängen eng zusammen, obwohl die Gefahr besteht, dass die tatsächliche Beziehung durch die ähnliche Formulierung der beiden Aussagen verstärkt wird.<sup>68</sup> Deutlich getrennt von diesen Einstellungen ist Antisemitismus.<sup>69</sup> Eine moderate Beziehung findet sich zwischen Homophobie auf der einen Seite und Anti-Roma- und antijüdischen Einstellungen auf der anderen Seite.<sup>70</sup>

Mit Ausnahme der Homophobie wird die Rechtfertigung der Anwendung politisch motivierter Gewalt in verschiedenen Situationen und gegen bestimmte Gruppen durch alle Vorurteilsindikatoren erklärt. Im Falle politisch motivierter Gewalt in verschiedenen Situationen überschneidet sich dennoch die Erklärungskraft von roma- und migrantenfeindlichen Einstellungen mit antijüdischen Gefühlen.<sup>71</sup> Bezüglich der Akzeptanz von Gewalt gegen bestimmte Gruppen erweist sich Fremdenfeindlichkeit als redundant.<sup>72</sup>

## **Rechtsgerichteten Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung**

Bei unserer Studie untersuchten wir auch rechtsgerichteten Autoritarismus (RWA) und soziale Dominanzorientierung (SDO). Zwecks Messung der Einstellungen analysierten wir im ersten Fall die Antworten der Befragten auf folgende fünf Aussagen:

- Ein wahrer Patriot muss gegen diejenigen handeln, die von den Führern des Landes verurteilt werden.
- Unmoralische Beziehungen werden durch Eltern und Lehrer verschuldet, die vergessen, dass körperliche Strafen noch immer die beste Erziehungsmethode sind.

---

68 „Zigeuner sind genetisch zur Kriminalität veranlagt“ und „Die meisten Immigranten sind Kriminelle“. Der Korrelationswert zwischen den beiden Variablen ist 0.537.

69 Seine Verbindung mit romafeindlichen Haltungen und mit Feindseligkeit gegenüber Immigranten drücken Korrelationswerte von 0.277 bzw. 0.228 aus.

70 In Bezug auf Anti-Roma-Haltungen und Antisemitismus beträgt der Betawert 0.135 bzw. 0.176.

71 Das Verhältnis zwischen der Akzeptanz von Gewalt in bestimmten Situationen und Anti-Roma-Haltungen sowie Feindseligkeit gegenüber Immigranten kennzeichnet ein Korrelationswert von 0.162 bzw. 0.124. Berücksichtigt man jedoch die teilweisen Zusammenhänge und die Beherrschung antisemitischer Gefühle, so sinken die Korrelationen statistisch auf Null.

72 Die Korrelation zwischen der Akzeptanz von Gewalt gegen bestimmte Gruppen und der Feindseligkeit gegenüber Immigranten ist 0.218. Werden jedoch romafeindliche Gefühle und Antisemitismus unter Kontrolle gehalten, sinkt die Korrelation statistisch auf Null.

- Traditionelle religiöse Werte sollten weniger betont werden. Stattdessen sollte jeder selbst entscheiden, was ethisch ist, und was nicht.
- Die meisten sozialen Probleme wären gelöst, wenn wir unmoralische und verkommene Leute loswerden könnten.

Für die Gesamtprobe beträgt der RWA-Durchschnittssammelindex 2.48.<sup>73</sup> Autoritarismus ist eher für Personen mit geringerer Bildung sowie Einwohner kleinerer, ländlicher Städte, Nordungarns und der nördlichen Tiefebene charakteristisch. Dieses Merkmal herrscht besonders unter Jobbik-Wählern vor.

- Es gibt Zeiten, in denen Gewalt nötig ist, um andere Gruppen an ihren rechten Platz zu verweisen.
- Um im Leben voranzukommen, müssen andere Gruppen manchmal unterdrückt werden.

Für die Gesamtprobe beträgt der SDO-Durchschnittssammelindex 2.18.<sup>74</sup> Soziale Dominanzorientierung ist eher für Männer, junge Menschen, Personen mit Berufsausbildung und Einwohner ländlicher Städte charakteristisch. Regional gesehen herrscht sie mehr unter Einwohnern in Mittelungarn und der südlichen Tiefebene vor. Auch hier sind Jobbik-Sympathisanten in Bezug auf den Probendurchschnitt überrepräsentiert.

Die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt sowohl in bestimmten Situationen als auch gegen bestimmte Gruppen erklärt sich primär aus persönlichen Merkmalen.<sup>75</sup> Soziale Dominanzorientierung hat signifikanten Einfluss auf die erste und etwas stärkeren Einfluss auf die zweite.

---

73 Der aus obigen Aussagen bestehende RWA-Index wurde primär mittels der Hauptkomponentenanalyse ermittelt. Hierbei mussten wir jedoch die Aussage zu traditionellen religiösen Werten außer Acht lassen, da die Gemeinschaftlichkeit zwar über 0.25 lag, sie aber für die anderen signifikant niedriger war (0.394), was darauf hinweist, dass sie nicht Teil der betreffenden Dimension ist. Im Falle der entstehenden Hauptkomponente betrugen die niedrigste Gemeinschaftlichkeit 0.579 und die beibehaltene Informationsmenge 60,9%. Danach erstellten wir mit Hilfe der durch Hauptkomponenten gebildeten Gewichte einen Index, dessen Größe dem der Variablen gleichkam, die für die ursprüngliche, fünfstufige Likert-Skala gemessen worden waren.

74 Im Falle der SDO erstellten wir einen Index mittels Mittelung von Aussagen, dessen Größe dem der Variablen gleichkam, die für die ursprüngliche, fünfstufige Likert-Skala gemessen worden waren. Bei zwei Aussagen unterscheidet sich die Hauptkomponente linear gesehen nicht von der Summe der zwei Komponenten. Die Korrelation zwischen den Variablen beträgt 0.701.

75 Frühere Studien haben gezeigt, dass rechtgerichteter Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung zwar zur Vorhersage unterschiedlicher Positionen geeignet sind, sie aber unterschiedliche psychologische Inhalte aufweisen (Heaven and Bucci, 2001), weshalb wir uns in unserem Modell dafür entscheiden, die beiden Variablen getrennt zu verwenden.

## Schlüsselfaktoren für die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt in einem multidimensionalen Raum

In diesem Kapitel der Studie fassen wir die Einflüsse der oben vorgestellten Variablen auf die Akzeptanz der potenziellen Anwendung von Gewalt in bestimmten Situationen und gegen bestimmte Gruppen zusammen. Erklärungsvariablen werden beim Modell und auf den nachfolgenden Stufen eingesetzt. Die Zuordnung von Variablen zu bestimmten Gruppen erfolgte auf der Basis früherer Analysen. Die erste ist die Gruppe der soziodemographischen Variablen und der Parteipräferenz. Als zweiten Schritt nahmen wir die zivile politische Aktivität der Befragten und als dritten zwei Vorurteilsindikatoren, romafeindliche Gefühle und Antisemitismus, auf.<sup>7677</sup> Abschließend wurden auch rechtsgerichteter Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung in das Modell eingebracht.

Personen mit finanziellen Schwierigkeiten, politisch aktivere Menschen und solche, die antisemitische Ansichten vertreten sowie durch rechtsgerichteten Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung charakterisiert sind, neigen eher dazu, die Anwendung von Gewalt in bestimmten Situationen zu rechtfertigen.<sup>78</sup>

Interessant ist an dieser Stelle die Analyse der Frage, wie die Einbeziehung von Kontrollgruppen die Erklärungskraft spezifischer Variablen verändert. Nach Einbeziehung der ersten Gruppe wurde sofort offensichtlich, dass der Einfluss von Alter und Wohnorttyp über Parteipräferenzen übertragen wird, in diesem Fall das Wählen der Jobbik.<sup>79</sup>

Beim Aufbau des Modells erodiert der Einfluss, Wähler der Jobbik-Partei zu sein, langsam: Zuerst sinkt er signifikant, wenn romafeindliche Gefühle und Antisemitismus in das Modell aufgenommen werden, und verschwindet gänzlich mit der Einführung von RWO und SDO, da der Einfluss der Variable zu dieser Zeit nicht länger signifikant ist. Dies zeigt deutlich, dass die Entscheidung für die Jobbik-Partei ein „Symptom“ ist. Tatsächlich ist die Akzeptanz von Gewalt eine Funktion der extremistischen, autoritären und vorurteilsbestimmten Haltungen der Befragten. Die Ergebnisse dieses Forschungsprojektes zeigen, dass eine Untersuchung des Willens in der Gesellschaft genauso wichtig ist, wie die der Akteure auf der politischen Anbieterseite, die darauf aufbauen.

Wichtig ist ferner, auch den „Kurs“ romafeindlicher Haltungen zu verfolgen, die, wenn sie mit aufgenommen werden, eine signifikante Erklärungskraft besitzen und ihre Relevanz mit der Hinzufügung von RWO- und SDO-Indikatoren verlieren.

---

76 Als dritten Schritt operierten wir zunächst mit Variablen, die den Zustand der Demokratie in Ungarn messen, obwohl sie für keine Gewalkategorie signifikant und auch ihre Interferenzwirkung vernachlässigbar waren.

77 Der Einfluss von Homophobie und Fremdenfeindlichkeit ist von jeher schwach, und wir haben erkannt, dass diese Aussagen per romafeindlicher Gefühle und Antisemitismus übertragen werden, was unsere Entscheidung, sie herauszunehmen, erklärt.

78 Dies ist das Ergebnis des abschließenden Regressionsmodells, d. h. man erkennt den Einfluss einer einzigen Variable, während alle anderen Variablen im Modell unter Kontrolle sind. Das Modell bietet eine Erklärungsrate von 32,6%.

79 Im Kapitel „Gerechtfertigte“ Ziele unserer Studie haben wir erklärt, dass diese Haltung durch Alter und Wohnorttyp des Befragten beeinflusst wird. Nachdem wir nun dem Modell „Parteipräferenz“ hinzugefügt haben, erkennen wir, dass diese Einflüsse nicht länger signifikant sind.

Politische aktivere Personen, Personen mit romafeindlichen und antisemitischen Ansichten und mit hohen RWA- und SDO-Werten neigen dazu, die potenzielle Anwendung von Gewalt gegen verschiedene soziale Gruppen zu akzeptieren.<sup>80</sup>

Eine Veränderung im Einfluss der Variable, die die Entscheidung für die Jobbik-Partei misst, ähnelt der im vorherigen Modell sehr. Es ließe sich vermuten, dass die Tatsache, dass die zigeunerfeindliche Haltungen messende Variable im Modell verblieb, auf die Anwesenheit von Zigeunern in der Gruppe zurückgeführt werden kann, wobei der Einfluss der Variable allerdings signifikant ist, selbst wenn diese Gruppe zeitweilig aus dem Index herausgenommen wird.

### *Messung politisch motivierter Gewalt – Empfehlungen zur Methodik*

Gestützt auf die Erkenntnisse in vorliegender Studie sollen in diesem Abschnitt Variablen besprochen werden, die unserer Meinung nach beibehalten oder verworfen werden sollten, einschließlich derjenigen, deren weitere Relevanz zu überdenken wäre. Es muss auf ein grundsätzliches Methodikproblem aufmerksam gemacht werden. Da sozial motivierte Gewalt bis heute systematisch nicht gemessen worden ist, müssen wir uns bei unseren Empfehlungen auf die Erkenntnisse aus vorliegender Studie stützen. Wichtig ist anzumerken, dass der Fragebogen auf Theorien zu Vorurteilen und Hasskriminalität basiert und per Zufall Fragen aus anderen einschlägigen Studien verwendet, d. h. der Zusammenstellung des Fragebogens ging ein langer Prozess der Konzeptionalisierung und Operationalisierung voraus. Angesichts dessen wird die Angemessenheit unserer Empfehlungen in künftigen Studien noch überprüft werden müssen. In diesem Lichte sind nachstehende Darlegungen in diesem Kapitel zu interpretieren.

### **Öffentliche Wahrnehmung politisch motivierter Gewalt**

Zur Messung der öffentlichen Wahrnehmung politisch motivierter Gewalt haben wir drei Paare von Aussagen verwendet. Die zur Messung herangezogenen Variablen bilden keinen Sammelindex.<sup>81</sup> Die Antworten sind skaliert, d. h., wenn jemand Gewalt im Falle einer „schärferen“ Aussage befürwortet, er dies auch in Bezug auf „weichere“ Indikatoren tun würde. In unserem Fall bedeutet dies, dass die Person, die Terrorismus nicht ablehnt, wahrscheinlich glaubt, dass ihr am Herzen liegende Ziele Gewalt rechtfertigen und dass Demokratie und politisch motivierte Gewalt miteinander vereinbar sind.<sup>82</sup>

---

80 Dies ist das Ergebnis des abschließenden Regressionsmodells. Das Modell bietet eine Erklärungsrate von 35,1%.

81 Angesichts dichotomer Variablen wurde die Konsistenz des auf Variablen beruhenden Indexes mittels der so genannten Kuder-Richardson-20-Formel (KR-20) von uns gemessen. Bei der Untersuchung der Indexwerte verwendeten wir die für Cronbachs Alpha akzeptierten Maximalwerte. Für die drei Variablen ist  $KR-20=0,455$ . Die Aussage zum Verhältnis zwischen Demokratie und politisch motivierter Gewalt besitzt die schwächste Verbindung zum Rest, obwohl der KR-20-Wert nur 0,519 selbst nach Entfernen dieser Aussage beträgt.

82 Die Skalastruktur wurde mit dem Reproduzierbarkeitskoeffizienten gemessen. Dieser gibt den Prozentsatz der ursprünglichen Antworten an, die anhand der mittels Variablen ermittelten Skalenpunkte reproduziert werden können. Nach der akzeptierten Daumenregel muss der Index einen Mindestwert von 0.9 haben. In unserem Fall beträgt er 0.94, was bedeutet, dass auf Basis der Skalenpunkte 94 % der Antworten reproduziert werden können.

## Ziele und Gruppen

Wie wir zuvor gesehen haben, betrachteten wir die Frage politisch motivierter Gewalt aus zwei Blickwinkeln. Unser Ziel war es zu herauszufinden, für welche Ziele und gegen welche Personen Gewalt nach Meinung der Befragten gerechtfertigt werden kann. In diesem Kapitel unserer Studie versuchen wir die Variablen zu bestimmen, die unseres Erachtens bei künftigen Erhebungen außer Acht gelassen werden können.

Die Streichung ist in zwei Fällen gerechtfertigt: entweder die fragliche Variable hat keinen oder nur einen sehr schwachen Bezug zur gemessenen Dimension oder sie ist überflüssig, d. h. sie birgt im Vergleich zu anderen keine zusätzlichen Informationen, wodurch ihre Messung bei Präsenz anderer Variablen irrelevant wird. In beiden Fällen verwenden wir zwei Methoden – eine interne Konsistenzprüfung mit Hilfe des Cronbachs-Alpha-Kalkulators und eine Hauptkomponentenanalyse. Obwohl deren Ergebnisse eng zusammenhängen<sup>83</sup>, glauben wir, dass ihre gleichzeitige Durchführung unseren Empfehlungen mehr Substanz verleihen kann. In allen Fällen haben wir auch die Korrelationskoeffizienten untersucht<sup>84</sup>, wobei anzumerken ist, dass deren Analyse allein keine Ergebnisse erbracht hätte, weil dies nur paarweise das Verhältnis der Variablen zueinander beschreibt.

## Variablen ohne Bezug zu Dimensionen

Bei der Untersuchung wurde Folgendes berücksichtigt:

### Cronbachs Alpha

Korrigierte Item-Total-Korrelation: Der Wert einer Variable zeigt die Korrelation zwischen dem jeweiligen Item und dem aus anderen Items aggregierten Index. In diesem Fall betrachteten wir den Wert 0.2 als klar und den zwischen 0.21-0.3 als leicht problematisch.

Cronbachs Alpha, wenn Index durch Item gelöscht: Für alle Variablen wird der Cronbachs-Alpha-Wert gezeigt, wenn die fragliche Variable gelöscht wurde. In diesem Fall versuchen wir zu ermitteln, ob es eine Variable gibt, deren Streichung den Cronbach-Alpha-Wert erhöhen würde.

### Hauptkomponentenanalyse

Gemeinschaftlichkeiten: Gemeinschaftlichkeiten unter 0.25 wurden als deutliches Zeichen für nicht zur Dimension gehörig gewertet. Darüber hinaus fanden wir es interessant, wenn die Gemeinschaftlichkeit einer Variablen unter der anderer Variablen lag. Geprüft wurde von uns auch, um wie viel sich der Informationsgehalt bei deren Außerachtlassung erhöht.

---

83 Ein wichtiger Unterschied besteht darin, dass Cronbachs Alpha mit einem Index kalkuliert wird, der anhand der Aggregation der Variablen mit spezifischen Gewichtungen gebildet wird.

84 Dies ist umso logischer, als es die Grundlage für sowohl Cronbachs Alpha als auch die Hauptkomponentenanalyse ist.

In Bezug auf die Ziele fanden wir anhand des Cronbach-Alpha-Indexes keine Variable, die wir ohne Zögern zur Streichung empfehlen würden. Wenn es jedoch um die Analyse der Gemeinschaftlichkeiten geht, waren für die Variablen „Wenn der ungarischen Nation Gefahr droht“ und „Wenn Ihrer Familie Gefahr droht“ die von uns ermittelten Werte niedriger als die für andere Variablen<sup>85</sup>. Grundsätzlich erwiesen sich diese beiden Variablen als schwieriger zu bestimmen, weil in diesem Fall der Anteil der Personen mit der gleichen Meinung hoch ist, d. h., dass vermutlich selbst diejenigen, die Gewalt ablehnen, diesen Aussagen zustimmen würden. Auf Grundlage der aggregierten Daten lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass diese Variablen an sich absolut ungeeignet wären, um die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt für verschiedene Ziele zu messen. Werden sie jedoch gemeinsam mit anderen angewendet, gehören sie eindeutig zu der Dimension, die gemessen werden soll. Wenn wir uns allerdings von einem der Items trennen müssen (um zum Beispiel den Fragebogen zu verkürzen), empfehlen wir definitiv deren Streichung. Angesichts dieser Erläuterungen würden wir für internationale Erhebungen empfehlen, die Aussage bezüglich der Familie herauszunehmen, da die zur anderen bezogenen Positionen mehr über das Wertgefüge des jeweiligen Landes ausdrücken können.

Im Fall der anderen Gruppen können wir anhand der Cronbach-Alpha-Analyse die Streichung einer einzigen Variablen nicht empfehlen.<sup>86</sup> Gestützt auf die Hauptkomponentenanalyse liegen die Gemeinschaftlichkeiten von Fragen zu Kriminellen, Terroristen und Homosexuellen unter denen anderer Variablen, wobei alle über 0.25 hinausgehen.<sup>87</sup>

## Überflüssige Variablen

Bei deren Prüfung wurde Folgendes berücksichtigt:

Cronbachs Alpha

Korrigierte Item-Total-Korrelation: Wir betrachteten Variable mit einem Wert über 0.8 als überflüssig und mit einem Wert über 0.85 als höchst überflüssig.<sup>88</sup>

---

85 73% der in der Hauptkomponente erhaltenen Informationen, die alle Variablen umfasst. Durch Streichung der ersten genannten Variable steigt sie um 3, der zweiten um 2 und bei gleichzeitiger Streichung beider um 5 Prozentpunkte.

86 Zufällig ist hinsichtlich der Ziele der Grund auch hier, dass diese Variablen in enger Beziehung zueinander stehen.

87 59% der in der Hauptkomponente erhaltenen Informationen, die alle Variablen umfasst. Die drei Aussagen, auf die hier Bezug genommen wird, wurden bei der Erstellung des früher gebildeten Sammelindexes ausgelassen. Durch die Streichung der Aussage zu Kriminellen stieg der in der Hauptkomponente bewahrte Informationsgehalt um 1, durch Streichung der Aussage zu Terroristen um 2 und durch die zu Homosexuellen um 1 Prozentpunkt(e). Die gleichzeitige Streichung aller drei Aussagen resultierte in einem Anstieg um 5 Prozentpunkte.

88 In der Fachliteratur wird bereits bei Werten über 0,75 zum Überlegen aufgefordert.



## Hauptkomponentenanalyse

Gemeinschaftlichkeiten: Außergewöhnlich hohe Gemeinschaftlichkeiten wurden als Zeichen der Redundanz gewertet. Ferner untersuchten wir, um wie viel sich der Informationsgehalt bei deren Streichung erhöht.

In Bezug auf die Ziele werden auf der Basis von Cronbachs Alpha folgende Aussagen für redundant erachtet<sup>89</sup>:

„Wenn Ungleichheiten in der Gesellschaft unerträglich werden.“

„Wenn jemand Ihre persönliche Freiheit einschränken will.“

„Wenn der Staat seine Bürger unterdrückt.“

Die Hauptkomponentenanalyse zeigt auch, dass deren Gemeinschaftlichkeit herausragt.<sup>90</sup> In Bezug auf die Ziele glauben wir nicht unbedingt, dass Variablen aufgrund von Redundanz gestrichen werden sollten. Wenn es dennoch nötig sein sollte, empfehlen wir die drei zuvor genannten.<sup>91</sup> Bei einer internationalen Erhebung kann die Wahl unter diesen drei Variablen auch durch die vorherrschenden Bedingungen im jeweiligen Land der Untersuchung bestimmt werden.

Bei Gruppen zeigt die Cronbach-Alpha-Analyse keine signifikanten Redundanzen, und auch bei Gemeinschaftlichkeiten konnten wir keine hohen Spitzenwerte finden. Zuvor hatten wir auch gesehen, dass bei diesem Variablensatz die in der Hauptkomponente beibehaltene Informationsmenge ebenfalls viel kleiner war. Somit stellt sich die Frage, ob sich die Positionen dieser Gruppen voneinander unterscheiden, d. h., ob es Gruppen gibt, deren Positionen in engerer Beziehung zueinander stehen, als die anderer Gruppen. Die Antwort ist ja, es gibt sie.<sup>92</sup> Die stärkste Übereinstimmung wurde bei der Akzeptanz von Gewalt gegen rechts- und linksextreme Gruppen festgestellt.<sup>93</sup> Die Beziehung zwischen diesen Variablen ist viel stärker, als zu jeder anderen Variable.<sup>94</sup>

---

89 Die Aussage „Wenn Naturressourcen und die Zukunft der nächsten Generation gefährdet sind“ befindet sich an der Grenzlinie.

90 Auf Basis von multiplen Korrelationskoeffizienten zur Charakterisierung von Variablen, wird die Variable, die die erste empfohlene Aussage misst, durch die anderen Variablen zu 72%, die zweite zu 70% und die dritte zu 75% erklärt.

91 Die Abnahme der beibehaltenen Informationsmenge erreicht noch nicht einmal 1%, selbst wenn sie eine nach der anderen oder zusammen gestrichen werden.

92 Wir führten die Analyse mittels Untersuchung des Korrelationskoeffizienten durch. Daneben prüften wir mit Hilfe des Maximalen Wahrscheinlichkeitsfaktors, ob sich hinter den Positionen der verschiedenen Gruppentypen latente Strukturen verbergen, obwohl die Passform des Faktorenmodells und seine Interpretierbarkeit nicht angemessen waren.

93 Der Wert des Korrelationskoeffizienten zwischen den Variablen ist 0.862. Zufällig ist dies der höchste Wert von allen.

94 Werden sie gemeinsam betrachtet, besteht interessanterweise eine Beziehung zu Variablen, die die Akzeptanz von Gewalt gegen Kriminelle und Drogensüchtige messen. Linksradikale Gruppen sind auch mit der Wahrnehmung autoritärer Führer, die die Demokratie bedrohen, verbunden. Während dies auf historische Gründe zurückgeführt werden kann, sei interessanterweise angemerkt, dass die Wahrnehmung der Rechtsradikalen viel weniger damit in Beziehung steht. (Alle hervorgehobenen Korrelationen liegen über 0.5.)

Den nächsten Knotenpunkt bilden die Variablen zur Messung der Akzeptanz von Gewalt gegen folgende Gruppen: Politiker, Banken, Juden und multinationale Unternehmen.<sup>95</sup> Eng verbunden ist dies auch mit der Wahrnehmung von Politikern und autoritären Führern<sup>96</sup>, obwohl diese Verbindung zu den anderen drei Variablen viel schwächer ist. Die Wahrnehmung von Kriminellen und Terroristen zeigt gleichfalls eine relativ starke Beziehung.<sup>97</sup>

Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass Variablen mit starker Korrelation ähnliche Dinge messen<sup>98</sup>, obwohl diese Zusammenhänge in hohem Grade von der politischen Lage und dem politischen Klima im betreffenden Land abhängen, und so deren Streichung bestimmte Risiken in sich birgt. Darüber hinaus empfehlen wir, dass in enger Beziehung zueinander stehende Items, die in einer Erhebung zusammen aufgeführt sind, im Fragebogen weiter voneinander entfernt platziert werden sollten. Sollte eine Analyse verschiedenen Situationen wichtig werden, könnte man sich auch die Mühe machen, eine genauere Definition dieser Knotenpunkte in einer künftigen Studie zu finden.

Wenn auf die Frage zu antworten ist, ob eine Erhebung von Situationen oder Gruppen größere Relevanz hat, würden wir uns für Erstere entscheiden. Analysen weisen her darauf hin, dass die Erklärungskraft der Letzteren bereits in der Ersteren subsumiert ist, d. h., dass der Einfluss der Letzteren, wenn Beide gleichzeitig in einem Modell vorhanden sind und die Erstere unter Kontrolle gehalten wurde, unerheblich war.

Im Hinblick auf die Verübung von Gewaltakten stellten wir fest, dass es irrelevant ist dazu Fragen zu stellen, da der prozentuale Anteil derjenigen, die solche Handlungen schon einmal begangen haben, und selbst solcher Personen, die erwägen würden solche Handlungen in der Zukunft zu begehen, vernachlässigt werden kann.

Dies ist selbst im Falle von Fragen in Bezug auf politischen Aktivismus an der Grenze zu politisch motivierter Gewalt demonstriert worden.<sup>99</sup>

## **FAKTOREN, DIE ZUR AKZEPTANZ POLITISCH MOTIVIERTER GEWALT PRÄDISPONIEREN**

Frühere Studien zeigen, dass die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt grundsätzlich durch verschiedene persönliche Merkmale und Eigenschaften bestimmt wird, so durch rechten Autoritarismus, soziale Dominanzorientierung und Vorurteile. In letzterer Kategorie erwiesen sich in Ungarn romafeindliche Einstellungen und Antisemitismus als Hauptklärungsvariablen.

---

95 Hier liegen die paarweisen Korrelationen zueinander in allen Fällen über 0.7. Die Wahrnehmung einer Verbindung zwischen Juden und multinationalen Unternehmen ist außergewöhnlich stark. Hier liegt die Korrelation bei 0.814.

96 Der Korrelationskoeffizient beträgt 0.717.

97 Der Korrelationskoeffizient zwischen den beiden Variablen ist 0.793.

98 Angesichts all dessen können sich die sozialen Hintergründe für die Wahrnehmung rechts- und linksradikaler Gruppen unterscheiden.

99 Verunglimpfung und Diffamierung korrupter Politiker, selbst in deren Anwesenheit, und noch direkter das Bewerfen oder Schlagen korrupter Politiker.

Die schwache Erklärungskraft migrantenfeindlicher Gefühle kann teilweise auf die Ähnlichkeit der Variablenformulierung mit der der romafeindlichen Variable zurückgeführt werden. Noch bemerkenswerter ist, dass es in Ungarn im Vergleich zu Ländern mit starken migrantenfeindlichen Gefühlen und solchen, in denen auch die Ideologie rechts-extremer Parteien durch diese Haltung charakterisiert wird, nur wenige Immigranten gibt. Dies bedeutet ebenfalls, dass Antimigrantenvariablen in internationalen Studien unter keinen Umständen ignoriert werden sollten.

Da wir in vorliegender Erhebung beim Thema Antisemitismus im Wesentlichen die Meinungen zu einer jüdischen Weltverschwörung hinterfragten, können wir nicht sagen, in welchem Maße andere Dimensionen des Antisemitismus die Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt beeinflusst hätten. Gestützt auf frühere und schon genannte Studien sowie kürzliche Erkenntnisse nehmen wir an, dass eine Reduzierung die richtige Entscheidung gewesen ist. An früherer Stelle haben wir gesagt, dass wir bei der Erstellung des Sammelindexes eine der Aussagen<sup>100</sup> zur Messung des Außenseiterstatus von Juden herausnehmen mussten, wobei unserer Meinung nach die Entfernung der anderen Aussage<sup>101</sup> den Index sogar noch konsistenter werden lässt.

Bei der RWA-Messung hatten wir erwähnt, dass eine der Aussagen zu traditionellen religiösen Werten weggelassen werden musste, obwohl die verbleibenden Variablen dieses Persönlichkeitsmerkmal ausreichend erfasste. Kurz gefasst ist es wichtig zu beachten, dass die Einflüsse demographischer Merkmale, der Parteipräferenzen und des politischen Aktivismus der Befragten aus ihren Persönlichkeitsmerkmalen folgen, die wiederum in enger Beziehung zu diesen Variablen stehen. Wenn eine eingehendere Untersuchung des assoziativen Raumes politisch motivierter Gewalt erforderlich wird, sollte man nach anderen standardisierten Tests suchen, die die Persönlichkeit aufdecken und eine Korrelation mit der Neigung zur Gewaltakzeptanz zeigen. Die Anwendung solcher standardisierten Tests ist umso praktischer, als sie auch von großem Nutzen für internationale Untersuchungen sind.

---

100 „Juden haben keine eigene Kultur, sie versuchen sich im Land ihres Wohnsitzes wichtige Dinge anzueignen.“

101 Juden sind Ausländer in der ungarischen Gesellschaft geblieben – sie bewahren ihre alte Kultur und alten Normen und lehnen die ungarische Lebensweise ab.“ Die Gemeinschaftlichkeit der Variablen ist 0.607, während die aller anderen Variablen über 0.805 liegt. Mit Streichung dieser Variable stieg der Informationsgehalt der Hauptkomponente um 5 Prozentpunkte.

## Vereinigtes Königreich

### Zur Umfrage im Vereinigten Königreich

Die Untersuchung wurde im November 2014 durch Ipsos Mori durchgeführt. Die Probe umfasste 1003 Personen und repräsentiert die erwachsene Bevölkerung des Vereinigten Königreiches über 16 Jahre unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Wohnsitztyp. Der statistische Fehler der Studie beträgt 3,1 Prozent. Allerdings liegt die Fehlergrenze bei Fragen, die nur an eine spezifische Gruppe von Befragten, und nicht an die gesamte Probe, gerichtet wurden, höher.

Aufgrund der großen Unterschiede zwischen den Umfragepreisen in Ungarn und im Vereinigten Königreich war unser Forschungsumfang im Vereinigten Königreich beschränkt. In den Fragebogen nahmen wir die beiden Gruppen von Aussagen auf, die, gestützt auf die Ergebnisse der Umfrage in Ungarn, die relevantesten zu sein schienen.

Zunächst wurden die Interviewten gefragt, in welche Maße ihrer Meinung nach die Anwendung von Gewalt zum Erreichen bestimmter Ziele gerechtfertigt sei.<sup>102</sup> Sechs Szenarien wurden ihnen dazu vorgelegt:

- 1. 'Die britische Nation ist in Gefahr'; 2. 'Der Staat unterdrückt seine Bürger'; 3. 'Es wird versucht, Sie in Ihrer persönlichen Freiheit einzuschränken'; 4. 'Soziale Ungleichheit wird unerträglich'; 5. 'Ihr Lebensunterhalt ist in Gefahr' und 6. 'Ihrer Familie drohen Gefahren'.

Dann wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie meinen, dass Gewalt gegen bestimmte Gruppen gerechtfertigt werden kann.<sup>103</sup> Ihnen wurden 14 verschiedene Gruppen zur Auswahl vorgelegt:

- 1. Terroristen; 2. Rechtsradikale Gruppen; 3. Linksradikele Gruppen; 4. Verräter und Feinde der Nation; 5. Zigeuner; 6. Politiker; 7. Banken; 8. Juden; 9. Drogensüchtige; 10. Homosexuelle; 11. autoritäre Führer, die die Demokratie untergraben; 12. Obdachlose; 13. Muslime und 14. Immigranten.

Für beide Gruppen von Fragen wurden dann die Daten nach Geschlecht, Alter, sozialem Status, Arbeitsstatus, ethnischer Zugehörigkeit, Regierungsstellenregion (bedeutet, woher der Befragte im VK kommt), ob Kinder im Haushalt sind und Einkommenshöhe gegliedert.

Nachstehend werden die Hauptergebnisse und –themen jeder Fragengruppe vorgestellt. Die Daten sind im Mittelwertformat und Prozentzahlen bezüglich derjenigen angegeben, die der Meinung waren, Gewalt sei vertretbar oder nicht vertretbar.

<sup>102</sup> Auf einer Skala von 1-5, wo 1 für 'Ich halte dies für völlig unvertretbar' und 5 für 'Ich halte dies für völlig vertretbar' steht.

<sup>103</sup> Auf einer Skala von 1-5, wo 1 für 'Ich halte dies für völlig unvertretbar' und 5 für 'Ich halte dies für völlig vertretbar' steht.

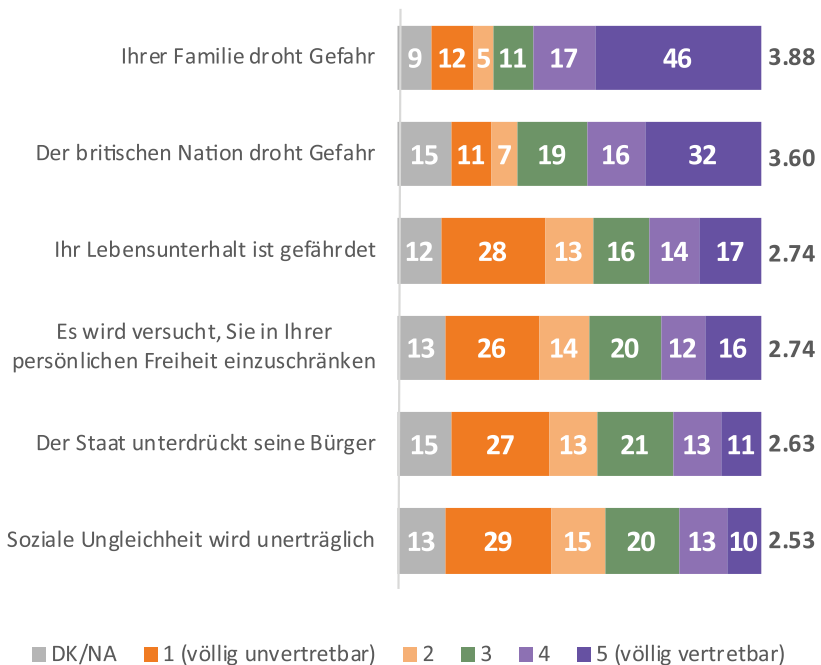
## Anwendung von Gewalt zum Erreichen bestimmter Ziele

Insgesamt meinten die Befragten, dass Gewalt am stärksten gerechtfertigt werden kann, wenn 'ihre Familien in Gefahr sind' (63 Prozent dachten, sie ist gerechtfertigt, und 18 Prozent meinten, sie ist nicht gerechtfertigt, mit einem Mittelwert von 3.88 / 5), während die Befragten glaubten, dass Gewalt am wenigsten vertretbar ist, wenn 'soziale Ungleichheit unerträglich wird' (nur 23 Prozent meinten, sie ist gerechtfertigt, und 44 Prozent, sie ist nicht gerechtfertigt, mit einem Mittelwert von 2.53). Die einzige andere Aussage mit einem Mittelwert von über 3 (insgesamt vertretbar) war „wenn der britischen Nation Gefahr droht“.

Es sei angemerkt, dass in Bezug auf alle Fragen sich mindestens 10 Prozent der Befragten nicht entscheiden konnten und ein signifikanter Teil von ihnen antwortete, sie sei weder zu rechtfertigen noch nicht zu rechtfertigen (entspricht 3 auf der Likert-Skala).

### Rechtfertigung von Gewalt in verschiedenen Situationen

(in Prozent und Durchschnitt auf einer Skala von 1–5, n = 1003)



Diese Ergebnisse offenbaren signifikante Unterschiede, die bei jeder Frage über die verschiedenen soziodemographischen Gruppen hinweg sichtbar werden. Diese werden entsprechend jeder Aussage gegliedert, mit den festgestellten Hauptunterschieden (werden keine Unterschiede genannt, so heißt dies, dass sie als zu insignifikant für vorliegende Studie betrachtet werden).

### ***Wenn der britischen Nation Gefahr droht***

Insgesamt waren 48 Prozent der Befragten der Meinung, dass Gewalt vertretbar ist, wenn der britischen Nation Gefahr droht, und 18 Prozent waren es nicht (19 Prozent glaubten, sie sei weder vertretbar noch unvertretbar, und 14 Prozent konnten sich nicht entscheiden). Diese Frage hatte einen Mittelwert von 3.60.

Männer neigten mehr zu der Ansicht, Gewalt sei vertretbar (52 Prozent), als Frauen (44 Prozent). Ältere Menschen glaubten eher als junge Leute, sie sei zu rechtfertigen: 39 Prozent im Alter von 15-24 Jahren akzeptieren Gewalt, verglichen zu 59 Prozent im Alter von 55-64 und 53 Prozent der über 65-Jährigen.

Der soziale Status (eingeteilt in AB / C1 / C2 / DE)<sup>104</sup> scheint für Zusammenhänge nicht besonders signifikant zu sein. 53 Prozent der AB-Befragten glaubten, dass Gewalt vertretbar sei (höchster Anteil), ebenso 45 Prozent der C2-Befragten (niedrigster Anteil). Ähnlich waren 47 Prozent der Erwerbstätigen der Ansicht, Gewalt sei vertretbar, verglichen mit 49 Prozent der Arbeitslosen. Personen in hohen Einkommensgruppen (Jahreseinkommen £25.000 oder mehr) glaubten eher, Gewalt sei akzeptabel (57 Prozent) als die mit einem Einkommen bis £11,499 (42 Prozent).

### ***Wenn der Staat seine Bürger unterdrückt***

Insgesamt betrachteten nur 24 Prozent der Befragten Gewalt als akzeptabel, wenn der Staat seine Bürger unterdrückt, verglichen zu 40 Prozent, die Gewalt für nicht akzeptabel hielten, mit einem Mittelwert von 2.63.

Wie zuvor waren Männer eher der Ansicht, sie sei akzeptabel (28 Prozent), Frauen (21 Prozent). Nach Altersgruppen gab es keine offensichtlichen Korrelationen unter denjenigen, die glaubten, Gewalt sei akzeptabel (26 Prozent der 15-24-Jährigen und gleicher Anteil bei den 45-54-Jährigen). Insgesamt waren ältere Menschen jedoch eher der Meinung, Gewalt sei nicht akzeptabel (der Unterschied rührt daher, dass weniger Personen 'keins von beiden' oder 'weiß nicht' antworteten). Einunddreißig Prozent der 15-24-Jährigen glaubten, sie sei nicht akzeptabel, verglichen zu 49 Prozent der 45-54-Jährigen.

---

104 AB steht für höhere und mittlere Management-, Verwaltungs- und Fachkräfte (22.17% der V-Erwachsenen), C1 für untere Management-, Büro-, Nachwuchsführungs- sowie Verwaltungs- und Fachkräfte (30.84%), C2 für ausgebildete Facharbeiter (20.94%) und DE für halb- und angelernte sowie ungelernte Arbeiter, Arbeitslose sowie Geringverdiener (26.05%).

Auf Basis der Mittelwerte glaubten Personen mit höherem sozialen Status eher, Gewalt sei nicht akzeptabel (AB Mittelwert 2.53), als diejenigen mit geringerem sozialem Status (DE Mittelwert 2.75). Personen, die nicht arbeiten (2.52), glaubten eher, sie sei nicht akzeptabel, als die, die arbeiten (2.71). Personen mit mittlerem Einkommen (£11,500-24,999) glaubten eher, Gewalt kann nicht gerechtfertigt werden (Mittelwert 2.56), als die mit entweder niedrigem (2.76) oder hohem (2.70) Einkommen.

Befragte aus London zeigten die geringste Wahrscheinlichkeit zu glauben, Gewalt sei vertretbar (15 Prozent), während die aus dem Norden die höchste Wahrscheinlichkeit zeigten (31 Prozent). Andererseits glaubten Personen aus dem Norden eher als die aus London, Gewalt sei auch unvertretbar (37 Prozent gegenüber 28 Prozent) – da 30 Prozent der Befragten aus London sich nicht entscheiden konnten. Was die Mittelwerte anbelangt, waren die Befragten aus Wales diejenigen, die am ehesten glaubten, Gewalt sei nicht akzeptabel (2.38), und die Befragten aus dem Norden diejenigen, die dies am wenigsten glaubten (2.82).

### ***Wenn versucht wird, Sie in Ihrer persönlichen Freiheit einzuschränken***

Insgesamt glaubten 28 Prozent der Befragten, die Anwendung von Gewalt sei akzeptabel, wenn versucht wird, sie in ihrer persönlichen Freiheit einzuschränken, und 40 Prozent glaubten, sie sei nicht akzeptabel (20 Prozent sagten keines von beiden und 12 Prozent konnten sich nicht entscheiden). Dies ergab einen Mittelwert von 2.74.

Männer glaubten eher als Frauen (Mittelwert 2.95 gegenüber 2.55), dass Gewalt gerechtfertigt werden kann. Es bestand keine klare Korrelation zum Alter: 30 Prozent der unter 24-Jährigen glaubten, sie sei zu rechtfertigen, verglichen mit 28 Prozent der über 65-Jährigen. Der Mittelwert für die 15-24-Jährigen war etwas mehr zugunsten von Gewalt (2.94 verglichen mit 2.65 für die über 65-Jährigen). Andere Gruppen hatten einen ähnlichen Mittelwert.

Interessanterweise wurde festgestellt, dass je geringer der soziale Status war, umso eher die Befragten glaubten, Gewalt sei vertretbar. Die Mittelwerte sind folgende: für AB 2.48, für C1 2.70, für C2 2.88 und für DE 2.95. Ähnlich glaubten Personen in geringeren Einkommensgruppen eher, Gewalt sei akzeptabel (Mittelwert 2.92 für Personen mit Einkommen unter £11,499), als die mit höherem Einkommen (2.67 für Personen mit Einkommen von £25.000 und darüber).

Ethnische Minderheiten glaubten weniger als weiße Briten, Gewalt sei unter diesen Umständen vertretbar (2.60 gegenüber 2.80). Wie bei anderen Fragen glaubten Personen in London am wenigsten, Gewalt sei vertretbar (18 Prozent), was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass eine hohe Zahl sich nicht sicher war. In Bezug auf regionale Mittelwerte war man im Norden (2.98) und im Süden (2.96) am ehesten der Meinung, Gewalt sei akzeptabel.

### ***Wenn soziale Ungleichheit unerträglich wird***

Insgesamt glaubten 23 Prozent der Befragten, die Anwendung von Gewalt sei vertretbar, wenn die soziale Ungleichheit unerträglich wird, und 44 Prozent hielten sie für unvertretbar (20 Prozent glaubten keines von beiden, und 12 Prozent konnten sich nicht entscheiden). Dies ergab einen Mittelwert von 2.53, der zugleich der niedrigste war.

Wie bei allen Antworten waren Männer eher als Frauen der Ansicht, Gewalt sei akzeptabel (Mittelwert von 2.69 gegenüber 2.38). In diesem Fall glaubten jüngere Leute etwas mehr als ältere Menschen, Gewalt sei vertretbar. Achtundzwanzig Prozent der 15-24-Jährigen hielten sie für akzeptabel, verglichen zu 20 Prozent der über 64-Jährigen (Mittelwert von 2.71 gegenüber 2.48).

Befragte mit geringerem sozialen Status (Mittelwert von 2.66 für DE) glaubten eher als die mit hohem sozialen Status (2.47 für AB), Gewalt sei akzeptabel, obwohl der Beschäftigungsstatus nur sehr geringe Unterschiede bei den Antworten bewirkte, im Gegensatz zum Einkommen: 41 Prozent der Personen mit Einkommen unter £11,499 glaubten, Gewalt sei nicht akzeptabel, verglichen zu 29 Prozent der Personen mit Einkommen über £25.000. Ethnische Zugehörigkeit besaß, im Unterschied zu anderen Fragen, auch keine Korrelation zu den Einstellungen.

### ***Wenn Ihr Lebensunterhalt gefährdet ist***

Insgesamt glaubten 31 Prozent der Befragten, die Anwendung von Gewalt sei akzeptabel, wenn ihr Lebensunterhalt gefährdet ist, und 42 Prozent hielten sie für nicht akzeptabel (15 Prozent glaubten keines von beiden, 11 Prozent konnten sich nicht entscheiden und 1 Prozent verweigerte eine Antwort). Dies ergab einen Mittelwert von 2.74.

Wie zuvor waren Männer eher als Frauen der Ansicht, Gewalt sei akzeptabel (Mittelwert von 3 gegenüber 2.5). Allgemein gesagt glaubten junge Menschen eher als ältere, dass Gewalt vertretbar ist, obwohl dies kein einheitliches Muster war: Der Mittelwert bei den unter 24-Jährigen war 3.03, der höchste aller Gruppen, während der bei den 45-54-Jährigen mit 2.41 der niedrigste war.

In Bezug auf den sozialen Status: Je niedriger er war, umso höher war die Antwort, Gewalt sei akzeptabel (AB: 2.53, C1: 2.58, C2: 2.81, DE: 3.10).

Im Unterschied zu anderen Antworten waren glaubten Nichtweiße eher als Weiße, Gewalt sei akzeptabel (anhand sowohl der Mittelwerte als auch der prozentualen Anteile). In Bezug auf Regionen glaubten Personen, die im Norden wohnen, am ehesten, Gewalt sei vertretbar, Personen aus Schottland am wenigsten, und die höchste Einkommensgruppe glaubte weniger als niedrige und mittlere Einkommensgruppen, Gewalt könne gerechtfertigt werden.



### ***Wenn Ihrer Familie Gefahr droht***

Insgesamt glaubten 63 Prozent der Befragten, die Anwendung von Gewalt sei akzeptabel, wenn ihrer Familie Gefahr droht, 17 Prozent hielten sie für nicht akzeptabel (11 Prozent glaubten keines von beiden, 19 Prozent konnten sich nicht entscheiden und 1 Prozent verweigerte eine Antwort). Dies ergab einen Mittelwert von 3.88, der zugleich der höchste war.

Männer (Mittelwert 4.02) dachten eher als Frauen (3.72), Gewalt sei vertretbar, und ältere Personen meinten dies eher als jüngere Leute, obwohl dies kein einheitliches Muster ist. Die Mittelwerte nach Altersgruppen waren folgende: 15-24 3.69, 25-34 3.57, 35-44 4.07, 45-54 3.77, 55-64 4.19 und 65+ 4.02. Im Unterschied zu anderen Fragen schien der soziale Status keine signifikanten Unterschiede (zumindest nicht gleichermaßen) hervorzurufen, im Gegensatz zum Einkommen, da Personen in den höchsten Einkommensgruppen eher als die in den niedrigsten glaubten, Gewalt sei akzeptabel (4.05 gegenüber 3.84).

Regional gesehen glaubten Befragte aus London am wenigsten, Gewalt sei akzeptabel (Mittelwert 3.16), und Befragte aus dem Norden glaubten dies am ehesten (Mittelwert 4.21). Weiße Befragte befürworteten Gewalt mehr als Nichtweiße (3.95 gegenüber 3.36).

### ***Korrelationen innerhalb einzelner Gruppen***

Bei Betrachtung der Ergebnisse insgesamt lassen sich gewisse Muster erkennen. Nach dieser Feststellung war mit Blick auf sämtliche Daten der einzige soziodemographische Faktor, der konsistent mit der Befürwortung von Gewalt bei jeder Aussage korrelierte, das Geschlecht. Männer glaubten immer eher als Frauen, das Gewalt akzeptabel sei (obwohl sie insgesamt einen Mittelwert von unter 3 hatten, was heißt, dass sie bei einigen Aussagen Gewalt nicht befürworteten).

Obwohl man hätte erwarten können, dass das Alter breit mit Einstellungen zu Gewalt korreliert, scheint dies von der jeweiligen Aussage abzuhängen. Während zum Beispiel junge Leute weitaus eher glauben, Gewalt sei vertretbar, wenn der Staat seine Bürger unterdrückt oder soziale Ungleichheit unerträglich wird, halten ältere Menschen Gewalt eher für vertretbar, wenn der britischen Nation oder ihren Familien Gefahr droht. Unklar ist, auf welche thematischen Muster dies hinweist.

Gleichermaßen scheinen sozialer Status, Einkommenshöhe und Beschäftigungsstatus als sämtlich sozioökonomische demographische Faktoren verschiedene Korrelationen abhängig von der jeweiligen Aussage (aber nicht immer von der gleichen) zu haben. Insgesamt resultiert der soziale Status eher in einem höheren Grad der Rechtfertigung von Gewalt, obwohl nicht bei allen Aussagen. Hohe Einkommensgruppen befürworten Gewalt mehr, wenn der Staat oder ihre Familien in Gefahr sind, doch weniger, wenn persönliche Freiheiten eingeschränkt werden, soziale Ungleichheit unerträglich wird oder ihr Lebensunterhalt gefährdet ist. Es ist vielleicht nicht überraschend, dass Personen mit geringem sozialem Status und niedrige Einkommensgruppen Gewalt eher akzeptieren, wenn soziale Ungleichheit unerträglich wird und ihr Lebensunterhalt gefährdet ist, da sie höchstwahrscheinlich unter diesen Folgen persönlich leiden.

In Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit ist es bei den meisten Aussagen so, dass weiße Befragte eher als Nichtweiße glaubten, Gewalt sei vertretbar. Auf die ethnische Zugehörigkeit sind jedoch nur geringe Unterschiede dahingehend zurückzuführen, ob die Befragten glauben, dass Gewalt gerechtfertigt werden kann, wenn die soziale Ungleichheit unerträglich wird. Ist der Lebensunterhalt gefährdet, glaubten ethnische Minderheitengruppen eher als Weiße, Gewalt sei vertretbar. Unklar ist, in welche Grade dies von wirtschaftlichen, kulturellen oder anderen Erwägungen bestimmt wird.

Die Region des Landes, in der Gewalt am ehesten befürwortet wird, scheint der Norden des Vereinigten Königreiches zu sein, obwohl dies wiederum erheblich variiert. Dem gegenüber ist London ganz typisch die Region mit den niedrigsten Graden der Befürwortung von Gewalt in Bezug auf den prozentualen Anteil der Personen, die glauben, sie sei vertretbar, obwohl nicht immer mit den gleichen Mittelwerten. Das kann teilweise auf den relativ hohen Anteil von ethnischen Minderheiten, die in London leben, zurückgeführt werden. Ob es Kinder im Haushalt gibt oder jemand Arbeit hat oder nicht, scheint keinen größeren Einfluss zu haben.

### **Anwendung von Gewalt gegen einzelne Gruppen**

Insgesamt waren die Befragten der Meinung, dass Gewalt am stärksten gegen Terroristen gerechtfertigt werden kann (für 58 Prozent war sie vertretbar, für 17 Prozent nicht, Mittelwert 3.8). Dies war mit einigem Abstand die Gruppe mit dem höchsten Wert.

Den Terroristen folgten radikale politische Gruppen, sowohl links- und rechtsgerichtete als auch „Verräter und Feinde der Nation“, mit dem nächst höchsten Wert im Hinblick auf die Akzeptanz von Gewalt. Der Mittelwert dafür, ob Gewalt gegen Verräter und Feinde der Nation vertretbar wäre, betrug 3.07, für rechtsradikale Gruppen 2.68 und für linksradikale Gruppen 2.60. „Autoritäre Führer, die die Demokratie untergraben“ war die einzige Gruppe, die einen Mittelwert über 2 (2.32) verzeichnete.

Was ethnische Minderheiten oder religiöse Gruppen anbelangt, so wurden ein niedriges Maß an Unterstützung für Gewaltanwendung ermittelt (zumindest im Vergleich zu anderen aufgelisteten Gruppen): Juden, Zigeuner, Muslime und Immigranten verzeichneten sämtlich niedrige Werte als vertretbare Ziele von Gewaltanwendung mit 3–6 Prozent aller Befragten, die glaubten, Gewalt sei gegen sie vertretbar.

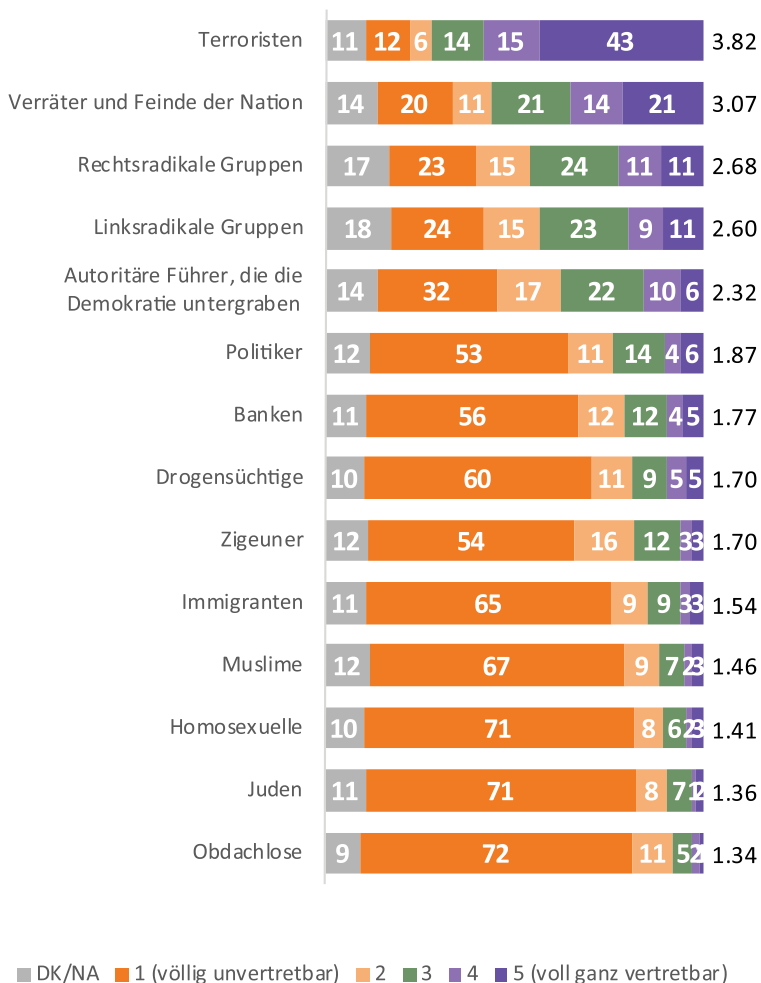
Interessanterweise lagen die Werte für Banken und Politiker über denen für diese Gruppen, da 10 Prozent der Befragten der Ansicht waren, dass Gewalt gegen Politiker vertretbar sei und 9 Prozent Gewalt gegen Banken akzeptieren würden.

Bei den anderen Gruppen vertraten 10 Prozent der Befragten die Ansicht, Gewalt sei gegen Drogensüchtige gerechtfertigt, und nur 3 Prozent meinten auch gegen Obdachlose. (Bezüglich des Mittelwerts und prozentualen Anteils derjenigen, die Gewalt für akzeptabel halten, sind Obdachlose und Juden die Gruppen, gegen die die Anwendung von Gewalt die geringste Unterstützung findet).

Zu Aussage 1 gab es eine signifikante Zahl an Teilnehmern, die entweder antworteten, Gewalt sei weder vertretbar noch unvertretbar (zwischen 5–22 Prozent, abhängig von der Aussage) oder sich nicht entscheiden konnten (zwischen 9–17 Prozent, abhängig von der Aussage).

### Rechtfertigung von Gewalt gegen bestimmte Gruppen

(in Prozent und Durchschnitt auf einer Skala von 1–5, n = 1003)



Zwecks einer weiteren Analyse haben wir die Ergebnisse nach folgenden Kategorien gegliedert, um die Bezugnahme zu erleichtern: 'extremistische Gruppen', 'politische Gruppen', 'ethnische/religiöse Gruppen' und 'sonstige Gruppen'.

### **Extremistische Gruppen**

Terroristen bilden die Gruppe, gegen die die Anwendung von Gewalt die bei weitem größte Unterstützung findet. (Extremisten lösen im Allgemeinen das höchste Maß an Unterstützung für Gewalt aus nachstehend erläuterten Gründen aus). Ältere Menschen befürworten Gewalt etwas mehr (Mittelwert für 15-24-Jährige ist 3.63, für über 64-Jährige 4.05). Sozialer Status, Beschäftigungsstatus und Einkommen scheinen weder linear noch als Muster zu korrelieren. Personen im Norden befürworten Gewalt eher, und Londoner am wenigsten.

Das gleiche Muster zeigt sich bei links- und rechtsradikalen Gruppen sowie Verrätern und Feinden der Nation – obwohl sämtlich auf einer niedrigeren Ebene der Befürwortung von Gewalt im Vergleich zu der bei Terroristen. Männer befürworten Gewalt eher als Frauen, ältere Menschen etwas mehr als jüngere Leute, obwohl nicht ständig zunehmend mit wachsendem Alter. und Personen im Norden unterstützen Gewalt eher als Menschen anderswo. Unterschiede gibt es zwar, doch sie sind nicht groß.

Autoritäre Führer, die die Demokratie untergraben, war die Gruppe, die die einheitlichsten Ergebnisse verzeichnet hat. Lässt man das Geschlecht außer Acht (Männer unterstützen Gewalt immer mehr als Frauen), gab es keine sehr offensichtlichen Muster auf Basis soziodemographischer Hintergründe.

### **Politische Gruppen**

In Bezug auf Politiker befürworten Männer Gewalt eher als Frauen. Alter ist komplexer: Während die 15-24-Jährigen Gewalt am ehesten unterstützen (sowohl nach dem Mittelwert von 2.18 als auch anteilmäßig mit 16 Prozent), nimmt der Grad der Unterstützung nicht einheitlich mit wachsendem Alter ab. Was den sozialen Status anbelangt, ist die Unterstützung für Gewalt gegen Politiker umso größer, je niedriger der soziale Status ist (in Mittelwerten: DE 2.23 und AB 1.57). Interessanterweise scheint der Beschäftigungsstatus keinen Unterschied zu machen, im Gegensatz zum Einkommen. Personen mit Einkommen über £25.000 halten Gewalt für weniger vertretbar als die mittleren Einkommensgruppen, die wiederum weniger wahrscheinlich Gewalt befürworten, als die niedrigen Einkommensgruppen (1.57 gegenüber 1.95 und 2.02). Ethnische Minderheiten befürworten Gewalt eher (Mittelwert 2.33) als Weiße (Mittelwert 1.80). Im Unterschied zu anderen Aussagen erachten Londoner, verglichen mit anderen Regionen, Gewalt für eher akzeptabel (2.26).

Ein fast identisches Muster entsteht in Bezug auf Banken. Hier halten jüngere Leute Gewalt für am ehesten akzeptabel, zusammen mit niedrigen Einkommensgruppen, Gruppen mit niedrigem sozialen Status, ethnischen Minderheiten und Londonern.

### ***Ethnische /religiöse Gruppen***

Das Auffallendste an diesen Ergebnissen ist, wie niedrig der Grad der Unterstützung von Gewalt für alle ethnischen oder religiösen Gruppen war. Aufgrund dessen ist es schwierig klare Muster zu erstellen. Dennoch konnten einige kleinere Einblicke gewonnen werden.

Bei allen oben angeführten Gruppen tendiert die Unterstützung von Gewalt mit zunehmendem Alter zu sinken. Mit Ausnahme der Zigeuner (und nur ganz geringfügig) befürwortet die Altersgruppe der 15-24-Jährigen Gewalt gegen diese Gruppen am ehesten. Obwohl der allgemeine Trend besagt, dass ältere Menschen Gewalt weniger ablehnen, gibt es einige Ausnahmen. Zum Beispiel unterstützen Personen über 64 Gewalthandlungen gegen Immigranten und Muslime eher als 45-54- oder 54-64-Jährige.

Darüber hinaus nimmt bei allen obigen Gruppen die Unterstützung von Gewalt mit sinkendem sozialem Status zu. Ungeachtet der Gruppe befürwortet AB Gewalt am wenigsten, gefolgt von C1, C2 und DE (nach Mittelwerten). Informell steigt sie auch mit abnehmendem Einkommen unabhängig von der Gruppe (mit einer kleinen Ausnahme: Befragte mit mittlerem Einkommen unterstützen Gewalt gegen Zigeuner mehr als Befragte mit niedrigem Einkommen).

Interessanterweise ist die Unterstützung von Gewalt gegen diese Gruppen unter Nichtweißen immer höher als unter Weißen (obwohl auf niedriger Gesamtebene für beide). Ähnlich, doch im Unterschied zu den Antworten auf Aussage 1, befürworteten Befragte aus London Gewalt immer am ehesten, ungeachtet der Gruppe.

### ***Sonstige Gruppen (Drogensüchtige, Homosexuelle und Obdachlose)***

Unabhängig von der Gruppe, und ähnlich den Ergebnissen für ethnische und religiöse Gruppen, tendieren jüngere Altersgruppen eher dazu Gewalt zu akzeptieren als ältere Menschen (obwohl es sich hier um kein einheitliches Muster handelt und es Ausnahmen gibt). Nichtsdestoweniger befürwortet die Altersgruppe der 15-24-Jährigen bei Drogensüchtigen, Homosexuellen und Obdachlosen Gewalt am ehesten (Mittelwert 1.81, 1.58 bzw. 1.48). In jedem Fall ist die Altersgruppe, die Gewalt am wenigsten unterstützt, die der 55-64-Jährigen (Mittelwert 1.56, 1.24 bzw. 1.19). Ganz allgemein nimmt die Unterstützung von Gewalt mit steigender Altersgruppe ab, bis zu 64 und darüber, wo sie leicht anwächst.

Einen leichten und einheitlichen Anstieg verzeichnet man auch bei der Befürwortung von Gewalt mit Abnahme des sozialen Status. Bei allen drei Gruppen ist die Befürwortung von Gewalt beim sozialen Status AB am geringsten, steigt dann bei C1 und weiter bei C2, und erreicht die Spitze bei DE. So wie bei den Antworten für ethnische und religiöse Gruppen, nimmt die Unterstützung von Gewalt mit steigendem Einkommen ab (mit einer kleinen Ausnahme: Mittlere Einkommensgruppen unterstützen Gewalt mehr als niedrige Einkommensgruppen in Bezug auf Drogensüchtige).

Ähnlich den Ergebnissen bei religiösen und ethnischen Gruppen befürworteten ethnische Minderheiten Gewalt mehr als Weiße in Bezug auf jede aufgelistete Gruppe.

So denken zum Beispiel 24 Prozent der ethnischen Minderheiten, dass Gewalt gegen Drogensüchtige akzeptabel ist, verglichen mit 8 Prozent der Weißen, und während 13 Prozent der ethnischen Minderheiten Gewalt gegen Homosexuelle befürworten, tun dies nur 4 Prozent der Weißen.

Wiederum befürworten in jedem Fall, wie bei den obigen Ergebnissen, die Befragten aus London Gewalt gegen diese drei Gruppen mit Abstand am ehesten. Zum Beispiel halten 24 Prozent der Befragten aus London Gewalthandlungen gegen Drogensüchtige für akzeptabel, verglichen mit 5 % der Befragten aus Wales. 12 Prozent betrachten Gewalt gegen Homosexuelle als vertretbar, verglichen mit 3 Prozent der Befragten aus Schottland, und 5 Prozent halten Gewalt gegen Obdachlose für akzeptabel, verglichen mit 2 Prozent der Befragten im Norden. In jedem Fall ist zu berücksichtigen, dass London einen signifikant höheren Anteil von ethnischen Minderheiten an der Einwohnerzahl als andere Regionen hat, was wahrscheinlich der Grund für einige der Unterschiede ist.

### **Allgemeine Korrelationen**

Wie bei Aussage 1 halten Männer Gewalt für eher vertretbar als Frauen, ungeachtet der jeweiligen Gruppe.

Terroristen sind mit Abstand die Gruppe, gegen die Gewalt die größte Unterstützung findet. Grund dafür mag sein, dass Terroristen die einzige Gruppe sind, deren vermutete Aktivitäten gewalttätig sind. Diese allgemeine Regel trifft auch auf andere Gruppen zu, die eine hochgradige Befürwortung von Gewalt auslösen (Rechtsradikale, Linksradikele, Verräter und Feinde der Nation). Von allen, die Gegenstand der Studie bilden, haben diese Gruppen eine Art implizite moralische Position, die anderen aufgelisteten Gruppen jedoch nicht.

Es ist anzumerken, dass „politische Gruppen“ (Politiker, autoritäre Führer, Banken) ein signifikantes Mehr an Gewaltunterstützung ausgelöst haben, als ethnische oder religiöse Gruppen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Typen von Befragten, die Gewalt gegen diese Gruppen befürworten, recht deutlich von denjenigen, die Gewalt gegen politische Extremisten unterstützen (und Gewalt als abstraktes Prinzip bei Aussage 1).

Während ethnische Minderheiten Gewalt gegen politische Extremisten – und Szenarien zu Aussage 1 – weniger befürworteten, war ihre Unterstützung von Gewalt gegen Politiker, Banker, ethnische und religiöse Gruppen sowie „sonstige“ Gruppen größer. Ähnlich korreliert eine Abnahme des sozialen Status sehr deutlich und konsistent mit einer Zunahme der Unterstützung von Gewalt gegen alle Gruppen, ausgenommen politische Extremisten, wo die Beziehung nicht einheitlich ist.

Eine sehr ähnliche Beziehung zeigte sich mit Bezug auf das Alter. Hinsichtlich politischer Extremisten (Terroristen, rechts-/linksradikele Gruppen oder Verräter) waren die Altersgruppen der 55-64- und über 64-Jährigen beständig diejenigen, die Gewalt am ehesten befürworteten (nach Mittelwerten). In Bezug auf einzelne Gruppen, ob religiöse oder ethnische Gruppen, Politiker, Banker, Homosexuelle, Drogensüchtige oder Obdachlose, war immer in der jüngsten Altersgruppe (15-24) die größte Unterstützung von Gewalthandlungen zu verzeichnen.

## *Vergleich der ungarischen und britischen Ergebnisse*

Im Zuge der beiden öffentlichen Erhebungen wurden Daten unter Anwendung der gleichen Methodik im Hinblick die Fragen und den Ansatz, die Fragen zu stellen, was die klare Chance bot, die Ergebnisse der beiden Fragenblöcke in Ungarn und dem Vereinigten Königreich miteinander zu vergleichen.

### **Gewaltanwendung in verschiedenen Situationen**

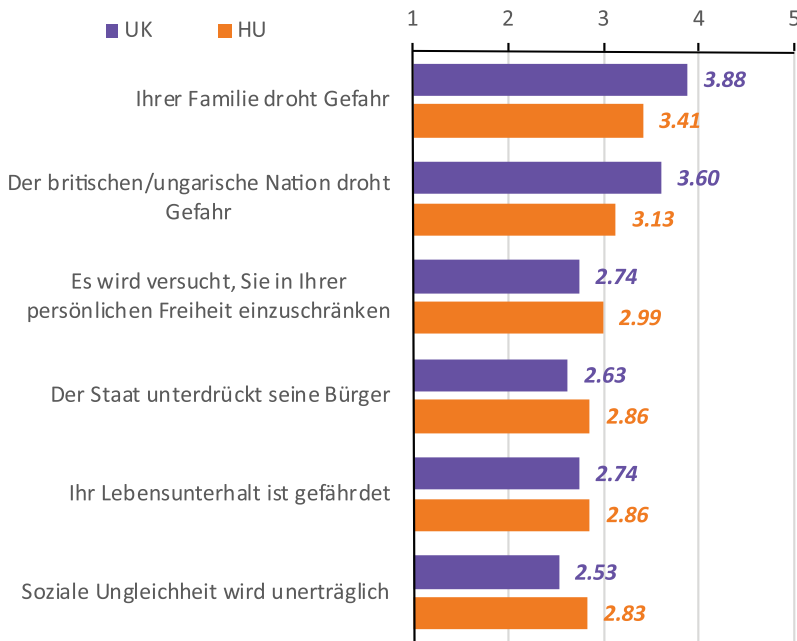
In beiden Ländern betrachteten die Befragten die Gewaltanwendung dann als am ehesten vertretbar, wenn ihre Familien in Gefahr sind. Dreiundsechzig Prozent der Briten waren der Ansicht, dass Gewaltanwendung in dieser Situation in gewissem Maße vertretbar ist, während siebenundvierzig Prozent der Ungarn diese Meinung vertraten. Der Unterschied zeigt sich auch in den Skalamittelwerten (auf einer Skala von 1-5, wo der höhere Wert für eine stärkere Befürwortung der Gewaltanwendung steht). Bei der ungarischen Probe beträgt dieser Wert 3.41 und bei der britischen 3.88.

Die gleiche Unähnlichkeit zwischen den beiden Proben ist in Verbindung mit der am zweithäufigsten gewählten Option zu erkennen, bei der die Nation in Gefahr ist. Neununddreißig Prozent der Ungarn und achtundvierzig Prozent der Briten glaubten, dass die Anwendung von Gewalt in dieser Situation angemessen ist. Ähnlich wie bei der vorherigen Situation ist die Befürwortung von Gewalt auch hier unter den Briten größer.

Auf der anderen Seite zeigen sich bei den anderen vier Situationen unterschiedliche Tendenzen, da die Ergebnisse in Ungarn auf eine größere Unterstützung für Aggression verweisen. Das letzte Item in der Reihenfolge der Präferenzen bezieht sich für beide Länder auf die Aussage „wenn soziale Ungleichheit unerträglich wird“. Die Reihenfolge der verbleibenden Szenarien ist in beiden Proben verschieden, was jedoch keinen signifikanten Unterschied bedeutet.

## Rechtfertigung von Gewalt in verschiedenen Situationen

(Durchschnitt auf einer Skala von 1–5)



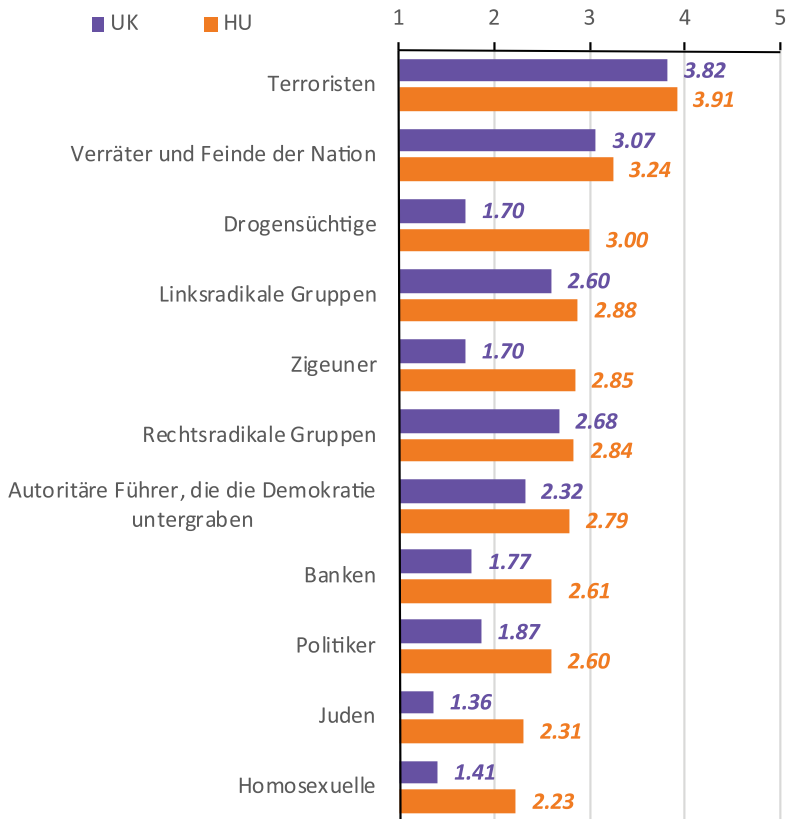
## Gewaltanwendung gegen verschiedene Gruppen

Im Gegensatz zur Unterstützung von Gewalt in bestimmten Situationen, tolerierten Ungarn die Anwendung von Gewalt gegen Gruppen mehr als die Befragten im Vereinigten Königreich. Der geringste Unterschied zwischen beiden Ländern besteht im Hinblick auf die am meisten gewählte Option. Sowohl Ungarn als auch Briten akzeptieren Gewaltanwendung gegen Terroristen am meisten. Die für diese Option errechneten Skalamittelwerte liegen mit Abstand über denen für andere Gruppen. Die Befragten beider Länder setzten „Verräter und Feinde der Feinde“ an die zweite Stelle. In diesem Fall unterschieden sich die Skalamittelwerte relativ wenig (0.17). Die Anwendung von Gewalt gegen radikale Gruppen (sowohl links- als auch rechtsgerichtete) war die andere Kategorie, in der die britische Probe nur leichte Unterschiede zur ungarischen aufwies.



## Rechtfertigung von Gewalt gegen bestimmte Gruppen

(Durchschnitt auf einer Skala von 1–5)



Die Akzeptanz von Gewaltanwendung gegen bestimmte Gruppen der Gesellschaft war unter den befragten Ungarn ausgesprochen höher als unter den britischen Befragten. Besonders sichtbar war diese Diskrepanz in Bezug auf Drogensüchtige und Zigeuner. Der ungarische Mittelwert lag um 1,3 Punkte bei Ersteren und um 1,15 Punkte bei Letzteren auf der Skala von 1–5 höher, was eine bemerkenswerte Differenz ist. Homosexuelle und Juden waren die Minderheitengruppen, gegen die die Anwendung von Gewalt sowohl unter Ungarn als auch Briten am geringsten akzeptabel war. Das Ergebnis der Umfragen erbrachte Mittelwerte von 1,41 und 1,36 in England und deutlich höher in Ungarn (2,23 und 2,31).

# Erhebung Mittels Online-Befragung

## Zur Erhebung

Demos hat Umfragedaten bei Facebook-Benutzern verschiedener politischer Parteien im VK und in Ungarn gesammelt. Facebook erlaubt Drittparteien Werbeanzeigen, die den Facebook-Benutzern eingeblendet werden, die aufgrund der Präferenzen oder Daten, die sie auf der Seite teilen, als Zielpersonen erscheinen können. Wir entwarfen eine Reihe von Werbeanzeigen, in denen Benutzer gebeten werden, Fragen im Rahmen einer Erhebung zu beantworten. Benutzer, die auf die Umfrage klicken, werden dann zur Umfrageseite weitergeleitet, auf der sich zunächst eine Zustimmungssseite öffnet, und danach erscheint die Bitte um Beantwortung der Fragen. Wir stellten eine Reihe von Fragen in Bezug auf grundlegende demographische, soziale und politische Angaben sowie zahlreiche Fragen zur Haltung gegenüber Gewalt.

Die Datensammlung umfasste einen von Demos vorbereiteten Erhebungsrekrutierungsplan, bei dem Facebook benutzt wird um Personen anzusprechen, die bestimmte Seiten mit „Like/Gefällt“ versehen. Unter Einsatz der gleichen Techniken wie bei der Umfragenserie *New Face of Digital Populism und New Political Actors in Europe* (Demos, 2011 und 2012-13) wurde die Erhebung über Facebook durchgeführt. Auf Facebook fiel die Wahl, weil es die am meisten verbreitete und populärste soziale Medienseite in Europa ist und politische Parteien auf dieser Plattform ansehnlich präsent sind (besonders im Hinblick auf junge Leute).

Facebook gestattet zielgerichtete Werbeanzeigen bei Benutzern entsprechend deren politischer Präferenzen, obwohl dies nicht immer so genau ist, wie wir es gerne hätten (zum Beispiel sind Werbeanzeigen für Personen gestattet, die bestimmte Kategorien, wie eine bestimmte politische Partei, mögen, wobei dies auch diejenigen einzuschließen tendiert, die ebenso ähnliche Parteien mögen).

Zielpersonen wurde auf Facebook eine Werbeanzeige eingeblendet, in der sie gebeten wurden, einen Link anzuklicken, um an einer Umfrage teilzunehmen. Mit dem Anklicken auf die Werbeanzeige wurden die Teilnehmer zu einer digitalen Umfrageseite, deren Host die Website Survey Monkey ist, umgeleitet, auf der Einzelheiten und Zweck der Umfrage zusammen mit der Bitte um Teilnahme erschienen. Für die Teilnahme gab es kein finanzielles Entgelt.

## Datenerfassungsvorbehalte

Diese Rekrutierungstechnik ermöglicht die Sammlung ansehnlicher Daten seitens einer größtenteils unerforschten Gruppe von Personen, die mit Hilfe herkömmlicher Rekrutierungsmethoden nur schwer erreichbar sind. Dennoch bestehen Vorbehalte, die zu beachten sind.<sup>105</sup>

---

<sup>105</sup> Für eine tiefgreifende Erörterung der Stärken und Schwächen dieser Methode siehe Bartlett et al. (2012), *The New Face of Digital Populism*.

Erstens ist die Population selbst gewählt, und dadurch ist es schwierig zu kontrollieren, welchen Gruppen sich die teilnehmenden Personen anschließen und wie viele Personen einer bestimmten Gruppe teilnehmen. Obwohl die Umfrage mittels der Werbeanzeige einer breiten Population von Personen, die mit politischen Parteien auf Facebook verbunden sind, bekannt gemacht wird, gibt es keine Kontrolle darüber, welche Personen letztendlich die Fragen beantworten. Bei vorliegender Studie erhielten wir daher etwas verschiedene Datensätze für das VK und Ungarn und stellenweise eine unproportionierte Anzahl von Antworten seitens der Sympathisanten verschiedener Parteien.

Zweitens zielt die Studie auf Personen, die politischen Parteien auf Facebook folgen, und nicht auf politische Akteure oder Aktivisten an sich. Daher sollte man Vorsicht bei Verallgemeinerungen bezüglich der fraglichen Parteien und Gruppen walten lassen, denn Umfrageteilnehmer repräsentieren nicht notwendigerweise die Gruppen in ihrer Gesamtheit.

Drittens gestattet es Facebook nicht, sich mit Werbeanzeigen an bestimmte Gruppen zu richten, sondern mehr an eine Sammlung *ähnlicher* Gruppen. Somit ist es möglich Befragte danach einzuteilen, welche Facebook-Werbbeeinblendung sie erreicht hat. Daher werden Teilnehmer gefragt, mit welchen politischen Gruppen oder Bewegungen sie am engsten verbunden sind, und anhand dessen entsprechend kategorisiert.

Diese Probe ist keine völlig repräsentative Probe für die Bevölkerung und auch keine repräsentative Probe für Facebook-Benutzer. Es handelt sich um eine selbstgewählte Umfrage, was bedeutet, dass nur diejenigen, die sich dafür entschieden haben, teilnehmen. Obwohl das Forschungsteam die Werbeeinblendungen auf Benutzer derart abzielte, dass eine Probe entsteht, die in breitem Sinne den Facebook-Benutzern im VK und in Ungarn insgesamt ähnelt (nach Geschlecht, Alter und politischer Zugehörigkeit), ist es aufgrund der gezielten Facebook-Werbefunktionen nicht möglich eine perfekte Probe zu schaffen. Aufgrund des selbstgewählten Charakters der Umfrage entstehen potenziell signifikante (und unbekannte) Befangenheit in den Antworten. Die Ergebnisse sollten daher mit diesen Vorbehalten vor Augen behandelt werden.

### *Forschung im Vereinigten Königreich*

Um Teilnehmer zu gewinnen, richteten wir uns an Facebook-Sympathisanten von sechs politischen Parteien und Bewegungen in Großbritannien (Liberaler Demokraten, Konservative, Labour, UK Independence Party, EDL und British National Party).

Für jede Partei führten wir sechs getrennte Kampagnen durch, gerichtet auf verschiedene Alters- und Geschlechtskategorien, um einen möglichst repräsentativen Querschnitt durch die Sympathisanten dieser Gruppen zu erhalten.

Werbeanzeigen und Fragen wurden auf Englisch verfasst. Insgesamt erbrachte dies 2128 ausgefüllte Umfragebögen, von denen wir diejenigen berücksichtigten, die mindestens zu zwei Dritteln ausgefüllt waren. Für jede Frage wird auch der prozentuale Anteil von Nichtantworten berücksichtigt.

## **Demographie**

Die Mehrheit der Befragten (75 Prozent) war männlich, 20 Prozent waren weiblich. Vier Prozent gaben an, nicht antworten zu wollen (ein Prozent antworteten nicht).

Dem Alter nach wurden sechs Kategorien gebildet. Die größte ist die der 16-25-Jährigen (35 Prozent der Befragten). Die anderen sind folgende: 26-35 mit 7 Prozent, 36-45 mit 10 Prozent, 46-55 mit 21 Prozent, 56-65 mit 15 Prozent und über 65 mit 11 Prozent. Ein Prozent gab keine Antwort.

In Bezug auf den Wohnort der Befragten kommen 45 Prozent aus kleinen oder mittleren Städten, 15 Prozent aus Großstädten, 16 Prozent aus Dorfgemeinden und 17 Prozent aus Vororten oder der Umgebung von Großstädten. Drei Prozent wohnen auf einem Bauernhof oder in einem Haus auf dem Lande. Der Rest gab entweder keine Antwort oder wusste es nicht.

Insgesamt hatten 40 Prozent unserer Probe eine bezahlte Arbeit, und 22 Prozent waren Studenten. Bezüglich des Bildungsgrades gaben 46 Prozent an, als höchste Bildung einen höheren Abschluss zu besitzen, 38 Prozent hatten das Abitur und 6 Prozent nannten einen Berufsschulabschluss.

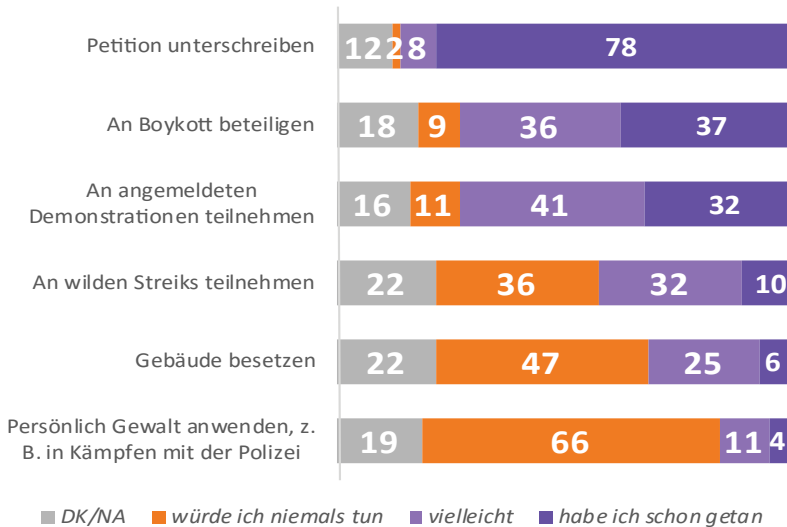
Was politische Ansichten anbelangt, fragten wir die Teilnehmer, für wen sie bei den Wahlen 2010 gestimmt haben. 17 Prozent nannten die Konservative Partei, 16 Prozent die Labour-Partei, 14 Prozent die UKIP, 8 Prozent die Grüne Partei und 13 Prozent die BNP. (Der Rest antwortete entweder „sonstige“, „weiß nicht“, „habe nicht gewählt“ oder gab keine Antwort.)

## **Politischer Aktivismus**

Den Teilnehmern wurde eine Reihe von Fragen zu ihren politischen Aktivitäten gestellt, so ob sie schon an Aktionen teilgenommen haben. Gefragt wurden sie, ob sie an einem Boykott, angemeldeten Demonstrationen, wilden Streiks, Hausbesetzungen, Petitionsunterzeichnungen oder persönlich an Gewalt, wie Kämpfen mit anderen Demonstranten oder der Polizei, „schon teilgenommen haben“, „vielleicht teilnehmen würden“ oder „nie teilnehmen würden“.

## Politischer Aktivismus

(in Prozent, n=2128)



Die Ergebnisse zeigen, dass ein relativ hoher Anteil an Befragten schon einmal an friedlichen und angemeldeten Demonstrationen teilgenommen hat: 37 Prozent beteiligten sich an Boykotten und 78 Prozent an einem Streik. Ein relativ kleiner Anteil war schon an ernsthafterem und gewalttätigem Aktivismus beteiligt: nur 4 Prozent wurden gewalttätig, wie bei Kämpfen mit der Polizei oder anderen Demonstranten (obwohl 11 Prozent angaben, sie „würden es vielleicht tun“). Zu einem relativ hohen Anteil antworteten die Teilnehmer, dass sie eventuell an potenziell ungesetzlichen Aktivitäten teilnehmen würden: 32 Prozent „würden“ an einem wilden Streik und 25 Prozent an einer Hausbesetzung teilnehmen.

Wenn in Kreuztabellen angegeben, wo sich Personen selbst im politischen Spektrum und in Altersgruppen einordnen, lassen sich weitere Einblicke gewinnen. (Wir fragten die Teilnehmer, wo sie sich selbst auf dem politischen Spektrum einordnen würden (1 gleich links und 5 gleich rechts).

### Boykottbeteiligung

Von denjenigen, die „1“ im politischen Spektrum angaben (d. h. weit links, n=289 insgesamt, oder 14 Prozent der Gesamtprobe), sagten 91 Prozent, sie „würden“ sich an einem Boykott beteiligen oder haben es schon getan. Achtundsechzig Prozent sagten, sie hatten in der Vergangenheit an einem Boykott teilgenommen – der mit Abstand höchste Anteil.

Dem gegenüber haben 47 Prozent derjenigen, die "2" im politischen Spektrum angaben, sie haben an einem Boykott teilgenommen, und 41 Prozent mit "5" im politischen Spektrum hatten an einem Boykott teilgenommen. Das Niedrigste war "4" im politischen Spektrum, wo nur 28 Prozent der Befragten an einem Boykott teilgenommen hatten. Zusammengefasst gab ein großer Teil quer durch das politische Spektrum an, teilgenommen zu haben oder eventuell teilzunehmen.

Was den Alterseffekt betrifft, gaben 28 Prozent der 16-35-Jährigen an, dass sie an einem Boykott teilgenommen haben, verglichen mit 44 Prozent der 36-Jährigen und älteren. (Das kann eventuell ganz einfach durch den Altersunterschied erklärt werden: 41 Prozent der unter 35-Jährigen gaben an, sie würden vielleicht an einem Boykott teilnehmen, verglichen mit 33 Prozent der über 35-Jährigen.)

### ***Teilnahme an angemeldeten Demonstrationen***

Ähnlich waren die Ergebnisse, als die Teilnehmer gefragt wurden, ob sie an einer angemeldeten Demonstration teilgenommen haben. Wiederum antwortete der größte Teil der Personen, der "1" im politischen Spektrum angegeben hatte, mit Ja (69 Prozent), und der geringste Teil war der mit "4" (20 Prozent). Wie bei der vorherigen Frage antwortete ein großer Teil aller Gruppen, dass er an einer angemeldeten Demonstration entweder teilgenommen "hatte" oder teilnehmen "würde". Ähnlich war das Ergebnis in Bezug auf den Alterseffekt: die über 35-Jährigen haben eher als die unter 35-Jährigen an einer gemeldeten Demonstration teilgenommen (38 gegenüber 26 Prozent), doch Erstere sagten weniger, sie "würden" es in Zukunft tun (36 gegenüber 47 Prozent).

### ***Teilnahme an wilden Streiks***

Wiederum sagten diejenigen, die sich als ganz links bezeichneten, am ehesten, an wilden Streiks entweder teilgenommen zu haben (27 Prozent) oder eventuell teilzunehmen (49 Prozent), gefolgt von den Befragten, die "2" im politischen Spektrum angaben, wobei die Mitte-Rechts ("4" im politischen Spektrum) am wenigsten an Aktionen dieser Art teilnehmen würden (4 Prozent antworteten mit Ja, und 25 Prozent mit vielleicht). Insgesamt beteiligen sich weitaus weniger Personen an Aktionen dieser Art: nur 6 Prozent der unter 35-Jährigen und 13 Prozent der über 35-Jährigen hatte schon daran teilgenommen.

### ***Gebäudebesetzung***

Einmal mehr waren die Ergebnisse ähnlich. Anteilsmäßig waren es diejenigen, die "1" im politischen Spektrum angaben, eher als andere Gruppen entweder schon einmal (18 Prozent) an einer Gebäudebesetzung beteiligt, oder würden (47 Prozent) daran teilnehmen. Nur 19 Prozent dieser Gruppe sagte, dass sie sich "niemals" an einer solchen Aktion beteiligen würden, verglichen mit 39 Prozent der Personen mit "2", 57 Prozent mit "3", 69 Prozent mit "4" und 56 Prozent mit "5" im politischen Spektrum. Zu dieser Aktion würden jüngere Leute eher sagen, dass sie schon teilgenommen haben oder teilnehmen würden (35 Prozent insgesamt) als ältere Menschen (29 Prozent).

### **Unterzeichnung einer Petition**

Ein sehr hoher Anteil der Befragten in jeder Kategorie hat schon einmal eine Petition unterzeichnet oder würde es tun, ähnlich wie bei den Altersgruppen.

### **Persönliche Gewaltanwendung wie Kämpfe mit der Polizei oder anderen Demonstranten**

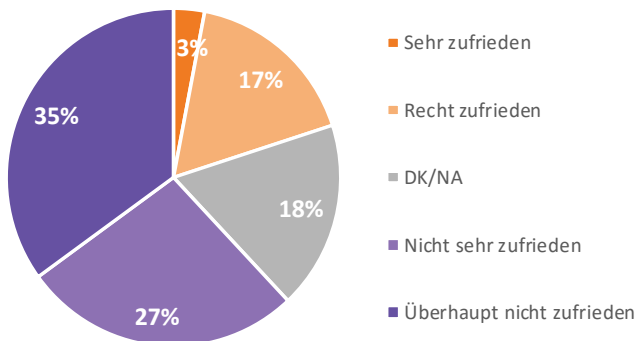
Interessanterweise ist dies die einzige Frage, bei der ganz linke Befragte nicht diejenigen waren, die am ehesten an solchen Handlungen bereits teilgenommen haben: 6 Prozent derjenigen mit "1" haben schon teilgenommen, verglichen mit 8 Prozent der Befragten mit "5". In Bezug auf diese Handlung sagten 60 Prozent der Personen mit "1", sie würden "niemals" persönlich Gewalt anwenden, verglichen mit 77 Prozent der Befragten mit "2", 77 Prozent derjenigen mit "3", 77 Prozent der mit "4" und 60 Prozent der Teilnehmer mit "5". Dies weist darauf hin, dass, nicht unüberraschend, diese Handlung hauptsächlich in den radikalen Randbereich fällt. Jüngere Leute sagen mit Abstand eher als ältere Menschen, dass sie an einer solchen Handlung teilgenommen haben oder dies tun würden. 18 Prozent der 16-35-Jährigen gaben an, sie "haben" teilgenommen oder "würden" teilnehmen, verglichen mit 12 Prozent der über 35-Jährigen.

### **Politische und soziale Haltungen**

Den Teilnehmern wurde eine Reihe von Fragen zu ihrer Einstellung zu Demokratie, Meinungsfreiheit, Immigration sowie dazu gestellt, wie sehr sie sich über Freunde aus verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen freuen würden.

Konkret wurden die Teilnehmer gefragt: „Wie sehr sind Sie insgesamt mit der Demokratie im Vereinigten Königreich zufrieden?“

#### **Zufriedenheit mit der Demokratie**

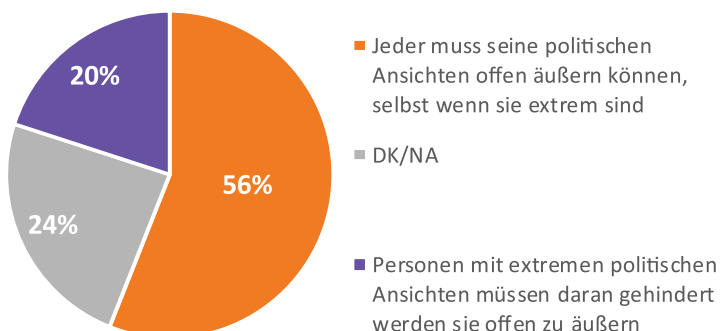


Dies weist darauf hin, dass die Befragten alles in allem nicht mit der Demokratie, wie sie im Vereinigten Königreich praktiziert wird, zufrieden sind. 62 Prozent der Befragten sind entweder nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden.

Interessanterweise ergibt sich bei einer Aufgliederung nach der Stellung im politischen Spektrum nur eine geringe Differenz zwischen den Befragten ganz links, ganz rechts oder in der Mitte. (19 Prozent der Befragten ganz links waren entweder „sehr“ oder „recht“ zufrieden, und für Befragte mit „3“ betrug der entsprechende Prozentsatz 23 – eine ziemlich geringe Differenz. Die unter 36-Jährigen waren etwas mehr zufrieden (25 Prozent waren entweder recht oder sehr zufrieden), verglichen mit den 36-Jährigen oder Älteren (17 Prozent).

Befragt wurden die Teilnehmer ferner nach ihren Ansichten zur Meinungsfreiheit. Die Frage richtete sich darauf, ob die Teilnehmer einer der beiden folgenden Aussagen zustimmen oder nicht: „Jeder muss seine politischen Ansichten offen äußern können, selbst wenn sie extrem sind.“ Zweite Aussage: „Personen mit extremen politischen Ansichten müssen daran gehindert werden sie offen zu äußern.“

### Meinungen zur Meinungsfreiheit



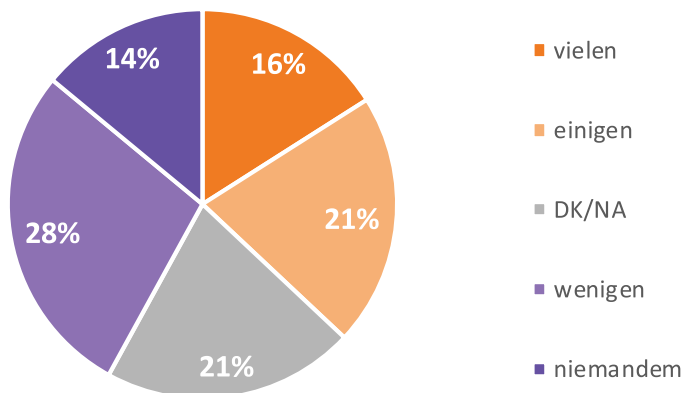
(18 Prozent der Teilnehmer antworteten auf die Frage nicht). Es gibt keine signifikanten Unterschiede nach Stellung der Befragten im politischen Spektrum oder danach, ob sie jünger oder älter als 36 Jahre waren.

Den Teilnehmer wurde eine Frage zu ihren Ansichten über Immigranten gestellt.

Bei einer Unterteilung nach den Positionen im politischen Spektrum würden eher, was nicht überrascht, diejenigen im linken Bereich des Spektrums es „vielen“ oder „einigen“ gestatten, verglichen mit denen auf der rechten Seite des Spektrums. Junge Leute tendieren mehr dazu, es „vielen“ oder „einigen“ zu gestatten (45 Prozent), verglichen mit den 36-Jährigen oder Älteren (31 Prozent).



**Inwieweit sollte Ihrer Meinung nach das Vereinigte Königreich Angehörigen einer Rasse oder ethnischen Gruppe, die sich von der Mehrheit des britischen Volkes unterscheiden, gestatten, ins Vereinigte Königreich zu kommen und dort zu leben?**

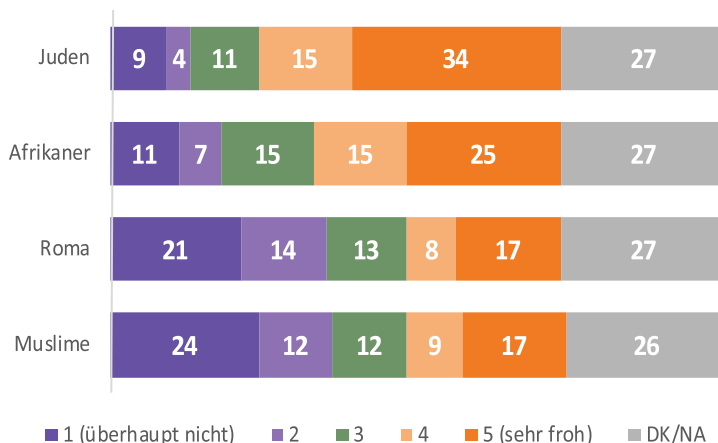


Befragt wurden die Teilnehmer des Weiteren zu ihren Ansichten über Schule und Lesben: „Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: Schule und Lesben sollten ihr eigenes Leben frei leben können.“ Insgesamt stimmten 69 Prozent der Befragten der Aussage zu oder stark zu und 8 Prozent nicht. Zwei Prozent gaben an, sie wissen es nicht und 20 Prozent gaben auf die Frage keine Antwort.

Den Teilnehmern wurden Fragen dazu gestellt, ob sie froh wären, wenn ihre Kinder Freunde aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen hätten (1 steht für „überhaupt nicht“ und 5 für „sehr froh“).

Insgesamt und ungeachtet der jeweiligen Gruppe würden sich diejenigen auf der linken des politischen Spektrums eher als die auf der rechten Seite freuen, wenn ihre Kinder Freunde aus verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen hätten, und Personen unter 36 Jahren freuen sich eher darüber als 36-Jährige und Ältere.

## Haltungen zu Freunden der eigenen Kinder aus verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen



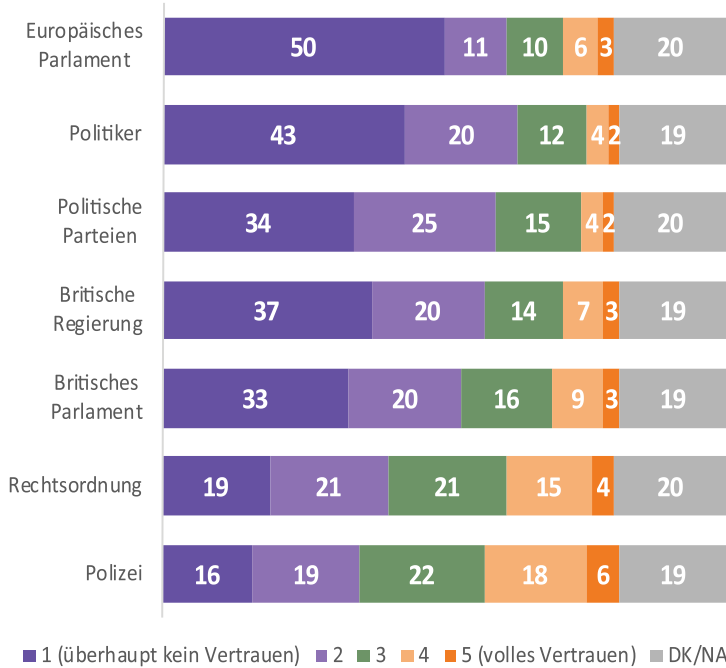
## Vertrauen in Institutionen

Wir stellten den Teilnehmern eine Reihe von Fragen in Bezug darauf, ob sie dazu tendieren, den verschiedenen politischen Institutionen zu vertrauen oder nicht, auf einer Skala von 1-5 (1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 5 für „volles Vertrauen“).

Nicht überraschend und im Einklang mit anderen Statistiken zu diesem Thema zeigen die Ergebnisse, dass Rechtsordnung und Polizei das größte Vertrauen der VK-Öffentlichkeit genießen, während das Vertrauen in Politiker, die Regierung und das Europäische Parlament nur sehr gering ist (obwohl absolut gesehen keine Institution großes Vertrauen genießt).

Untersucht man diese Ergebnisse nach politischer Überzeugung und Alter zeigt sich allgemein der Trend, dass Personen im Alter von 36 Jahren und darüber jeder einzelnen Institution weniger vertrauen als diejenigen unter 36. Dies weist darauf hin, dass Vertrauen in politische und Rechtsinstitutionen nicht das Ergebnis von Hunderten aggregierter (sondern getrennter) direkter Erfahrungen, sondern vielmehr eine verallgemeinerte Haltung der Menschen zu Vertrauen in Macht und Institutionen, die ihr Leben steuern, ist.

## Vertrauen in Institutionen



## Einstellungen zu Gewalt

Den Teilnehmern wurden vier Fragen hinsichtlich ihrer Einstellung zu Gewalt gestellt. (Es sei angemerkt, dass in diesem Teil nur unter Antworten ausgewählt werden konnte, und es keine offenen Fragen gab.) Eine Reihe von Kombinationstabellen wurde mit den Antworten erstellt um zu bestimmen, ob zwischen den verschiedenen Antworten Korrelationen bestehen. Die mit interessanten Ergebnissen sind nachstehend aufgeführt.

### Wie sehr stimmen Sie folgender Aussage zu: Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele ist nie gerechtfertigt

Einverstanden und sehr einverstanden	60%
Nicht einverstanden und überhaupt nicht einverstanden	24%
Keine Antwort/weiß nicht	16%

Personen mit einer Position in der Mitte des politischen Spektrums stimmen der Aussage eher zu (74 Prozent) als die auf der rechten (66 Prozent) oder auf der linken Seite (57 Prozent).

Personen, die der Rechtsordnung mehr vertrauen, stimmen auch eher zu, dass die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele nie gerechtfertigt ist. Fünfundsiebzig Prozent der Personen, die der Rechtsordnung vertrauen, stimmen der obigen Aussage zu, verglichen mit 63 Prozent derjenigen, die kein Vertrauen in die Rechtsordnung haben. (Ähnliche erzielt das Vertrauen in die britische Regierung.) Jüngere Menschen stimmen dieser Aussage ebenfalls etwas weniger zu: 51 Prozent der 16-35-Jährigen sind einverstanden oder sehr einverstanden, verglichen mit 66 Prozent der 36-Jährigen und Älteren.

### **Können Kämpfe mit der Polizei gerechtfertigt werden?**

Ja	21%
Weder Ja noch Nein	18%
Nein	30%
Keine Antwort/weiß nicht	31%

Im Gegensatz zur vorherigen Frage scheint das Alter bei dieser Frage eine geringere Rolle zu spielen. Nur 20 Prozent der 36-Jährigen und Älteren denken, sie ist vertretbar, verglichen mit 22 Prozent der 16-35-Jährigen. Wie erwartet besteht eine kleine Korrelation zwischen dem Grad des Vertrauens in die Polizei und der Frage, ob Kämpfe mit der Polizei gerechtfertigt sind. Achtundzwanzig Prozent der Personen ohne Vertrauen in die Polizei betrachten Gewalt als vertretbar, verglichen mit 22 Prozent der Personen, die ihr vertrauen.

### **Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Ich würde mich nicht unwohl dabei fühlen jemanden zu schlagen, der es wirklich verdient hat.**

Einverstanden und sehr einverstanden	43%
Nicht einverstanden und überhaupt nicht einverstanden	35%
Keine Antwort/weiß nicht	21%

In einer Kombinationstabelle mit dem Alter bestehen nur geringe Unterschiede zwischen Personen unter 36 (42 Prozent sind einverstanden/sehr einverstanden) und Personen über 36 (44 Prozent sind einverstanden/sehr einverstanden). Eine geringe Differenz ist bei der Zufriedenheit mit dem Leben zu erkennen. Elf Prozent der Personen, die nicht mit ihrem Leben zufrieden sind, stimmen dem zu, dass sie sich nicht unwohl dabei fühlen würden jemanden zu schlagen, verglichen mit 6 Prozent derjenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind.

**Terrorismus ist jeden Tag in den Nachrichten. Im Prinzip ist jeder gegen ihn, doch es gibt immer noch Platz für Meinungsunterschiede. Welcher Aussage würden Sie am ehesten zustimmen?**

Terrorismus aus gleich welchen Motiven muss immer verurteilt werden.	65%
Es kann bestimmte Umstände geben, unter denen Terrorismus gerechtfertigt ist.	14%
Keine Antwort / weiß nicht	21%

Unter den Altersgruppen gibt es recht große Unterschiede. Dreiundsiebzig Prozent der Personen unter 35 glauben, dass Terrorismus immer verurteilt werden muss, verglichen mit nur 54 Prozent der 16-35-Jährigen. Interessanterweise hat die Zufriedenheit mit der Demokratie, die oft als signifikanter Faktor für die Einstellung zu Gewalthandlungen betrachtet wird, keinen Einfluss auf die Antwort auf diese Frage. Überraschenderweise scheinen Haltungen zur Immigration einen Einfluss zu haben. Achtundvierzig Prozent der Personen, die meinen, dass das VK „viele“ Immigranten aufnehmen sollte, sind der Meinung, dass Terrorismus immer verteilt werden sollte: Auf 90 Prozent erhöht dies jedoch den Anteil der Personen, die dafür sind, „weniger“ im VK aufzunehmen. Keine Überraschung ist die starke Affinität unter denjenigen, die glauben, dass „die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele gerechtfertigt ist“ und denen, die glauben, dass „Terrorismus unter bestimmten Umständen vertretbar ist“. Dreißig Prozent der Personen, die glauben, dass Gewalt zum Erreichen politischer Ziele gerechtfertigt ist, sind der Meinung, dass Terrorismus unter bestimmten Umständen akzeptabel ist, verglichen mit 10 Prozent der Personen, die dies nicht glauben.

**Faktoren, die mit der Unterstützung von Gewalt korrelieren**

Diese Kombinationstabellen sind weniger konsequent, als eine volle Regressionsanalyse, die ein Konstanthalten anderer Variablen ermöglicht. Nichtsdestoweniger haben wir Befragte isoliert, die Gewalt über alle vier Szenarien hinweg befürworteten (Zustimmung zu folgenden Aussagen: „Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele ist nie gerechtfertigt“, „Wie gerechtfertigt sind Kämpfe mit der Polizei?“, „Ich würde mich nicht unwohl dabei fühlen jemanden zu schlagen, der es wirklich verdient hat“ und „Terrorismus aus gleich welchen Motiven muss immer verurteilt werden“).

Um besser vergleichbare Daten zu erhalten, haben wir in diesem Abschnitt aus einer jeden Frage die Keine-Antwort-Daten herausgenommen. Insgesamt gab es 135 Befragte im VK, die Gewalt zustimmen (oder angaben, sie wissen es nicht) bei allen der obigen Fragen. Das ermöglichte eine genauere Untersuchung der Frage, warum andere Eigenschaften oder Antworten mit der Unterstützung von Gewalt korrelieren.

In Bezug auf das Alter waren 44 Prozent 16-25 Jahre alt, was mit Abstand die größte Altersgruppe war (die nächst größte war die der 46-55-Jährigen mit 16 Prozent. Interessanterweise war die kleinste Alterskategorie die der 76-85-Jährigen (2 Personen) und danach die der 26-35-Jährigen (6 Personen oder 4 Prozent).

Keine Überraschung war, dass Männer dazu tendierten Gewalt zu befürworten – 98 Männer, verglichen mit 18 Frauen (und weiteren 18, die sagten, sie möchten lieber nicht antworten, und 1 Personen gab keine Antwort).

In Bezug auf den Wohnort unterstützten Gewalt am meisten die Personen, die kleinen und mittleren Städten wohnen: 55 Personen (oder 41 Prozent). Dies stimmt mit den Demographiedaten für die gesamte Studie überein.

Die Kategorie, die, nach Beschäftigung und Bildung betrachtet, Gewalt am ehesten unterstützte, war die der erwerbstätigen Personen (47 Personen oder 35 Prozent) und die, deren höchster Bildungsgrad der Universitätsabschluss war (58 Personen oder 53 Prozent).

Im Hinblick auf Parteipräferenzen gaben 23 Prozent der Befürworter von Gewalt an, bei den allgemeinen Wahlen 2010 für „sonstige“ gestimmt zu haben, also nicht für die aufgeführten, gängigen Parteien. Weitere 15 Prozent gaben an nicht gewählt zu haben, und 14 Prozent sagten, sie wissen es nicht. Dagegen wählten 5 Prozent die British National Party. Dies unterscheidet sich sehr von der Probe insgesamt (wo 18 Prozent die Konservative Partei, 18 Prozent die Labour-Partei, 15 Prozent die UKIP, 5 Prozent die Grüne Partei und 1 Prozent die BNP nannten. Der Rest antwortete entweder mit „sonstige“, „ich weiß nicht“ oder gab keine Antwort.)

Dies weist darauf hin, dass die Personen, die am weitesten von politischen Prozessen entfernt sind, Gewalt befürworten. Dagegen sind die Ergebnisse der Europawahlen etwas anders: 30 Prozent der Befragten sagten, sie stimmten für die UKIP und 19 Prozent für die Grüne Partei (16 Prozent für „sonstige“). Interessanterweise gaben in der Gesamtprobe 54 Prozent an, sie wählten die UKIP, 12 Prozent die Grüne Partei und 9 Prozent „sonstige“.

In Bezug auf den Links-Rechts-Split stimmten die Personen, die sich selbst als weit links einstufen (als „1“ im politischen Spektrum von 1-5) am ehesten zu (33 Personen oder 28 Prozent). An der gesamten Probe haben die weit linken Personen nur einen Anteil von 15 Prozent.

Im Hinblick auf politische Aktivitäten sagen diejenigen, die Gewalt zustimmen, signifikanterweise eher als die Gesamtprobe, sie haben an verschiedenen Aktionen teilgenommen oder würden es tun. Zum Beispiel schlossen sich 61 Prozent einem Boykott an, verglichen mit nur 42 Prozent für die gesamte Probe. Dem ähnlich haben sich 78 Prozent der violenten Unterprobe an einem wilden Streik beteiligt oder würden es tun, verglichen mit 48 Prozent der Gesamtprobe, und 68 Prozent haben ein Gebäude schon einmal besetzt oder würden dies tun, verglichen mit nur 37 Prozent der Probe insgesamt.

Was die Zufriedenheit mit der Demokratie anbelangt, sagten 78 Prozent derjenigen, die Gewalt zustimmen, auch, sie seien entweder „überhaupt nicht“ oder „nicht sehr“ mit der Demokratie zufrieden. Dies unterscheidet sich jedoch nicht signifikant von der Gesamtprobe, wo 74 Prozent entweder überhaupt nicht oder nicht sehr mit der Demokratie zufrieden waren.

Ähnlich sagten 77 Prozent der Befürworter von Gewalt, dass jeder seine Meinung offen äußern können sollte, selbst wenn sie extrem ist. Dies unterscheidet sich nicht signifikant von der Studie insgesamt, wo 68 Prozent das gleiche sagten.

Von den Befürwortern von Gewalt waren 39 Prozent der Ansicht, das VK sollte „viele“ Menschen verschiedener Rassen oder ethnischer Gruppen aufnehmen (verglichen mit nur 16 Prozent derjenigen, die meinten, das VK sollte „niemanden“ aufnehmen). In der gesamten Probe waren jedoch nur 20 Prozent der Ansicht, das VK solle „viele“ aufnehmen, und 17 Prozent waren dafür, dass das VK „niemanden“ aufnimmt.

Was die Frage betrifft, ob es Schwulen und Lesben gestattet sein soll ihr eigenes Leben zu leben, sagten 87 Prozent der Befürworter von Gewalt, dass sie dem zustimmen oder voll und ganz zustimmen. (In der Umfrage gaben 86 Prozent der Befragten an, dass sie dem zustimmen oder voll und ganz zustimmen.

Hinsichtlich der Frage, wie die Befürworter von Gewalt sich bei dem Gedanken fühlen, ihre Kinder haben Freunde aus verschiedenen religiösen oder ethnischen Gruppen, war in jeder Kategorie die häufigste Antwort, dass man damit „völlig einverstanden“ ist. (Es sei aber dennoch angemerkt, dass 22 Prozent der Befragten diese Frage in der Gesamtprobe nicht beantworteten.)

### **Einstellungen zu der Frage, wenn die Kinder Freunde aus anderen ethnischen oder religiösen Gruppen hätten**

*(in Prozent, die 'völlig einverstanden' sind)*

	Afrikaner	Juden	Muslime	Roma
Befürworter von Gewalt	33	42	27	28
In der Gesamtprobe (nur gültige Antworten)	32	43	22	21
In der Gesamtprobe	25	34	17	17

Vertrauen in Institutionen: Der größte Teil derjenigen, die Gewalt befürworten, tendieren dazu Institutionen überhaupt nicht zu vertrauen, in jeder Kategorie. Wie oben widerspiegelt dies auch die Gesamtproportionen derjenigen, die alle Fragen beantwortet haben.

### **Vertrauen in politische Institutionen**

*(in Prozent der Antworten 'überhaupt kein Vertrauen')*

	Britische Reg.	Britisches Parl.	Europ. Parl.	Rechtsordnung	Polizei	Politische Parteien	Politiker
Befürworter von Gewalt	48	43	44	25	28	47	55
In der Gesamtprobe (nur gültige Antworten)	46	41	62	24	19	42	53
In der Gesamtprobe	37	33	50	19	16	34	43

Interessanterweise zeigen diese Ergebnisse, dass es besonders der Mangel an Vertrauen in die Polizei ist, durch den sich die violente Subprobe von der Gesamtprobe unterscheidet.

## **Insgesamt**

- Junge Menschen unterstützen Terrorismus im Prinzip eher.
- Personen, die der Rechtsordnung nicht vertrauen, unterstützen Gewalt eher.
- Antiimmigrationsgefühle korrelieren mit der Nichtunterstützung von Terrorismus.
- Hinweis darauf, dass die Loslösung von gängigen politischen Parteien mit der Unterstützung von Terrorismus korreliert.
- Es besteht auch eine relative starke Korrelation zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität und der Unterstützung für Gewaltaktivitäten.

## *Forschung in Ungarn*

Um Teilnehmer zu gewinnen, richteten wir uns an Facebook-Sympathisanten von elf politischen Parteien in Ungarn.

Für jede Partei führten wir getrennte Kampagnen durch, gerichtet auf verschiedene Alters- und Geschlechtskategorien, um einen möglichst repräsentativen Querschnitt durch die Sympathisanten dieser Gruppen zu erhalten.

Werbeanzeigen und Fragen wurden auf Ungarisch verfasst. Insgesamt erbrachte dies 4991 ausgefüllte Umfragebögen, von denen wir diejenigen berücksichtigten, die mindestens zu zwei Dritteln ausgefüllt waren. Für jede Frage wird auch der prozentuale Anteil von Nichtantworten berücksichtigt.

## **Demographie**

Die Mehrheit der Befragten (53 Prozent) war männlich, 39 Prozent waren weiblich. Zwei Prozent gaben an, nicht antworten zu wollen (sechs Prozent antworteten nicht).

Dem Alter nach wurden sechs Kategorien gebildet. Die größte ist die der 56-65-Jährigen (32 Prozent der Befragten). Die anderen sind folgende: 16-25 mit 12 Prozent, 26- 35 mit 7 Prozent, 36-45 mit 6 Prozent, 46-55 mit 18 Prozent, 66-75 mit 20 Prozent und über 76 mit 4 Prozent. Ein Prozent gab keine Antwort.

In Bezug auf den Wohnort der Befragten kommen 34 Prozent aus einer Großstadt, 33 Prozent aus kleinen und mittleren Städten und 20 Prozent aus Dorfgemeinden. Der Rest kommt aus Vororten einer Großstadt (8 Prozent) und einem Bauernhof (1 Prozent). Fünf Prozent gaben keine Antwort.

Insgesamt hatten 35 Prozent unserer Probe eine bezahlte Arbeit, 36 Prozent waren pensioniert, 6 Prozent waren Studenten und nur 4 Prozent waren arbeitslos. (Fünf Prozent gaben keine Antwort.) Sechsenddreißig Prozent hatten einen höheren Bildungsabschluss und genau so viele gaben an, das Abitur zu besitzen. 18 Prozent hatten einen Berufsschulabschluss.



Was politische Ansichten anbelangt, fragten wir die Teilnehmer, für wen sie bei den letzten Parlamentswahlen gestimmt haben. Einundfünfzig Prozent sagten MSZP / Együtt / DK / PM / LMP. Achtzehn Prozent sagten für Fidesz/KDNP und dreizehn Prozent für die Jobbik. Fünf Prozent gaben an, nicht gewählt zu haben.) 9 Prozent machten keine Angaben. Dies weist auf eine deutlich mehr linksgerichtete Probe hin, als es die Bevölkerung insgesamt ist.

Diese Probe ist nicht vollkommen repräsentativ für die ungarische Bevölkerung und auch nicht für Facebook-Benutzer. Hier treffen die gleichen Vorbehalte zu, wie für die VK-Studie.

Wir fragten die Teilnehmer auch, für wen sie bei den Europawahlen im Mai 2014 gestimmt haben. Zweiundvierzig Prozent gaben an, für DK gestimmt zu haben, 16 Prozent für den Fidesz, 12 Prozent für die Jobbik und 4 Prozent für die MSZP.

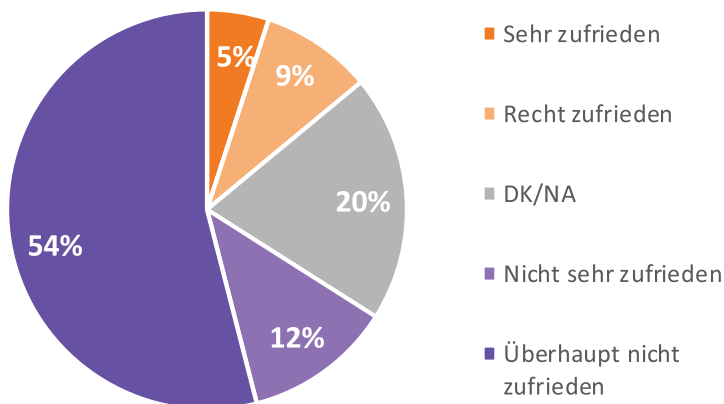
Gefragt wurden die Teilnehmer auch, wo sie sich im politischen Spektrum einordnen. Insgesamt antworteten 34 Prozent der Befragten mit „1“ (weit links), 13 Prozent mit „2“ (mittelinks), 13 Prozent mit „3“ (Mitte), 11 Prozent mit „4“ (mitterechts) und 22 Prozent mit „5“ (weit rechts). Sieben Prozent sagten, sie wissen es nicht. (Alle Nichtantworten wurden aus dieser Antwort entfernt.)

## Politische und soziale Haltungen

Den Teilnehmern wurde eine Reihe von Fragen zu ihrer Einstellung zu Demokratie, Meinungsfreiheit, Immigration sowie dazu gestellt, wie sehr sie sich über Freunde aus verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen freuen würden.

Konkret wurden die Teilnehmer gefragt: „Wie sehr sind Sie insgesamt mit der Demokratie in Ungarn zufrieden?“

### Zufriedenheit mit der Demokratie



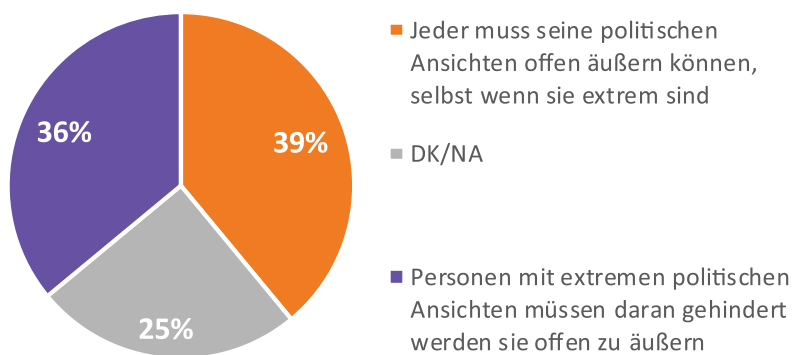
Dies weist darauf hin, dass die Befragten alles in allem nicht mit der Demokratie, wie sie in Ungarn praktiziert wird, zufrieden sind. Nur 14 Prozent der Befragten sind entweder sehr oder recht zufrieden.

Interessanterweise ergibt sich bei einer Aufgliederung nach der Stellung im politischen System eine sehr signifikante Differenz in der Art und Weise, wie die Fragen beantwortet wurden. Von denen, die „weit links“ („1“ im Spektrum) angaben, war nur 1 Prozent mit der Demokratie zufrieden. Dagegen waren von denjenigen, die „weit rechts“ („5“ im Spektrum) angaben, 18 Prozent mit der Demokratie zufrieden. Die Personen mit „1“ oder „2“ (weitlinks und mittellinks) waren eher unzufrieden als die mit „4“ oder „5“ (mitterecht und weit rechts).

Personen unter 35 Jahren waren weniger als die 36-Jährigen und Älteren zufrieden (obwohl dies auf eine dritte Variable, wie politische Ansichten, zurückgeführt werden kann). 58 Prozent der 36-Jährigen und Älteren waren „überhaupt nicht zufrieden“, verglichen mit 38 Prozent der unter 36-Jährigen.

Befragt wurden die Teilnehmer ferner nach ihren Ansichten zur Meinungsfreiheit. Die Frage richtete sich darauf, ob die Teilnehmer einer der beiden folgenden Aussagen zustimmen oder nicht: „Jeder muss seine politischen Ansichten offen äußern können, selbst wenn sie extrem sind.“ Zweite Aussage: „Personen mit extremen politischen Ansichten müssen daran gehindert werden sie offen zu äußern.“

### Meinungen zur Meinungsfreiheit



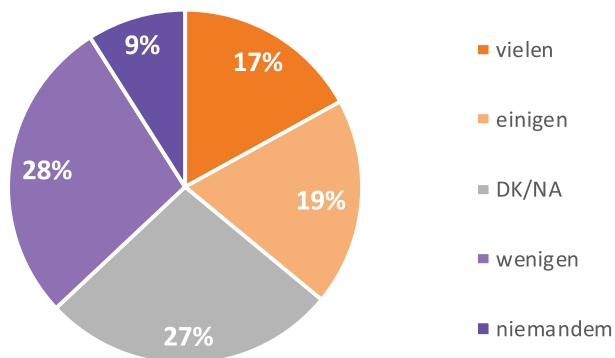
(19 Prozent der Teilnehmer antworteten auf die Frage nicht, und 6 Prozent sagten, sie wissen es nicht). Dies unterscheidet sich von den Ergebnissen im VK, wo ein größerer Anteil der Befragten sagte, dass jeder seine politischen Ansichten müsse offen äußern können. Wie zuvor gab es einen signifikanten Unterschied in Abhängigkeit davon, wo sich der Befragte im politischen Spektrum einordnete. Personen weit links dachten eher (57 Prozent), dass Menschen darin gehindert werden sollten, ihre Meinung offen zu äußern, als die Personen weit rechts im Spektrum (24 Prozent).

Auch das Alter schien Unterschiede zu verursachen: 49 Prozent der unter 36-Jährigen dachten, jeder sollte seine Meinung offen äußern können, verglichen zu 36 Prozent der 36-Jährigen und Älteren. (Und ähnlich fanden nur 14 Prozent der unter 36-Jährigen, dass extreme Ansichten nicht geäußert werden sollten, verglichen mit 41 Prozent der 36-Jährigen und Älteren.)

Den Teilnehmern wurde eine Frage zu ihren Ansichten über Immigration gestellt.

Im Gegensatz zu anderen Fragen bestehen bei einer Unterteilung nach den Positionen im politischen Spektrum nur geringe Differenzen zwischen den Gruppen. Zum Beispiel sagen 17 Prozent der Personen weit links, dass Ungarn viele aufnehmen sollte, verglichen zu 20 Prozent derjenigen weit rechts. Gleichfalls scheint das Alter auch keine größere Rolle zu spielen: 15 Prozent der unter 36-Jährigen sagen, Ungarn sollte viele Immigranten aufnehmen, verglichen zu 17 Prozent der 36-Jährigen und Älteren.

**Inwieweit sollte Ihrer Meinung nach Ungarn Angehörigen einer Rasse oder ethnischen Gruppe, die sich von der Mehrheit des ungarischen Volkes unterscheiden, gestatten, ins Vereinigte Königreich zu kommen und dort zu leben?**

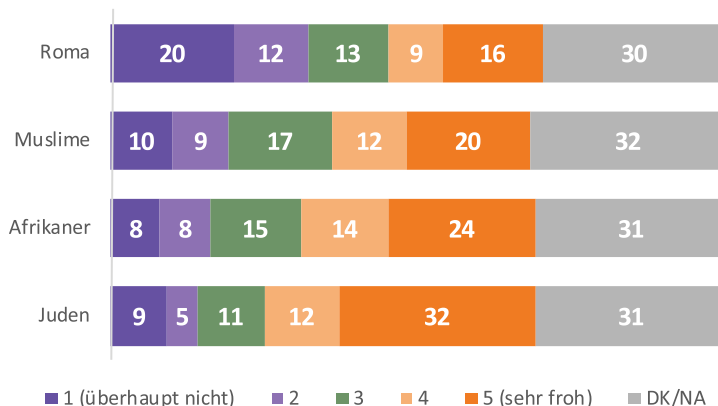


Befragt wurden die Teilnehmer des Weiteren zu ihren Ansichten über Schule und Lesben: „Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: Schule und Lesben sollten ihr eigenes Leben frei leben können.“ Insgesamt stimmten 54 Prozent der Befragten der Aussage zu oder stark zu und 22 Prozent nicht. Drei Prozent gaben an, sie wissen es nicht, und 22 Prozent gaben auf die Frage keine Antwort.

Den Teilnehmern wurden Fragen dazu gestellt, ob sie froh wären, wenn ihre Kinder Freunde aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen hätten (1 steht für „überhaupt nicht“ und 5 für „sehr froh“).

Insgesamt und ungeachtet der jeweiligen Gruppe würden sich diejenigen auf der linken des politischen Spektrums eher als die auf der rechten Seite freuen, wenn ihre Kinder Freunde aus verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen hätten, und Personen unter 36 Jahren freuen sich eher darüber als 36-Jährige und Ältere.

### Haltungen zu Freunden der eigenen Kinder aus verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen



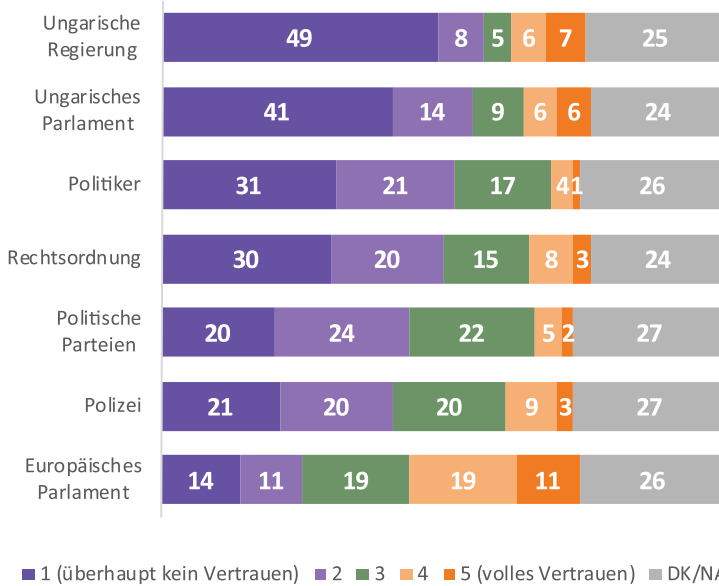
### Vertrauen in Institutionen

Wir stellten den Teilnehmern eine Reihe von Fragen in Bezug darauf, ob sie dazu tendieren, den verschiedenen politischen Institutionen zu vertrauen oder nicht, auf einer Skala von 1-5 (1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 5 für „volles Vertrauen“).

Nicht überraschend und im Einklang mit anderen Statistiken zu diesem Thema zeigen die Ergebnisse, dass keine Institution besonders großes Vertrauen genießt. Das geringe Vertrauen in die Rechtsordnung und die Polizei ist bemerkenswert (obwohl dies teilweise auch davon abhängt, wie es gemessen wird). Dies ändert sich auch nicht sehr mit Blick auf die Altersgruppen.

Im Gegensatz zum Vereinigten Königreich wird dem Europäischen Parlament mehr als der Landesregierung vertraut. Interessanterweise vertrauen unter 36-Jährige dem Europäischen Parlament weniger, als die 36-Jährigen und Älteren. Die mehr links stehenden Personen haben viel größeres Vertrauen als die rechts stehenden Personen.

## Vertrauen in Institutionen



Ein recht signifikanter Unterschied zeigt sich in Abhängigkeit davon, wo sich die Teilnehmer im politischen Spektrum einordnen. Diejenigen, die links oder weit links stehen, haben weit weniger Vertrauen in die ungarische Regierung als die, die rechts oder weit rechts stehen (wahrscheinlich, weil die derzeitige Regierung rechtskonservativ ist).

## Einstellungen zu Gewalt

Den Teilnehmern wurden vier Fragen hinsichtlich ihrer Einstellung zu Gewalt gestellt. Eine Reihe von Kombinationstabellen wurde mit den Antworten erstellt um zu bestimmen, ob zwischen den verschiedenen Antworten Korrelationen bestehen. Die mit interessanten Ergebnissen sind nachstehend aufgeführt.

### Wie sehr stimmen Sie folgender Aussage zu: Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele ist nie gerechtfertigt

Einverstanden und sehr einverstanden	67%
Nicht einverstanden und überhaupt nicht einverstanden	14%
Keine Antwort / weiß nicht	19%

Es besteht allgemeine Zustimmung dazu, dass die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele nie gerechtfertigt werden kann.

Personen, die sich in der Mitte des politischen Spektrums einordnen, stimmen der Aussage etwas mehr zu (78 Prozent), als solche auf der rechten Seite (74 Prozent), und etwas weniger, als die auf der linken Seite (79 Prozent). Hier handelt es sich um sehr geringe Differenzen.

36-Jährige und Ältere stimmen der Aussage etwas mehr zu (71 Prozent), verglichen mit den unter 36-Jährigen (52 Prozent), obwohl diese Differenz auch teilweise durch den höheren Anteil an Personen unter 36 bedingt ist, die sagten, sie "wissen es nicht". 16 Prozent der unter 36-Jährigen und 13 Prozent der 36-jährigen und Älteren stimmten nicht zu.

Personen, die der Rechtsordnung mehr vertrauen, stimmen auch eher zu, dass die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele nie gerechtfertigt ist. Vierundachtzig Prozent der Personen, die der Rechtsordnung vertrauen, stimmen obiger Aussage zu, verglichen mit 78 Prozent derjenigen, die kein Vertrauen in die Rechtsordnung haben.

### **Können Kämpfe mit der Polizei gerechtfertigt werden?**

Ja	50%
Weder Ja noch Nein	17%
Nein	6%
Keine Antwort / weiß nicht	27%

Bei dieser Frage scheint das Alter eine geringe Rolle zu spielen: 53 Prozent der 36-Jährigen und Älteren denken, dass Kämpfe mit der Polizei gerechtfertigt sind, verglichen zu 38 Prozent der unter 36-Jährigen. Es besteht eine geringe Korrelation, wie erwartet, zwischen dem Grad des Vertrauens in die Polizei und der Frage, ob Kämpfe mit der Polizei gerechtfertigt sind. 22 Prozent der Personen, die kein Vertrauen in die Polizei haben, sind der Meinung, Kämpfe mit ihr seien gerechtfertigt, verglichen mit 9 Prozent der Personen mit Vertrauen in die Polizei.

### **Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Ich würde mich nicht unwohl dabei fühlen jemanden zu schlagen, der es wirklich verdient hat.**

Einverstanden und sehr einverstanden	36%
Nicht einverstanden und überhaupt nicht einverstanden	40%
Keine Antwort / weiß nicht	24%

Bei diesen Fragen waren die Antworten denen im VK sehr ähnlich.

In einer Kombinationstabelle mit dem Alter bestehen nur geringe Unterschiede zwischen Personen unter 36 (44 Prozent sind einverstanden/sehr einverstanden) und 36-Jährigen und Älteren (34 Prozent sind einverstanden/sehr einverstanden).

Eine geringe Differenz ist bei der Zufriedenheit mit dem Leben zu erkennen. Neununddreißig Prozent der Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, stimmen dem zu, dass sie sich nicht unwohl dabei fühlen würden jemanden zu schlagen, verglichen mit 55 Prozent derjenigen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind.

**Terrorismus ist jeden Tag in den Nachrichten. Im Prinzip ist jeder gegen ihn, doch es gibt immer noch Platz für Meinungsunterschiede. Welcher Aussage würden Sie am ehesten zustimmen?**

Terrorismus aus gleich welchen Motiven muss immer verurteilt werden.	70%
Es kann bestimmte Umstände geben, unter denen Terrorismus ge-rechtfertigt ist.	8%
Keine Antwort / weiß nicht	22%

Unter den Altersgruppen gibt es recht große Unterschiede. Dreiundzwanzig Prozent der unter 36-Jährigen denken, dass Terrorismus unter bestimmten Umständen gerechtfertigt werden kann, verglichen mit 7 Prozent der 36-Jährigen und Älteren. Keine Überraschung ist die starke Affinität zwischen denen, die glauben, dass "die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele gerechtfertigt ist" und denjenigen, die glauben, dass "Terrorismus unter bestimmten Umständen gerechtfertigt werden kann". Achtzehn Prozent der Personen, die glauben, dass Gewalt zum Erreichen politischer Ziele vertretbar ist, sind der Meinung, dass Terrorismus unter bestimmten Umständen akzeptabel ist, verglichen mit 8 Prozent, die dies nicht glauben.

**Faktoren, die mit der Unterstützung von Gewalt korrelieren**

Diese Kombinationstabellen sind, wie oben angemerkt, weniger konsequent, als eine volle Regressionsanalyse die ein Konstanthalten anderer Variablen ermöglicht. Ähnlich der VK-Studie haben wir Befragte isoliert, die Gewalt über alle vier Szenarien hinweg befürworteten. Um besser vergleichbare Daten zu erhalten, haben wir in diesem Abschnitt aus einer jeden Frage die Keine-Antwort-Daten herausgenommen.

Insgesamt gab es 108 Befragte in Ungarn, die der Gewalt zustimmen (oder angeben, sie wissen es nicht) bei allen der obigen Fragen. Das ermöglichte eine genauere Untersuchung bestimmter demographischer Angaben und Haltungsergebnissen, die mit der Unterstützung von Gewalt korrelieren.

In Bezug auf das Alter waren 32 Prozent 16-25 Jahre alt, was mit Abstand die größte Altersgruppe war (die nächst größte war die der 46-55-Jährigen mit 19 Prozent. Die kleinste Alterskategorie war die der 76-85-Jährigen (1 Person) und danach die der 36-45-Jährigen (6 Personen oder 6 Prozent).

Keine Überraschung war, dass Männer dazu tendierten Gewalt zu befürworten – 69 Männer (67 Prozent), verglichen mit 26 Frauen (25 Prozent) und weiteren 8, die sagten, sie möchten lieber nicht antworten.

In Bezug auf den Wohnort unterstützten Gewalt am meisten die Personen, die kleinen und mittleren Städten wohnen: 47 Personen (oder 44 Prozent), und dies trotz der Tatsache, dass nur 33 Prozent der Befragten in kleinen und mittleren Städten wohnen.

Die Kategorie, die, nach Beschäftigung und Bildung betrachtet, Gewalt am ehesten unterstützte, war die der erwerbstätigen Personen (39 Personen oder 36 Prozent) und die, deren höchster Bildungsgrad das Abitur war (41 Personen oder 38 Prozent). Dies stimmt größtenteils mit den Prozentsätzen für die gesamte Umfrage überein.

Im Hinblick auf Parteipräferenzen gaben 41 (39 Prozent) der Befürworter von Gewalt an, bei den letzten Parlamentswahlen für die Jobbik gestimmt zu haben, und 24 Prozent sagten, sie stimmten für die MSZP / Együtt / DK / PM / MLP. Weitere 13 Prozent gaben an, sie haben nicht gewählt. Ähnlich verhält es sich im Falle der Europawahlergebnisse: 49 Prozent der Befürworter von Gewalt stimmten für die Jobbik und 15 Prozent für DK.

Dies unterscheidet sich sehr von der Probe insgesamt, wo nur 14 Prozent sagten, dass sie bei den letzten Parlamentswahlen für die Jobbik gestimmt haben, und sechs Prozent sagten, sie wissen es nicht. (Bei den Europawahlen im Mai 2014 sagten 50 Prozent, sie stimmten für DK und nur 14 Prozent gaben an, die Jobbik gewählt zu haben.)

Was den Links-Rechts-Split anbelangt, stimmten die Personen, die sich selbst als weit rechts einstufen (als "5" im politischen Spektrum von 1-5) am ehesten zu (42 Personen oder 40 Prozent). Bei der gesamten Probe waren nur 22 Prozent der Teilnehmer weit rechts, verglichen mit 34 Prozent der Befragten weit links.

In Bezug auf die Zufriedenheit mit der Demokratie sagten 79 Prozent derjenigen, die Gewalt zustimmen, auch, sie seien entweder „überhaupt nicht“ oder „nicht sehr“ mit der Demokratie zufrieden. Dies unterscheidet sich jedoch nicht signifikant von der Gesamtprobe, wo dieser Wert 80 Prozent beträgt.

Ähnlich sagten 75 Prozent der Befürworter von Gewalt, jeder sollte seine Meinung offen äußern können, selbst wenn sie extreme ist. Dies unterscheidet sich ausgesprochen signifikant von der gesamten Studie, wo nur 48 Prozent der Befragten dieser Aussage zustimmten.

Von den Befürwortern von Gewalt waren 46 Prozent der Ansicht, Ungarn sollte 'wenige' Personen einer anderen Rasse oder ethnischen Gruppe aufnehmen (verglichen mit nur 8 Prozent, die meinen, Ungarn sollte 'einige' aufnehmen und mit 9 Prozent, die dafür waren, 'viele' aufzunehmen). In der Probe insgesamt waren 36 Prozent der Ansicht, Ungarn sollte wenige aufnehmen, 24 Prozent waren für "einige" und 21 Prozent für "viele".

Bezüglich der Frage, ob es Schwulen und Lesben gestattet sein soll ihr eigenes Leben zu leben, antworteten 44 Prozent der Befürworter von Gewalt, dass sie dem zustimmen oder voll und ganz zustimmen. (Insgesamt stimmten 68 Prozent der Befragten zu oder voll und ganz zu.)



Hinsichtlich der Frage, wie die Befürworter von Gewalt sich bei dem Gedanken fühlen, ihre Kinder haben Freunde aus verschiedenen religiösen oder ethnischen Gruppen, war in jeder Kategorie die häufigste Antwort, dass sie sich „völlig unwohl“ fühlen würde, was sich auffällig von der Gesamtprobe unterscheidet – in jedem Fall tendierte die violente Subprobe eher dazu sich unwohl zu fühlen, besonders mit Blick auf Roma.

In Bezug auf das Vertrauen in Institutionen besteht die größte Differenz zwischen der violenten Subprobe und der Gesamtprobe darin, dass Letztere ausgesprochen mehr dazu tendierte, der Rechtsordnung und dem Europäischen Parlament zu misstrauen (deutlicher Unterschied zu den VK-Ergebnissen).

### Warum spielen soziale Medien eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von extremistischen Ideologien?

Im letzten Jahrzehnt fand eine bedeutende Veränderung im Medienzugang, sowie in der Medienherstellung und Medienkonsum statt, nämlich eine Verlagerung von Mainstream Medien zu internetbasierten Inhalten und sozialen Medien. Hasserfüllte oder beleidigende Inhalte waren im Internet von Anfang an da. Die Seite Stormfront, die zu den ersten hasserfüllten Webseiten gehört, ist mindestens schon seit den frühen 90ern online. Viele gehen aber davon aus, dass soziale Medien es einfacher gemacht haben, extreme oder beleidigende Meinungen zu veröffentlichen und zu verbreiten.

Rechtsextreme Parteien und Bewegungen sind gut aufgebaut, um rechtzeitige und aktive Nutzer der sozialen Medien zu werden: Einerseits können sie billige und schnelle Propaganda machen, andererseits rufen sie eine kohärente Gruppenidentität ins Leben und organisieren Events und Aktivitäten.<sup>106</sup>

Diese Studie untersucht eine Auswahl von populistischen, rechtsstehenden Facebook- und Twitter-Seiten, um darüber Aufschluss zu geben, wie diese Gruppen die sozialen Medien benutzen. Obwohl es immer mehr erkannt wird, dass diese Gruppen aktive Benutzer sozialer Medien sind, mangelt es an Forschungen, die die genaue Benutzungsart beschreiben.

Es ist wichtig zu betonen, dass sowohl Facebook, als auch Twitter Nutzungsbedingungen haben, die hassgefüllte und extremistische Gruppen von diesen Webseiten fernhalten. Z.B. ist bei Facebook verboten, Hassreden zu veröffentlichen: „Inhalte, die Personen basierend auf tatsächlicher oder empfundener Rasse, Ethnizität, nationaler Herkunft, Religion, Geschlecht, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderung oder Krankheit angreifen, sind nicht gestattet.“ Obwohl man auf diesen Seiten keine Hassreden zulässt, kommt es oft vor, dass einige Nutzer unangenehme oder störende Inhalte posten, die aber nicht gegen die Regelungen der Webseiten verstoßen.

### Methodik

Bei dieser Studie wurden sowohl Facebook, als auch Twitter unter die Lupe genommen. Der Grund, aus dem bei dieser Studie beide Seiten verwendet wurden, besteht darin, dass beide im Kreis der behandelten Gruppen sehr populär sind, sowie dass beide Forschern zulassen, Daten zu sammeln und sie zu analysieren und zwar auf einem relativ einfachen und strukturierten Weg.

Man kann mit vielen Methoden manuell Daten aus sozialen Medien ergattern, z.B. durch Sammeln, Kopieren, Screen grabbing, Notieren, und Speichern. In Fällen allerdings, wo mit einer großen Menge von Daten gearbeitet wird, ist das automatische Datensammeln die passendste Methode.

---

106 Siehe Demos (2012) *The New Face of Digital Populism* für einen Überblick.

Dies wird durch den Anschluss an das sog. „Application Programming Interface“ (API) einer Webseite vollzogen. API ist ein Portal, das als technischer Informationsregulator für Daten dient, die von einem sozialen Netzwerk verwaltet werden. Sie ermöglichen einem externen Computersystem, mit ihnen zu kommunizieren und sich Informationen vom sozialen Netzwerk einzuholen. Alle API haben unterschiedliche Zugangsregelungen: Datentypen, Datenformate und Erstellungsvolumen können sich voneinander unterscheiden.

Manche API bieten einen Rückblick auf die vergangenen Monate und Jahre, während andere sich lediglich auf frische Inhalte beschränken. Manche bieten eine Zufallsauswahl von den Netzwerksdaten, während andere Daten aufgrund der Abfrage des Forschers zur Verfügung stellen (im Allgemeinen nach Schlüsselwörtern der Analysten). Im Allgemeinen bieten alle API Daten in einem konsistenten, „strukturierten“ Format, und zwar in großen Mengen. Facebook und Twitter generieren auch sog. „Meta-Daten“, also Informationen über die Daten selber, Infos über die Nutzer, ihre Follower und Profilseiten. Die Meta-Daten können wertvolle Informationsquellen für Forscher der sozialen Netzwerke sein, sie enthalten oft Informationen über fast alles, von den Geräten der Nutzer bis zum Erstellungsdatum des Profils, Lokationen und Social Media Following.<sup>107</sup>

Es gibt mehrere Typen von API mit deren Hilfe man an die Facebook-Daten herankommen kann: Der Löwenanteil dieser wurde allerdings für Anwendungsentwickler entworfen, wie z.B. Public Feed API, Keyword Insights API, Marketing API und Atlas API<sup>108</sup>. Für diese Arbeit verwendeten das Public Feed API, das den Forschern einen Zugang zu allen Daten ermöglicht, die auf einer öffentlichen Facebook-Seite online gestellt wurden. (Der Zugang zu allen Facebook-Daten hängt von den Einstellungen vom Nutzer ab, der eingewilligt hat, die Informationen zu teilen. Die Datenschutzstrukturen von Facebook sind komplex - theoretisch können alle Nutzer für alle von ihnen veröffentlichten Daten eine andere Einstellung auswählen. Public Feed API erfasst nur Daten, die öffentlich zugänglich sind.)

Im Zuge der Verwendung des Public Feed API haben wir Daten von britischen und ungarischen Facebook-Seiten gesammelt. Wir verwendeten dabei „R“, ein open-source Software, das Forschern ermöglicht, an öffentlich zugänglichen Daten von öffentlichen Seiten heranzukommen. Diese Seiten wurden von Forschern aufgebaut, die Experten auf diesem Gebiet sind.

Wir haben auch Tweets über die API „Stream“ und „Search“ gesammelt. Das „Search“ API liefert eine Sammlung relevanter Tweets über ein Verzeichnis, das ca. eine Woche zurückblicken kann. Das „Stream“ API produziert ständig Tweets, die zahlreiche Schlüsselwörter für den Forscher enthalten, und zwar real time, so wie sie erstellt werden. Die Identifikation der einzelnen Accounts ermöglicht den Forschern, die letzten 3200 Tweets des Accounts zusammenzusammeln.

---

107 C Miller, 'Social Action on Social Media', Nesta Working Paper, Working Paper Series (Nesta: 2015)

108 <https://developers.facebook.com/docs/graph-api/other-apis>

Diese werden dann zum eigenen Computer des Forschers weitergeleitet in Form einer Json-Datei, die dann den Gegenstand der Analyse bilden kann. Die Daten analysierten wir mit Hilfe eines Softwarepackets, das sich Qlik nennt. Im Fall von Facebook führten wir an den Daten eine Reihe von Analysen durch.

In beiden Fällen hatten wir vor, weder persönliche Informationen über Nutzer zu sammeln, noch versucht einzelne Nutzer zu identifizieren. Wir blendeten alle Nutzernamen und Zitate aus, damit konnten wir ausschließen, dass einzelne Nutzer identifiziert werden können, wir löschten alle Daten nach der Vollziehung der Analyse. (Trotzdem haben wir uns dafür entschieden, die Accounts einiger größeren Organisationen zu erwähnen). Das Ziel war, wichtige Verhaltensmuster nachvollziehen zu können. Im Fall von Facebook haben wir weder Daten von Gruppen- bzw. Privatseiten noch Daten von geschlossenen Seiten gesammelt. Wir hatten weder persönliche Informationen über Nutzer gesammelt, noch die Identifizierung einzelner Nutzer versucht. In Fällen, wo ein Nutzernamen oder ID ohne Absicht miteinbezogen wurde, wurde es gelöscht.

Es ist wichtig zu betonen, dass diese in vielen Fällen durchaus experimentale Methoden sind. Es gibt keine feststehende „best Practices“, um Daten dieser Art zu sammeln und zu analysieren. Weiterhin ist das eine Studie zur Festlegung des Untersuchungsrahmens. Die Ergebnisse müssen also mit Vorbehalt gelesen werden.

## Ergebnisse aus dem Vereinigten Königreich

### *Facebook*

Wir sammelten insgesamt 497 Posts über einen Zeitraum von zwei Monaten im Vereinigten Königreich und zwar aus zehn rechtspopulistischen Gruppen, insgesamt, 930145 Interaktionen (Gefällt-mir-Angaben, geteilte Inhalte und Kommentare). Wir versuchten eine große Auswahl von Gruppen zu untersuchen, die auf Facebook da sind und welche, die mit den untersuchten ungarischen Gruppen vergleichbar sind. Anhand von Forschungserfahrungen wählten wir die folgenden Gruppen aus: Britain First<sup>109</sup>, British National Party<sup>110</sup>, English Defence League (EDL)<sup>111</sup>, EDL Forum<sup>112</sup>, English Nationalist Alliance<sup>113</sup>, I Am Proud to be British<sup>114</sup>, Infidels of Britain<sup>115</sup>, Send the SAS to Catch Jihadi John<sup>116</sup>, South Wales British Movement<sup>117</sup>, and the Yorkshire Angels<sup>118</sup> (eine

---

109 <https://www.facebook.com/OfficialBritainFirst?fref=ts>

110 <https://www.facebook.com/OfficialBritishNationalParty?fref=ts>

111 <https://www.facebook.com/EDL-English-Defence-League-238696516197018/timeline/>

112 <https://www.facebook.com/English-Defence-League-EDL-Forums-130356320328490/timeline/>

113 <https://www.facebook.com/English-Nationalist-Alliance-170875669635671/timeline/>

114 <https://www.facebook.com/ImProud2BeBritish?fref=ts>

115 <https://www.facebook.com/INFIDELS-OF-BRITAIN-352629524764287/timeline/>

116 <https://www.facebook.com/CatchJihadiJohn?fref=ts>

117 <https://www.facebook.com/South-Wales-British-Movement-775558882477451/timeline/>

118 <https://www.facebook.com/Yorkshire-Angels-English-defence-league-168144953236977/timeline/>

Frauenuntergruppe von EDL). Es gibt allerdings wesentlich mehr Facebook-Gruppen, die Gegenstand dieser Untersuchung hätten werden können, es gibt z.B. mindestens 20 EDL Seiten, die auf regionaler Ebene betrieben werden.

Es ist wichtig zu betonen, dass wir nicht behaupten, dass die hierbei untersuchten Seiten oder Inhalte hassgefüllt wären. Stattdessen fokussierten wir im Rahmen dieser Studie auf rechtspopulistische Facebook-Seiten, die Posten oder Teile hasserfüllter Inhalte beschuldigt werden. Wir nennen diese durchaus „rechtspopulistische“ Seiten, und haben festgestellt, dass auf diesen sehr vielfältige Inhalte gepostet und geteilt werden. Der Begriff „Post“ bezieht sich in diesem Fall auf die Veröffentlichungen, die von den Administratoren der jeweiligen Seite durchgeführt werden.

### **Allgemeine Daten über Größe bzw. Ausmaß**

Wenn man die Gefällt-mir-Angaben betrachtet, ist die britische Seite Britain First die beliebteste ihrer Sorte in Europa: Sie hat 569 tausend Gefällt-mir-Angaben und eine Gesamtreichweite von 51 Nutzern zur Zeit der Erstellung dieser Studie<sup>119</sup>. (Diese Angaben sind nur für Administratoren der Seiten zugänglich. Sie wurden vom Administrator der Seite Britain First selber gepostet.)

Im Durchschnitt verfügen die Posts über Interaktionen in Höhe von 1871 (Gefällt-mir-Angaben, Kommentare und geteilte Inhalte insgesamt). Diese Angaben werden aber von einigen sehr attraktiven Posts verdreht. Wenn man also die ersten zehn beliebtesten Posts außer Acht lässt, kommt man auf einen Durchschnitt von 1200).

Dahinter steckt aber eine beachtliche Schwankung. Der beliebteste Inhalt hatte z.B. mehr als 100 tausend Interaktionen (s. unten), er wurde von der Gruppe Britain First gepostet. (Siehe unten). Das ist ein Bild von Prinz Harry und William. Ein typischer Britain First Inhalt, der von keiner direkten politischen Natur ist. Im Gegensatz dazu haben 30% der Posts weniger als 100 Interaktionen. Das zeigt sehr gut, wie eine kleine Zahl von sehr populären oder viralen Posts eine dramatisch hohe Reichweite haben können (was mindestens die online Reichweite betrifft), während die Mehrzahl der Posts über eine relativ kleine Reichweite verfügen.

---

119 At the end of September, 2015 number of page likes was almost 924 thousand.

### Das populärste Facebook-Post<sup>120</sup>



### Eine Netzwerk- bzw. Mitgliedschaftsanalyse, und wie diese die geteilten Inhalte beeinflussen.

Um besser zu verstehen, wie Ideen und Informationen über diese Seiten fließen, haben wir die UK-Seiten ausgewählt und untersuchten den Ausmaß zu den Personen, die zu der einen Seite kommentierten, auch zu einer anderen kommentierten. Die Daten wurden über R aus dem API von Facebook genommen und wurden durch Gephi visualisiert, das ein open source network analysis tool ist.

Die Bilder unten zeigen, wie die Nutzer zu Gruppen zugeordnet wurden, in denen sie aktiv sind, bzw. wie aktiv sie im Vergleich zu ihrer eigenen Altersgruppe sind. Das ist der sog. "Edge-rank".

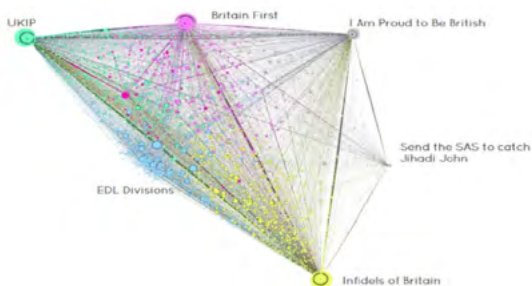
Um einen Plan über das Netzwerk entwickeln zu können, haben wir unsere Probe durch 92 Facebook-Seiten ergänzt, die 54 495 Einzelnutzer hatten, die 159 437 Kommentare auf den Seiten gepostet haben. (Dies wurde anhand des Kommentaresammelns und Ermittlung der einzelnen Nutzer-ID-s errechnet). Wir haben unsere Probe ergänzt um einen deutlicheren Netzwerksplan entwickeln zu können, da wir wissen wollten, wie unsere Seiten zu einem größeren Kreis von Nutzern passen.

---

<sup>120</sup> <https://www.facebook.com/OfficialBritainFirst/photos/a.347167375428530.1073741829.300455573433044/573245729487359/?type=3&theater>

Um diese Ergänzung durchzuführen, nahmen wir auch zahlreiche UKIP (UK Independence Party) Facebook-Seiten, sowie regionale EDL-Seiten unter die Lupe. Aus der Analyse geht hervor, dass 16,2 % der Nutzer auf zwei oder mehr Seiten aktiv waren, 1,3 % sogar auf vier oder mehr. Daraus lässt sich die Folgerung schließen, dass eine Kleinzahl von sehr aktiven Nutzern auf vielen Seiten Inhalte erstellt.

## Nutzernetzwerke

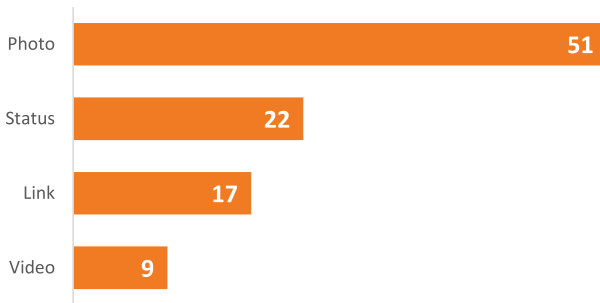


## Was für Posts die wirksamsten sind, wenn es um die Reichweite geht

Um festzustellen, welche Posts die erfolgreichsten sind, wenn es darum geht, ein möglichst breites Publikum anzusprechen, untersuchten wir a) das Format b) den Inhalt und Ton der Posts.

Facebook API Daten ermöglichen Forschern die Feststellung der Post-Formate, die zu vier Kategorien zugeordnet werden, nämlich zu Links, Fotos, Videos und Statusmeldungen. Die Zahlen zeigen, welches Format auf den betroffenen Seiten am meisten verbreitet ist. Fotos sind sehr beliebt bei diesen Gruppen: Das zeigt wie wichtig die visuelle Darstellung für sie ist.

### Inhalte (gerundet auf die nächste Prozentzahl)



### Analyse des Postinhalts

Um ein nuancierteres Bild darüber zu bekommen, welche Inhaltstypen und welcher Ton die erfolgreichsten sind, analysierten wir 129 Posts mit den meisten Interaktionen und den Inhalt der 597 Posts auf diesen Seiten. Wir ordneten diese zu Kategorien Postinhalt und Ton des Posts zu. (Die Kategorien wurden von Forschern anhand der Kodierungskategorien, die für diese Forschung aufgestellt worden waren, festgelegt. Wir ermittelten die Beliebtheit der Posts anhand der erhaltenen Interaktionen).<sup>121</sup>

Inhalt	Durchschnitt aller Interaktionen	Ergebnis / Kategorie
Attack	27,302	2
Kommentar	28,005	48
News	9,978	60
Frage	8,825	19
<b>Grand Total</b>	<b>16,785</b>	<b>129</b>

Ton	Durchschnitt aller Interaktionen	Ergebnis / Ton
Wütend	14,857	61
Feierlich	19,451	30
Neutral	17,775	38
<b>Grand Total</b>	<b>16,785</b>	<b>129</b>

<sup>121</sup> In manchen Fällen waren die Proben zu klein um genauen Prozentsätzen Vertrauen schenken zu können, diese dienen also nur als Illustrationen.



Der beliebteste auf rechtspopulistischen Seiten war der „feierliche“ Ton, wie z.B. in Fällen von Erinnerungen an Kriegsgefallene oder patriotischen Stolz (oft mit Bild)<sup>122</sup>. Der beliebteste Postinhalt ist der Kommentar, den wir als übergreifende Kategorie definierten, die sich auf einen Inhalt bezieht, der von der Seite erstellt oder geteilt wird. Man kommentiert eine Situation ohne die notwendigen externen Quellen zu nennen. Diese hohen Durchschnittswerte konnten erreicht werden, da diese von einer kleinen Zahl sehr beliebter geteilter Inhalte in die Höhe geschossen wurden.

5% aller Kommentare auf den Seiten wurde zur Kategorie Gegenrede zugeordnet, der Begriff bezieht sich auf Kommentare, die mit der im Post veröffentlichten Meinung nicht einverstanden waren, oder eine Alternative, oder positivere Nachricht geschildert haben.

## *Twitter*

Forscher erstellten eine Sammlung von 30 sog. Seed-Accounts, als Grundlage diente, so weit, wie möglich eine ähnliche Auswahl von Gruppen, wie bei den Facebook-Seiten. Diese öffentlichen Accounts, von denen Forscher wissen, dass sie aktive und offene Anhänger der English Defence League (eine antiislamische Bewegung im Vereinigten Königreich) oder der British National Party sind. Ausgehend von den Seed-Accounts erstellten wir ein Netzwerk von Nutzern, die diesen Accounts folgten, danach sammelten wir Posts, die von diesen Nutzern in den vergangenen drei Monaten erstellt wurden. Wir haben alle Accounts anonymisiert und keine Namen der einzelnen Users genannt, sowie keine Posts miteinbezogen, um den Datenschutz zu gewähren. Das Ziel des Netzwerks war, die Eigenschaften der Nutzernetzwerke besser kennen zu lernen.

## **Netzwerkstruktur**

Wir konnten mit dem Aufbau des oben beschriebenen Netzwerks die allgemeine Struktur von diesem Nutzernetzwerk im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Accounts auf Twitter feststellen.

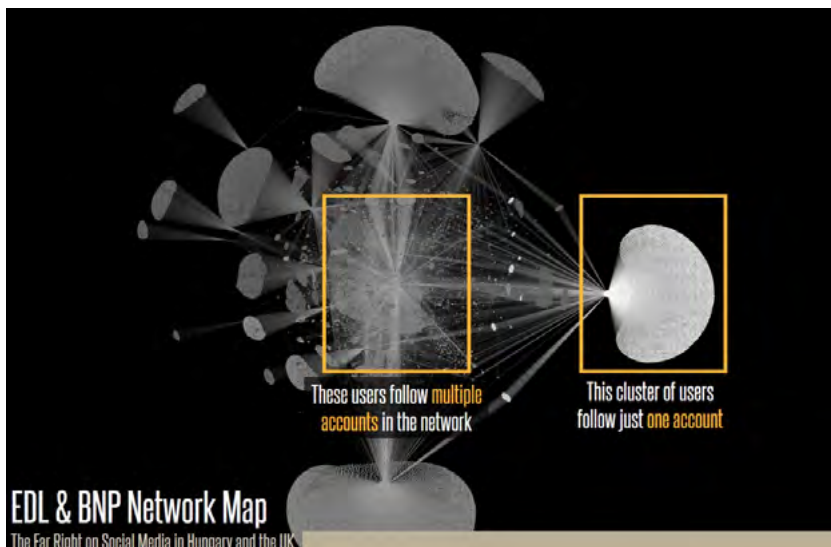
Aufgrund unserer Analyse fanden wir insgesamt 46 000 Nutzer im Netzwerk. Von denen folgen 8000 mindestens zwei anderen Nutzern, ca. 3700 folgen mindestens drei, und 1500 mindestens 5. 296 - sie könnte man als Hardcore-Netzwerk benennen - folgen mindestens zehn.

Wir untersuchten die 46000 Accounts und erstellten einen Netzwerksplan, um die Größe festzustellen, in der verschiedene Nutzer mehreren Accounts innerhalb des Netzwerks folgen. Die Pläne wurden mit Hilfe von Gephi, einem Open-Source-Network-Analysis-Tool, erstellt. Wir zeichneten alle Nutzer und Seiten auf der Karte ein. Wenn ein Nutzer mit einem Post in Interaktion getreten ist, wurde zwischen den zwei Nutzern eine Linie gezogen.

---

122 Ein feierlicher Inhalt ist, der die Seite oder ihre Wertbe bejubelt.

Wie das auch aus dem Diagramm unten hervorgeht, gibt es kleinere Gruppen von Aktivitäten, die nicht immer ins ganze Netzwerk eingebettet sind. Die Gruppe auf der rechten Seite des Diagramms stellt die Anhänger der British National Party dar - das erklärt die Tatsache, dass diese Nutzer nur einem einzigen Account des Netzwerks folgen und keinen anderen Nutzern.



## Wie aktiv waren die Nutzer?

Von den 1500 Core Accounts waren 1040 in den letzten drei Monaten aktiv (69% der Gesamtmenge). Als wir Daten von diesen sammelten, kamen wir darauf, dass die Nutzer in diesem Zeitraum 795 000 Tweets erstellt hatten. Der Durchschnitt lag bei ca. 760 Tweets pro Account in diesem Zeitraum, d.h. 8 Tweets / Tag / Account.

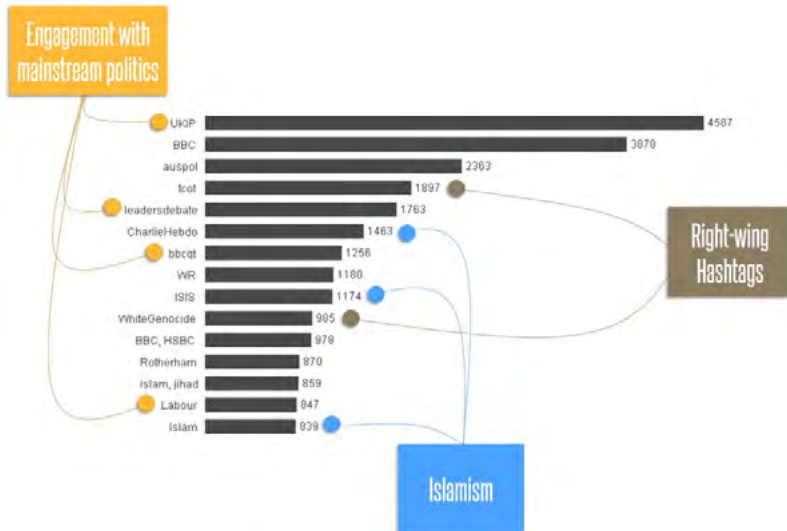
Um den Inhalt, der von diesen Nutzern gepostet wird, besser zu verstehen, sammelten wir die häufigsten Hashtags, die in diesen Tweets vorkommen<sup>123</sup>. Die Tabelle unten zeigt die 15 häufigsten Hashtags, die in diesem Zeitraum von drei Monaten verwendet wurden und ihre Häufigkeit. Das sagt uns vieles.

- Erstens gibt es viel Engagement im Zusammenhang mit Berichten und Inhalten in den Mainstream-Medien. „UKIP“, „the BBC“ und „BBC Question time“ sind alle sehr beliebte Hashtags im Netzwerk: Sie beziehen sich auf irgendeiner Art und Weise auf Mainstream-Inhalte.
- Zweitens gibt es, genau, wie erwartet, eine große Menge an Diskussionen im Zusammenhang mit dem Islam und dem Islamismus.

<sup>123</sup> Ein Hashtag ist im Allgemeinen nur ein Wort, vor dem ein # -Zeichen steht. Man verwendet sie, damit Inhalte von anderen Nutzern einfacher gefunden werden können, die auf Twitter auf der Suche nach diesen Hashtags sind.

- Letztens verwendete das Netzwerk Hashtags, die mit rechter (oder rechtsextrem-mischtischer) Politik assoziiert werden. „Tcot“ bezieht sich auf ‘Top Conservatives On Twitter’ und ist vor allem in den USA gebräuchlich. Ein noch extremeres Beispiel: „WhiteGenocide“ ist ein Ausdruck, der oft von rechtsextremisten verwendet wird, um zu beschreiben, was sie unter einer allgemeinen Diminution der weißen Rasse auf der Welt verstehen - typischer Weise als ein Teil einer koordinierten Handlung von dunklen Gruppen.

## Die häufigsten Hashtags



Im ganzen Netzwerk suchten wir nach dem beliebtesten einfachen Tweet. Es hängt mit einem Aufruf eines Nutzers, die Burka im Vereinigten Königreich zu verbannen, zusammen. Es beinhaltet ein Bild und motivierte andere Nutzer dazu, es weiterzutweeten, das in 3815 Fällen auch erfolgt ist. Andere zum Weitertweeten der Inhalte zu bringen ist eine verbreitete Strategie, um die Reichweite zu erhöhen. Es ist durchaus nicht möglich festzustellen, wieviele Nutzer das tatsächlich gesehen haben könnten, obwohl es wahrscheinlich ist, dass es mehrere hunderttausende getan haben.

## Ergebnisse aus Ungarn

### *Facebook*

Zwischen Februar 2014 und Juni 2015 sammelten wir 13 877 Posts von 18 öffentlichen ungarischen Facebook-Seiten, das ergab eine Gesamtinteraktion in Höhe von 3 501 055 (Gefällt-mir-Angaben, Kommentare und geteilte Inhalte insgesamt). Die Mehrheit der ausgewählten Facebook-Seiten waren im Zusammenhang mit rechtsextremen Gruppen oder Bewegungen, manche unterstützten eine pro-russische Propaganda, eine kleinere Zahl könnte man als Verbreiter von militaristischen- oder Verschwörungstheorien einstufen. Diese Seiten wurden von Forschern anhand ihres einschlägigen Wissens ausgewählt (aber nicht genannt, um den persönlichen Datenschutz zu sichern - nur die größten Seiten werden mit Namen erwähnt). Wie oben, haben wir auch hier keine Informationen von privaten oder passwortgeschützten Seiten genommen. Wie bei der UK-Untersuchung, ist es wichtig zu betonen, dass wir nicht behaupten, dass die hierbei untersuchten Seiten oder Inhalte hasserfüllt wären. Stattdessen fokussierten wir auf ungarische rechtsextremistische, militaristische und Verschwörungstheorien verbreitende Facebook-Seiten, die oft beschuldigt werden, Raum für viele hasserfüllten Inhalte, die gepostet und geteilt werden, anzubieten.

### **Allgemeine Daten über Größe bzw. Ausmaß**

Unter den Seiten, die wir unter die Lupe nahmen, war die offizielle Seite von Jobbik die beliebteste, mit 298 876 Gefällt-mir-Angaben) am Ende September 2015.

Im Durchschnitt verfügen die Posts über Interaktionen in Höhe von 252 (Gefällt-mir-Angaben, Kommentare und geteilte Inhalte insgesamt). Das sind deutlich weniger Durchschnittsinteraktionen, als im Vereinigten Königreich (1871). Das populärste Post erschien auf der Jobbik-Seite: Es hatte 40 842 Interaktionen (29 134 Gefällt-mir-Angaben, 732 Kommentare und 10 976 geteilte Inhalte). Es war ein feierliches Bild, das aus dem Anlass des Internationalen Frauentages gepostet wurde: Auf dem Bild waren junge Frauen in traditionaler ungarischer Kleidung an einer Hochzeit zu sehen.

### Das populärste Facebook post<sup>124</sup>



Die Zahl der vom zweiten Post hervorgerufenen Interaktionen erreichte nur die Hälfte davon. Von den fünf beliebtesten Posts, die auf der Facebook-Seite von Jobbik erschienen sind, waren aber nur zwei feierlich: Eins war regierungskritisch (protestierte gegen die von der Regierung geplante Internetsteuer), eins war nationalistisch (warb für Busse, die in Ungarn hergestellt werden), eins kritisierte die Polizei, und das andere feierliche Post feierte den ersten Wahlkreissieg von Jobbik.

124 <https://www.facebook.com/JobbikMagyarorszagertMozgalom/photos/a.10152008068391405.1073741874.287770891404/10153043631511405/?type=1>

## Platz 2 bis 6 der beliebtesten Facebook posts



**A FELVIDÉKI NEM SZLOVÁK!  
A KÁRPÁTALJAI NEM UKRÁN!  
A DÉLVIDÉKI NEM SZERB!  
AZ ERDÉLYI NEM ROMÁN!  
ŐK IS MAGYAROK!  
EGYETÉRTESZ? OSZD MEG!**

www.fb.com/JobbraAt

Da die Facebook-Seite von Jobbik die beliebteste unter den hier Untersuchten ist, ist das keine Überraschung, dass unter den 85 beliebtesten Posts, nur eins<sup>125</sup> anderswo gepostet wurde (Jobbra Át, or „Ab nach rechts“). Das hier ist ein Bild, dass zeigt, dass Ungarn, die in den Nachbarländern leben (die vor dem Friedensvertrag von Trianon zu Großungarn gehörten) auch Teil der ungarischen Nation sind. Dieses Post belegte den Platz 6 mit 13 292 Interaktionen (davon machten einen Großteil die geteilten Inhalte aus - 11 768).

<sup>125</sup> <https://www.facebook.com/JobbraAt/photos/a.201859210010910.1073741828.201838506679647/349345621928934/?type=1>

Die 100 beliebtesten Posts (die Reihenfolge wurde nach Zahl der Interaktionen aufgestellt) sind überwiegend Fotos (89 Fotos, 10 Links und ein Video).

Es ist wichtig zu erwähnen, dass ein Post, die Inhalte von Alfahír.hu verlinkte (Ein Jobbik-nahes Internetportal), 10 551 Interaktionen generierte. Der Artikel<sup>126</sup> berichtete über Straftaten die von Roma an junge nicht-Roma-Ungarn verübt worden sind. Diese große Beliebtheit zeigt, wie die Anti-Roma-Einstellungen in der ungarischen Gesellschaft vorhanden und eingebettet sind, vor allem was die Jobbik-Anhänger betrifft<sup>127</sup>.

## Nutzernetzwerke

Um besser zu verstehen, wie Ideen und Informationen über die ausgewählten ungarischen Seiten fließen, haben wir die Zahl der Personen ermittelt, die zu der einen Seite und auch zu anderen kommentierten. Die Daten wurden über R aus dem API von Facebook genommen und wurden durch Gephi visualisiert, das ein Open-Source-Network-Analysis-Tool ist.

Unser Untersuchungsvolumen beträgt 39 514 einzelne Nutzer, die 168 334 Kommentare zu diesen Seiten abgegeben haben. (Dies wurde anhand des Kommentaresammelns und Ermittlung der einzelnen Nutzer-ID-s errechnet).

Die Mehrheit war nur auf einer Seite aktiv (83%). Weitere 12% waren auf zwei Zeiten aktiv, und kaum mehr als 5% auf mindestens 3 Seiten. Was die Zahl der Kommentare betrifft, ist die beliebteste Seite die von Jobbik, mit 124 303 Kommentaren von 30 691 Einzelnutzern bei den letzten 1000 Posts zwischen 13.10.2013 und 24.7.2015. Den zweiten Platz belegt die Seite Alfahír, mit 29 265 Kommentaren von 6534 Einzelnutzern bei den letzten 1000 Posts. (Diese tausend Posts entstanden seit April 2015, d.h. während die Jobbik-Seite wesentlich größer ist, ist man bei Alfahír aktiver). In beiden Fällen initiieren diese Kommentare eine Diskussion, Antworten auf das Ausgangskommentar.

Mehr als die Hälfte der aktiven Nutzer kommentierten nur ein Post (52,75%). 15,6% kommentierten zweimal. 84% der aktiven Nutzer kommentierten nicht mehr als fünfmal. Nur 8% haben mehr als 10 Kommentare abgegeben.

Die Graphik unten zeigt, wie die Nutzer zu Gruppen zugeordnet wurden, in denen sie aktiv sind, bzw. wie aktiv sie im Vergleich zu ihrer eigenen Altersgruppe sind. Das ist der sog. "Edge-rank". Die Gruppen von blauen Punkten sind mit nur einer Facebook-Seite verbunden (orange), dies stellt die Nutzer dar, die nur eine Seite kommentierten. Gruppen, die mit mehr als einer Seite verbunden sind, enthalten Nutzer, die auf mehr als einer Seite aktiv waren.

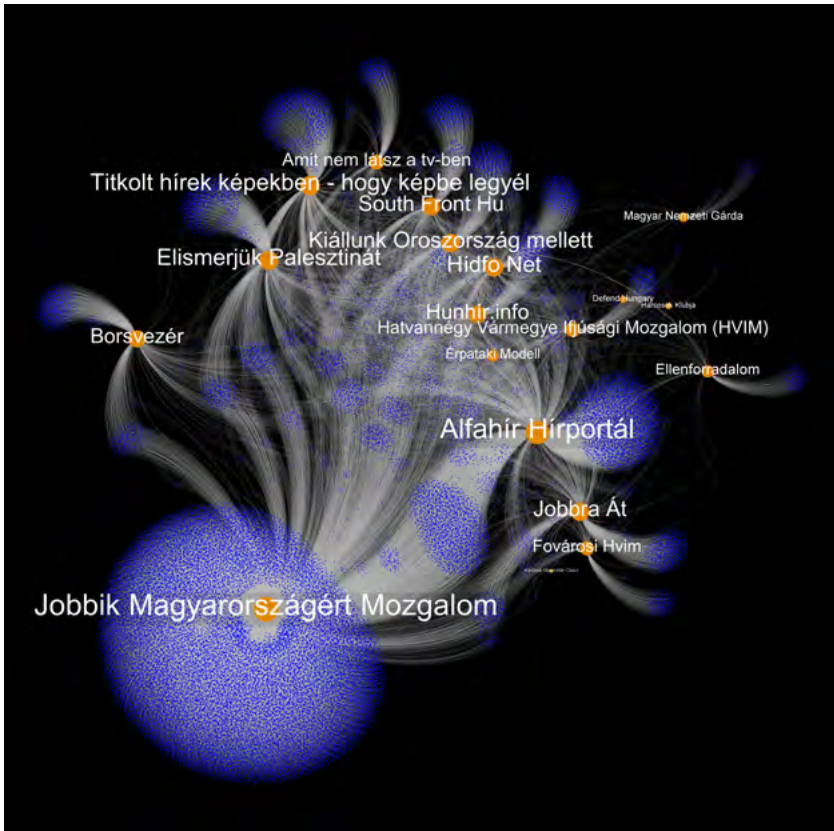
---

126 [http://alfahir.hu/ugy\\_megverte\\_a\\_cigany\\_gyerek\\_az\\_iskolaban\\_hogy\\_koponyatorese\\_lett](http://alfahir.hu/ugy_megverte_a_cigany_gyerek_az_iskolaban_hogy_koponyatorese_lett)

127 Bernát, Juhász, Krekó, Molnár: *The roots of radicalism and anti-Roma attitudes on the far right*, 2013. Available online: [http://www.tarki.hu/en/news/2013/items/20130305\\_bernát\\_juhász\\_kreko\\_molnar.pdf](http://www.tarki.hu/en/news/2013/items/20130305_bernát_juhász_kreko_molnar.pdf)



## Nutzernetzwerke



Wie oben bemerkt, steht Jobbik auf Platz eins anhand der erhaltenen Kommentare, die Mehrheit dieser Nutzer sind aber nur auf dieser einen Seite aktiv. Auf der oberen Hälfte der Abbildung kann man die pro-russischen Seiten nah zu einander beobachten. Das heißt, dass ein Großteil der Nutzer auf mehr als zwei Seiten von denen aktiv sind. Die Verschwörungsseiten scheinen alleine zu stehen - auf der Abbildung oben, aber wegen ihrer gemeinsamen Kommentierenden sind sie auch Teil des Netzwerks.

### Die Flüchtlingskrise auf den Facebook-Seiten von Jobbik und Alfahír

Jobbik nimmt eine extrem flüchtlingsfeindliche (nationalistische) Stellung zur aktuellen Flüchtlingskrise ein. Das kommt auch auf ihrer Facebook-Seite auch klar herüber - die Mehrheit ihrer Posts betrafen diese Angelegenheit. Um detailliert zu erfassen, wie diese Posts verbreitet werden, führen wir eine weitere Untersuchung von den Seiten Jobbik und Alfahír durch, und zwar im Zeitraum vom 12. bis zum 17. September 2015.



Wir untersuchten 118 Posts, die in diesem Zeitraum erschienen sind und erstellten einen Netzwerksplan, um darzustellen, wie die einzelnen Users mit diesen Posts in Interaktion getreten sind. Wir zeichneten alle Posts auf dem Plan mit gelben Punkten ein. Einzelne Nutzer, die aktiv bei diesen Posts waren (Gefällt-mir-Angaben, Kommentare, geteilte Inhalte), sind mit blauen Punkten dargestellt. Wenn ein Nutzer mit einem Post in Interaktion getreten ist, wurde zwischen den zwei Punkten eine Linie gezogen. Nutzer, die viele Linien haben, traten mit mehreren Posts in Interaktion.

Das Diagramm unten zeigt, wie die Posts zu zwei getrennten Gruppen zugeordnet wurden. In der oberen Gruppe stehen die Posts von der Jobbik-Facebook-Seite, während unten die Alfahír posts zu finden sind. Man kann einige Linien beobachten, die die zwei Gruppen verbinden, d.h. es gab Nutzer, die mit Posts von beiden Seiten in Interaktion getreten sind. 8% der Nutzer haben sowohl Jobbik, als auch Alfahír-Posts gefallen, während 73% nur für Jobbik und 19% nur für Alfahír Likes abgegeben hat. D.h. Jobbik hat ein viel größeres Publikum von ihrer Facebook-Seite, als Alfahír erreicht. Einige Posts (markiert auf der Abbildung) waren sehr beliebt und viele traten in Interaktion mit denen, die sonst auf diesen Seiten nicht aktiv waren (die großen blauen Punkte mit nur einer Verbindung). Das heißt, dass diese Bilder für wesentlich mehr Aufmerksamkeit von Nutzern, die keine Jobbik-Anhänger sind, sorgen konnten.



## Twitter

Die Forscher behandelten 24 Twitter „Seed Accounts“ aus Ungarn. Diese waren Accounts, die bei Forschern dafür bekannt waren, dass sie aktive und offene Jobbik-Anhänger sind (regionale und lokale Parteiorganisationen) Ausgehend von den Seed-Accounts erstellten wir ein Netzwerk von Nutzern, die diesen Accounts folgten, danach sammelten wir Posts, die von diesen Nutzern in den vergangenen drei Monaten erstellt wurden.

### Netzwerkstruktur

Wir untersuchten, in welchem Ausmaß die verschiedenen Nutzer mehreren Accounts innerhalb des Netzwerks folgen. Wie das auch aus den Daten unten hervorgeht, gibt es kleinere Gruppen von Aktivitäten, die nicht immer ins ganze Netzwerk eingebettet sind. Die Gruppe rechts unten stellt die Anhänger des offiziellen Twitter Accounts von Jobbik dar: Das zeigt die Tatsache, dass diese Nutzer nur einem einzigen Account gefolgt haben, und keinen anderen Nutzern, genau wie wir das bei der BNP im Vereinigten Königreich gefunden haben.



### Jobbik Network Map

The Far Right on Social Media in Hungary and the UK

## Wie aktiv waren die Nutzer?

Wir identifizierten 499 „Core Accounts“, die mindestens vier anderen im Netzwerk gefolgt haben. Unter denen waren allerdings nur 127 einzelne Nutzer in den vergangenen drei Monaten aktiv (ca. 25% der ganzen Menge, wesentlich weniger, als bei den Briten). Als wir Daten von diesen sammelten, kamen wir darauf, dass die Nutzer in diesem Zeitraum 29 469 Tweets erstellt hatten. Der Durchschnitt lag bei ca. 232 Tweets pro Account in diesem Zeitraum, d.h. weniger als ein Tweet / Tag / Account. Diese Zahl liegt wieder deutlich niedriger, als die Ergebnisse der Gruppen aus dem Vereinigten Königreich.

## Die Stärken und Schwächen der Methoden

Das Interesse an „Big data“-Analysen und ihre Verwendungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der sozialwissenschaftlichen Forschungen nimmt immer mehr zu, auch im Fall von Studien über radikale Gruppen und Bewegungen. Eine erhebliche Menge von relevanten und nützlichen Daten steht auf sozialen Medienflächen zur Verfügung, vor allem auf Facebook und Twitter (obwohl es noch zahlreiche andere gibt). Typischerweise sind Datenmengen aus den sozialen Medien wesentlich größer, als bei traditionellen Umfragen, Interviews und Befragungen. Das bedeutet oft (aber nicht immer), dass automatische Systeme zur Datensammlung und Analyse gebraucht werden, was zu neuen methodischen Herausforderungen führt. Die Daten aus sozialen Medien werden oft (aber nicht immer) von den Nutzern selber erzeugt, sie enthalten manchmal persönliche Angaben, die wiederum ethische Fragen aufwerfen.

Allgemein kann man aussagen, dass während eine erhebliche Zunahme an Forschungen an sozialen Medien festzustellen ist - vor allem im Handel und in der Werbeindustrie - gibt es keine allgemein anerkannte Best-Practice-Methoden und ethischen Richtlinien, wie man diese Daten für Forschungszwecke sammeln, verwenden und vorstellen soll. Etablierte Forschungsmethoden haben eine lange Anwendungsgeschichte. Diese Erfahrungen wurden allmählich zu einem Best Practice, also was man unternimmt und was nicht, und wenn man diese berücksichtigt, kann man die Qualität der eigenen Forschungen sichern. Die Forschung sozialer Medien kann auf weder eine lange Anwendungsgeschichte rückblicken, noch sind gemeinsame Erfahrungen da, welche Methoden sich bewähren und welche nicht. Sie nutzt neue Technologien auf eine Art und Weise, die unbekannt im Bereich der Sozialwissenschaften ist, oft mit neuen und wichtigen Auswirkungen auf die Forschung.

Diese Forschung ergab Folgendes:

- Die sozialen Medien wurden zu einem wichtigen und aktiven Ort für viele rechts-populistische Tätigkeiten.
- Obwohl aber das Netzwerk groß zu sein scheint, hat es durchaus eine kleine Zahl von engagierten und aktiven Nutzern.
- Diese Inhalte können jedoch ein großes Publikum außer den Nutzernetzwerken erreichen.

- Sie verwenden sowohl Facebook als auch Twitter umfangreich, um Informationen über sowohl die Mainstream- als auch die Nischenpolitik zu teilen und zu diskutieren. Es ist charakteristisch für diese Gruppen, dass sie Mainstream-Informationen teilen um ein breiteres Publikum ansprechen zu können.
- Aus Gründen aber, die wir unten noch ausführen werden, möchten wir keine felsenfeste Konsequenzen aufgrund dieser Daten über die offline Zusammenstellung dieser Gruppen ziehen.

Aus Gründen aber, die wir unten noch ausführen werden, möchten wir keine felsenfesten Konsequenzen aufgrund dieser Daten über die offline Zusammenstellung dieser Gruppen ziehen.

Sehr allgemein, neigen die meisten Daten aus sozialen Medien dazu, die folgenden Merkmale aufzuweisen, die nützlich bei der Entscheidung der Frage sind, ob es nützliche Quellen da sind oder nicht. Es gibt positive und negative Eigenschaften dieser Daten.

## *Stärken*

*Relationalität:* Da die meisten sozialen Medien auf einem Netzwerk von den untersuchten Benutzern basieren, beinhalten die meisten Informationen über die Beziehungen zwischen den Nutzern. Das kann in vielen Formen Gestalt nehmen, z.B. wenn ein Nutzer einem anderen folgte, oder beim anderen postete, oder in Interaktion mit dem anderen getreten ist oder Inhalte des anderen teilte. Was diese Beziehungen bedeuten, bleibt zunächst unbeantwortet.

*Real time, oder beinahe Real time:* Von vielen sozialen Medien kann man Daten sammeln, sobald diese gepostet wurden. Bei Twitter z.B. können Forscher sofort an den Posts der Nutzer herankommen, so wird eine real time Forschung ermöglicht.

*Große Mengen günstig oder kostenlos:* Einer der wichtigsten Vorteile dieser Forschungsart ist, dass einem frei zugängliche Daten aus sozialen Medien zur Verfügung stehen, oft kostenlos mit Hilfe von API, und in großer Menge.

*Ein neuer Weg der Entdeckung dieser Gruppen:* Soziale Medien sind immer wichtiger für viele Gruppen - u.a. auch für radikale - um miteinander kommunizieren, Inhalte teilen und eine gemeinsame Identität aufbauen zu können. Daher müssen dies auch die Forscher wahrnehmen um besser kennen zu lernen, wie sie funktionieren.

*Reaktivität und Indirektheit:* Soziale Medien sind oft reaktive Datenquellen: Flächen, auf denen Menschen auf on- und offline Ereignisse reagieren. Das ergibt eine dynamische Beziehung zwischen Medienberichten und Geschichten, sowie erweiterte Konversationen, die danach stattfinden. Neue Herausforderungen kommen hoch, was die präzise Feststellung von Meinungen und Verhaltensweisen betrifft, die oft indirekt zum Ausdruck kommen.

## Schwächen

*Demografische und selbstselektierende Tendenzen:* Viele Nutzer der sozialen Medien repräsentieren keine demografisch gesehen breite Gruppen (sie bleiben jünger und urbaner als der Durchschnitt). Anekdotische und klein gestaltete Forschungen zeigen, dass sie noch liberaler als der Durchschnitt sein können. Außerdem repräsentierten nicht einmal die gesammelten Daten alle Nutzer, es scheint nämlich so, dass viele Nutzer Facebook und Twitter dazu benutzen, eine besondere Reaktion auf ein Ereignis zu geben, wenn sie eine starke Meinung zum Thema haben: Sie sind nicht unbedingt repräsentativ für die Seiten.

*Unvorhersehbarkeit:* Es kann sehr schwer sein, die wahrscheinliche Menge und Qualität der Daten aus den sozialen Medien über ein beliebiges Thema vorherzusagen. Das kann die Planung der Themenwahl und Objektsuche erschweren.

*Forumspezifische Tendenzen:* Die Flächen der sozialen Medien, sind neue soziale Gebiete, die durch ihre eingetragenen Normen und Sitten charakterisiert werden. Unserer Forschung nach ist Twitter z.B. ein Ort des Humors, der Geschichten und der Anti-Establishment-Gefühle. Für einen Analysten, der nicht mit bestimmten Memen oder der gruppenspezifischen Sprache vertraut ist, kann es schwer fallen, das wahrscheinliche Gefühl und das Verhalten im Hintergrund zu ermitteln. Es wird noch schwieriger, wenn nicht unmöglich, einem automatischen System diese sehr feine Disktinktionen beizubringen.

## Blick in die Zukunft

Wir glauben also, dass wenn wir vorsichtig mit den Methoden umgehen und Vorkehrungen treffen, diese Art von Forschungen sehr nützlich ausfallen kann, und dazu beiträgt, die Natur und Meinungen einer Gruppe zu ermitteln - wenn natürlich die Gruppe Mitglied von sozialen Netzwerken ist. Genauer meinen wir, dass dies zu den folgenden Zwecken am nützlichsten ist:

*Verstehen der Tendenzen in der Gedenkweise* Die Forschung von sozialen Medien bietet eine einmalige Möglichkeit, die Tendenzen in der Gedenkweise von Mitgliedern von Gruppen, bzw. Gruppentypen zu verstehen. Für Forscher, die daran interessiert sind, wie sich diese Ideen während der Zeit entwickeln - auch die mehr oder weniger gewaltigen Richtungen - ist diese Art von Forschung außerordentlich wertvoll.

*Gruppenantwort auf Ereignisse oder Pulverfässer:* Soziale Medien sind reaktiv. Das heißt, dass viel Online-Informationsverkehr sowohl bei Facebook als auch bei Twitter dazu neigt, von aktuellen Ereignissen und den Antworten der einzelnen Personen geführt zu werden. Das sichert auch einen Einblick in die Art und Weise, wie die Gruppe auf einzelne externe Impulse reagiert, also man kann mehr davon erfahren, mit welcher Wahrscheinlichkeit Ereignisse eine Antwort hervorrufen werden.

*Messung der Größe und Reichweite der Inhalte* Die meisten Daten aus den sozialen Medien enthalten Meta-Data, wie z.B. die Zahl der Interaktionen, Re-Tweets oder geteilte Inhalte. Das ermöglicht den Forschern die mögliche Reichweite von gewissen Inhalten einzuschätzen, und darauf zu schließen, was wirklich bei den Nutzern gut ankommt.

Das wären dann die „Gefällt mir“-Angaben, Kommentare und geteilte Inhalte (z.B. es kann welche Nutzer geben, die die Seiten gesehen haben, dann solche, die sie aboniert haben, das ist schon ein guter Ausgangspunkt für die potenzielle Reichweite.) Wir könnten das wirksam abmessen, den Ausmaß und Publicity, z.B. wieviele Beiträge zu einem Thema verfasst werden, und wieviele Einzelnutzer darüber diskutieren, wie groß das Publikum ist, oder ob Hassrede sich nur auf bestimmte isolierte Gruppen begrenzt (entweder von den Gruppen selber oder von den Personalisationsalgorithmen von Facebook)

Ermittlung der Netzwerke Die Netzwerkpläne sind durchaus einfach zu erstellen, sie bieten nützliche Illustration von einflussreichen Accounts oder Nutzer innerhalb der untersuchten Daten - entweder zur Messung der Position von einem Nutzer oder zur Feststellung der wichtigen Beteiligten, die über das Thema sprechen.

Gegenrede: Während dieser Bericht auf die rechtspopulistischen Gruppen fokussierte, kann man dieselbe Herangehensweise verwenden, um Nutzer ermitteln zu können, die sich gerne konfrontieren oder mit gewissen Gruppen und Ideen nicht einverstanden sind. Das kann verwendet werden, um Bereiche zu finden, wo die Reichweite und das Engagement des Inhaltes erhöht werden könnte.

Alles zusammen sind wir diesen Herangehensweisen (als Vorhersagen und Erkennung von gewaltigen Intentionen) gegenüber skeptisch. Es ist besser, wenn man sie als nützliches Instrument für wissenschaftliche (und andere) Forschungen betrachtet, das zusammen mit anderen Techniken verwendet werden kann. Es gibt aber zahlreiche Herausforderungen im Zusammenhang mit dieser Forschung, die nützlich für Forscher, Wissenschaftler und Experten der Politik sind. Da es hierbei um einen neuen Fachbereich geht, gibt es zahlreiche Überlegungen, denen man nachgehen muss, wenn man über die Verwendung der Methode eine Entscheidung treffen möchte.

Braucht die Forschungsfrage Daten aus sozialen Medien - und muss der Vorgang automatisiert werden? Wenn man von den Eigenschaften dieser Daten ausgeht, brauchen, wie oben ausgeführt, nicht alle Fragen Komponenten aus sozialen Medien, nicht alle würden von denen profitieren. Ein überzeugendes Argument muss gefunden werden, warum die sozialen Medien gültige Instrumente für Klärung der Forschungsfrage sind, und warum man diese Variante bewährten Methoden vorzieht.

Klarheit über den Zugang zu den Daten: Die sog. „Black-Box-Daten“, wo die Daten von einer dritten Partei stammen, ohne dass der Hintergrund der Daten, die Suchbegriffe und Zugangsebenen bekannt wären, soll nach Möglichkeit vermieden werden. Dass heißt, dass „vorgefertigte“ Analytikmethoden weniger wertvoll sind, als Systeme, die den Forschern und Analysten ermöglichen das Funktionieren des Systems zu überblicken.

Klarheit über die Musterziehungsmethoden: Daten werden manchmal mit Hilfe der sog. „Key word matching“ aus sozialen Medien gewonnen. In diesem Fall wird es bei den Daten nach Übereinstimmungen gesucht entweder mit (a) vorher festgelegten Wörtern oder (b) Ausdrücken. Da man die Daten eher anhand der Konversationen als aufgrund von demografischen, oder wie wir es nennen „topografischen“ Angaben sammelt, bleibt viel Unsicheres dabei erhalten, was den demografischen Hintergrund der einzelnen Datenmengen betrifft.

Diese Schlüsselwörter können zu verschiedensten Problemen führen: Manchmal sind sie überinklusiv (es werden irrelevante Angaben gesammelt), oder unterinklusiv (missachten relevante Daten). In beiden Fällen ist Keyword Matching empfindlich für systematische Tendenzen, d.h., dass die gesammelten Daten und deswegen auch die aus denen abgeleiteten Konsequenzen von den verwendeten Suchbegriffen nicht regellos beeinflusst werden. Was die Qualität der Daten allgemein betrifft, ist es wichtig eine Unterscheidung zwischen internaler und externaler Validität zu machen. Zu diesem Zeitpunkt glauben wir z.B. nicht, dass Twitter ein valides Instrument ist, zuverlässige Meinungsumfragen, die sich auf die Ganzheit der Bevölkerung beziehen, durchzuführen. Es gibt oft gravierende Probleme mit vielen Typen der selbst ausgewählten Wahrnehmungen bei Daten aus sozialen Medien und keinen richtigen Weg diese zu beheben. Aussagen, die allgemeine öffentliche Verhaltensweisen aufgrund von Daten aus sozialen Medien verallgemeinern („externe Validität“), müssen sehr vorsichtig gemacht werden.

**Einhaltung der Forschungsethik** Wenn man zu seiner Forschung Daten aus Twitter oder Facebook in Anspruch nimmt, wird man mit neuen ethischen Herausforderungen konfrontiert, was das Sammeln, die Verwahrung, die Analyse und die Vorstellung der Daten betrifft. Da es hierbei um ein neues Forschungsgebiet geht, gibt es keine etablierten Regeln und Herangehensweisen darüber, wie man ethisch vorgeht. Im Vereinigten Königreich sind die Richtlinien von Economic and Social Research Council (ESRC)<sup>128</sup> eine hervorragende Hilfe für Forschungen aller Art, sie können sowohl bei online, als auch bei offline Forschungen nützlich verwendet werden. Die Forschung von sozialen Medien sollte sich nach den Ethik-Rechtlichen von ESRC orientieren. Die Schlüsselfragen sind, ob die Forschung die Risiken und Minimierungsstrategien für Folgendes erklärt hat:

- Eine mögliche Identifizierung von einzelnen Personen.
- Ob man bei der Forschung sich die Zustimmung der Betroffenen einholte, und wenn nicht, warum wurde das nicht für nötig gehalten (und hier möglichst darauf hinweisen, welche Erwartungen an Datenschutz ein Forschungsobjekt haben kann).
- Ob bei einzelnen Personen mögliche Schäden entstehen konnten, und welche Maßnahmen in die Wege geleitet wurden, diese zu minimieren.
- Ob es Strategien zur Verhüllung und zum Schutz der Identität von den Personen nötig waren und welchen Einfluss diese auf die Qualität der Forschung haben.

Als ein allgemeines Prinzip, wo eine Person identifizierbar war, muss man sich die explizite Zustimmung einholen, ausgenommen wenn a), es eindeutig ist, dass das Objekt keinen Bedarf an Datenschutz hat, b), die Forschung im Fall einer Nichtidentifikation wesentlich beeinträchtigt wird.

---

128 <http://www.esrc.ac.uk/funding/guidance-for-applicants/research-ethics/>

## REFERENZEN

Alan Leschied, Debbie Chiodo: Childhood Predictors of Adult Criminality: A Meta-Analysis Drawn from the Prospective Longitudinal, *Revue canadienne de criminologie et de justice penale*, Juillet 2008

Allison Harell: Political Tolerance, Racist Speech, and the Influence of Social Networks, *Social Science Quarterly*, Volume 91, Number 3, September 2010

Arlin J. Benjamin Jr., Craig A. Anderson, Phillip K. Wood, and Angelica M. Bonacci: Development and Testing of the Velicer Attitudes Toward Violence Scale: Evidence for a Four-Factor Model, *AGGRESSIVE BEHAVIOR* Volume 32 (2006)

Bilewitz, Michal, Winiewski, Mikołaj, Kořta, Mirosław és Wójcik, Adrian. 2013. „Harmful Ideas, the Structure and Consequences of Anti-Semitic Beliefs in Poland. *Political Psychology*, Vol. 34. Issue 6, pp. 821–839.

Cohen, Jacob. 1988. *Statistical power analysis for the behavioral sciences* (2nd edition). Hillsdale: Lawrence Erlbaum.

Donald P. Green, Laurence H. McFalls, and Jennifer K. Smith: Hate Crime: An Emergent Research Agenda, *Annual Review of Sociology*, Vol. 27 (2001)

EU Terrorism Situation and Trend Report: TE-SAT 2012, <https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/publications/europoltsat.pdf>

FRA Annual Report 2012, Fundamental rights: challenges and achievements in 2012, [http://fra.europa.eu/sites/default/files/annual-report-2012\\_en.pdf](http://fra.europa.eu/sites/default/files/annual-report-2012_en.pdf)

FRA, Minorities as Victims of Crime, 2012, [http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2012-eu-midis-dif6\\_0.pdf](http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2012-eu-midis-dif6_0.pdf)

Hate Crimes in the OSCE Region: Incidents and Responses, Annual Report for 2011, <http://www.osce.org/ru/odihr/102100>

Heaven, Patrick és Bucci, Sandra. 2001. „Right-Wing Authoritarianism, Social Dominance Orientation and Personality: An Analysis Using the IPIP Measure”. *European Journal of Personality*, 15: 49–56.

Huizinga, D. (1991). Assessing violent behavior with self-reports. In J. S. Milner (Ed.), *Neuropsychology of aggression* (pp. 44–76). Boston: Kluwer Academic.

Joanne R. Smith and Winnifred R. Louis: Do as we say and as we do: The interplay of descriptive and injunctive group norms in the attitude–behaviour relationship, *British Journal of Social Psychology* (2008), 47, 647

John J. Ray: Militarism, Authoritarianism, Neuroticism, and Antisocial Behavior, *The Journal of Conflict Resolution*, Vol. 16, No. 3 (Sep., 1972)

“Julian S. Walker: The Maudsley Violence Questionnaire: initial validation and reliability *Personality and Individual Differences* 38 (2005) 187–201”



Lena Roxell: Hate, Threats, and Violence. A Register Study of Persons Suspected of Hate Crime, *Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention* Vol. 12 2011

Making hate crime visible in the European Union: acknowledging victims' rights, 2012, [http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2012\\_hate-crime.pdf](http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2012_hate-crime.pdf)

Marshall H. Medoff: Allocation of Time and Hateful Behavior: A Theoretical and Positive Analysis of Hate and Hate Crimes, *American Journal of Economics and Sociology*, Vol. 58, No. 4 (Oct., 1999)

Neil Chakraborti and Jon Garland: Reconceptualizing hate crime victimization through the lens of vulnerability and 'difference', *Theoretical Criminology* 2012 16

Racist Violence 15 EU Member States, A Comparative Overview of Findings from the RAXEN National Focal Points Reports 2001-2004, April 2005

Raul Caruso, Friedrich Schneider: The socio-economic determinants of terrorism and political violence in Western Europe (1994–2007), *European Journal of Political Economy* 27 (2011)

Todd I. Herrenkohl, Richard F. Catalano, Sheryl A., Hemphill, John W. Toumbourou: Longitudinal Examination of Physical and Relational Aggression as Precursors to Later Problem Behaviors in Adolescents, *Violence Vict.* 2009 24(1)